



Dietrich Eichholtz

**Geschichte der deutschen Kriegswirtschaft
1939–1945**

Band I: 1939–1941

Band II/1 und 2: 1941–1943

Band III/1 und 2: 1943–1945

Dietrich Eichholtz

**Geschichte
der deutschen Kriegswirtschaft
1939 – 1945**

Band I
1939 – 1941

K · G · Saur München 2003

Die vorliegende Ausgabe ist ein Nachdruck des von 1969 bis 1996
im Akademie - Verlag, Berlin, erschienenen dreibändigen Werkes,
ergänzt durch ein Vorwort, Kritische Randbemerkungen und ein Gesamtregister:
Band I: 3., durchgesehene Auflage 1984, Band II: 1985, Band III: 1996.

Bibliografische Information Der Deutschen Bibliothek
Die Deutsche Bibliothek verzeichnet diese Publikation
in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten
sind im Internet über <http://dnb.ddb.de> abrufbar.



Gedruckt auf säurefreiem Papier

© 2003 by K. G. Saur Verlag GmbH, München

Printed in Germany

Alle Rechte vorbehalten.

Das Werk ist in allen seinen Teilen urheberrechtlich geschützt.

Jede Verwertung ist ohne Zustimmung des Verlages unzulässig.

Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen
und die Einspeicherung in und Verarbeitung durch elektronische Systeme.

Druck/Bindung: Druckhaus Beltz, Hemsbach

ISBN 3-598-11635-7 (5 Bände)

Übersicht zur Gesamtausgabe

BAND I

Vorwort zur Gesamtausgabe 1999

Kritische Randbemerkungen (*von Gustavo Corni*)

Inhaltsverzeichnis

Vorbemerkung zur dritten Auflage

Vorwort

Einleitung

- I Die wirtschaftliche Ausgangsbasis des deutschen Imperialismus für den zweiten Weltkrieg. Die Kriegsziele der deutschen Monopole
- II Zur Lage der Werktätigen nach Kriegsbeginn
- III Kriegswirtschaftliche Schwierigkeiten und Ergebnisse 1939/40. Die erste Phase des Umbaus im staatsmonopolistischen Apparat
- IV Die erste Phase der Expansion der deutschen Monopole in Europa
- V Die wirtschaftliche Vorbereitung auf den Krieg gegen die Sowjetunion
- Anhang Dokumente zur „Neuordnung des europäischen Großwirtschaftsraumes“ (1940, 1941)
Bemerkungen zur Bibliographie
Quellen- und Literaturverzeichnis

BAND II/1

Inhaltsverzeichnis

Vorwort

Abkürzungsverzeichnis

- I Der Überfall des faschistischen deutschen Imperialismus auf die UdSSR. Wirtschaftliche Blitzkriegsillusionen
- II Der Zusammenbruch des wirtschaftlichen Blitzkriegskonzepts. Konzentration der staatsmonopolistischen Regulierungsgewalt
- III Die Wende des Krieges und das kriegswirtschaftliche Konzept des deutschen Imperialismus
- IV Die Arbeitskräftesituation. Zur Lage der deutschen Werktätigen und ausländischen Zwangsarbeiter

BAND II/2

Inhaltsverzeichnis

- V Rationalisierung und Kriegsproduktion
- VI Zur Kriegsziel- und Okkupationspolitik des deutschen Imperialismus
- VII Kapitalkonzentration und Kriegsprofit
- VIII Die deutsche Landwirtschaft im Kriege (*von Joachim Lehmann*)
- Anhang 1. Ausstoß-Übersicht 1940-1944: Waffen, Geräte und Munition
- 2. Ausschüsse und Ringe des Reichsministeriums für Bewaffnung und Munition (Stand Mitte Juli 1943) [Beilage]
- 3. Aufgabenverteilung beim Reichsminister für Rüstung und Kriegsproduktion und Generalbevollmächtigten für Rüstungsaufgaben im Vierjahresplan nach dem Erlaß über die Aufgabenverteilung in der Kriegswirtschaft vom 29. Oktober 1943 [Beilage]
- 4. Verzeichnis der Tabellen
- 5. Quellen- und Literaturverzeichnis

BAND III/1

Inhaltsverzeichnis

- Vorwort
- Abkürzungsverzeichnis
- I Das Krisenjahr 1944. Klimax und Verfall der kriegswirtschaftlichen Organisation
- II Kriegsproduktion. Zahlen und Analysen
- III Arbeitskräftebeschaffung. Die Lage der Arbeiter (Studien)
- IV Zerfall des Okkupationssystems (Studien)

BAND III/2

Inhaltsverzeichnis

- V Der deutsche Außenhandel im Zweiten Weltkrieg (*von Berthold Puchert*)
- VI Wirtschaftliche Vorbereitungen auf das Kriegsende und Nachkriegsplanungen (*von Karl Heinz Roth*)
- VII Agonie und Katastrophe 1945
- VIII Die Kriegsfinanzierung (*von Manfred Oertel*)
- Anhang 1. Koautoren des Buches
- 2. Verzeichnis der Tabellen
- 3. Quellen- und Literaturverzeichnis
- Die von der Reichsschuldenverwaltung ausgewiesene Reichsschuld [Beilage]

Register zur Gesamtausgabe

Vorwort zur Gesamtausgabe 1999

Dem Leser liegt hiermit ein unveränderter, seitengetreuer Nachdruck der dreibändigen „Geschichte der deutschen Kriegswirtschaft 1939-1945“ vor (gebunden in fünf Bänden). Die Neuauflage dieses Werkes ist eine besondere verlegerische Tat. Von 1969 bis 1996 erschienen, konnte es bisher infolge der Umstände zu keinem Zeitpunkt als Ganzes auf dem Markt angeboten werden und ist inzwischen vollständig vergriffen. Die unveränderte Neuauflage bietet die einzige Möglichkeit, es der interessierten Öffentlichkeit binnen kurzer Frist verfügbar zu machen. Band I erlebte drei Auflagen (1969; 1971; 1984). Band II erschien 1985; ein wohl nicht geringer Rest seiner Auflage verschwand in der „Wende“panik 1989/90 auf bis heute nicht restlos aufzuklärende Weise, zusammen mit Hunderttausenden anderer verlagsfrischer DDR-Bücher. Band III erschien im Herbst 1996 und ist seit Anfang 1998 vergriffen.

Jeder Band galt bei seinem Erscheinen als wissenschaftliche Pionierleistung und stand schon auf Grund der Fülle an ganz überwiegend zum ersten Mal publiziertem Quellen- und Zahlenmaterial an der Spitze der internationalen Forschung. In der ausführlichen Analyse dieses Materials wurden im Werk von Anfang an neue Wege beschritten, was internationale Beachtung fand. Auch in dieser Beziehung galt und gilt es als ein Standardwerk zur Thematik.

Einen Grundzug dieser Analyse erkannte schon bei Erscheinen des ersten Bandes der damalige Nestor der bundesdeutschen Wirtschaftsgeschichtsschreibung, Wilhelm Treue, allerdings mit größtem – aus der Schärfe der damaligen Auseinandersetzungen um die NS-Vergangenheit erklärbarem – Widerwillen: Die Begründung und Behauptung einer Gegenposition gegen den herrschenden erkonservativen Trend der weitgehenden Ausklammerung der Expansions- und Kriegszielpolitik des deutschen Großkapitals, seiner Beteiligung an Kriegsvorbereitung, „Neuordnungs“- und Raubpolitik und der Leugnung seiner maßgeblichen Mitverantwortung für die schon in den Nürnberger Prozessen aktenkundig gewordenen NS-Verbrechen. (Die Zeit, 9. 1. 1970, „DDR-Angriff gegen die ‚Monopole‘“)

Ziel der Gesamtpublikation war es von Anfang an, das Thema in seiner ganzen Breite zu erfassen, so auch das vorhandene statistische Zahlenwerk aufzubereiten. Eine Reihe von ausgewiesenen Fachkollegen und Freunden hat zu bestimmten, von einem Autor allein in dieser Qualität gar nicht darzustellenden Themenbereichen wertvolle Beiträge geliefert und daran mitgewirkt, daß das Werk dem genannten Ziel zumindest sehr nahe kommt.

Schwerpunkte und besondere Stärken des Ganzen liegen in folgenden Bereichen:

1) Imperialistischer Wirtschaftsexpansionismus: Der Wirtschaftsimperialismus des deutschen Großkapitals, eine stets zu wenig beachtete Kriegsursache, trat in den Kriegszielplanungen führender Konzerne und Großbanken und besonders in ihren ungeheuerlichen Plänen zur „Neuordnung“ Europas und der Welt zutage. Expansionismus und Revanchismus waren Beweggrund dafür, daß maßgebliche Kreise der Wirtschaftselite sich schon in der Vorbereitung des Krieges eng mit der politischen und militärischen Führung des NS-Regimes verbanden; sie bauten das industrielle Fundament für den Krieg aus und zeichneten dem Regime die wirtschaftsstrategischen Grundlinien für kontinentale und schließlich weltweite Eroberungen vor. In der zweiten Kriegshälfte wandelten sich ihre „Neuordnungs“planungen in ausgedehnte Planungen und Vorbereitungen für die Nachkriegszeit.

2) Militärisch-industrieller Komplex (rüstungs- und kriegswirtschaftliche Führungsstrukturen, Produktionsregulierung): Nach chaotischer Konzeptionslosigkeit in der Wirtschaftsführung während der ersten („Blitzkriegs“)Phase verdrängten das Reichsministerium für Bewaffnung und Munition (später: für Rüstung und Kriegsproduktion) und die sich eng mit ihm verbindenden großen Rüstungskonzerne die traditionellen Rüstungsinstitutionen (Wehrmacht- und Ministerialbürokratie) weitgehend aus der Lenkung der Kriegswirtschaft. Seit 1941/42 übten die Rüstungsunternehmen in ihrer „Selbstverantwortungs“organisation mittels der vom Ministerium auf sie delegierten Machtfülle die beherrschende Regulierungsgewalt in der Kriegswirtschaft aus. Diese besondere Ausprägung des militärisch-industriellen Komplexes veränderte die Produktions- und Unternehmensstrukturen. Sie führte zu rasch wachsendem Produktionsausstoß und zugleich zu einem Investitionsboom in der Rüstungsindustrie von bis dahin unbekanntem Ausmaß und ermöglichte dieser darüber hinaus eine enorme, von der Öffentlichkeit sorgfältig verborgene Profitmacherei. Diese Prozesse hatten gravierende Folgen für die Nachkriegsentwicklung der Bundesrepublik Deutschland.

3) Plünderung, Ausbeutung und „Arisierung“ in den besetzten Ländern: Während die Wehrmacht sich der Kriegsbeute – Waffen, Rüstungsgüter, Rohstoffe – bemächtigte und jahrelang aus den okkupierten Ländern lebte, gingen die deutschen Wirtschaftsbehörden, die Großindustrie unter Führung der Reichsgruppe Industrie und der Wirtschaftsgruppen und die Großbanken an die Realisierung einer auf Terror, Rassismus und Massenmord fundierten europäischen „Neuordnung“. Ihr Interesse galt in erster Linie dem Eindringen in Wirtschaft und Kapitalverhältnisse der besetzten westeuropäischen Länder und der Aneignung der gewaltigen wirtschaftlichen Ressourcen der UdSSR.

4) Zwangsarbeit: Einem in seiner Unmenschlichkeit unübertroffenen Zwangsregime unterwarfen die deutschen Behörden und Unternehmen viele Millionen ausländische Zivilisten, Kriegsgefangene und Konzentrationslagerhäftlinge, zu denen noch ein erheblicher Teil der arbeitenden Bevölkerung in den besetzten Gebieten gezählt werden muß. Nach der willkürlichen Skala einer rassistischen „Ordnung“ wurden Unfreiheit und Zwang, Arbeitsbedingungen, materielles Elend, Hunger, moralische Entwürdigung vielfältig und bis ins kleinste abgestuft. Die Zwangsarbeit der KZ-Häftlinge stellte eine besondere Form des Massenmords und des Genozids dar („Vernichtung durch Arbeit“). Die Zwangsarbeit ganzer Völkerschaften war darüber hinaus ein Bestandteil der Kriegszielvorstellungen der NS-Führung und der deutschen Eliten („Großraumwehrwirtschaft“, „Neuordnung“ Europas; „Generalplan Ost“).

In diesen Themenbereichen liegen Hypothesen deutscher Geschichte, die sich auch nach 60 Jahren keineswegs erledigt haben, wie schon ein Blick auf die aktuellen Nachrichtenmeldungen zur „Wiedergutmachung“ und Entschädigung von Holocaust-Opfern, KZ-Häftlingen und Zwangsarbeitern ausweist.

Ein Werk, dessen Bände im Laufe von 30 Jahren entstanden, nimmt begründeterweise den Charakter einer historischen Ausgabe an, die durchaus der kritischen Reflexion bedarf; um so mehr, als hier einer der seltenen Fälle vorliegt, in denen ein Werk zu einem Teil als anerkannte Arbeit eines DDR-Historikers erschien, zum anderen Teil seinen erfolgreichen Abschluß nach dem Untergang der DDR im vereinigten Deutschland fand – ein Tatbestand, der selber von historischem Interesse für die heutige „DDR-Forschung“ ist.

Der erste Band ist 30 Jahre nach seinem Erscheinen selbstredend überholungsbedürftig, besonders was die Einarbeitung des neuesten Wissensstandes, d. h. neuer und neu zugänglicher Quellen und einer sehr großen Zahl inzwischen erschienener Veröffentlichungen betrifft. Doch er enthält bereits den roten analytischen Faden des Gesamtwerks und bietet – etwa im Dokumentenanhang, der mehr als ein Drittel des Bandtextes ausmacht – eine Fülle damals gänzlich unbekanntem, geradezu sensationellen Quellenmaterials, das leider bis heute recht zögernd rezipiert wird.

Kritikwürdig sind eher bestimmte andere Schwächen dieses Bandes, die in minderm Maße auch in Teilen des zweiten Bandes anzutreffen sind. Gustavo Corni (Universität di Trento) hat sie in seiner Einführung deutlich angemerkt. Diese Schwächen liegen nach meinem heutigen Urteil in der Art und Weise der Analyse und noch mehr in derjenigen der Darstellung. Nicht etwa in der – voll und ganz vertretbaren, ja notwendigen und zu fordernen – antifaschistischen „Parteilichkeit“, sondern in einer passagenweise sehr spürbaren, aber unnötigen Ideologisierung und Politisierung, erklärbar aus der Atmosphäre des Kalten Krieges und den allen Zeitgenossen erinnerlichen ideologischen Auseinandersetzungen, in denen es auch unter Fachkollegen – zumal zwischen marxistischen und konservativen – nicht immer loyal zugeht. Ideologisierung findet zum Beispiel statt, wenn eine Kontinuität zwischen dem faschistischen (NS-) und dem bundesdeutschen Kapitalismus bloß plakativ herausgestrichen wird, ohne daß (wie im dritten Band) Zusammenhänge und Entwicklungslinien konkret analysiert werden; oder wenn es der für den Autor selbstverständlicher Parteinahme für den Sozialismus als Weltanschauung und anzustrebendes Gesellschaftssystem an dem notwendigen kritischen Verhältnis zum „real existierenden Sozialismus“ mangelt.

Störend wirkt schließlich die Hypertrophie der den Imperialismustheorien Lenins, Hilferdings und anderer entlehnten Begriffe (Monopole; Finanzkapital) und die Überstrapazierung von damals in heftiger Diskussion stehenden Begrifflichkeiten wie Monopolgruppen, staatsmonopolistische Gruppierungen, staatsmonopolistischer Regulierungsmechanismus u. ä., die allein durch ihre Häufung keineswegs überzeugen. Inhaltlich handelte und handelt es sich aber sehr wohl um für die Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus wichtige, diskutierenswerte Begriffe und Thesen, mit denen die marxistische Forschung bei den maßgeblichen Historikern des Westens weithin auf eine Mauer der Unkenntnis, der harschen Ablehnung und des Verschweigens stieß, obwohl sie auf reichliches, neues Quellenmaterial gestützt waren.

Im Gesamtwerk finden sich eine Fülle von Ansatzpunkten für fruchtbare fachliche Diskussionen und Anregungen zu weiterführender Forschung, etwa solche, die sich näher mit

dem Verhältnis von Politik und Ökonomie, von Kriegführung und Kriegswirtschaft beschäftigen. Derartige Diskussionen waren bisher in aller Regel sehr ertragreich. Im Werk selbst sind die gedanklichen und Forschungsfortschritte in diesen und anderen Fragen deutlich genug auszumachen.

Die Neuauflage ist ergänzt um die erwähnte kritische Einführung, die dankenswerterweise Gustavo Corni als ein mit der Materie bestens vertrauter Fachmann geschrieben hat, und dieses Vorwort. Die Register der drei Bände sind am Ende des letzten Bandes zusammengefaßt, ein Ortsregister ist neu erarbeitet worden. Ferner ist eine Filmkonkordanz für alle drei Bände zusammengestellt worden. Für diese Arbeit danke ich herzlich Martina Dietrich, Helma Kaden und Heidemarie Kruschwitz.

Juni 1999

Dietrich Eichholtz

Kritische Randbemerkungen

Von Gustavo Corni (Università di Trento)

Zu den Folgen der Wiedervereinigung Deutschlands im Jahre 1990 gehört die Auflösung des gesamten Apparats der Geschichtsforschung in der nunmehr verschwundenen Deutschen Demokratischen Republik. Unter der Beschuldigung, mit ihrer Tätigkeit in Forschung und Lehre das kommunistische Regime (die „zweite deutsche Diktatur“) gestützt zu haben¹, sind die meisten Historiker entlassen oder gezwungen worden, vorzeitig in Rente zu gehen. Die Forschungszentren, die – entsprechend dem sowjetischen Modell – der Akademie der Wissenschaften unterstanden, sind geschlossen worden.² Mit einer vielleicht übermäßigen Eile wollte man so einer Disziplin den Totenschein ausstellen, die in mehr als 40 Jahren nicht wenige Zeichen ihrer Lebendigkeit gegeben hat.³

Bei diesem Kahlschlag, in den auf schmerzhaft Weise Hunderte von Menschen verwickelt wurden, ist recht wenig übriggeblieben. Die Pläne, einer gewissen, beschränkten Anzahl von Forschern der aufgelösten Republik Übergangslösungen zu bieten, reduzierten sich noch infolge der schwierigen Haushaltslage des heutigen Deutschlands. An den Fingern kann man an den (teilweise neuen) Universitäten auf dem Gebiet der neuen Bundesländer die Lehrenden zählen, die ihre wissenschaftliche Laufbahn im kommunistischen Deutschland durchgemessen haben.

¹ Zur Rolle der DDR-Geschichtsschreibung bei der Legitimierung des kommunistischen Regimes hat alsbald eine intensive Publikationstätigkeit eingesetzt, die mitunter die Grenzen der wissenschaftlichen Diskussion überschritten hat. Um den Rahmen der Debatte abzustechen, nenne ich nur R. Eckert/W. Küttler/G. Seeber (Hrsg.), *Krise – Umbruch – Neubeginn. Eine kritische und selbstkritische Dokumentation der DDR-Geschichtswissenschaft*, Stuttgart 1992 (mit einem Aufsatz von Eichholtz); G. Corni (Hrsg.), *I muri della storia. Storici e storiografia dalle dittature alle democrazie 1945-1990*, Trieste 1996. Vgl. auch die Studie von I. S. Kowalczyk, *Legitimation eines neuen Staates. Parteiarbeiter an der historischen Front*, Berlin 1997.

² Vgl. die Beiträge von J. Kocka und E. Weinzierl in *Sulla „Abwicklung“ nell'exDDR*. In: *Quaderni storici*, 27, 1992.

³ Für einen allgemeinen Überblick verweise ich auf meinen Essay *La ricerca storica marxista-leninista nella DDR*. In: P. Rossi (Hrsg.), *La storiografia contemporanea, Indirizzi e probleme*, Milano 1987.

In diesem trostlosen Panorama erscheint es deshalb überraschend, daß eine wichtige, mehrbändige Untersuchung wie die „Geschichte der deutschen Kriegswirtschaft 1939-1945“ von Dietrich Eichholtz zu ihrem Abschluß gekommen ist.

Der erste Band dieses Werks wurde 1969 veröffentlicht, in zweiter Auflage 1971 und in dritter 1984 gedruckt, anläßlich des Erscheinens des zweiten Bandes (1985). Der dritte Band ist 1996 herausgekommen, wie die anderen beim Akademie Verlag in Berlin, dem offiziellen Verlag der Akademie der Wissenschaften der DDR.

Einige Zahlen, die das „Gewicht“ dieses Werkes beleuchten, das eine vierzigjährige Forscherlaufbahn vervollständigt: Der erste Band umfaßte 408 Seiten, der zweite 713 und der dritte sogar 803. Während der ersten Band zur Gänze das Werk von Eichholtz war, enthielten die beiden folgenden Bände Beiträge anderer Wissenschaftler. Im zweiten Band findet sich ein umfangreiches Kapitel über „Die deutsche Landwirtschaft im Krieg“ von dem Rostocker Historiker Joachim Lehmann, einem Spezialisten für Agrargeschichte. Im dritten Band sind vier Koautoren vertreten. Karl Heinz Roth (Bremen) hat ein bedeutendes Kapitel über „Wirtschaftliche Vorbereitungen auf das Kriegsende und Nachkriegsplanungen“ geschrieben; Berthold Puchert (Potsdam) ist Autor des Kapitels – mehr oder weniger einer Monographie – „Der deutsche Außenhandel im Zweiten Weltkrieg“; Manfred Oertel (Stralsund) verdanken wir ein Kapitel über die Finanzierung des Kriegsaufwandes; Hagen Fleischer (Athen) trägt eine Dokumentation über den „Besatzungsalltag auf Kreta 1943-1944“ bei.

Es ist evident, daß ein Werk von diesem Ausmaß, das den größten Teil eines Wissenschaftlerlebens ausgefüllt hat, mit Beiträgen von außen realisiert werden mußte, und es ist eine Stärke des Autors – nicht eine Schwäche, meine ich –, auf diese Art seine „Grenzen“ anerkannt zu haben.

Der Umfang der archivalischen und dokumentarischen Basis nahm von Band zu Band zu. Während im ersten Band die (doch sehr umfangreiche) Dokumentation ausschließlich aus Archiven der DDR, vor allem aus dem Zentralen Staatsarchiv, stammte, ist in den beiden folgenden Bänden die archivalische Basis beachtlich erweitert worden und umfaßt schließlich zahlreiche Bestände aus dem Bundesarchiv Koblenz, aus Archiven westlicher Unternehmen sowie aus ausländischen Archiven. Gänzlich fehlen hingegen Bezugnahmen auf sowjetische Archive.

Zu den Verdiensten des Werkes zählt, daß Eichholtz die markantesten Daten seiner Untersuchungen in Form von Tabellen und Statistiken zusammengefaßt dargestellt hat: 206 im zweiten und 164 im dritten Band, beide Male durch einen Index leichter benutzbar gemacht.

Was den ersten Band betrifft, so scheint mir, daß der Autor eine Ausdrucksweise benutzt, die für jenen – in der Minderheit befindlichen – Teil der marxistisch-orthodoxen Geschichtsforschung der DDR charakteristisch war, der mühsam neuen methodologischen und analytischen Ansätzen und Schlußfolgerungen Raum zu geben versuchte. Diese Historiker gestalteten das starre Korsett der Orthodoxie flexibler, das besonders für die Neueste Geschichte galt. So sind die einleitenden Seiten noch in der traditionellen Ausdrucksweise der Orthodoxie verfaßt, und die erste Fußnote nimmt, wie obligat, Bezug auf eine Schrift von Walter Ulbricht. Im Band aber sucht Eichholtz Wege zu einer flexibleren Lesart der herrschenden Theorie des sogenannten Stamokap („staatsmonopolistischer Kapitalismus“). Er hält an der Interessenidentität zwischen Finanzkapital und Staat fest und zollt der These über die nahe bevorstehende Krise des kapitalistischen Systems Tribut; aber er spricht von einer

„neuen Rolle der Staatsmacht“ (I, 5) und von dialektischen Wechselbeziehungen zwischen politischer und ökonomischer Sphäre.

Nach seiner Auffassung verwuchsen „bestimmte Monopole, Gruppen von Monopolen oder auch ganze Monopolgruppen (Kohle/Eisen/Stahl; Chemie/Elektroindustrie) mit bestimmten Teilen des Staatsapparates und Parteiapparats“ (I, 9); diese Verflechtung bildete zugleich die Grundlage für „heftige Auseinandersetzungen“ (I, 15) über die beste Strategie, den geplanten Krieg zu gewinnen, ohne die delikaten inneren, sozialen Gleichgewichte zu stören.⁴ So erklärt er, daß 1936 der Sieg Görings und seines „Vierjahresplans“ als Strategie forciertener Kriegsvorbereitung nichts als ein Kompromiß zwischen „Breitenrüstung“ und „Tiefenrüstung“ war und daß die „Kanonen-statt-Butter“-Politik nicht nur in ökonomischer, sondern auch in sozialer Hinsicht unüberwindbare Grenzen hatte.

Seit Ende der 50er Jahre widmet sich Eichholtz – 1930 in Danzig geboren und als Student und junger Wissenschaftler einer der ersten Schüler von Jürgen Kuczynski, dem hervorragenden Wirtschaftshistoriker der DDR – der Wirtschaftsgeschichte der Hitlerschen Periode und – allgemeiner – der Problematik des Faschismus.⁵ Auch als ein Kenner der archivalischen Dokumentation hat er sich hervorgetan.⁶ Als einer der ersten hat er die umfassenden Pläne zur ökonomisch-demographischen Neustrukturierung des eroberten (oder zu erobernden) Osteuropa („Generalplan Ost“) untersucht und mit bis dahin unveröffentlichten Dokumenten die erstrangige Rolle beleuchtet, die wichtige kapitalistische Konzerne und Gruppen bei der Ausbeutung der besetzten Gebiete und der Planung einer neuen wirtschaftlichen „Ordnung“ ganz Europas nach dem (siegreichen) Ende des Krieges gespielt haben. Auf diesem Gebiet haben die Historiker der DDR – Eichholtz dabei in der ersten Reihe – einen Beitrag geleistet, der, mit heutigen Augen gesehen, als originell und nutzbringend eingeschätzt werden muß, mit der Maßgabe, daß man von der unvermeidlichen ideologischen Komponente absieht. In jener Zeit tendierten die westlichen Historiker dazu, diese Aspekte zu vernachlässigen und ihre Aufmerksamkeit auf Hitler und seine Ideologie zu konzentrieren.

Gerade die erwähnten „Neuordnungs“pläne, die von den großen monopolistischen Gruppen erarbeitet wurden, analysiert der Berliner Historiker sorgfältig. Er nimmt eine Gliede-

⁴ Es ist also korrekt, Eichholtz zu den Urhebern der sogenannten These von den „Monopolgruppen“ zu zählen, die einen Schritt nach vorn im Vergleich zu den traditionellen kommunistischen Interpretationen darstellte; vgl. I. Kershaw, *Der NS-Staat. Geschichtsinterpretationen und Kontroversen im Überblick*, Reinbek 1994, S. 84.

⁵ Außer der „Geschichte der deutschen Kriegswirtschaft“ sind zu nennen: D. Eichholtz/K. Gossweiler, *Noch einmal: Politik und Wirtschaft 1933-1945*. In: *Das Argument*, 10 (1968). Generell zum Inhalt der seinerzeit stark beachteten Debatte der Autoren mit T. Mason, die weiterhin Aktualität besitzt, verweise ich auf meinen Essay „Tim Mason: l'impegno e il laboratorio della storia sociale“. In: *Passato e Presente*, 10 (1991), S. 107-129; Mitarbeit von Eichholtz im Herausgeber- und Autorenkollektiv von Deutschland im zweiten Weltkrieg, u.d. Leitung v. W. Schumann (6 Bände, Berlin 1974-1985); D. Eichholtz/K. Gossweiler (Hrsg.), *Faschismusforschung. Positionen, Probleme, Polemik*, Berlin 1980; D. Eichholtz/K. Pätzold, *Der Weg in den Krieg. Studien zur Geschichte der Vorkriegsjahre (1935/36 bis 1939)*, Berlin 1989; neuestens D. Eichholtz (Hrsg.), *Krieg und Wirtschaft. Studien zur deutschen Wirtschaftsgeschichte 1939-1945*, Berlin 1999.

⁶ Siehe insbesondere D. Eichholtz/W. Schumann (Hrsg.), *Anatomie des Krieges. Neue Dokumente zur Rolle des deutschen Monopolkapitals bei der Vorbereitung und Durchführung des zweiten Weltkrieges*, Berlin 1969. Siehe auch den Dokumentenanhang im vorl. Band I.

nung der deutschen Wirtschaftselite in „Gruppierungen“ vor, deren Ziele und Strategien teilweise divergierten. Auf jeden Fall waren ihnen allen mit den Nationalsozialisten zwei Ziele gemeinsam: die vom Versailler Friedensvertrag festgelegte Ordnung zu beseitigen und Europa unter Einschluß der Räume und Ressourcen des Ostens „neuzuordnen“.

Ein zweiter Schwerpunkt der Analyse des Autors im ersten Band betrifft „Die Lage der Werktätigen nach Kriegsbeginn“ (Kapitel II). Auch bei diesem für die marxistische Orthodoxie fundamentalen Thema mangelt es seiner Position nicht an Nuancen. Das Regime war ihm zufolge stets bestrebt, die Arbeiterklasse, deren objektiv antagonistische Position es fürchtete, unter strengster Kontrolle zu halten. Terror allein reichte nicht hin, um den sozialen Frieden zu erhalten. Eichholtz analysiert die demagogischen Maßnahmen und die umfangreichen Zugeständnisse, die das Regime machen mußte, um sein Ziel zu erreichen.

Im dritten Kapitel zeichnet Eichholtz die tiefgreifenden Umgestaltungen nach, die während der Anfangsphase des Krieges im Leitungssystem der Wirtschaft vorgenommen wurden. Auch hier hebt er hervor, wie einerseits wirtschaftliche und politische Interessen in Wechselbeziehung standen, andererseits scharfe Brüche und Gegensätze zum Austrag kamen. So beobachtet er, daß Göring, offiziell immer noch Leiter der gesamten Kriegswirtschaft, lange versucht hat, eine Politik des geringsten Widerstands zu betreiben, die darauf gerichtet war, die Gegensätze und Reibungen zu minimieren. Im Mittelpunkt des Kapitels steht die Bildung des Reichsministeriums für Bewaffnung und Munition unter Fritz Todt, die bereits als Anzeichen für das Scheitern der Göringschen Konzeption gelten kann.

Das Thema der wirtschaftlichen Expansion der deutschen Industrieunternehmen und Banken, schon als Schwerpunkt des Gesamtwerks erwähnt, wird im Band im vierten Kapitel „Die erste Phase der Expansion der deutschen Monopole in Europa“ abgehandelt. Ausführlich werden die „Neuordnungs“projekte der großen Unternehmen dargestellt, wobei besonderes Gewicht auf den Chemiekoloß IG Farben gelegt wird. Eichholtz schält die folgende Kausalkette heraus: „Ökonomische Strategie der finanzkapitalistischen Gruppierungen – politische Strategie – militärische Strategie – rüstungswirtschaftliche Strategie und Planung“; er fügt hinzu, daß es sich nicht um eine lineare Kausalität handle, da „komplizierte Wechselwirkungen, mannigfache Übersetzungen und Rückkopplungen“ sie durchziehen, und er schließt diese entscheidende – von Doppeldeutigkeiten gewiß nicht freie – Passage mit der These, daß in jedem Fall die Gruppen des Finanzkapitals „das letzten Endes entscheidende, bestimmende Glied“ blieben (I, 162).

Das fünfte und letzte Kapitel ist der wirtschaftlichen Vorbereitung des Krieges gegen die Sowjetunion gewidmet. Es spiegelt sich darin einerseits das Gewicht der enormen sowjetischen Ressourcen in der Erwartung der deutschen Planer wider; andererseits kann das Kapitel in manchen Passagen als ein weiterer Tribut an den orthodoxen Kanon verstanden werden. Auch hier hebt Eichholtz die Rolle der großen deutschen Unternehmen und die enge, auch personelle Verflechtung zwischen den wirtschaftlichen Einrichtungen des Regimes und den Zentren der wirtschaftlichen Macht hervor. Mit dem Angriff auf die UdSSR endet nach Meinung des Autors die Phase der auf den „Blitzkriegen“ beruhenden Wirtschaft, da sie sich für die neue Etappe des Konflikts als unzureichend erwies.

Der zweite Band erschien erst sechzehn Jahre nach dem ersten, weil, wie der Autor im Vorwort erwähnt, andere Forschungsverpflichtungen offiziell den Vorrang hatten. Zugleich unterstreicht er die Kontinuität zum ersten Band in thematischer und analytischer Hinsicht. Der Band setzt mit der „Umrüstung“ vom Sommer 1941 und ihrem Scheitern ein und be-

handelt ausführlich die nach der Niederlage vor Moskau in der Kriegswirtschaft eingeführten tiefen organisatorischen Umgestaltungen von Ende 1941/Anfang 1942. Diese Umgestaltungen mündeten in die schrittweise Durchsetzung der Linie von Todt und später von Albert Speer gegenüber der Strategie von Göring, der in erster Linie für den bisherigen Kurs der nur oberflächlichen und punktuellen Ausnutzung des deutschen wirtschaftlichen Kriegspotentials verantwortlich war. Eichholtz meint, daß in dieser kritischen Phase die grundlegenden Entscheidungen weder einsam von Hitler getroffen wurden noch das hauptsächlichste Werk Todts oder Speers waren, sondern von den „Spitzen des deutschen Finanzkapitals“ initiiert wurden (II, 49). Es muß aber gesagt werden, daß der Autor hier den Quellenbeweis schuldig bleibt. Es stimmt, daß es Speer gelang, die Methode der „Selbstverantwortung der Industrie“ durchzusetzen und den Industrieführern persönlich die Verwaltung der verschiedenen Rüstungssektoren zu übertragen. Dennoch bringt ein so guter Kenner der archivalischen Quellen wie der Autor kein Dokument dafür bei, daß es die Exponenten des Großkapitals waren, die die Entscheidungsinputs gaben. Er muß sich darauf beschränken zu zeigen (was jedoch nicht wenig ist), wieviele erstrangige Exponenten der Industrie in die verschiedenen Planungs- und Leitungszentren der Kriegswirtschaft berufen wurden.

Das vierte Kapitel befaßt sich mit der Lage der Arbeiter. Der Autor stellt in reicher Dokumentation die Formen der Ausbeutung der deutschen und ausländischen (besonders der sowjetischen) Arbeitskräfte dar. Die deutschen Arbeiter waren in jeder Beziehung vor den ausländischen bevorzugt, die einer intensiven Ausbeutung unterworfen waren. Hier zeigt Eichholtz, daß die Brutalität der Behandlung der Zwangsarbeiter keineswegs den realen Interessen der Industrie entsprach, die im Gegenteil daran interessiert war, die wertvolle Arbeitskraft zu erhalten und sie hinreichend effizient einzusetzen. Darin sehe ich eine nicht unbeträchtliche Diskrepanz zu der Grundthese des Buches, der zufolge es in letzter Instanz die Interessen der Wirtschaft waren, die überwogen.

Mit besonderem Nachdruck vertritt der Autor die Auffassung, daß das von der SS in den Konzentrationslagern praktizierte System der wirtschaftlichen Ausbeutung nicht voll mit den Kriterien des kapitalistischen Profits harmonisierbar war, so daß die Ambitionen der SS-Wirtschaftler, insbesondere die Schaffung eines SS-Wirtschaftsimperiums, gerade durch die Opposition der Industrie blockiert wurden.

Von Bedeutung scheint mir auch der Hinweis auf die „moralische Degradation“ der deutschen Arbeiter durch die vom Regime gebotenen Anreize und Lockmittel und durch die Schlechterstellung der ausländischen Arbeiter zu sein. Das ergibt ein Bild, daß eindeutig im Gegensatz zu dem kanonischen einer stets reinen und antagonistischen Arbeiterklasse steht. Die überaus harten Lebens- und Arbeitsbedingungen der ausländischen Arbeiter, zumeist Zwangsarbeiter, hatten eben auch eine wichtige innenpolitische Funktion: „das entwickelte proletarische Klassenbewußtsein zu zerstören bzw. niederzuhalten“ (II, 280).

Das fünfte Kapitel ist einer Analyse der Kriegsproduktion gewidmet. Bereich für Bereich stellt Eichholtz dar, wie Direktoren und Techniker der Unternehmen und Funktionäre des Regimes versuchten, mittels Rationalisierung die höchstmögliche Produktion zu organisieren: von Kohle und Stahl über Fahrzeuge und Maschinen bis zu den Hauptwaffen. Anschließend analysiert er die Ergebnisse der Kriegsproduktion einschließlich der Rohstoffe, der chemischen Syntheseproduktion, der Elektroenergie, des Bauwesens und der Entwicklung der „Wunderwaffen“. Es liegt hiermit eine weit gespannte und detaillierte Untersu-

chung vor, bei der der Autor ausgiebig seine ausgezeichnete Sachkenntnis und seine außerordentliche Beherrschung der Quellen zeigen kann.

Das sechste Kapitel ist der Untersuchung der Besatzungspolitik, besonders derjenigen in der Sowjetunion, gewidmet. Zunächst werden die Pläne und Erwartungen der politischen und wirtschaftlichen Machtzentren analysiert, danach die konkrete Praxis der Okkupanten untersucht. Eine besondere Studie befaßt sich mit dem „Generalplan Ost“, das heißt, mit jenem Komplex von Projekten für eine sowohl demographisch-rassische als auch wirtschaftlich-soziale „Neuordnung“ des besetzten Osteuropas, der auf Anweisung von Himmler ausgearbeitet wurde. Auch hier unterstreicht Eichholtz die unentwirrbaren Verknüpfungen zwischen Ideologie und Plänen der Nationalsozialisten und langfristigen Interessen des deutschen Monopolkapitals.

Er verweilt auch kurz (zu kurz, möchte ich meinen) bei der Politik der Judenvernichtung. Es findet sich kein Hinweis darauf, daß diese Politik ideologische Motivationen hatte; hierin der marxistischen Orthodoxie verbunden, meint er hingegen, sie sei ganz und gar imperialistische Politik (II, 448 ff.). Übrigens ist die Analyse hier nicht frei von Schwankungen: Der Autor neigt zu einer allgemeineren Beurteilung des „Generalplans Ost“, nach der der Plan als Plan der Massenvernichtung im wesentlichen den „Sicherungs“interessen Hitlers und seines Regimes entsprach, und gerät so in einen „unlösbaren Widerspruch“ (II, 457) zu den hauptsächlichlichen Wirtschaftsinteressen. Hieran sieht man, welch langen Weg Eichholtz zurückgelegt hat, sich von den Kanons der Orthodoxie zu lösen und dahin zu gelangen, sich einem „Primat der Politik“ (Mason) anzunähern, den er Jahre zuvor noch brüsk abgelehnt hatte. Offensichtlich hat er aber in logischer und lexikalischer Hinsicht noch einige Schwierigkeiten, diese Loslösung klar auszudrücken.

Das siebente Kapitel behandelt die Frage der Kriegsprofite. Der Autor stellt fest, daß das Regime den Erwartungen der Industrie in dieser Beziehung voll gerecht wurde. Bei dem Versuch, den gesamten von den deutschen Unternehmen erzielten „reinen Kriegsprofit“ zu schätzen, kommt er auf die Zahl von 70 bis 80 Milliarden Reichsmark (II, 569); allein den Surplusprofit aus der Arbeit ausländischer Arbeitskräfte schätzt er auf 60 bis 70 Milliarden Mark (II, 530 f.).

In einem zweiten Teil des Kapitels untersucht er das Phänomen der industriellen Konzentration, deren Rhythmus sich während des Krieges immer stärker beschleunigte. Bereits 1942 hielten kaum zwei Prozent aller Aktiengesellschaften die Hälfte des gesamten Aktienkapitals. Wenngleich unter den Bedingungen einer besonders konflikthaften Beziehung der Unternehmen zum politischen System gerade in diesem Punkt, galten Eichholtz zufolge auch während des Krieges die Grundelemente der kapitalistischen Logik und Ökonomik: Streben nach Profit, Optimierung der Ausbeutung der Ressourcen und der Arbeitskräfte, Expansionismus im internationalem Maßstab, aber auch unausweichliche Krisentendenzen.

In einem ganz anderen gesellschaftlichen Umfeld erschien der dritte und abschließende Band, nämlich nach der Auflösung des kommunistischen Staates und seines Wissenschaftsapparats. Die ersten beiden Bände waren schon gleichsam Klassiker geworden, umfangreich zitiert und von den Fachleuten international sehr positiv beurteilt, wenn auch mitunter mit

Distanzierung zur Interpretation.⁷ Im Vorwort zum dritten Band räumt Eichholtz ein, er habe weitere Überlegungen zur Methode angestellt, um den Gefahren eines zu rigiden Ökonomismus zu entgehen; dies habe um so näher gelegen, als in der Endperiode des Krieges „die Eingriffe politischer Institutionen ... in die wirtschaftlichen Abläufe von erheblicher Tragweite“ waren (III, XI). Er meint, daß die Substanz seiner Arbeit hieraus Gewinn gezogen hat. Insgesamt sind diese kurzen selbstkritischen Bemerkungen ziemlich zurückhaltend. Eichholtz räumt nur indirekt ein, selber zu streng ökonomistisch in der Analyse gewesen zu sein. Seine frühere Arbeit verleugnet er keineswegs, sondern legt den Akzent auf die Konsequenz und die Kontinuität der eigenen Forschersicht.

Es ist nicht möglich, den Inhalt des dritten Bandes zu resümieren, der der umfangreichste ist und zudem eine Fülle von spezifischen Beiträgen enthält. Deutlich sichtbar sind Veränderungen in der Gliederung. Die Ziele und Pläne der deutschen Wirtschaft treten verständlicherweise vollständig zurück; dafür untersucht Roth in einem umfangreichen Kapitel die immer problematischeren Projekte, die in Vorbereitung auf eine militärische Niederlage ausgearbeitet wurden. Das reichhaltigste Kapitel, geschrieben von Eichholtz selbst, ist dasjenige über die Kriegsproduktion. Hier zeigt er nochmals seine außerordentliche Meisterschaft in der Benutzung der Quellen. Danach folgen Kapitel über die „Lage der Arbeiter“ und den Zerfall des Besatzungssystems, die im Titel den verkleinernden Zusatz „Studien“ tragen. Der Autor ist sich letztlich der Unvollständigkeit seiner Arbeit angesichts der Vielschichtigkeit der hier behandelten Themen bewußt. Das ändert nichts daran, daß die Kapitel wie der ganze Band viele interessante und neue Denkanstöße enthalten.

Interessante Bemerkungen macht der Autor in verschiedenen Kapiteln zu den agierenden Persönlichkeiten, insbesondere über den Wandel im Vertrauensverhältnis zwischen Hitler und dem eine Zeitlang schon als Hitlers Nachfolger gehandelten Rüstungsminister Speer. Dieses Anfang 1944 gestörte Verhältnis stabilisierte sich wieder auf Grund der Erfolge der Speerschen Rüstungsorganisation, was in der Einrichtung des Rüstungsstabes (August 1944) seinen Ausdruck fand, der die gesamte kriegswirtschaftliche Macht beim Rüstungsminister konzentrierte. Interessant und neu ist die Analyse des Leitungsapparats, den Speer in dieser Periode aufbaute; ihm schreibt Eichholtz es hauptsächlich zu, daß die Kriegswirtschaft trotz der von den Luftangriffen verursachten schweren Schäden so lange aufrechterhalten wurde.

Gerade in diesen Teilen zeugt die Arbeit von der veränderten, erhöhten Aufmerksamkeit, die Eichholtz der Rolle der Persönlichkeit angedeihen läßt. Eine derartige Konzentration auf die Persönlichkeit von Politikern, besonders von Hitler, Speer und Göring, wäre in den ersten beiden Bänden nicht denkbar gewesen. Frei von dogmatischen Behinderungen – freier und entschiedener als in den ersten Bänden – kann der Autor jetzt seine Gaben ins Feld führen.

Tiefschürfend werden die sozialen und politischen Ursachen untersucht, die das Regime daran hinderten, möglichst alle Ressourcen auf die Kriegsproduktion zu konzentrieren. Die Konsumgüterindustrie konnte infolge der großen Zerstörungen an zivilen Wohnungen und Haushalten durch die Luftangriffe nicht so stark wie vorgesehen eingeschränkt werden und mußte ihre Produktion sogar erweitern. Dem offiziell kontrollierten Markt trat eine

⁷ Um nur einige wenige Beispiele zu nennen: G. Ránki, *The Economics of the Second World War*, Wien 1993; D. Rebentisch, *Führerstaat und Verwaltung im Zweiten Weltkrieg*, Stuttgart 1989; A. S. Milward, *War, Economy, and Society 1939-1945*, Berkeley/Los Angeles 1979.

Schwarzmarkt-Wirtschaft zur Seite, die von Regime geduldet werden mußte. Aus Gründen sozialer Stabilität schöpfte man die Möglichkeit, den Arbeitszwang für deutsche Frauen durchzusetzen, bis zum Ende nicht voll aus und versuchte statt dessen, die Ausbeutung der ausländischen Arbeitskräfte mit einer immer widersprüchlicheren Mischung von „Zuckerbrot“ und „Peitsche“ zu verstärken. Freilich wird das Thema der ausländischen Arbeitskräfte nicht so systematisch wie in den beiden ersten Bänden abgehandelt, sondern vor allem in der Form von regionalen und speziellen „Studien“.

Ähnlich wird die Besatzungspolitik bzw. -wirtschaft behandelt. Besonders interessant scheint mir die Studie, die Eichholtz der Kollaboration von dänischen, niederländischen, belgischen und französischen Unternehmen bei der Ausbeutung der Ressourcen des besetzten Osteuropa (1941-1944) widmet. Hier bewegt sich der Autor auf einem neuen Gebiet, wobei er nützliche Hinweise für weitere Untersuchungen gibt.

Der dritte Band präsentiert sich also noch farbenreicher als die vorhergehenden: sowohl durch die Mitwirkung unterschiedlicher Wissenschaftler, westlicher und östlicher, mit spezifischen monographischen Studien, als auch dadurch, daß er einen offeneren Charakter hat, nicht mehr belastet durch den heiklen „Slalom“ zwischen Kategorien und Methoden, der mir aus den Bedingungen einer strengen Kontrolle der historiographischen Produktion erklärbar erscheint. Zu wünschen wäre gewesen, daß Eichholtz den Band mit dem Versuch einer Schlußbetrachtung abgeschlossen hätte; aber das ist bei einem Werk von rund 2 000 Seiten, geschrieben in einer Zeitspanne von dreißig Jahren, vielleicht zu viel verlangt.

Die „Geschichte der deutschen Kriegswirtschaft“ wird noch für viele Jahre ein unersetzliches Standardwerk sein. Zu hoffen ist zugleich, daß sie Anstoß für zahlreiche vertiefende Studien ist. Und Lob gebührt dem Nachdruck dieses Werkes, das so einem größeren Publikum zugänglich gemacht wird.

Inhaltsverzeichnis

Vorbemerkung zur dritten Auflage	XXI
Vorwort	XXIII
Einleitung	1
KAPITEL I Die wirtschaftliche Ausgangsbasis des deutschen Imperialismus für den zweiten Weltkrieg. Die Kriegsziele der deutschen Monopole	13
1. Die Phase der unmittelbaren wirtschaftlichen Kriegsvorbereitung 1936–1939	
a) Die Vierjahresplanpolitik	13
b) „Breitenrüstung“ und „Tiefenrüstung“. Wirtschaftspotential und kriegswirtschaftliches Potential	17
c) Die Ergebnisse der wirtschaftlichen Aufrüstung	21
d) Krisenpunkte der staatsmonopolistischen Rüstungswirtschaft	26
e) Deutschland im internationalen Vergleich der wirtschaftlichen Rüstungen und Ressourcen	31
2. Kriegsziele und Kriegsplanung der deutschen Monopole	
a) Vierjahresplan und Monopole	36
b) Das Kriegszielprogramm des deutschen Monopolkapitals	53
KAPITEL II Zur Lage der Werktätigen nach Kriegsbeginn	64
1. Das Kriegsrecht in der Wirtschaft und die Lage der Werktätigen	
a) Das „Paket“ der Kriegswirtschaftsgesetzgebung	65
b) Das System der Zwangsrationierung	67
c) Auswirkungen der Kriegswirtschaftsverordnung	70
d) Erste Vorstöße zum Arbeitszwang für Frauen	79
e) Anzeichen innerer Schwäche des Regimes	86
2. Die ausländischen Zwangsarbeiter in Deutschland	
a) Grundzüge einer Definition der Zwangsarbeit	88
b) Die Entstehung des Zwangsarbeitssystems	92
KAPITEL III Kriegswirtschaftliche Schwierigkeiten und Ergebnisse 1939/40. Die erste Phase des Umbaus im staatsmonopolistischen Apparat	
1. Schwierigkeiten und Fehlschläge der wirtschaftlichen Mobilmachung ...	103
2. Die erste Phase des Umbaus im staatsmonopolistischen Apparat	
a) Das Ende des „Generalbevollmächtigten für die Wirtschaft“. Das Reichsamt für Wirtschaftsausbau	108
b) Die staatsmonopolistische Grundkonzeption der Monopole	113
c) Die Bildung des Reichsministeriums für Bewaffnung und Munition ..	121
d) Die Gründung der Reichsvereinigung Kohle	132

KAPITEL IV	Die erste Phase der Expansion der deutschen Monopole in Europa	
1.	Wesenszüge der Expansion des deutschen Monopolkapitals	144
a)	Der zweite Versuch der deutschen Monopole zur gewaltsamen Neuaufteilung der Welt	144
b)	Exkurs: Die Hauptgruppierungen des Monopolkapitals und die Unterschiede in ihren Expansionsprogrammen	147
c)	Charakter und Methoden der wirtschaftlichen Expansion und Ausplünderung	158
2.	Die „Neuordnung des europäischen Großwirtschaftsraumes“	162
a)	Die Kriegsziele des deutschen Imperialismus in den „Neuordnungs“-Programmen der Monopole	163
	Die Länderberichte der Reichsgruppe Industrie	164
	Die Kriegszielprogramme der führenden Konzerne	168
	Eine neue konzeptionelle Variante des Reichswirtschaftsministeriums	178
b)	Der Beutezug der Monopole durch Europa. Der Interessenkampf bei der Verteilung der Beute	184
3.	Hauptformen der Übernahme fremder Unternehmen und Kapitalbeteiligungen	
a)	Das Institut der „Treuhandenschaft“. Die „Arisierung“	192
b)	Treuhandverwaltung und Eigentumsfrage	193
KAPITEL V	Die wirtschaftliche Vorbereitung auf den Krieg gegen die Sowjetunion	
1.	Die Expansionsstrategie des deutschen Imperialismus gegenüber der UdSSR	197
a)	Die Kriegsziele der Monopole	199
b)	Der Beutefeldzug gegen die Sowjetunion als Bestandteil der wirtschaftlichen Blitzkriegskonzeption	206
2.	Die Rüstungsumstellungen. Das Wirtschaftspotential des faschistisch beherrschten Blocks Mitte 1941	
a)	Die Umstellungen des Rüstungsprogramms seit Juni 1940	212
b)	Möglichkeiten und Grenzen der Erschließung des europäischen Wirtschaftspotentials für die deutsche Kriegswirtschaft	221
3.	Der staatsmonopolistische Apparat für den Beutefeldzug	
a)	Die Herausbildung des Apparats	231
b)	Die Entwicklung des Programms	238
ANHANG	Dokumente zur „Neuordnung des europäischen Großwirtschaftsraumes“ (1940, 1941)	247
I.	IG Farbenindustrie AG	248
II.	Ruhr-Montankonzerne und Wirtschaftsgruppe Eisen schaffende Industrie	294
III.	Carl Zeiss Jena	339
IV.	Fachgruppe Metallerzeugende Industrie	348
V.	Reichsgruppe Industrie und Wirtschaftsgruppen	351
VI.	Reichswirtschaftsministerium	365
	Bemerkungen zur Bibliographie	379
	Quellen- und Literaturverzeichnis	387

Vorbemerkung zur dritten Auflage

Anläßlich des Erscheinens von Band 2 der „Geschichte der deutschen Kriegswirtschaft 1939–1945“ haben sich Autor und Verlag entschlossen, den ersten Band in neuer Auflage¹ herauszubringen.

Die Forschung hat im Laufe der vergangenen Jahre viel neues Tatsachenmaterial zutage gefördert. Auch theoretische Probleme des Faschismus, des staatsmonopolistischen Kapitalismus, der Kriegszielstrategie des deutschen Monopolkapitalismus usw. sind in zahlreichen neueren Publikationen erörtert worden.² Der vorliegende Band stand und steht im Mittelpunkt eines umfangreichen Meinungsaustausches.

Was seine Grundsubstanz, sein theoretisches Fundament und nicht zuletzt sein politisch-ideologisches Anliegen betrifft, so hat er jedoch die Probe der Zeit bestanden. In der Arbeit am zweiten Band erwies sich – für den Leser überprüfbar – die Konzeption des Gesamtprojekts als richtig und tragfähig. Hierauf gründeten Autor und Verlag ihren Entschluß, den ersten Band, dessen frühere Auflagen seit langem vergriffen sind, zugunsten einer raschen Auslieferung unverändert nachzudrucken.

1 1. Aufl.: 1969; 2. Aufl.: 1971.

2 Siehe das ausführliche zusätzliche Literaturverzeichnis in Band 2.

Vorwort

Mit der ausführlichen Untersuchung der Geschichte der deutschen Kriegswirtschaft 1939–1945, deren erster Teil in diesem Band vorliegt, soll einem wissenschaftlichen Bedürfnis Rechnung getragen werden, das keiner näheren Begründung bedarf. Die besondere politische und ideologische Bedeutung des Vorhabens steht außer Zweifel in einer Zeit, da auf dem VII. Parteitag der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands als wichtigste Aufgaben der Geschichtswissenschaft in unserer Republik die Herausbildung eines wissenschaftlichen Geschichts- und Weltbildes des sozialistischen Menschen und die Entwicklung seiner bewußten klassenmäßigen Einstellung zum sozialistischen Aufbau eindringlich hervorgehoben wurden.

Es geht bei unserem Thema um Grundfragen einer Etappe deutscher Geschichte, ja der ganzen Periode imperialistischer Herrschaft in Deutschland. Es geht zugleich um die Auseinandersetzung mit einem der wichtigsten, charakteristischen Abschnitte jener geschichtlichen Vergangenheit, die in Westdeutschland noch Gegenwart ist – eine den Frieden in Europa und in der Welt ständig gefährdende Gegenwart.

Die Gesamtdarstellung einer Geschichte der deutschen Wirtschaft im zweiten Weltkrieg wie auch ihre Teile werfen zahlreiche konzeptionelle Probleme auf, die sowohl inhaltlicher als auch methodischer Natur sind. Das in Angriff genommene Werk ist ein erster grundlegender Versuch, diese Probleme zu bewältigen. Mit dem vorliegenden ersten von drei geplanten Bänden werden Konzeption und Entwurf des Aufbaus für das ganze Vorhaben zur Diskussion gestellt. An dieser Stelle sollen einige Bemerkungen zur Periodisierung und zur methodischen Problematik der Darstellung und der Aufteilung des Gesamtwerkes Platz finden.

Die Periodisierung der Wirtschaftsgeschichte des Krieges ist von der seines politischen und vor allem militärischen Verlaufs nicht zu trennen – weit weniger noch als bei der Behandlung längerer Zeiträume von geringerer Bewegtheit. Es liegt zwar keine Identität oder flache Parallelität der Entwicklungslinien, wohl aber ein komplizierter Synchronismus vor, bei dem die wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland mächtige, ja übermächtige Impulse in – historisch gesehen – raschster Folge durch den äußerst dynamischen Verlauf der militärischen Ereignisse erhielt.

Die charakteristische – dialektische – Wechselbeziehung zwischen moderner strategischer Kriegführung und Ökonomie besteht darin, daß einerseits wohl

„Entwicklung und Veränderung der strategischen Anschauungen völlig von den ökonomischen Bedingungen und dem jeweiligen Entwicklungsstand der Produktivkräfte abhängen“, andererseits aber wiederum „die Entwicklungsrichtung der Ökonomie auch unter Berücksichtigung strategischer Erwägungen gewählt wird und sich während eines Krieges fast völlig aus den Erfordernissen der Strategie ergibt.“¹ Die Impulse des Kriegsgeschehens wirkten in verschiedenem Grade auf die einzelnen Gebiete der wirtschaftlichen und wirtschaftspolitischen bzw. staatsmonopolistischen Aktivität. Verlauf und Tempo der Veränderungen auf diesen Gebieten konnten sich durchaus asynchron entwickeln. Die Kompliziertheit des Synchronismus der Veränderungen in Politik bzw. Kriegführung und Ökonomie im zweiten Weltkrieg blieb auf die Methode der Einteilung und Unterteilung des Gesamtvorhabens nicht ohne Auswirkungen.

Die Darstellung in Band I umfaßt die Kriegswirtschaft in der Zeit der militärischen „Blitzkriege“ bis zum Überfall auf die Sowjetunion. In Band II wird die Geschichte der deutschen Wirtschaft in den folgenden beiden Perioden des Kriegsverlaufs untersucht werden (1941/43). Es sollen der Zusammenbruch der Blitzkriegsstrategie auch auf wirtschaftlichem Gebiet und der anschließende Versuch des deutschen Imperialismus behandelt werden, eine „totale“, d. h. vollständig regulierte, „geplante“ Kriegswirtschaft einzurichten. Band III wird das so geschaffene System auf seinem Höhepunkt und zugleich in seinen letzten großen Anstrengungen (etwa seit Herbst 1943), seine sich schnell vertiefende Agonie und schließlich seine Katastrophe darstellen.

Wird eine relativ kurze historische Phase unter einer weitgefaßten Thematik ausführlich untersucht, so muß bei der Einteilung und Gliederung des Stoffes das sachliche Prinzip neben dem chronologischen eine wichtige Rolle spielen und sich besonders eng mit diesem verbinden. Im vorliegenden Band und in der Gesamtdarstellung wird in dieser Hinsicht ein neuer Versuch zur Diskussion gestellt. Bestimmte Hauptprobleme, sachliche Schwerpunkte, werden in jeder Periode, in jedem der drei Bände, zusammenhängend und ausführlich behandelt, mitunter auch des öfteren, wenn die Unterperiodisierung es erfordert (Kriegsziele des deutschen Monopolkapitals, Entwicklung des staatsmonopolistischen Regulierungsmechanismus, Lage der Werktätigen einschließlich der ausländischen Zwangsarbeiter, Wirtschaftspolitik in den okkupierten Gebieten). Andere Schwerpunkte werden ausführlicher erst für einen größeren, statistisch ergiebigen Zeitraum untersucht (industrielle Produktionsentwicklung, Konzentration und Zentralisation der Produktion und des Kapitals, Entwicklung der Profite). Schließlich werden eine Reihe von Komplexen aus sachlichen oder chronologischen Gründen nur an einer oder an zwei Stellen des Gesamtwerks zusammenhängend behandelt (Landwirtschaft, Verkehr, Außenhandel, Kriegsfinanzierung, Potentialvergleiche, wirtschaftliche Auswirkungen der Luftangriffe).

Die sachlichen Schwerpunkte werden so, innerhalb einer chronologischen Grundstruktur, nach der Art selbständiger Studien untersucht und dargestellt. Jedoch

¹ *Militärstrategie*, unt. d. Red. v. W. D. Sokolowski, Berlin 1966, S. 42f.

bleibt nicht nur der chronologische, sondern auch der sachliche Zusammenhang des Ganzen gewahrt, indem konzeptionelle Grundfragen und theoretische Hauptprobleme wie die Kriegsplanung des deutschen Finanzkapitals, seine Expansionsziele und -richtungen, die Grundtendenzen der Entwicklung des staatsmonopolistischen Herrschaftsmechanismus und die spezifisch faschistischen Züge in der Kriegswirtschaft den roten Faden der Gesamtdarstellung bilden. Dieser rote Faden soll Band für Band, Etappe für Etappe wieder aufgegriffen und weiterverfolgt werden.

Die Quellenbasis für Arbeiten zur Wirtschaftsgeschichte des Faschismus hat sich in der DDR in den letzten Jahren erheblich verbessert. Außer der Fülle des Materials früherer Konzernarchive, das – nach wie vor ungenügend genutzt – den Forschern in den Archiven der volkseigenen Betriebe zur Verfügung steht, haben die Staatliche Archivverwaltung der DDR und das Deutsche Zentralarchiv wertvolle Aktenbestände und zahlreiche Mikrofilme erworben und für die Forschung weitgehend erschlossen. Reiches archivalisches Material zur deutschen Geschichte der untersuchten Zeit und besonders zur Geschichte der faschistischen Okkupation enthalten die Archive befreundeter sozialistischer Länder.²

Der Verfasser ist den Herren Professoren Jürgen Kuczynski und Wolfgang Schumann sowie den Mitarbeitern der Abteilung 1917–1945 des Akademieinstituts für Geschichte für guten Rat und freundschaftliche Kritik zu herzlichem Dank verpflichtet.

Die Anfertigung der Register übernahm dankenswerterweise Herr Gerhard Haenel.

² Eine kurze bibliographische Einleitung mit einer Würdigung und kritischen Wertung der Literatur zum Thema ist dem Quellen- und Literaturverzeichnis vorangestellt worden. Vorveröffentlichungen aus dem vorliegenden Band, die nur in besonderen Fällen zitiert werden, stellen ein Aufsatz in einem Sammelband und zwei Artikel im Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte dar. (*Monopole und Staat in Deutschland 1917–1945*, Berlin 1966, S. 33–59, 193–199; *Eichholtz, Dietrich*, Zur Lage der deutschen Werk-tätigen im ersten Kriegsjahr 1939/40, in: *JWG* 1967, T. 1, S. 147–171; *Czollek, Ros-witha/Eichholtz, Dietrich*, Zur wirtschaftspolitischen Konzeption des deutschen Imperialismus beim Überfall auf die Sowjetunion, in: *JWG* 1968, T. 1, S. 141–181 [teilweise]).

Einleitung

Die Geschichte der deutschen Wirtschaft im zweiten Weltkrieg ist ein Stück Geschichte des deutschen Imperialismus. Zweimal in unserem Jahrhundert rüstete der deutsche Imperialismus zum Krieg, zweimal führte er ihn, führte ihn auch wirtschaftlich unter Aufbietung aller Kräfte, die er für die schlechteste Sache, für sein größtes Verbrechen an der Nation mobilisieren konnte. Aus der Niederlage im ersten Weltkrieg zog er Lehren, deren Befolgung ihn zwanzig Jahre später nur um so gefährlicher und barbarischer werden, ihn um so skrupelloser Habe, Leben und Schöpferkraft des eigenen Volkes wie anderer Völker verwüsten und vernichten ließ. Sein Ziel war wiederum eine Neuaufteilung der Welt und ihrer Reichtümer unter seiner Führung, waren Kapitalanlagesphären, Absatzmärkte, Rohstoffquellen und Arbeitskräfte für das Finanzkapital. Wie den ersten, so führte er auch den zweiten Krieg um die Weltherrschaft, d. h. um die absolute Vormachtstellung in der Welt.

Gegen Ende der zwanziger Jahre war Deutschland wieder in die Reihe der entwickeltsten, wirtschaftlich führenden imperialistischen Mächte aufgerückt. Expansionskraft und Aggressionsdrang potenzierten sich bei ihm mit dem Anwachsen seiner ökonomischen Stärke. Der deutsche Imperialismus war ein Imperialismus, dem man die Kolonien genommen hatte, ein Imperialismus, dessen Entwicklung dazu gehemmt war durch die finanziellen Lasten aus dem Kriege her und durch die den Monopolen lästige Beschränkung und Kontrolle, die die Siegermächte in bezug auf Rüstung, Finanzen usw. ausübten. Dementsprechend waren für die Entwicklung der faschistischen Bewegung in Deutschland von Anfang extremer Nationalismus und Chauvinismus charakteristisch; erst einmal an der Macht, verfocht der Faschismus vom ersten Tage an – wenn auch lange Zeit nicht unverhohlen – eine übersteigerte, zielgerichtete imperialistische Aggressivität nach außen. Mit dem Faschismus war eine Herrschaftsform des staatsmonopolistischen Kapitalismus geschaffen worden, die die Krise des Kapitalismus mit Terror im Innern und durch die Neuaufteilung der Welt nach außen überwinden sollte.¹

¹ s. *Ulbricht, Walter*, Die Bedeutung und die Lebenskraft der Lehren von Karl Marx für unsere Zeit. Rede auf der wissenschaftlichen Session zum 150. Geburtstag von Karl Marx, 2.–4. 5. 1968, in: Neues Deutschland, 4. 5. 1968, S. 6.

Die Geschichte der deutschen Kriegswirtschaft 1939–1945 ist in erster Linie die Geschichte der Interessenpolarität und des Kampfes zwischen den herrschenden faschistisch-imperialistischen Kreisen als den Hauptkriegstreibern und dem deutschen Volk – die Geschichte des gräßlichen Triumphs, den die Profitinteressen des Finanzkapitals in dieser Zeit über die Lebensinteressen der Nation davontrugen.

Im Mittelpunkt der Untersuchung stehen einerseits die strategische und taktische kriegswirtschaftliche Konzeption des deutschen Monopolkapitals, seine Produktions- und Ausbeutungsmethoden, seine wirtschaftliche Expansion, seine Profitquellen und Profite, andererseits die wirtschaftliche Lage der werktätigen Massen, besonders der Arbeiterklasse, d. h. ihre materiellen Lebensverhältnisse und Arbeitsbedingungen, ihre soziale und politische Stellung in dem „Militärzuchthaus“ (Lenin) der staatsmonopolistischen Kriegswirtschaft, der Mißbrauch ihrer Produktivität und schöpferischen Aktivität in der Produktion für den imperialistischen Krieg, sowie nicht zuletzt der Einfluß des Kampfes der illegalen deutschen Arbeiterbewegung und der anderen antifaschistischen Kräfte auf die wirtschaftliche Entwicklung und die Lage der Klassen in Deutschland.

Diese Grundthematik schließt notwendigerweise strukturelle Untersuchungen, d. h. Forschungen über die Klassenstruktur und ganz allgemein die Beachtung soziologischer Aspekte, in sich ein. Weiterhin werden analysiert: das Funktionieren des staatsmonopolistischen Mechanismus in der Kriegswirtschaft und seine inneren Gesetze und schließlich das wirtschaftliche Kriegspotential des deutschen Imperialismus, Struktur und Proportionen der Kriegswirtschaft, die tatsächlichen Ergebnisse und am Ende das katastrophale Desaster der wirtschaftlichen Kriegsanstrengungen.

Eine ausführliche wissenschaftliche Analyse des Charakters der deutschen Kriegswirtschaft von 1939 bis 1945 steht noch aus.² Eine solche Analyse kann nicht bei der Betrachtung der einzelnen kriegswirtschaftlichen Erscheinungen stehenbleiben. Die deutsche Kriegswirtschaft muß untersucht und begriffen werden als besondere Form des *kapitalistischen* Reproduktionsprozesses, als spezifisches Entwicklungsstadium des *staatsmonopolistischen* Kapitalismus und schließlich als die Kriegswirtschaft eines *faschistischen* Regimes. Der Zusammenhang der genannten drei konzeptionellen Gesichtspunkte untereinander und mit den – teilweise übermächtig wirksamen – Faktoren des militärischen und politischen Geschehens darf nicht vernachlässigt werden. Nur in diesem Zusammenhang ist die besondere historische Form der deutschen Wirtschaft während des Krieges begreifbar.

Die deutsche Kriegswirtschaft war eine *kapitalistische* Kriegswirtschaft. Sie beruhte auf der Ausbeutung der werktätigen Massen durch die Eigentümer der

2 Als erste Beiträge zum Thema s. *Kuczynski, Jürgen*, Studien zur Geschichte des staatsmonopolistischen Kapitalismus in Deutschland 1918 – 1945 (= *derselbe*, Die Geschichte der Lage der Arbeiter unter dem Kapitalismus, Bd. 16) (im folgenden: Studien 1918–1945), Berlin 1963; *Eichholtz, Dietrich*, Probleme einer Wirtschaftsgeschichte des Faschismus in Deutschland, in: *JWG* 1963, T. 3, S. 97 ff.; vgl. auch *Schröter, Alfred*, Krieg-Staat-Monopol 1914–1918, Berlin 1965.

Produktionsmittel, besonders durch die Monopole und durch staatsmonopolistische Gruppierungen. Die grundlegenden ökonomischen Gesetzmäßigkeiten der (monopol-) kapitalistischen Ordnung wirkten im Kriege weiter, teilweise mit vervielfachter Energie. Insbesondere traf das auf das Gesetz des Monopolprofits und das Gesetz der Konzentration und Zentralisation der Produktion und des Kapitals zu.

Selten in der Geschichte des deutschen Imperialismus profitierte das Monopolkapital so ungeheuerlich, selten schröpfte es die arbeitenden Massen so hemmungslos wie während des Krieges. Der Krieg wurde zum Profitparadies für die großen Monopole. Zur Ausbeutung des Volkes auf direktem Wege gesellte sich seine schrankenlose Ausplünderung durch die Staatskasse. Die Finanzierung des Krieges, die in diesem Zusammenhang erörtert werden muß, war die bisher umfassendste Umverteilung des Nationaleinkommens zugunsten einer Handvoll von Rüstungsmonopolen.

Die Konzentration und Zentralisation der Produktion in riesigen Rüstungsbetrieben machte im Kriege sprunghafte Fortschritte. Gewaltig ballte sich die Kapitalmacht in den Händen der großen Monopole zusammen. Die Konzentration des Kapitals wurde durch beispiellose Kriegsprofite enorm verstärkt. Stilllegungen und Schließungen vieler Tausender kleinerer und mittlerer Betriebe und Zehntausender von Handwerksbetrieben sowie der Zwang für die übrigen, den Rüstungsmonopolen zuzuliefern, führten zu einer noch rascheren Zentralisation des Kapitals; der Raub ausländischen Kapitaleigentums bedeutete eine zusätzliche Beschleunigung dieses Prozesses.

Die ökonomischen Klassenziele des deutschen Finanzkapitals im Krieg waren kapitalistisch, imperialistisch. Den größten Profit erwarteten die Monopole erst als Frucht des Krieges: ihre Herrschaft über Europa und schließlich ihre Vorherrschaft in der Welt. Diese Kriegsziele waren die eigentliche Wurzel der faschistischen Aggression.

Das System der ökonomischen Gesetze des Kapitalismus wies im Kriege wesentlich neue Züge auf. Der Reproduktionsprozeß des Kapitals, die Funktionen des kapitalistischen Wirtschaftsorganismus veränderten sich in erheblichem Maße.³ Binnen kurzem dominierte der Rüstungssektor eindeutig, absolut. Alle nicht „kriegswichtigen“ Zweige der Produktion und Zirkulation gingen von nun an bis Kriegsende absolut zurück. Die Produktion von Waffen und Kriegsgerät stieg 1940 gegenüber 1939 stark an, auf etwa 180 Prozent. Dagegen sank die Erzeugung von Konsumgütern, die bisher insgesamt immer noch gestiegen war, um fünf Prozent, der Bau von Wohnungen um fast 50 Prozent.⁴ Im Jahre 1940 waren durchschnittlich 50,2

3 vgl. die politökonomische Analyse der Kriegswirtschaft in den Vereinigten Staaten bei *Wagner, Hans*, Die zyklischen Überproduktionskrisen der Industrieproduktion in den USA in den ersten beiden Etappen der allgemeinen Krise des Kapitalismus (1914 – 1958), in: *JWG* 1964, T. 4, S. 11 ff., *JWG* 1965, T. 1, S. 27 ff., und besonders T. 2, S. 26 ff.

4 s. *Wagenführ, Rolf*, Die deutsche Industrie im Kriege 1939–1945, 2. Aufl. (im folgenden: *Industrie*), Berlin 1963, S. 191; *The Effects of Strategic Bombing on the German War Economy*, (hg. v. United States Strategic Bombing Survey. Overall Economic Effects Division. 31. Okt. 1945) (im folgenden: *The Effects*), Washington 1945, S. 231.

Prozent aller in der deutschen Industrie Beschäftigten für die Wehrmacht tätig, d. h., sie produzierten für staatliche Rechnung.⁵ Schon in dieser Phase der Kriegskonjunktur fiel also ein bedeutender Prozentsatz der gesellschaftlichen Produktion aus dem „normalen“ Prozeß der kapitalistischen Reproduktion heraus, oder ging, exakter definiert⁶, als eine Form des gesellschaftlichen (parasitären) Konsums der herrschenden Klasse in die Abteilung B (Konsumtionsgüter) des gesellschaftlichen Gesamtprodukts ein.

Ein derartig hoher Anteil der Produktion auf staatliche Bestellung mußte das Gefüge der gesamten Wirtschaft stark verändern und dementsprechend auch Wirkungsweise und Auswirkungen solcher ökonomischen Gesetze wie desjenigen der Konkurrenz und der Anarchie in der Produktion und der Krisengesetze wesentlich modifizieren. Ebenso affizierten andere charakteristische Merkmale der imperialistischen Kriegswirtschaft – wie die schwere Disproportionierung der Wirtschaft (Hypertrophie der Rüstungs- und weitgehend auch der Grundstoffindustrien, Unterproduktion der Konsumgüterindustrien und ihre Devastation durch Devestition), die Aufhebung der chronischen Agrarkrise und die erzwungene Unterkonsumtion der werktätigen Massen – die Durchsetzung dieser Gesetzmäßigkeiten, hemmten sie, schoben sie hinaus oder verhinderten sie ganz.

Der „normale“ Reproduktionszyklus war durch ein ökonomisches System von äußerster Labilität, ein System staatsmonopolistischen Charakters, ersetzt, dessen Schicksal von dem Verlauf des Eroberungskrieges abhing und das unvermeidlich in einer Katastrophe für die Nation endete. Die deutsche Kriegswirtschaft stellte einen Reproduktionsprozeß besonderer Art dar, dessen Ablauf und äußere Form ganz überwiegend und, je länger, desto ausschließlicher von militärisch-politischen Faktoren bestimmt, dessen innere Form und Verfassung aber durch extreme Formen des staatsmonopolistischen Kapitalismus gekennzeichnet wurden.

Unter *staatsmonopolistischem Kapitalismus* verstehen wir die neuen Strukturen und Entwicklungsformen, die der Imperialismus in Ökonomie und Politik seit einem halben Jahrhundert zunehmend hervorgebracht hat. Lenin stellte bereits im ersten Weltkrieg wichtige Veränderungen im Herrschaftssystem der kriegführenden imperialistischen Staaten, besonders Deutschlands, fest. Er definierte diese Erscheinungen unter dem Begriff des staatsmonopolistischen Kapitalismus als das Verwachsen von Monopolen und Staat zu einem einzigen Mechanismus imperialistischer Herrschaftsausübung, als Verschmelzung der Potenzen beider.⁷ Das Hinüberwachsen des monopolistischen in den staatsmonopolistischen Kapitalismus ist ein Wesensmerkmal der allgemeinen Krise des Kapitalismus und der Epoche des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus. Dieser Prozeß stellt eine aggressive Aktion und Reaktion der herrschenden imperialistischen Kreise angesichts des Drucks der Entwicklung der modernen Produktivkräfte und ange-

⁵ *The Effects*, S. 213.

⁶ s. *Wagner, Hans*, a. a. O., in: *JWG* 1964, T. 4, S. 39 f., 79 ff.; *derselbe*, Reproduktionsprozeß und Rüstung, in: *Wirtschaftswissenschaft*, H. 1/1962, S. 80 ff.

⁷ s. Analyse und Begriffsbestimmungen in den Werken Lenins, besonders aus dem Jahre 1917; *Lenin, W. I.*, Werke, Bd. 24 ff.

sichts der Vertiefung aller Widersprüche des Kapitalismus dar; er spiegelt objektiv die Konfrontation und Auseinandersetzung des in seiner Herrschaft erschütterten Finanzkapitals mit den schweren ökonomischen und politischen Krisen, mit der Zuspitzung des Klassenkampfes und insbesondere mit dem Vormarsch des Sozialismus in der Welt wider.

Diese neue Phase imperialistischer Entwicklung zeichnet sich durch eine qualitativ neue Rolle der Staatsmacht in allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens, besonders aber in der Gestaltung des kapitalistischen Reproduktionsprozesses aus.⁸ Der imperialistische Staat wirkt mit umfassender Aktivität auf jene Bereiche ein; die Wirtschaft wird regulierenden Eingriffen von gesamtwirtschaftlichen Ausmaßen und Auswirkungen unterworfen. Solche Eingriffe sollen die Erhaltung, Sicherung und Erweiterung der Profite der Finanzoligarchie und ihrer Macht überhaupt gewährleisten.

Nach wie vor herrscht das Finanzkapital, herrschen die mächtigsten Monopolgruppen; sie vereinen ihre Macht mit den gewaltigen Potenzen des Staates zu einem einzigen Herrschaftsmechanismus.

Die ihnen solcherart zuwachsenden staatsmonopolistischen Potenzen sichern ihnen zeitweise größere Manövrierfähigkeit. Sie erweitern ihnen vor allem den Spielraum für die Entwicklung der Produktivkräfte; aber sie ermöglichen ihnen auch die planmäßige, massenhafte Umwandlung von Produktivkräften in Destruktivkräfte, in Mittel der Zerstörung und Massenvernichtung. Diese Potenzen können in dem Maße vermehrt werden, in dem es der herrschenden Klasse gelingt, ihr staatsmonopolistisches Herrschaftssystem im Widerspruch zu den Lebensinteressen der arbeitenden Klassen auszubauen und zu vervollkommen.

Jener Mechanismus ist indessen keineswegs konfliktlos und einheitlich. Weder verändert der staatsmonopolistische Kapitalismus das Klassenwesen des Kapitalismus und Imperialismus, noch kann er dies System vor seinem schließlichen Untergang bewahren. Konkurrenz und Anarchie der Produktion und der gesellschaftlichen Verhältnisse überhaupt wirken auf höherer Ebene und in neuen Formen

⁸ s. besonders (auch für das Folgende) *Ulbricht, Walter*, Die Bedeutung des Werkes „Das Kapital“ von Karl Marx für die Schaffung des entwickelten gesellschaftlichen Systems des Sozialismus in der DDR und den Kampf gegen das staatsmonopolistische Herrschaftssystem in Westdeutschland. Referat auf der Internationalen wissenschaftlichen Session: 100 Jahre „Das Kapital“, in: Neues Deutschland, 13. 9. 1967; *Imperialismus heute*. Der staatsmonopolistische Kapitalismus in Westdeutschland (Autorenkollektiv), Berlin 1965 (4. überarb. u. erweit. Aufl. 1967); unter den Beiträgen zur Diskussion s. *Hemberger, Horst, u. a.* Sechs Feststellungen zum staatsmonopolistischen Kapitalismus in Westdeutschland, in: Einheit, H. 1/1967, S. 74 ff.; *Gündel, Rudi, u. a.*, Zur Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus, Berlin 1967; *Klein, Dieter*, Über den Widerspruch zwischen Produktivkräften und Produktionsverhältnissen im gegenwärtigen Imperialismus, in: Einheit, H. 7/1967, S. 890 ff.; in den Begriffsbestimmungen abweichend und aus zu enger Sicht *Kuczynski, Jürgen*, Vorbemerkung zu: *Baudis, Dieter, u. a.*, Aus den Geheimarchiven amerikanischer Monopole in Kuba: Die Planung bei Standard Oil (1957 – 1960), in: JWG 1966, T. 3, S. 11 ff.

fort. Die Widersprüche des imperialistischen Systems reproduzieren sich auf größerer Stufenleiter und in neuen Dimensionen.

Die faschistische Diktatur ist ein besonders exemplarischer Beleg für diese Thesen. Den reaktionärsten und aggressivsten Elementen des deutschen Finanzkapitals erschien es ausgangs der Weltwirtschaftskrise angeraten, ihre faschistische Herrschaft über das deutsche Volk zu errichten, d. h. ihre Macht mit den Potenzen eines faschistischen Regimes zu verschmelzen. Nurmehr den Faschismus hielten sie für fähig, ihnen mittels offenen Terrors und mit Hilfe von Demagogie und Massenverführung den gordischen Knoten innerer und äußerer Schwierigkeiten und Widerstände zu durchhauen, die sie daran hinderten, die arbeitenden Klassen rücksichtslos auszuplündern, forciert aufzurüsten, ihre Großmachtstellung zu restaurieren und schließlich mit der Expansion in Europa und über Europa hinaus zu beginnen.

Der staatsmonopolistische Kapitalismus faschistischer Prägung war hochgradig entwickelter Imperialismus. Der faschistische Staat war ein Staat der Monopole, seine Politik konzentrierter Ausdruck der ökonomischen Verhältnisse, d. h. der Bedingungen und Bedürfnisse der Monopolherrschaft. Der Krieg war nicht die Ausgeburt irgendwelcher „dämonischen“ Kräfte in und um Hitler; es war ein Krieg der Monopole um die Vorherrschaft in Europa und in der Welt. Das faschistische Regime war mit der Funktion betraut, einen solchen Krieg vorzubereiten und zu führen.

Die Herrschaftsmethoden des Faschismus sollten jenen Kreisen das geeignete Mittel bieten, einerseits die arbeitenden Klassen, voran die Arbeiterklasse, der unumschränkten Ausbeutung durch die Monopole vollständig zu unterwerfen und sie als Schlachtvieh für den Krieg zu manipulieren, andererseits die Schwächen des deutschen Kriegspotentials durch angespannteste Rüstung und umfassende staatsmonopolistische Regulierung und Kontrolle wettzumachen. Alle Bereiche des gesellschaftlichen Lebens sollten in bisher nicht dagewesenem Umfang und einmaliger Intensität von dieser Regulierung und Militarisierung erfaßt und durchdrungen werden.

Dies war objektiv der Versuch, zu einem vollständigen, „totalen“ System staatsmonopolistischer Machtausübung zu gelangen; er führte schon vor 1939 zu weiterreichenden Resultaten, als man sie während des ersten Weltkrieges hatte erzielen können. In den Kriegsjahren 1939–1945 wurde er weitgehend verwirklicht – im Rahmen des „Großdeutschen Reiches“ und des unmittelbar beherrschten Territoriums und in Formen, die den Kriegsverhältnissen entsprachen.⁹

Die Rüstungs- und Kriegswirtschaft stellte das Kernstück dieses Systems dar. Vorzüglich auf wirtschaftliche Gebiet waren Monopole und faschistischer Staat bestrebt, frühzeitig und von vornherein eine, wie sie meinten, siegversprechende staatsmonopolistische Organisation der Rüstungs- und Kriegswirtschaft zu schaffen.

⁹ Die Behandlung der staatsmonopolistischen Entwicklung 1933–1945 in *Imperialismus heute*, a. a. O., S. 64 ff., wird der theoretischen und politischen Bedeutung, die die faschistische Zeit gerade unter diesem Aspekt hat, nicht gerecht.

Das faschistische Regime erschien ihnen vor allem als die geeignetste Form eines „Militärzuchthauses für die Arbeiter“ (Lenin). Sie vereinbarten mit Hitler schon vor 1933 ebenfalls den Aufbau einer staatlichen Zwangsorganisation der Wirtschaft unter dem Kommando der Monopolgewaltigen selbst.¹⁰ Sie drängten auf eine möglichst radikale Umverteilung des Nationaleinkommens zugunsten der imperialistischen Aufrüstung. Führende Konzerne bereiteten schon Jahre vor dem Krieg gemeinsam mit der Naziclique die deutsche Wirtschaft nach dem Muster extremer staatsmonopolistischer Regulierung und Planung aus dem ersten Weltkrieg, nach dem – erweiterten – „Hindenburg-Programm“, auf den neuen Krieg vor.¹¹

Im Krieg erreichte das staatsmonopolistische Zwangs- und Regulierungssystem seine bis dahin ausgeprägteste und vollkommenste Form. Es kulminierten in der Wirtschaft der Kriegsjahre auch jene bedeutenden Veränderungen in der ökonomischen Basis, auf die bereits Lenin hinwies. Schon im Verlauf der Aufrüstungsphase traten Staat und Monopole in immer engere, direktere ökonomische Beziehungen zueinander. Je enger und umfassender diese Beziehungen, desto stärker entwickelte sich der staatsmonopolistische Apparat. Es wurden Regulierungsfunktionen immer umfassenderen und einschneidenderen Charakters von staatlichen auf Monopolvertreter und -institutionen übertragen und umgekehrt, bzw. es wurden zu diesem Zweck neue staatsmonopolistische Organe geschaffen, geleitet teils von behördlichen und Parteifunktionären, teils von führenden Monopolvertretern.

Die Rüstungs- und Kriegsproduktion, jene „besondere Art der Volkswirtschaft“, die „schon kein ‚reiner‘ Kapitalismus mehr ist“¹², war bereits im ersten Weltkrieg der wichtigste konstituierende Faktor für die höchst intensiven Formen des staatsmonopolistischen Kapitalismus, von denen Lenin bei seinen Hinweisen und Bemerkungen zum Wesen dieser Erscheinung ausging. Der zweite Weltkrieg brachte ein treibhausmäßiges Wachstum extremer, d. h. besonders intensiver und ausgehnter Formen des Verwachsens von Monopolen und Staat, des Verschmelzens von staatlichen und monopolistischen Funktionen in Wirtschaft und Wirtschaftspolitik mit sich. Diese Formen entwickelten sich zu einem weitgehend vollständigen, umfassenden ökonomischen System des staatsmonopolistischen Kapitalismus, in dem Monopole, Militärs und faschistische Staats- und Parteiorgane über ein extrem ausgebildetes Instrumentarium für Regulierung und Kontrolle verfügten. Für kurze Zeit, bis zum Abbruch dieses „Experiments“ durch das Kriegsende, war damit in Deutschland das Hinüberwachsen des monopolistischen in den staatsmonopolistischen Kapitalismus annähernd vollständig vollzogen. Der Krieg und seine außerordentlichen Anforderungen an die kapitalistische Wirtschaft – außerordentlich sowohl dem Ausmaß als auch der Qualität dieser Anforderungen,

10 s. Dok. NI-7990, Aff. Kurt v. Schröder, 21. 7. 1947, Fall VI, ADB 3, teilw. gedr. in: *Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung*, Bd. 4, S. 606f.

11 s. Kapitel I.

12 *Lenin, W. I.*, Den Sozialismus einführen oder aufdecken, wie die Staatskasse geplündert wird?, in: *Werke*, Bd. 25, Berlin 1960, S. 57.

nämlich dem Grad ihres gesellschaftlichen Charakters nach – schufen dafür entsprechende Bedingungen, denen im naturwissenschaftlichen Experiment etwa höchste Drücke und äußerste Grade von Reinheit entsprechen.

Mit Krieg und Kriegsverlauf war unmittelbar und in akutester Weise das Schicksal der gesamten herrschenden Klasse verknüpft. Von seinem siegreichen Ausgang hing sowohl die Ausdehnung ihrer Herrschaft ab als auch deren Erhaltung; war der Sieg, so war auch ihre Herrschaft überhaupt in Frage gestellt. Der Krieg zwang die herrschende Klasse zur Anerkennung seines höchstgradig gesellschaftlichen Charakters auch in der Wirtschaft durch schärfste Formen staatsmonopolistischer Regulierung.

Die Bemühungen von Monopolen und Staat um Regulierung und Planung der Volkswirtschaft im Kriege waren nichts anderes als der Versuch, um ihrer Kriegsziele und Rüstungsprofite willen das spontane, zerstörerische Wirken bestimmter wichtiger Produktions- und Marktgesetze zu hemmen und sogar ihre Auswirkungen gänzlich aufzuheben, der Versuch einer „Bändigung des kapitalistischen Milieus“¹³. Dazu bedurfte es eines *übermächtigen gesellschaftlichen Hindernisses*, wie Marx es in anderem, aber prinzipiell sehr wohl vergleichbarem Zusammenhang formulierte¹⁴, das sie selbst daran hinderte, die erwähnten Gesetzmäßigkeiten wie in Friedenszeiten in Gang zu setzen und in Gang zu halten. Es bedurfte eines „Staatsgesetzes“, um bei der Marx’schen Formulierung zu bleiben, das sie zwang, in bestimmtem, durch sie selbst mehr oder weniger genau begrenztem Maß gewissermaßen wider die eigene Natur zu leben. Das Gelingen eines solchen Versuchs hing davon ab, inwieweit die herrschenden Kreise in der Lage waren, den Kampf der Volksmassen zeitweise zu paralysieren, die Widersprüche innerhalb der Kapitalistenklasse zu dämpfen und überhaupt den anarchischen Grundcharakter der kapitalistischen Ökonomik zu „regulieren“.

Die Gesetzmäßigkeiten und Widersprüche, die dem Funktionieren des staatsmonopolistischen Mechanismus in der Kriegswirtschaft zugrunde lagen, und der Wandel in den Formen dieses Mechanismus sind noch wenig erforscht. Einige allgemeine Gesetze staatsmonopolistischer Entwicklung lassen sich aber als Ergebnis der bisherigen marxistischen Untersuchungen deutlich herauschälen.

Wird die Struktur des staatsmonopolistischen Kapitalismus als Verwachsen von Monopolen und Staat, als Verschmelzung der Potenzen beider, definiert, so sind als gesetzmäßige Elemente dieser Struktur Monopolgruppen und staatsmonopolistische Gruppierungen erkennbar. Während die von Kuczynski entdeckten Monopolgruppen¹⁵ sich mit dem Imperialismus selbst herausbildeten, sind Entstehung, Entwicklung und Konkurrenz von staatsmonopolistischen Gruppierungen als ein spezifisches Strukturgesetz des staatsmonopolistischen Kapitalismus zu definieren. Diese Gruppierungen sind zu unterscheiden von den Monopolgruppen

13 *Gündel, Rudi, u. a.*, a. a. O., S. 130.

14 vgl. *Marx, Karl*, Das Kapital, Bd. 1, in: *Marx/Engels, Werke*, Bd. 23, Berlin 1962, S. 320.

15 s. Kapitel IV (Exkurs).

sowohl wie von den Finanzgruppen, die Lenin charakterisiert, wenn zwischen ihnen allen auch wichtige historische und theoretische Zusammenhänge bestehen.

Unter einer staatsmonopolistischen Gruppierung ist ein Interessen- und Machtkomplex zu verstehen, in dem bestimmte Monopole, Gruppen von Monopolen oder auch ganze Monopolgruppen (Kohle/Eisen/Stahl, Chemie/Elektroindustrie) mit bestimmten Teilen des Staatsapparates und Parteiapparats verwachsen. Staatsmonopolistische Gruppierungen werden durch staatsmonopolistische Institutionen und Organisationen wie Behörden (Ministerien, Vierjahresplanorganisation), „Selbstverwaltungs“-Organe der Wirtschaft (Reichsgruppen, Wirtschaftsgruppen, Reichsvereinigungen), lobbyistische Gruppen des Monopolkapitals („Kleiner Kreis“ der Ruhrmontankonzerne), „Wirtschaftsberater des Führers“ und andere repräsentiert. Sie sind von mehr oder weniger dauerhafter Konsistenz und konkurrieren innerhalb des Herrschaftsmechanismus um den entscheidenden Einfluß auf die Wirtschaftspolitik ebenso wie auf die von der Wirtschaftspolitik nicht abtrennbaren innen- und außenpolitischen Grundentscheidungen. Politischen Kursänderungen liegt häufig ein Führungswechsel zwischen staatsmonopolistischen Gruppierungen zugrunde. Einschneidende politische und militärische Ereignisse können ihrerseits einen solchen Führungswechsel verursachen.

Während hier ein vorwiegend strukturelles Gesetz, das Gesetz eines Strukturzusammenhangs, vorliegt, kann als vorwiegend genetisches Gesetz (Entwicklungsgesetz) die Konzentration und Zentralisation staatsmonopolistischer Regulierungsgewalt bei den führenden Monopolen und Monopolgruppen formuliert werden. Das Wirken dieses Gesetzes ist während der ganzen Dauer des Krieges und auch in der Vorkriegszeit, in der Rüstungs- und Kriegswirtschaft ebenso wie in den anderen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens nachzuweisen.

Zu den wichtigsten spezifischen Merkmalen der deutschen Kriegswirtschaft, die durch den *faschistischen Charakter* des politischen Regimes verursacht wurden, zählte vor allem der offene, offizielle Terror insofern, als er in die Ökonomik, in die Produktion, bis zum letzten Arbeitsplatz eindrang; er griff besonders auch auf die eroberten und besetzten Gebiete über. Der faschistische Terror gegen die Werktätigen brachte ökonomische Ergebnisse. Die Gewalt wurde hier zweifellos zu einer erheblichen ökonomischen Potenz.

Doch der Terror konnte auch in genau entgegengesetzter Richtung wirken, und tatsächlich wirkte er sehr negativ auf das Kriegspotential des deutschen Imperialismus ein. Dies traf – je später, desto stärker – besonders für die besetzten Gebiete zu. Die Politik der Eroberung mußte in Widerspruch zur effektiven wirtschaftlichen Ausnutzung und Ausbeutung des Eroberten geraten und zwangsläufig „unmoderne“ Züge aufweisen, Züge, die einer „modernen“ monopolistischen Wirtschaft und Wirtschaftspolitik widersprachen. Aus Monopolkreisen und auch aus der obersten Naziclique waren während des ganzen Krieges Stimmen zu vernehmen, die es für Unverstand erklärten, im Krieg Arbeitskräfte, die man so dringend brauchte, verhungern zu lassen, „auszusiedeln“, „sonderzubehandeln“ oder anders massenweise auszurotten. Es handelte sich dabei um ein für die deutschen Imperialisten letzten Endes unlösbares Problem. Wollten sie die Menschen der okkupierten Länder zu effektiven

Arbeitskräften für die Kriegswirtschaft der Monopole machen, so mußten sie ihnen das Leben und dazu einige Freiheit lassen, mußten ihnen mehr zu essen geben usw. Dann aber hätte sich ihr Widerstand in Umfang und Wirksamkeit leicht potenziert. Das war es, wovor Staat und Monopole die größte Furcht hatten; denn es war der Grundwiderspruch zwischen der herrschenden faschistisch-imperialistischen Clique und den Völkern, der da aufbrach, hier in der Form des Widerspruchs zwischen den Weltherrschafts- und -ausbeutungsplänen und den politischen Möglichkeiten der deutschen Imperialisten. So wurden ökonomische Notwendigkeiten, wie sie selbst Vertreter der herrschenden Klasse in der Kriegswirtschaft teilweise sahen und erkannten, verletzt, weil sie letzten Endes verletzt werden mußten.

Terror allein erwies sich auch als untauglich dazu, die deutschen Werktätigen kriegswillig und opferfreudig zu stimmen. Die faschistischen Machthaber waren darauf angewiesen, sich ihren Krieg auch auf wirtschaftlichem Gebiet von einem Volk führen zu lassen, auf dessen allgemeine Kriegsbegeisterung sie trotz verbreiteter Verhetztheit und Verwirrung nicht rechnen durften. Sie waren daher nahezu bis zum letzten Tag des Krieges darauf bedacht, ein System bestimmter Zugeständnisse und sozialer Palliativa einzurichten und aufrechtzuerhalten. Diese Zugeständnisse, vielfach ausdrücklich mit der Furcht vor der Antikriegsstimmung des Volkes und den revolutionären Massenaktionen der Jahre 1917/18 begründet, gingen auf Kosten der Totalität der wirtschaftlichen Kriegführung sowie auf Kosten der unterjochten Völker. Nichtsdestoweniger blieb der Terror auch innerpolitisch das wichtigste Herrschaftsinstrument. Er verschärfte sich sogar noch um vieles. Auch diese tiefe Widersprüchlichkeit, aus der sich das Regime nicht befreien konnte, war ein Ausdruck des genannten Grundwiderspruchs.

Als etwas historisch Neues traten ferner die spezifisch faschistischen Methoden bei der Plünderung und Ausbeutung der wirtschaftlichen Ressourcen Europas, besonders Osteuropas, hinzu, bei der Aufteilung der europäischen Beute durch den gewaltigen staatsmonopolistischen Apparat, der zu großen Teilen neu dafür geschaffen wurde. Das Ausmaß und die verbrecherischen Methoden der Ausplünderung der meisten Völker Europas durch den deutschen Imperialismus waren geschichtlich ohne Beispiel. Die grausame Ausbeutung von Millionen ausländischer Zwangsarbeiter und Kriegsgefangenen stellte ein besonders schändliches Kapitel in der Geschichte der deutschen Kriegswirtschaft dar. Das Profitieren von billigsten, zwangsweise beigetriebenen ausländischen Arbeitskräften war für Monopole und Junker kein kriegsbedingter Ausnahmezustand, sondern allgemeines Kriegsziel. Die Form der Ausbeutung der ausländischen Arbeitskräfte wurde von rein faschistischen Methoden bestimmt.

Schließlich nahm die faschistische Partei – verstanden als Summe aller Naziorganisationen – ihren Platz im staatsmonopolistischen System der vereinigten Macht von Monopolen und Staat ein.¹⁶ Das hatte unter anderem zur Folge, daß die

16 vgl. auch *Kuczynski, Jürgen*, Darstellung der Lage der Arbeiter in Deutschland von 1933 bis 1945 (= *derselbe*, Die Geschichte der Lage der Arbeiter unter dem Kapitalismus, Bd. 6) (im folgenden: *Lage der Arbeiter 1933–1945*), Berlin 1964, S. 39 ff.

Struktur des staatsmonopolistischen Mechanismus und der Kampf der staatsmonopolistischen Gruppierungen untereinander komplizierter, unübersichtlicher und noch widersprüchlicher wurden.

Die Gesetzmäßigkeit der Niederlage des deutschen Imperialismus¹⁷ bedarf ausführlicher Detailuntersuchungen und entsprechender weiterer theoretischer Durchdringung. Es handelte sich bei ihr nicht um ein ökonomisches, sondern um ein gesamtgesellschaftliches Gesetz, das sich aus der allgemeinen, grundlegenden Gesetzmäßigkeit der gesellschaftlichen Entwicklung ableitete, derzufolge eine Gesellschaftsordnung (die sozialistisch-kommunistische, die den gesellschaftlichen Fortschritt der Menschheit verkörpert) die andere (die niedergehende, kapitalistische) ablöst.

Diese zuletzt genannte Gesetzmäßigkeit hat zahlreiche Ableitungen und Erscheinungsformen. Wie alle spezifisch historischen Gesetzmäßigkeiten¹⁸ ist sie ein wesentlich tendenzielles Gesetz, d. h., sie setzt sich im Klassenkampf der progressiven Kräfte gegen die alte herrschende Klasse durch, in einem Kampf, der die erbittertsten Formen annehmen kann, in dem die in ihrer Existenz bedrohte Reaktion zu den verbrecherischsten, grauenvollsten Mitteln greift und der auch in eine zeitweilige Niederlage des Fortschritts münden – aber nicht darin enden – kann.

In der Epoche des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus haben die Ideen des Friedens, der Humanität, der Demokratie und des Sozialismus dank dem Kampf der revolutionären Arbeiterbewegung und anderer fortschrittlicher Kräfte in den Völkern aller Länder tiefe Wurzeln geschlagen. In dieser Epoche hat ein politisches System wie der Faschismus keine Perspektive. Es ist gegen alle geschichtliche Vernunft. Die Entfesselung des zweiten Weltkriegs durch den deutschen Faschismus war ein Versuch, die tiefen Widersprüche zwischen Monopolherrschaft und Demokratie, zwischen Kapitalismus und Sozialismus im Interesse der deutschen Monopole zu lösen und die ganze Welt ihrem Diktat zu unterwerfen. Damit nahmen die inneren Widersprüche aber nur übernationale, weltumspannende Ausmaße an, und der Faschismus mußte unvermeidlich seiner Katastrophe entgegenfallen. Dieses unmenschliche System einer Clique von Räubern, Mördern und modernen Sklavenhaltern machte sich die Völker der ganzen Welt zum Feind und rief ihren immer erbitterteren Widerstand hervor, an dem es schließlich notwendig scheiterte.

Nach dem Überfall auf die Sowjetunion, auf die fortschrittlichste gesellschaftliche Ordnung in der Welt, trat klar zutage, daß die deutschen Kommunisten in ihrer wissenschaftlichen Voraussage über den „hoffnungslosen Krieg“ (Berner Resolution) recht behalten würden. Der deutsche Imperialismus ging der größten Niederlage

17 s. *Ulbricht, Walter*, Zur Eröffnung der ersten sozialistischen Militärakademie in der Geschichte Deutschlands, Berlin 1959, S. 8 ff.; *Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung*, Bd. 5, Berlin 1966, S. 409 ff.

18 Zu Wesen und Problematik der spezifisch historischen Gesetze s. *Gurewitsch, A. J.*, Allgemeines Gesetz und konkrete Gesetzmäßigkeit in der Geschichte, in: *Sowjetwissenschaft. Gesellschaftswissenschaftliche Beiträge*, H. 2/1966, S. 177 ff.

seiner Geschichte entgegen. Sein ökonomisches Potential stand wie sein militärisches und moralisches in unlösbarem Widerspruch zu seinen Kriegszielen. Die aus diesem Dilemma geborene „Blitzkriegs“-Strategie der deutschen Militaristen scheiterte am Widerstand des Sowjetvolkes und seiner Verbündeten. Im Jahre 1945, mit der großen sowjetischen Januaroffensive, begann die Vernichtung des faschistischen Raubtiers in seiner eigenen Höhle. Als am 8. Mai die Herrschaft des Faschismus über Deutschland endete, sah sich das deutsche Volk dem wirtschaftlichen Chaos, dem materiellen und geistigen Ruin gegenüber.

Dem Widerspruch zwischen den Kriegszielen und den wirtschaftlichen Potenzen des deutschen Imperialismus – wiewohl praktisch von größter Bedeutung – kam im Zusammenhang mit der Gesetzmäßigkeit jener Niederlage nur sekundäre Bedeutung zu. Er hatte den Rang einer historischen Besonderheit, die sich aus Geschichte und ökonomisch-geographischer Lage des deutschen Imperialismus ergab und die erleichternd und beschleunigend auf die Durchsetzung des allgemeinen Gesetzes wirkte. Das Gesetz selbst galt und gilt auch unabhängig von solchen zweitrangigen historischen Phänomenen und besonderen Widersprüchen. Es gilt heutzutage zum Beispiel auch in bezug auf die Vereinigten Staaten und deren Aggression in Vietnam, ohne daß hier ein derartiger Widerspruch vorwaltet.

Trotzdem war die besonders explosive Widersprüchlichkeit, in die sich die herrschende Klasse Deutschlands in ihrem Krieg angesichts ihrer maßlosen Kriegsziele und des unzulänglichen Wirtschaftspotentials verstrickte, keine historisch zufällige Besonderheit des deutschen Imperialismus. Seine Lage war Teil der Situation des Weltimperialismus, und es war die Wirkung der ungleichmäßigen politischen und ökonomischen Entwicklung der imperialistischen Länder, die die Widersprüche des Imperialismus in Deutschland zu einem besonders komplizierten, für die herrschende Klasse unauflösbaren Knoten sich schürzen ließ. Es bestätigte nur von neuem die Gültigkeit des von Lenin entdeckten Gesetzes der Ungleichmäßigkeit der Entwicklung der kapitalistischen Länder, wenn in Deutschland eine Art schwächstes Kettenglied in der Reihe der imperialistischen Staaten entstanden war.

Die Niederlage des deutschen Imperialismus ereilte dieses schwächste Glied. Im Zusammenhang damit setzte in Europa eine Reihe weltgeschichtlicher revolutionärer Veränderungen ein, unter denen die Entstehung des ersten sozialistischen Staates auf deutschem Boden einen hervorragenden Platz einnahm.

Die wirtschaftliche Ausgangsbasis des deutschen Imperialismus für den zweiten Weltkrieg. Die Kriegsziele der deutschen Monopole

Sieben Jahre angespannter Rüstung des deutschen Imperialismus bestätigten die warnende Voraussage der Kommunistischen Partei Deutschlands, daß der Faschismus Krieg bedeute.¹ Das außerordentliche Ausmaß der Kriegsvorbereitungen seit 1933 und die Rüstungsüberlegenheit des faschistischen Deutschlands bei Beginn des zweiten Weltkriegs legen Zeugnis davon ab, wie ernsthaft die deutschen Imperialisten und Militaristen ihre Niederlage von 1918 und den Schock der Novemberrevolution auf ihre Weise analysiert und wie gründlich sie ihre Lehren gezogen hatten. Zunehmende wirtschaftliche Schwierigkeiten und latente soziale Konflikte im Innern, außenpolitische Klippen und Gefahren schränkten ihre Möglichkeiten ein. Trotzdem befand sich die deutsche Wirtschaft, gemessen an den Maßstäben des ersten Weltkrieges, schon vor Ausbruch des neuen Krieges in verschiedener Beziehung im Stadium einer Kriegswirtschaft. Vor allem galt dies für das „Militärzuchthaus“ (Lenin), das Monopole und faschistische Machthaber für die Werkstätten eingerichtet hatten. Vielfältige Formen weitgehender Regulierung der Rüstungsproduktion, der Produktion und Verteilung von Rohstoffen und anderer Bereiche der wirtschaftlichen Kriegsvorbereitung waren seit Jahren in Anlehnung an das Muster des ersten Weltkrieges („Hindenburg-Programm“) erprobt und entwickelt worden. Die Mobilmachungspläne für die Umstellung der Wirtschaft auf den Krieg lagen bis ins Detail ausgearbeitet vor.

1. Die Phase der unmittelbaren wirtschaftlichen Kriegsvorbereitung 1936-1939

a) Die Vierjahresplanpolitik

Seit dem offenen Aufbau der faschistischen Luftwaffe (Erlaß vom 26. Februar 1935), dem Wehrpflichtgesetz vom 16. März und dem deutsch-britischen Flottenabkommen vom 18. Juni 1935 beschleunigte der deutsche Imperialismus seine Kriegsvorbereitungen in hohem Grade. Die Bestimmungen des Versailler Vertrags, früher

¹ *Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung*, Bd. 4, Berlin 1966, S. 328.

soweit wie möglich umgangen, wurden nun offen durchbrochen. Der hochschnellenden Zahl der Rekrutierten entsprechend, wuchs die Beanspruchung der Wirtschaft für Bewaffnung, Ausrüstung und Unterhalt der Militärmaschine. Besonders in schweren Waffen, in Kriegsgerät und militärischen Bauten, die bisher nur schwer vor den internationalen Überwachungsorganen zu verbergen waren, blühte jetzt die Konjunktur. In Schlachtschiffen und Unterseebooten, Flugzeugen und Flugplätzen, Panzern und schwerer Artillerie meldete das Militär größten Nachholbedarf an.

Nachdem alle wesentlichen Schranken für eine offene und unbegrenzte Aufrüstung gefallen waren, erhob sich vor Monopolkapital, Nazi clique und Generalität das Problem der zukünftigen Strategie in seiner ganzen Größe. Es mußten das Ziel künftiger Rüstungen, ihr Ausmaß und einzuschlagendes Tempo annähernd bestimmt werden. Wie zu erwarten, wurde von der bisher demagogisch geforderten „militärischen Gleichberechtigung“ aus Kurs auf die militärische und Rüstungsüberlegenheit des deutschen Imperialismus genommen. Diesen Kurs unterstützten alle Monopolgruppen.

Die staatlichen Rüstungsausgaben machten einen gewaltigen Sprung nach oben. Nach allen verlässlichen Schätzungen verdoppelten sich die deutschen Rüstungsausgaben bereits im Haushaltsjahr 1935. Ein ähnlicher Sprung erfolgte im nächsten Jahr. Die Zehnmilliardengrenze wurde erheblich überschritten. Von 1935 an stieg auch der Anteil der Rüstungsausgaben am Nationaleinkommen schnell an. Er betrug 1938 – ohne die staatlichen und privaten Industrieinvestitionen des Vierjahresplans – etwas über 20 Prozent.² Damit und von nun an überstiegen die Rüstungsausgaben die Summe der volkswirtschaftlichen Bruttoinvestitionen.³

Je höher die Wogen der Rüstungskonjunktur schlugen, desto schärfer und unvermittelter machten sich wirtschaftliche Schwierigkeiten bemerkbar. Die ersten ernsthaften Hemmnisse, die das beschleunigte Tempo der Kriegsrüstung in Frage stellten, tauchten im Außenhandel und in der Devisenwirtschaft auf.⁴ Schachts Exportpolitik hatte zwar die qualitative Struktur des deutschen Außenhandels und seine geographische Richtung nicht unerheblich verändert, hatte ihn aber bei der

2 Die Schätzungen für 1938 (Hillmann, Stuebel, Kuczynski u. a.) bewegen sich zwischen 16,6 und 27 Prozent. Der angegebene Wert ist ein Mindestwert. Er erfaßt nicht alle für die Kriegsvorbereitung ausgegebenen Mittel, sondern nur die direkten Rüstungsausgaben; s. dazu die Aufstellung der deutschen Rüstungsausgaben auf S. 31, nach der sich der Anteil der Rüstungsausgaben am Nationaleinkommen folgendermaßen entwickelte (Kalenderjahr; in Prozent):

1933	3	1936	17
1934	5	1937	19
1935	9	1938	20

3 s. *Erbe, René*, Die nationalsozialistische Wirtschaftspolitik 1933–1939 im Lichte der modernen Theorie (Basle Centre for Economic and Financial Research, Series B, Nr. 2), Zürich 1958, S. 109.

4 s. *Schweitzer, Arthur*, Foreign Exchange Crisis of 1936, in: Zschr. f. d. gesamte Staatswissenschaft., Jg. 118 (1962) (im folgenden: Crisis), S. 243–277.

anhaltenden schweren Stagnation des Welthandels nicht wesentlich über das Krisenniveau hinaus steigern können. Die forcierte Rüstung verschlang indessen Devisen für immer größere und kostspieligere Importe; besonders Kautschuk, Treibstoffe, Eisenerz, Stahllegierungsmetalle, Kupfer, Baumwolle, Leder waren im allgemeinen nicht anders als gegen Devisen auf dem Weltmarkt zu erlangen. Das Devisendefizit, das überwiegend aus Rüstungsaufträgen resultierte, belief sich von 1936 an jährlich auf rund eine Milliarde Reichsmark.

Unter Monopolen, Militärs und Naziclique wurden seit Frühjahr 1935 mehrere Wege zur Abhilfe diskutiert⁵:

1. Erhebliche Steigerung des Exports;
2. Aufbau und Ausbau der Erzeugung von synthetischen Ersatzstoffen für ausländische Rohstoffe;
3. Konsumtionsbeschränkung im Reich;
4. Verlangsamung des Tempos der Aufrüstung.

Es gab mehrere, auch kombinierte „Lösungen“, die jeweils bestimmte Gefahren für das faschistische Regime überhaupt oder für seine Aufrüstung in sich bargen. In der Diskussion traten bedeutende Meinungsverschiedenheiten zutage. Eine erhebliche Konsumtionsbeschränkung für die Massen erschien den herrschenden Kreisen politisch zu riskant. Die Lösung einer echten Rüstungseinschränkung schied gleichermaßen für Monopole, Naziclique und Generalität von vornherein aus. Nach Ansicht der Gruppe um Schacht, Thomas und führende Kreise der Montanindustrie (Thyssen, Poensgen und andere) sollte das Tempo der Rüstung zeitweilig zugunsten des Exports – von Waren wie von Kapital – beschränkt, d. h., es sollte nicht so stark forciert werden wie vorgesehen. Das lag insbesondere im Interesse verschiedener Montankonzerne, die die augenblicklich günstige Konjunktur auf dem Weltmarkt zu nutzen und ihre Positionen auf den Außenmärkten zu erweitern trachteten. Ihre Linie deckte sich mit den Vorstellungen bestimmter Wehrmachtkreise von einer längerfristigen Rüstung konventionellen Stils und Tempos. der sogenannten Tiefenrüstung.

In dieser Situation hing die Wahl des einzuschlagenden Weges – *ceteris paribus* – vom Kräfteverhältnis innerhalb des staatsmonopolistischen Apparates ab; dieses wurde wiederum von den Zielen der verschiedenen Monopolgruppierungen und ihrer politischen Repräsentanten und von dem ökonomischen und politischen Gewicht bestimmt, mit dem sie diese Ziele vertraten.

Nach heftigen Auseinandersetzungen innerhalb des staatsmonopolistischen Mechanismus wählte man die am meisten imperialistische, am meisten chauvinistische Variante. Die aggressivsten Gruppen des deutschen Finanzkapitals (IG-Farben, die Großbanken, Flick, Krupp, Röchling und andere) versuchten gemeinsam mit der Naziclique, die Schwierigkeiten unmittelbar durch Druck auf die Lebenshaltung des Volkes (erste Formen der Rationierung) und auf längere Sicht durch die Autarkiepolitik des Vierjahresplanes zu überwinden.

⁵ vgl. *Schweitzer, Arthur, Big Business in the Third Reich* (im folgenden: *Big Business*), Bloomington (Ind.) 1964, S. 538.

Mit dem Vierjahresplan sollte, nach Hitler, erreicht werden, daß „auf all den Gebieten eine 100%ige Selbstversorgung eintritt, auf denen diese möglich ist“, besonders in Treib- und Brennstoffen, Gummi, Eisen bzw. Eisenerz sowie in Textilrohstoffen.⁶ Die eingesparten Devisen sollten der Einfuhr von Rohstoffen für die Rüstung und, soweit unumgänglich, von Lebensmitteln vorbehalten sein. Das war der Plan einer umfassenden „wirtschaftlichen Mobilmachung“ in kürzester Frist. In vier Jahren sollte die Wirtschaft „kriegsfähig“ sein.⁷ Die Planungen sahen ein gewaltiges Bau- und Produktionsprogramm vor.

Ökonomisch bedeutete der Vierjahresplan eine Verlagerung bedeutender Ressourcen an Produktionsmitteln und Arbeitskräften aus dem Sektor der Friedensproduktion (teilweise aus den volkswirtschaftlichen Reserven) in den der Rüstungsproduktion. Neben den Rüstungsprogrammen der einzelnen Wehrmachtsteile rangierten jetzt als gleichberechtigt in der Dringlichkeit bei Kontingentierung und Finanzierung die Vierjahresplanvorhaben, seit 1938 besonders die „Programme“ des GB Chemie („Gebechem“).⁸ Diese Programme sahen eine rasche Steigerung der Produktion von Hydrierbenzin und Buna, von Leichtmetallen, Pulver, Sprengstoffen und Giftgasen und deren Ausgangsstoffen vor und enthielten Planungen für den Aufbau umfangreicher neuer Kapazitäten, vieler neuer Anlagen und Werke.

Die politische Zielsetzung des Vierjahresplanes war unmißverständlich aus der Denkschrift Hitlers zu ersehen. Als Plan der wirtschaftlichen Vorbereitung der Mobilmachung sollte er die materiellen Voraussetzungen und Ressourcen dafür schaffen, um die Wehrmacht in vier Jahren „einsatzfähig“ zu machen.⁹ Die Vierjahresplanpolitik war eine planmäßige autarkische Politik unmittelbarer wirtschaftlicher Vorbereitung auf einen Krieg sowohl gegen die Sowjetunion als auch gegen die Westmächte einschließlich der Vereinigten Staaten. Ihr Ziel waren eine Erweiterung des rüstungswirtschaftlichen Potentials und eine Blockadefestigkeit, die für eine Reihe von „Blitzfeldzügen“, für eine jeweils „rasche Kriegsentscheidung durch Vernichtungsschläge gleich zu Beginn der Feindseligkeiten“¹⁰ ausreichten.

6 *Treue, Wilhelm*, Hitlers Denkschrift zum Vierjahresplan 1936, in: VfZ, H. 2/1955, S. 204 ff. (im folgenden: Hitlers Denkschrift). Zur Vierjahresplanpolitik, zu Organisation und Planung der Vierjahresplaninstitutionen s. ausführlich *Petzina, Dieter*, Autarkiepolitik im Dritten Reich, Stuttgart 1968 (im folgenden: Autarkiepolitik).

7 *Treue, Wilhelm*, Hitlers Denkschrift, S. 210.

8 Generalbevollmächtigter für Sonderfragen der chemischen Erzeugung: offizielle Bezeichnung für Carl Krauch, Mitglied des Vorstandes und des Zentralausschusses der IG Farbenindustrie AG und stellv. Leiter der Reichsstelle für Wirtschaftsausbau (später: Reichsamt für Wirtschaftsausbau), die 1938 aus dem Vierjahresplanamt für deutsche Roh- und Werkstoffe hervorging.

9 s. *Treue, Wilhelm*, Hitlers Denkschrift, S. 210.

10 Dok. EC-282, Fall VI, ADB 20, „Arbeitsbericht des Generalbevollmächtigten des Ministerpräsidenten Generalfeldmarschall Göring für Sonderfragen der chemischen Erzeugung Dr. C. Krauch vor dem Generalrat“, Entwurf v. 20./21. 4. 1939, DZA/FS, IG-Farben-Prozeß, Film Nr. 413 (auch Fall XI, ADB 119, DZA Potsdam, Nürnberger Prozesse, Fall XI, Nr. 408, Bl. 104).

Sie stellte außenwirtschaftlich zugleich den Versuch des deutschen Imperialismus dar, sich mittels planmäßiger „friedlicher“ Durchdringung und Expansion innerhalb und außerhalb Europas, besonders aber in den Ländern Südosteuropas, eine möglichst solide Ausgangsbasis für einen solchen „Blitzkrieg“ zu verschaffen.¹¹

b) „Breitenrüstung“ und „Tiefenrüstung“.
Wirtschaftspotential und kriegswirtschaftliches Potential

Die Resultate der deutschen Kriegsvorbereitung, besonders der wirtschaftlichen, standen während des Krieges und danach, besonders aber wieder in jüngster Zeit, im Mittelpunkt des politischen und wissenschaftlichen Interesses. Nach dem Kriege sind der Forschung sowohl wichtiges Zahlenmaterial zu diesem Thema als auch Material über die Diskussionen und Auseinandersetzungen in der politischen und militärischen Spitze des faschistischen Regimes über „Breitenrüstung“ und „Tiefenrüstung“ bekanntgeworden. In der bürgerlichen Geschichtsschreibung ist die deutsche Kriegsvorbereitung seit langem ein Streitobjekt. Soweit sich die – kaum ernsthaft zu bestreitende – Auffassung durchgesetzt hat, daß der deutsche Imperialismus für Kriege von begrenztem Ausmaß zwar wirtschaftlich vorbereitet und in der militärischen Rüstung seinen voraussichtlichen Gegnern einzeln überlegen war, aber in einem langen Krieg gegen eine starke Koalition militärisch wie wirtschaftlich mit größter Wahrscheinlichkeit unterliegen mußte, mangelt es durchweg an einer stichhaltigen Begründung hierfür. Die Verwunderung insbesondere angloamerikanischer Autoren nach dem Kriege darüber, daß Deutschland 1939 nicht auf einen Weltkrieg, sondern nur auf „Blitzkriege“ vorbereitet war, erscheint um so echter, als selbst ihre Generalstäbe vorher die Lage ganz anders eingeschätzt hatten. Sie bieten eine Reihe mehr oder weniger plausibler, im ganzen oberflächlicher Erklärungen an¹², ohne zum tieferen historischen Verständnis der Vorkriegssituation in Deutschland vorzustoßen.¹³

Dieses Verständnis kann freilich nur gewinnen, wer das Gewirr der inneren und äußeren Widersprüche durchdringt und entflieht, in denen sich der deutsche Imperialismus bewegte und die ebenso seine Ziele und Absichten bestimmten wie seine Möglichkeiten begrenzten.

11 s. a. Abschnitt 2.

12 So z. B. *Klein, Burton H.*, *Germany's Economic Preparations for War*, Cambridge (Mass.) 1959, S. 78 ff. (Harvard Economic Studies, Bd. 109); *Milward, Alan S.*, *Die deutsche Kriegswirtschaft 1939–1945*, Stuttgart 1966, S. 15 ff.

13 Unter diesen Umständen nehmen immer häufiger auftretende revanchistische und offen faschistische Kräfte Anlaß, über „verpaßte Chancen“ durch ungenügende Kriegsvorbereitung zu klagen oder – zunächst – die forcierte Aufrüstung und die besondere, außerordentliche Aggressivität und Expansionsgier des deutschen Imperialismus zu leugnen; so *Walendy, Udo*, *Wahrheit für Deutschland. Die Schuldfrage der Zweiten Weltkrieges*, Vlotho/Weser 1965, der ungeniert A. J. P. Taylor und B. H. Klein als Kronzeugen dafür reklamiert, daß der deutsche Rüstungsstand 1939 friedensmäßig niedrig und durchaus harmlos gewesen sei (S. 231 ff.).

In dem Meinungsstreit um „Breitenrüstung“ und „Tiefenrüstung“, der in den Vorkriegsjahren weite Kreise zog und in internem Rahmen häufig und offen zur Sprache kam, ging es im Grunde um nichts anderes als um die Möglichkeiten und Grenzen des deutschen kriegswirtschaftlichen Potentials. Generalmajor Thomas, Chef des Wehrwirtschaftsstabes des OKW, definierte das Problem: „Unter Breite einer Rüstung verstehe ich Zahl und Stärke der Friedenswehrmacht und die Vorbereitungen, die zu ihrer Vergrößerung im Kriegsfall getroffen werden. Die Tiefe der Rüstung umfaßt dagegen alle Maßnahmen in Sonderheit materieller und wirtschaftlicher Natur, die der Versorgung im Kriege, also der Stärkung der *Durchhaltungsmöglichkeit* dienen. Über die augenblickliche Überlegenheit der Breite und ersten Schlagkraft unserer Rüstung sind wir uns bereits klar geworden . . . so darf ich wohl feststellen, daß wir auf dem reinen militärischen Rüstungsgebiet wohl unseren Vorsprung noch eine gewisse Zeit werden halten können, daß aber auf dem erweiterten wirtschaftlichen Rüstungsgebiet der Vorsprung leider (gar) nicht vorhanden ist und daß in der Rüstungstiefe die Westmächte uns vorläufig (immer) überlegen sein werden.“¹⁴ Die Blitzkriegsstrategie als Ausweg aus dieser Situation betrachtete Thomas nicht ohne Skepsis: „Die militärpolitische Führung wird immer einen kurzen Krieg fordern. Ob er geführt werden kann, wird nicht nur von uns, sondern auch vom Gegner abhängen. . . . Glück dies nicht und kommt es zu einem Abringen wie im Weltkriege, so entscheidet die Tiefe der wehrwirtschaftlichen Kraft, d. h. die *Durchhaltungsmöglichkeit*.“¹⁵

Thomas skizzierte dreierlei Mittel und Wege, um „hier einen gewissen Ausgleich zu schaffen“. Erstens müsse für den Fall des Krieges „eine Ausnutzung der Hilfsquellen der nordischen Staaten möglich“ sein und „uns der Balkan mit seinen Vorräten und Vorkommen zur Verfügung“ stehen; zweitens seien der Aufbau von Kapazitäten für kriegswichtige Produkte im Rahmen des Vierjahresplans fortzuführen und das gesamte Transportwesen auszubauen; drittens schließlich drängte Thomas darauf, mittels gesteigerten Exports entsprechend reichliche Vorräte und Reserven an Devisen und Gold wie auch an Rohstoffen und Lebensmitteln anzulegen.¹⁶ Es offenbarte sich aber die tiefe Kluft zwischen Zielen und Mitteln, wenn er im gleichen Atemzuge wegen „psychologischer Auswirkungen“ auf das Volk vor einer noch stärkeren Einschränkung der Konsumgüterproduktion warnen mußte.¹⁷

Das Wirtschaftspotential des imperialistischen Deutschlands – die Gesamtheit seiner volkswirtschaftlichen Kapazitäten und Ressourcen – mußte sich, so bedeutend es war, für den voraussehbaren europäischen und Weltkrieg als unzureichend erweisen. Die Machthaber des Regimes zogen aus der partiellen Erkenntnis dieser Tatsache ihre Schlüsse. Auf wirtschaftlichem Gebiet zeigte sich das in dem Bestreben, das kriegswirtschaftliche Potential schon vor Kriegsausbruch durchgreifend

14 Dok. EC-028, *IMT*, Bd. 36, S. 119, 125, Vortrag von Thomas vor Herren des Auswärtigen Amts, 24. 5. 1939. – Meine Hervorh. – D. E. Eingeklammerte Wörter sind im Original des Dokuments gestrichen und durch die voranstehenden ersetzt worden.

15 Ebenda, S. 131, 122.

16 s. ebenda, S. 125, 130.

17 s. ebenda, S. 130f.

zu vergrößern. Diesem Ziel diene, wie schon die Politik Schachts seit 1933/34, so in potenziertem Maße die Vierjahresplanpolitik. Das Problem für die herrschende Klasse bestand darin, die Wirtschaft so früh und so weitgehend wie möglich zu militarisieren, d. h. das kriegswirtschaftliche Potential bereits im Frieden auf Kosten der Sektoren der Friedensproduktion maximal zu erweitern und in möglichst großem Umfang zu mobilisieren.

Das kriegswirtschaftliche oder rüstungswirtschaftliche Potential eines Landes ist eine komplexe Größe, die nicht in einer einzelnen Ziffer auszudrücken ist. Sie steht in einem bestimmten Verhältnis zum allgemeinen Wirtschaftspotential des betreffenden Landes und stellt, grob gesprochen, denjenigen Teil dieses Potentials dar, der für die Bedürfnisse der militärischen Macht und des Krieges unmittelbar zu mobilisieren ist.¹⁸ Viele andere wichtige Kennziffern des allgemeinen Wirtschaftspotentials fließen in differenzierter Weise in diejenige des kriegswirtschaftlichen Potentials ein, ohne mit ihm identisch zu sein: das Arbeitskräftepotential, die Arbeitsproduktivität in Industrie und Landwirtschaft, die Leistungsfähigkeit des Verkehrswesens, die Höhe der Industrieproduktion und der Pro-Kopf-Produktion der Industrie, die Akkumulationsquote, die Proportionalität in der Wirtschaft, besonders das Verhältnis zwischen der Produktion von Produktionsmitteln und von Konsumgütern, das Entwicklungsniveau von Wissenschaft und Technik, die wirtschaftsstrategische Lage (Außenhandelsabhängigkeit, Verbindungswege), die eigenen Rohstoffressourcen, die verfügbare landwirtschaftliche Nutzfläche und die Bodenfruchtbarkeit.

Das kriegswirtschaftliche Potential hat in bezug auf die materielle Seite seine theoretische Grenze im Wirtschaftspotential selbst, abzüglich der für die Reproduktion erforderlichen Mittel. Unter kapitalistischen Verhältnissen sind einer Annäherung des kriegswirtschaftlichen Potentials an diese Grenze jedoch unüberwindliche Schranken gesetzt. Die Devisenkrise und inflationäre Erscheinungen waren in Deutschland schon in der Phase der unmittelbaren Kriegsvorbereitung Anzeichen zunehmender Veränderungen und daraus resultierender ernsthafter Störungen im kapitalistischen Reproduktionsprozeß.

18 Die Beziehungen zwischen kriegswirtschaftlichem und Wirtschaftspotential formuliert Kaldor, wenn er auch diese Begriffe nicht klar definiert und unterscheidet und daher stark vergrößert (*Kaldor, Nicholas, The German War Economy* (Manchester Statistical Society. Paper, read 22nd May, 1946), Manchester (1946), S. 4): „... the war potential of any country must be determined by at least one of the following four factors: the capital equipment of its industry, its available man-power, its supply of raw materials, and finally, the ability and skill of its industrial organisers, engineers and technicians ... the ultimate limits to a country's war potential are set simply by the quantity and skill of its man-power, and by the richness of ores and minerals of the areas under its control or with which it is capable of trading.“ Hierzu kritisch *Gurow, A., Die kriegsökonomischen Theorien des westdeutschen Militarismus*, Berlin 1961, S. 75 ff., der sich im einzelnen mit den bürgerlichen Auffassungen über die Faktoren des kriegswirtschaftlichen und des Wirtschaftspotentials und die Unterscheidung beider auseinandersetzt (ebenda, S. 84 ff.). Vgl. auch *Lagowski, A. N., Strategie und Ökonomie*, Berlin 1959, S. 28 ff.; *Krieg, Armee, Militärwissenschaft*, Berlin 1963, S. 317 ff.

Entscheidend aber hängen der Grad der Mobilisierung und Ausnutzung des kriegswirtschaftlichen Potentials und vor allem schon seine Größe im Vergleich zur gesamten Wirtschaftskraft eines Landes von dessen sozialer und staatlicher Ordnung und vom moralischen Faktor sowie vom Charakter des Krieges ab, den es führt.¹⁹ Hier zeigte es sich nun, daß die schweren inneren und äußeren Widersprüche des faschistischen Regimes bedeutende Hindernisse für den Versuch des deutschen Imperialismus aufrichteten, das kriegswirtschaftliche Potential seinen Kriegszielen und -plänen anzupassen.

Die inneren Widersprüche entsprangen dem Charakter der Monopolherrschaft in ihrer faschistischen Form. Darunter sind vor allem die unüberbrückbar tiefen sozialen und politischen Gegensätze zwischen der herrschenden Klasse und dem Volk zu nennen. Was immer einer noch vertieften Rüstung, einer „Tiefenrüstung“, dienlich gewesen wäre, es hätte die Massen des arbeitenden Volkes einschließlich der Mittelschichten treffen müssen: Zwangsrekrutierung und Zwangsumsetzung von Arbeitskräften, Kürzung und qualitative Verschlechterung des Konsums („Kanonen statt Butter“), Anziehen der Steuerschraube, Einschränkung der Dienstleistungen, des Wohnungsbaus und der Konsumgüterindustrien. Hierin war wahrlich schon einiges geschehen. Aber die faschistische Führung fühlte den geringen Spielraum, der ihr blieb. Sie hatte um die Massen der Mitläufer, ihre eigentliche Massenbasis, zu fürchten. Zahlreich und hinreichend zufrieden mußte sie sie hinter sich wissen, ehe sie die Nation in einen abenteuerlichen, blutigen Krieg stürzte. Daraus erklärte es sich, daß die führenden Repräsentanten des Regimes nahezu während des ganzen Krieges eine starke Zurückhaltung und vermittelnde Vorsicht an den Tag legten, wenn es galt, das eigene Volk materiell schwerer zu belasten und ihm größere Entbehrungen aufzuerlegen. Die extreme Brutalität des Regimes und in späteren Kriegsjahren die militärische und außenpolitische Entwicklung ließen den Widerspruch, der hierin lag, immer krasser hervortreten.

Auch die Interessengegensätze und -kämpfe innerhalb der herrschenden Schichten und Gruppen boten bedeutende Hindernisse für eine einheitliche Konzeption in der Rüstungswirtschaft; sie verzögerten insbesondere auf Jahre hinaus ihren straffen, zentralisierten Aufbau.²⁰

Die äußeren Widersprüche ergaben sich aus dem internationalen Kräfteverhältnis, an dem der Versuch des deutschen Imperialismus, seine Herrschaft über Europa und die ganze Welt auszudehnen, mit historischer Notwendigkeit scheitern mußte. Zwar sahen die deutschen Imperialisten ihre gesetzmäßige Niederlage nicht etwa voraus; sie waren sich aber mehr oder weniger deutlich der Schwäche und Unzulänglichkeit ihres Wirtschafts- und Rüstungspotentials in einem Kampf gegen „fast die ganze übrige Welt“²¹ bewußt. Dieses Potential „total“ zu mobilisieren, erschien ihnen weder erfolgversprechend noch nötig und tunlich, vielmehr riskant,

19 s. *Gurow, A.*, a. a. O.

20 s. Kapitel III.

21 s. Dok. EC-282, Fall XI, ADB 119, DZA Potsdam, Nürnberger Prozesse, Fall XI, Nr. 408, Bl. 118, Arbeitsbericht Carl Krauchs . . ., 20./21. 4. 1939 (s. Anm. 10).

weil notwendigerweise von großer sozialer Sprengkraft. Sie begnügten sich mit der „Breitenrüstung“, der Anhäufung einsatzbereiter militärischer Kraft. Für die nötige „Tiefe“ in der Rüstung, d. h. für eine volle Ausschöpfung und eine den strategischen Zielen angemessene Ausdehnung des kriegswirtschaftlichen Potentials, sorgten sie nur im Rahmen der kurzfristigen, provisorischen Teillösungen, die der Vierjahresplan bot. Sie dachten, in der Blitzkriegsstrategie und deren wirtschaftlicher Komponente eine mögliche Lösung des – in Wirklichkeit unlösbaren – Widerspruchs zwischen Zielen und Möglichkeiten, zwischen ihren Weltherrschaftsplänen und dem begrenzten deutschen Rüstungspotential gefunden zu haben.

c) Die Ergebnisse der wirtschaftlichen Aufrüstung

Die wirtschaftlichen Rüstungen des deutschen Imperialismus zum Kriege waren nichtsdestoweniger sehr beachtlich. Sie waren ungleich stärker und zielgerichteter als die aller anderen Staaten. Im folgenden sollen diese Rüstungen, besonders die Ergebnisse des Vierjahresplanes, auf ihre Stärken und Schwächen hin untersucht werden. Von 1937 an wuchsen die Investitionsziffern schneller als bisher²²:

Investitionen in der Industrie 1933–1939

	Anlageinvestitionen (i. Md. RM)	Anteil d. Prod.- güterindustrien (in Prozent)
1928	2,6	66
1933	0,6	55
1934	1,1	66
1935	1,6	75
1936	2,2	76
1937	2,8	77
1938	3,7	80
1939	4,4	81

Bei der Bewertung dieses Investitions-„Booms“ dürfen wichtige Gesichtspunkte und Ziffern nicht außer acht gelassen werden. Erst 1937 übertraf die Summe der Industrieinvestitionen diejenige von 1928. Die von 1933 bis 1939 in der Industrie vorgenommenen Investitionen reichten etwa gerade dazu aus, die Desinvestitionen

²² In den Grenzen von 1937. Nach: *Statistisches Handbuch von Deutschland 1928–1944*, hg. v. Länderrat des Amerikanischen Besatzungsgebiets (im folgenden: *Statistisches Handbuch*), München 1949, S. 605; *Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich*, hg. v. Statistischen Reichsamts (im folgenden: *Statistisches Jahrbuch*) 1941/42, S. 610, 612; 1939/40, S. 583f.; 1938, S. 565f. Siehe auch *Wagenführ, Rolf*, *Industrie*, S. 20 (unge-naue Quellenangabe); *Erbe, René*, a. a. O., S. 111.

seit 1929 zu kompensieren und den Produktionsapparat einfach zu reproduzieren.²³ Die zwanzigprozentige Steigerung des Nationaleinkommens 1938 gegenüber 1929 ging vor allem auf eine wesentlich höhere Ausnutzung vorhandener Produktionskapazitäten zurück.²⁴ Es gab keine umfassende Neuanlage in der Industrie. Aber sie erfuhr, besonders in ihrem Maschinenpark, eine erhebliche Modernisierung und Rationalisierung. Die überwiegende Masse des investierten Kapitals konzentrierte sich in den Produktionsgüterindustrien. Den „Boom“ bezahlten zu einem nicht unbedeutenden Teil bereits vor dem Krieg die Konsumgüterindustrien mit der Devastation ihres Produktionsapparats.

Von einer Erfüllung der hochgespannten Autarkiepläne von Monopolen und Staat konnte bei Kriegsbeginn keine Rede sein. Allerdings waren die für die Kriegführung empfindlichsten Lücken notdürftig gestopft. Erhebliche Produktionserfolge waren vor allem bei Treibstoffen und Gummi aufzuweisen.

*Deutsche Treibstoffbilanz
(1934, 1936, 1938, 1939)*²⁵

	1934	1936	1938	1939
1. Gesamtverbrauch an Mineralölerzeugnissen (in 1000 t)	3295	4590	6150	ca. 7000–7200
2. davon aus inländischen Rohstoffen (in 1000 t)	1038	1545	2373	ca. 2950–3000
3. Anteil von 2 an 1 (in Prozent)	31,5	34	39	ca. 42
4. Gesamtverbrauch an Treibstoffen (Benzin, Benzol, Diesel) (in 1000 t)	2390	3400	4575	ca. 5330
5. davon Erzeugung aus inländischen Rohstoffen (in 1000 t)	773	1267	1866	ca. 2280
6. Anteil von 5 an 4 (in Prozent)	32	37	41	ca. 43

23 s. Hillmann, H. C., Comparative Strength of the Great Powers, in: Survey of International Affairs 1939–1946. *The World in March 1939*, hg. v. A. Toynbee und F. T. Ashton-Gwatin, London/New York/Toronto 1952, S. 437f.; Faingar, I. M., Die Entwicklung des deutschen Monopolkapitals. Grundriß, Berlin 1959, S. 207f.

24 s. Hillmann, H. C., a. a. O., S. 458.

25 Quelle: Birkenfeld, Wolfgang, Der synthetische Treibstoff 1933–1945, Göttingen/Berlin/Frankfurt a. M. 1964, S. 218f., 225. Verschiedentlich abweichende Zahlen in *The Effects*, S. 73f., u. *Statistisches Handbuch*, S. 310f. Über Ungenauigkeiten in den Zahlen s. *The Effects*, S. 73 Anm. 1.

	1934	1936	1938	1939
7. davon (von 4) Erzeugung der Hydrierwerke (Benzin, Diesel) (in 1000 t)	153	469	813	1012
8. Anteil von 7 an 4 (in Prozent)	6,4	14	18	ca. 19

Die Produktion von Treibstoffen auf einheimischer Rohstoffbasis stieg von 1934 bis 1939 auf das Dreifache. Ihr Anteil am Gesamttreibstoffverbrauch erhöhte sich im gleichen Zeitraum von rund 30 auf etwa 43 Prozent. Hieran war 1939 zur Hälfte die synthetische Produktion (Hydrier- und Synthesewerke) beteiligt, die fast auf das Achtfache gestiegen war.²⁶ Bei Kriegsbeginn arbeiteten 14 Hydrier- und Fischer-Tropsch-Anlagen, sechs weitere waren im Bau.²⁷ Zugleich wurde die einheimische Erdölförderung von 1933 bis 1939 auf das Dreifache (knapp 750 000 t) gesteigert. Mit dem Bau des ersten Bunawerkes (Schkopau) des IG-Farben-Konzerns wurde 1936 begonnen. Ein Jahr später nahm das Werk bereits die Produktion auf (3500 t). Im Jahre 1939 wurden rund 25000 t Buna erzeugt und etwa 20 Prozent des Jahresverbrauchs an Kautschuk mit Buna gedeckt. Das zweite Werk (Hüls) begann 1940 mit der Bunaerzeugung. Als dieses Werk 1941/42 auf vollen Touren lief, konnte der Kautschukbedarf – bei scharfer Kürzung des zivilen Verbrauchs knapp unter dem Friedensniveau liegend – vollständig aus der synthetischen Produktion gedeckt werden. In den ersten zwei Kriegsjahren aber machte die Kautschuklücke von anfangs mehr als 50 Prozent den deutschen Imperialisten schwer zu schaffen.²⁸

Die Steigerung der deutschen Eisenerzförderung von 1933 bis 1939 auf rund das Sechsfache (14,7 Mill. t) konnte die Auslandsabhängigkeit (60–65 Prozent) infolge entsprechend höheren Verbrauchs nicht herunterdrücken, zumal da der durchschnittliche Fe-Gehalt des in Deutschland geförderten Roherzes in der gleichen Zeit von 32 auf 27 Prozent zurückging.²⁹

Mittels schweren staatsmonopolistischen Druckes auf die Landwirtschaft versuchten die faschistischen Landwirtschaftspolitiker und -planer, die Abhängigkeit vom Ausland zu verringern, die in der Versorgung mit Nahrungs- und Futtermitteln bestand und die sie als eine der größten Gefahren für die Führung des kommenden Krieges ansahen. Die allgemeine Quote der Einfuhrabhängigkeit bei Nahrungsmitteln, die sich vor der Weltwirtschaftskrise (1927/28) noch auf 32 Prozent belief, war zwar schon 1933/34 auf 20 Prozent abgesunken, konnte aber bis 1938/39 nicht tiefer als bis auf 17 Prozent gesenkt werden. Mit 45 Prozent war die Unterbilanz bei Fett

26 Quellen s. unter Anm. 61.

27 Klein, Burton H., a. a. O., S. 32; Birkenfeld, Wolfgang, a. a. O., S. 138, gibt nur sieben bzw. fünf Hydrierwerke an.

28 s. *Statistisches Handbuch*. S. 312; *The Effects*, S. 83f.; Treue, Wilhelm, Gummi in Deutschland, München (1955), S. 300.

29 s. *Statistisches Handbuch*, S. 281; Klein, Burton H., a. a. O., S. 50, 57, 116.

am größten. Futtermittel mußten zu 30 Prozent importiert werden.³⁰ Der faschistische Staat konnte nicht umhin, große Vorrats- und Reservelager anzulegen, die zum Teil neu zu bauen und einzurichten waren.³¹ Diese Vorratshaltung verschlang außerdem erhebliche Devisenmittel.

In den letzten Vorkriegsjahren wurden recht umfangreiche Vorräte an kriegswichtigen Rohstoffen, Metallen und Treibstoffen angelegt. Reichlich sechs Monate konnte das faschistische Deutschland unter Blockade mit voller Kraft Krieg führen. Solche Vorräte existierten in Buntmetallen, Ferrolegerungsmetallen, Mineralöl, Naturkautschuk (für etwa zwei Monate), Eisenerz, industriellen Fetten.

Die Ergebnisse der wirtschaftlichen Kriegsvorbereitung während des Vierjahresplans waren, wie überhaupt die Vorbereitung des deutschen Imperialismus auf den Krieg, zwiespältig. Der Vierjahresplan selbst stellte zunächst gewissermaßen einen Kompromiß zwischen den Konzeptionen der „Breitenrüstung“ und der „Tiefenrüstung“ dar. Ursprünglich umfassender geplant, stießen die Autarkiebestrebungen ebenso wie die Vorratshaltung, die Ausbeutung der werktätigen Massen wie die „Kanonen-statt-Butter“-Politik als ganze schon vor dem Krieg auf Grenzen. Auch in ihren späteren, bescheideneren Fassungen wurden die Planungen der Vierjahresplanbehörden nicht erfüllt.

Dennoch waren die Produktionssteigerungen und die übrigen wirtschaftlichen Anstrengungen für den Krieg in dieser Zeit sehr beachtlich. Das Kernstück der unmittelbaren wirtschaftlichen Kriegsvorbereitung waren die kostspieligen, teils privat, teils staatlich finanzierten, in jedem Fall staatlich subventionierten bzw. preisgarantierten Vierjahresplanvorhaben der Konzerne, besonders der IG Farbenindustrie AG und der Reichswerke „Hermann Göring“.

Die Produktion der neu errichteten Werke war oft unverhältnismäßig teuer und von minderer Qualität (synthetischer Treibstoff, Buna, Eisenerz, Zellwolle). Der Bunapreis war beispielsweise zunächst bei geringerer Qualität des Gummis dreimal so hoch wie der Weltmarktpreis für Naturkautschuk. Zur Produktion jedes Liters synthetischen Benzins mußten über fünf Kilo Steinkohle aufgewandt werden (pro kg Fliegerbenzin = 6 kg Steinkohle); ein Kilo Buna fraß – hauptsächlich wegen des enormen Energieverbrauchs – 20,5 kg, ein Kilo Aluminium 17,7 kg Steinkohle. Allein die Planvorhaben für die Benzinerzeugung waren für einen Kohleverbrauch bei Aufnahme der Produktion (1942/43) von 62 Millionen t Braun- und 26 Millionen t Steinkohle veranschlagt; das waren ein Drittel der Braunkohlen- und etwa 15 Prozent der Steinkohlenproduktion des Vorkriegsjahres 1937 (1938 betrug der Verbrauch dagegen 13 bzw. 1,2 Prozent).³² Ungeachtet dessen, daß die Entwicklung

³⁰ vgl. *Petzina, Dieter*, Autarkiepolitik, S. 95.

³¹ s. *Melzer, Rolf*, Studien zur Agrarpolitik der faschistischen deutschen Imperialisten in Deutschland im System der Kriegsplanung und Kriegsführung 1933 bis 1941, phil. Diss. Rostock 1966, S. 34 ff.

³² Berechnet nach: Dok. EC-282, Fall XI, ADB 119, Arbeitsbericht v. Carl Krauch vor dem Generalrat des Vierjahresplans, Entwurf v. 20./21. 4. 1939, DZA Potsdam, Nürnberger Prozesse, Fall XI, Nr. 408, Bl. 5ff. (dat. 28. 4. 1939); *Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich*, 1939/40, S. 165.

der volkswirtschaftlichen Arbeitsproduktivität durch die großen Investitionen in diesen Produktionsbereichen ungünstig beeinflusst wurde, entstanden mit einem riesigen Aufwand an Mitteln und Kräften, der dem Volk wachsende Entbehrungen auferlegte, eine Reihe gewaltiger Produktionsanlagen.

Obwohl das kriegswirtschaftliche Potential des deutschen Imperialismus auf volkswirtschaftlich so wenig effektive Weise mobilisiert und erweitert wurde, gewann hierdurch die Blitzkriegskonzeption Hitlers und des Generalstabs eine durchaus tragfähige wirtschaftliche Grundlage. Unter diesem Aspekt war der Vierjahresplan ein „relativer Erfolg“³³ für die deutschen Imperialisten.

Zu dem Resultat trugen allerdings die imperialistischen Annexionen unmittelbar vor dem Krieg nicht unwesentlich bei. Im März 1938 besetzten deutsche Truppen Österreich, im Oktober 1938 Teile der Tschechoslowakei. Von nun an standen dem deutschen Imperialismus die wirtschaftlichen Ressourcen und besonders das kriegswirtschaftliche Potential dieser Gebiete zur Verfügung. Im Jahre 1939 wurden dort beispielsweise an Rohstahl 3,7 Prozent der im Reich (Grenzen von 1937) produzierten Mengen erzeugt, an Walzwerkfertigerzeugnissen 4,5 Prozent, an Braunkohle 10,2 Prozent, an Erdöl und Eisenerz (beides nur Österreich) 19,4 beziehungsweise 20,5 Prozent, an Graphit 108 Prozent, an Zellstoff 27,4 Prozent, an Leder 15,6 Prozent, an Elektroenergie (kWh) 8 Prozent.³⁴ Nach der Besetzung der übrigen tschechischen Gebiete im März 1939 erhöhten sich diese Ziffern teilweise beträchtlich, so bei Eisenerz auf 25,7 Prozent, bei Rohstahl auf 10,7 Prozent, bei Walzwerkfertigerzeugnissen auf 11,8 Prozent und bei Elektroenergie auf 11,6 Prozent.³⁵ Mit den Škodawerken geriet einer der führenden europäischen Rüstungskonzerne, mit der tschechischen Industrie überhaupt die sechststärkste Industrie in Europa (ohne Sowjetunion) in die Verfügungsgewalt des deutschen Imperialismus. Über die Beute an Waffen und Kriegsgerät notierte Generalquartiermeister Wagner im März 1939 „einfach erschütternde Zahlen“.³⁶ Das bedeutende zusätzliche Potential kam freilich bis Kriegsbeginn noch nicht voll zur Wirkung.

Was die innere, strukturelle Vorbereitung der Wirtschaft auf den Krieg betraf, so erlebten die „klassischen“ Merkmale des staatsmonopolistischen Kapitalismus, die Lenin entdeckt hat – öffentliche Regulierung der Produktion und der Verteilung, Zwangsregime gegenüber den Arbeitern (allgemeine Arbeitsdienstpflicht) – bereits lange vor Kriegsausbruch eine verderbendrohende Renaissance unter faschistischen Vorzeichen, d. h. unter Bedingungen, die ihrer extremen Ausprägung besonders förderlich waren. Schon Jahre vor dem Krieg wurden Rohstoffmarkt, Außenhandel, Produktion und Markt der Landwirtschaft und Arbeitsmarkt weitgehend mittels Zwangsverbänden und -organisationen und durch Gesetz öffentlich reguliert. In der Reichsgruppe Industrie, in der Reichsstelle für Wirtschaftsausbau und in der Behörde

33 *Petzina, Dieter*, Autarkiepolitik, S. 194.

34 s. *Statistisches Jahrbuch*, 1941/42, S. 665 ff.

35 s. *ebenda*, S. 64 ff.

36 *Der Generalquartiermeister*, München/Wien 1963, S. 87, Brief von General Eduard Wagner an seine Frau, 30. 3. 1939. – Es waren „vier Truppenübungsplätze dafür frei(zu)machen.“ (Ebenda). Siehe auch *ebenda*, S. 82f. (17. u. 18. 3. 1939).

des GB Chemie, in den Wirtschaftsgruppen usw. griffen die großen Monopole, höchst aktiv an der Kriegsvorbereitung teilnehmend, durch leitende Konzernvertreter selbst unmittelbar führend ein. In engster Zusammenarbeit mit Behörden und Militärs bereiteten sie mit Hilfe von „Mobplänen“ und Kriegsspielen den deutschen Wirtschaftsorganismus auf den Krieg vor.

Besonders gründliche Arbeit wurde geleistet, um die Arbeiterklasse unter staatsmonopolistische Kontrolle zu bekommen. Im Jahre 1934 wurden Metall- und Landarbeiter an Beruf und Betrieb gebunden, Anfang 1935 wurde das Arbeitsbuch eingeführt, im Herbst 1936 und Anfang 1937 erfolgten verschärfte Zwangsbeschränkungen gegenüber Metall- und Baufacharbeitern. Die erste „Verordnung zur Sicherstellung des Arbeitskräftebedarfs für Aufgaben von besonderer staatspolitischer Bedeutung“ vom 22. Juni 1938 schließlich führte mit der gesetzlichen Fixierung der faschistischen „Dienstverpflichtung“, die gegen jeden deutschen Staatsbürger ausgesprochen werden konnte, einen allgemeinen Arbeitszwang ein.³⁷ Damit fand der beginnende Krieg eine für Friedenszeiten beispiellos entwickelte staatsmonopolistische Wirtschaftsregulierung und -ordnung und ein Zwangsregime („Militärzucht-haus“) gegenüber den Werkträgern vor, das teilweise sogar den im ersten Weltkrieg erreichten Stand übertraf.

d) Krisenpunkte der staatsmonopolistischen Rüstungswirtschaft

Hillmann demonstriert in seiner materialreichen Arbeit die umfassenden wirtschaftlichen Kriegsvorbereitungen des deutschen Imperialismus und dessen Rüstungsvorsprung vor den übrigen Mächten. Abschließend formuliert er aber doch: „All the same, much more could have been done in the way of economic mobilization for war, if German planners had relied less on blitzkrieg strategy.“³⁸ Diese Auffassung ist, wie wir gezeigt haben, unhistorisch und deshalb falsch. Mit ihr gerät der zitierte Verfasser in die Nähe der fragwürdigen Thesen von Burton Klein und verschiedener reaktionärer, offenes politisches Engagement zeigender Veröffentlichungen.

Natürlich sind die Rüstungsanstrengungen eines Landes, seine Rüstungsproduktion, seine Rüstungsausgaben und auch die Erweiterung seiner Rüstungskapazität nicht gleichbedeutend mit dieser Kapazität selbst, mit seinem rüstungswirtschaftlichen Potential. In der „Realisierung“ dieses Potentials schon in Friedenszeiten sind indessen jedem kapitalistischen Staat bestimmte Grenzen gesetzt, besonders durch den Widerstand der Volksmassen, aber auch durch ökonomische Krisenerscheinungen, die einer überhitzten Rüstungskonjunktur eigentümlich sind. Schließlich können auch taktische Gegensätze innerhalb der herrschenden imperialistischen Kreise und – meist damit im Zusammenhang stehend – relative Schwäche und

37 s. dazu *Kuczynski, Jürgen*, Lage der Arbeiter 1933–1945, S. 144 ff., 218 ff.; *derselbe*, Studien 1918–1945, S. 147 ff.; *Mason, T. W.*, Labour in the Third Reich, 1933–1939, in: Past & Present, Nr. 33, Apr. 1966, S. 136.

38 *Hillmann, H. C.*, a. a. O., S. 490.

Uneinheitlichkeit des staatsmonopolistischen Apparats Ausmaß und Tempo jenes Prozesses negativ beeinflussen.

Die genannten Faktoren werden ihrerseits viel eher zu Grundursachen von außenpolitischen und militärstrategischen Planungen und, im Falle des faschistischen Deutschlands, zum Demiurg der „Blitzkriegsstrategie“, als umgekehrt eine derartige Strategie zur Ursache der wirtschafts- und rüstungspolitischen Grundlinie, wiewohl die Strategie, erst einmal ausgearbeitet, natürlich ihrerseits bedeutenden Einfluß auf Wirtschaftspolitik und Rüstungsplanung haben muß.

Alle genannten Faktoren haben in der deutschen Rüstungswirtschaft vor dem Krieg eine bestimmte Rolle gespielt. Besonders wichtig sind in unserem Zusammenhang die ökonomischen Krisenerscheinungen, die die Wirtschaft in den letzten Jahren vor Kriegsausbruch immer stärker kennzeichneten.

Schon geraume Zeit vor dem Krieg wurde die Überspannung der deutschen Wirtschaft durch die maßlosen Rüstungs- und Autarkiebestrebungen an verschiedenen kritischen Punkten offensichtlich. Die wichtigsten Krisenpunkte waren Arbeitskräfte- und Materialmangel und – damit zusammenhängend – das Lohn- und Preisproblem sowie die Bedrohung der Währung durch Inflationsgefahr.

Bereits 1937 trat in wichtigen Zweigen der Industrie Arbeitskräftemangel auf.³⁹ Die „Vollbeschäftigung“ im Frieden, zu einer Zeit, da die neuen Rüstungs- und Vierjahresplanziele noch nicht im entferntesten erreicht waren, stellte Monopole und Naziführung vor die weitreichendsten ökonomischen und politischen Probleme. Zwar vervollständigten sie umgehend den staatsmonopolistischen Zwangsapparat und versuchten insbesondere, die Freizügigkeitsbeschränkungen bis zu einer Art wahrer Leibeigenschaft fortzuführen⁴⁰; Überfluß an Aufträgen und „Vollbeschäftigung“ verschlechterten aber die Bedingungen für die staatsmonopolistische Regulierung des Arbeitsmarktes ständig und erschwerten sie mehr und mehr. Sie brachten einen ökonomischen Mechanismus in Gang, der das ganze Regulierungssystem außer Funktion zu setzen drohte.⁴¹

Besonders der gesetzlich vorgeschriebene Lohnstopp, eine der wichtigsten Waffen des Monopolkapitals gegen die Arbeiterklasse seit 1933, begann in seiner Wirkung ernsthaft nachzulassen. Den leistungssteigernden Antreibermethoden in der Industrie stand keine echte, allgemeine Lohnsteigerung gegenüber. Die Arbeiter, denen der staatlich organisierte Terror die Möglichkeit zu umfassendem, geschlossenem Kampf um höhere Löhne nahm, strebten in wachsender Zahl danach, bei besser zahlenden Unternehmungen Arbeit aufzunehmen. Die zunehmende Fluktuation wurde unter den Bedingungen der staatsmonopolistisch straff organisierten Rüstungswirtschaft zu einer besonders wichtigen Form des ökonomischen Klassenkampfes. In der Rüstungsindustrie setzten sich lohntreibende Tendenzen durch. Die Rüstungsbetriebe warben einander immer häufiger Arbeitskräfte ab. Trotz aller

39 s. *Kuczynski, Jürgen, Lage der Arbeiter 1933–1945*, S. 152.

40 Ebenda, S. 218 ff.

41 Sehr aufschlußreiche Tatsachen hierüber in: *Mason, T. W., Labour in the Third Reich*, S. 126 ff.

gesetzlichen Hindernisse, die dem freien Arbeitsplatzwechsel entgegenstanden, wuchs die Fluktuation der Arbeitskräfte in Industrie und Landwirtschaft. Der versteckte und offene Widerstand gegen die Beschränkung der Freizügigkeit, besonders gegen die Zwangsverpflichtungen („Dienstverpflichtungen“), nahm zu. Diese Form des ökonomischen Klassenkampfes nahm seit 1937 bedeutende Ausmaße an und wurde zur wichtigsten Form des wirtschaftlichen Kampfes der Arbeiterklasse gegen das Monopolkapital. Die Arbeiter wandten hiermit eine den außerordentlich schwierigen und komplizierten Bedingungen des Klassenkampfes adäquate Kampfform an. Die Fluktuation vollzog sich nicht vollständig spontan. Die Quellen zeugen im Gegenteil vielfach von solidarischem Handeln. „Die schon früher erwähnte Abwanderung der Gefolgschaften von geringer zahlenden Betrieben zu besser zahlenden hielt unvermindert an. Zu vermuten sei neuerdings ein stiller Nachrichtenaustausch über Lohnhöhen verschiedener Betriebe, wahrscheinlich durch Übersendung von Lohntüten. Von einzelnen Betriebsführern würde die Stimmung der Arbeiterschaft als miserabel bezeichnet. Fast alle Facharbeiter hätten das Bestreben, von ihren Firmen weg und zur Großindustrie zu kommen.“⁴² Ein Jahr später berichteten die „Treuhand der Arbeit“ von zunehmenden Aktionen der Arbeiter im Lohnkampf; Lohnsteigerungen seien nur noch mit Zwangsmaßnahmen aufzuhalten.⁴³ Im Frühjahr 1938 nahm die Abwanderung auch aus rüstungswichtigen Betrieben, besonders aus dem Bergbau, offenbar massenhaften Umfang an. Konzerne wie Salzdettfurth/Mansfeld forderten „schleunige und wirkungsvolle Maßnahmen . . ., wenn der Verlust an Arbeitskräften nicht zu empfindlichen Rückgängen in unserer wichtigen Produktion führen soll.“⁴⁴ Sie verlangten nach der gesetzlichen Verfügung einer einschneidenden Beschränkung der Freizügigkeit für Bergarbeiter.⁴⁵ Solche Forderungen wurden immer massiver auch von den zentralen Monopolorganisationen wie den Fachgruppen und Wirtschaftsgruppen (besonders von der Wirtschaftsgruppe Bergbau) vertreten. Die „Verordnung zur Sicherstellung des Arbeitskräftebedarfs für Aufgaben von besonderer staatspolitischer Bedeutung“⁴⁶ vom 22. Juni 1938 entsprach schließlich weitgehend den Wünschen der Monopole; ihr zufolge konnte jeder Deutsche zu jeder beliebigen Arbeit zwangsweise herangezogen werden.

Der Kampf um Freizügigkeit und um höhere Löhne fand damit keineswegs sein Ende. Während die herrschende Klasse noch stärkere Mittel staatsmonopolistischer Zwangsregulierung verlangte⁴⁷, wuchs der Widerstand der Arbeiter gegen

42 DZA Potsdam, Reichswirtschaftsministerium, Nr. 8947, Bl. 220f., Auszug aus den wirtschaftlichen Lageberichten der Regierungspräsidenten usw. v. Dez. 1936, Januar 1937 (Sachsen, Thüringen, Westfalen).

43 DZA Potsdam, Reichswirtschaftsministerium, Nr. 10293, Bl. 356ff., Auszug aus den Monatsberichten der Reichstreuhand der Arbeit f. Jan. u. Feb. 1938.

44 BA Mansfeld, Nr. 480, Bd. 2, Mansfeldscher Kupferschieferbergbau AG an Landesarbeitsamt Halle, 6. 5. 1938.

45 Ebenda.

46 *RGBl.* 1938 I S. 652.

47 s. *Kuczynski, Jürgen*, Lage der Arbeiter 1933–1945, S. 219f. (Protokoll d. Bespr. zwischen Thomas, Poensgen u. a., 23. 9. 1938).

„Leistungssteigerung“, Arbeitshetze und Überarbeit, Lohnabzüge und Zwangsdienstverpflichtungen trotz des gesteigerten Naziterrors zu mehreren größeren organisierten Aktionen in den wichtigsten Industriegebieten und bei den Westwallbauten an. Diese Kampfkaktionen endeten vielfach mit Teilerfolgen der Arbeiter.⁴⁸

Die Situation war für die Faschisten kompliziert und gefährlich. Sie konnten den Lohnstopp nicht durchsetzen, es sei denn mit derart gesteigertem Terror und staatsmonopolistischem Druck, daß die bedeutenden sozialen und politischen Schwierigkeiten, vor denen sie standen, sich vervielfachen mußten. Der Krieg stand vor der Tür, und „Leistungssteigerung“ in der Rüstung war es, was sie brauchten. Gewalt und Terror erwiesen sich hier weitgehend als untauglich. Monopole und Faschisten suchten dringend nach Stimulantien, welche Arbeitsfreudigkeit und -leistung der schon jetzt hart ausgepreßten Arbeiter heben sollten. Allerdings mußten dabei selbstverständlich Methoden außer Betracht bleiben, die die Interessen des Finanzkapitals ernstlich hätten verletzen können. Die Montankonzerne zeigten schon großen Verdruß, als Göring, beunruhigt durch die Produktionsentwicklung und durch Fluktuation und Stimmung unter den Bergarbeitern, im Bergbau die bisher geltenden Prinzipien des Lohnstopps selbst durchbrach. Die Locklöhne und Zuschläge, die der Bergbau den Bergarbeitern nach der „Göringverordnung“⁴⁹ für Überarbeit und höhere Akkordleistungen zahlen sollte, zeitigten kaum Erfolge, sondern riefen den passiven Widerstand der schon bis aufs äußerste ausgebeuteten Arbeiter hervor. „Auf unseren Zechen“, so berichtete Vorstandsmitglied Klingspor über die Kohlengruben des Salzdetfurth-Konzerns, „ist die Leistung ganz trostlos. Abgesehen von den vielen Ausfällen an Krankfeiernden, Urlaubern usw., ist ein starker Abfall pro Mann und Schicht zu verzeichnen.“⁵⁰

Die Produktion in der Industrie stockte ferner wegen Materialmangels hier und da, mitunter sogar in der Rüstungsindustrie. Die Zufuhren an Importrohstoffen waren unzureichend und unregelmäßig. Die deutsche Grundstoffindustrie war an der Grenze ihrer Kapazität angelangt. Im Steinkohlenbergbau zeigte sich akuter, schwerer Mangel an Arbeitskräften. Die Eisen- und Stahlkonzerne waren mit Aufträgen überhäuft und setzten immer längere Lieferfristen. Die Klagen darüber häuften sich besonders im Frühjahr-Sommer 1939.

In dieser Situation ließ sich auch der Preisstopp nur mit starkem staatsmonopolistischem Zwang aufrechterhalten – soweit von Preisstopp überhaupt die Rede sein konnte. Die Preisfestsetzung für Rüstungsgüter war und blieb im wesentlichen eine Domäne der Rüstungsmonopole. Dadurch stand der gesamte Rüstungsmarkt von vornherein außerhalb des Preisstopps und wirkte als selbständiger inflationärer

48 s. *Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung*, Bd. 5, S. 231f.

49 s. „Verordnung zur Erhöhung der Förderleistungen und des Lohnes im Bergbau“ (sog. Göringverordnung) vom 2. März 1939, *RGBl.* 1939 I S. 482f. Siehe auch *Jonas, Wolfgang*, *Das Leben der Mansfeld-Arbeiter 1924 bis 1945* (Gesch. d. Fabriken u. Werke, Bd. 1), Berlin 1957, S. 349ff.

50 BA Mansfeld, Nr. 524, Walter Klingspor an Rudolf Stahl, Vorstandsvorsitzender des Konzerns, 13. 7. 1939.

Faktor. Das System des Preisstopps selbst war bereits an zahllosen anderen Stellen durchlöchert worden. Es richtete sich immer einseitiger gegen die kleinen Gewerbetreibenden, gegen die Bauern und gegen die Konsumgüterindustrien und schürte die soziale Unzufriedenheit dieser Kreise und Schichten.

Die wirtschaftlichen Krisenerscheinungen liefen zusammen und kulminierten in den inflationistischen Tendenzen. Der Zuwachs an Produktion und Beschäftigung ging in den letzten Jahren vor dem Krieg ganz überwiegend auf Rechnung der Rüstungsaufträge und -bauten sowie der Vierjahresplanbauten, was die Staatsfinanzen in bisher unbekanntem Maße beanspruchte. Die Reichsschulden wuchsen in raschem Tempo. Mit hoher Geschwindigkeit arbeitete die Notenpresse. Der Umlauf von Banknoten (in den Grenzen von 1937) stieg von Anfang 1933 bis Anfang 1939 auf über das Doppelte an; rund 60 Prozent dieser Zunahme brachte allein das Jahr 1938.⁵¹ Dem wachsenden Geldumlauf stand keine entsprechend erweiterte Reproduktion der Volkswirtschaft gegenüber; ein immer bedeutenderer Teil des Nationaleinkommens wurde von Unterhaltung, Bewaffnung und Ausrüstung der faschistischen Militärmaschinerie absorbiert.

Vor den akuten inflationistischen Gefahren konnten die Spitzen des faschistischen Regimes ihre Augen nicht verschließen. In zahlreichen Denkschriften, Rundschreiben, Konferenzen und Besprechungen schlugen sich die Auseinandersetzungen um dieses Problem nieder. In dem Memorandum Schachts und des Reichsbankdirektoriums für Hitler vom 7. Januar 1939⁵² war von einem drohenden Zusammenbruch des Finanzsystems die Rede. Reichspreiskommissar Josef Wagner hatte sich, wie er erleichtert im September 1939, nach Erlaß der Kriegswirtschaftsverordnung, schrieb, „schon vor Beginn der kriegerischen Verwicklungen entschlossen . . ., der sich für die Preispolitik immer gefahrvoller gestaltenden Entwicklung der Verhältnisse in der deutschen Wirtschaft durch einschneidende Maßnahmen entgegenzutreten.“⁵³

Das Phänomen einer inflationären Rüstungskrise stellte das faschistische Regime vor unlösbare Probleme. Das seit 1935 eingeschlagene Tempo der Aufrüstung mußte bei den begrenzten ökonomischen Ressourcen zu den skizzierten krisenhaften Widersprüchen führen; diese Krise wiederum mußte sich verlangsamernd auf das Rüstungstempo auswirken. Damit jedoch drohten die Kriegsziele, die sich der deutsche Imperialismus gesteckt hatte, in unerreichbare Ferne zu rücken. Dieser Mangel an wirtschaftlicher Durchhaltefähigkeit, verbunden mit innenpolitisch-sozialer Unsicherheit des Regimes, gewann erheblichen Einfluß auf wirtschaftspolitische und auch auf außenpolitische und strategische Entschlüsse der Naziführer und Militärs.

51 Dok. EC-369, *IMT*, Bd. 36, S. 370f., Denkschrift des Reichsbankdirektoriums für Hitler, 7. 1. 1939.

52 Ebenda, S. 365 ff.; vgl. auch Dok. EC-419, *IMT*, Bd. 36, S. 492 ff., Reichsfinanzminister Schwerin v. Krosigk an Hitler, 1. 9. 1938.

53 Erlaß des Reichspreiskommissars an den Leiter der Reichswirtschaftskammer vom 9. Sept. 1939, in: *Mitteilungsblatt des Reichskommissars für die Preisbildung*, Jg. 1939, T. I, S. 392 (Nr. 38, 18. Sept. 1939).

Die Rüstungskrise war nichts anderes als der Eklat der Widersprüche einer staatsmonopolistischen Kriegsvorbereitung in dem von Monopolen und Nazi clique betriebenen Ausmaß. In ihr fand der tiefere Widerspruch zwischen den Kriegszielen und dem ökonomischen Potential des deutschen Imperialismus augenfälligen Ausdruck; in ihr zeichnete sich schon die Gesetzmäßigkeit der Niederlage Hitlerdeutschlands im zweiten Weltkrieg ab.

*e) Deutschland im internationalen Vergleich
der wirtschaftlichen Rüstungen und Ressourcen*

Ein internationaler Vergleich der wirtschaftlichen Rüstungen und Ressourcen für die Zeit vor Ausbruch des Krieges muß sowohl die Aufwendungen für die Rüstung selbst erfassen als auch das Rüstungs- bzw. Kriegspotential und schließlich die wirtschaftliche Stärke der betreffenden Länder überhaupt. An derartigen Vergleichen herrscht noch Mangel, was wohl vor allem der schwierigen Quellenlage zuzuschreiben ist. Soweit vorhanden, geben die oft sehr stark differierenden Angaben Anlaß zu höchster Vorsicht und zu genauester Prüfung.

Schon die Angaben über die deutschen Rüstungsausgaben von 1933 bis 1939 schwanken zwischen etwa 50 und 90 Milliarden RM.⁵⁴ Es ist hier nicht der Platz, die Problematik dieser Berechnungen zu erörtern.⁵⁵ Unter Berücksichtigung der Quellen und Werte von Hillmann⁵⁶, Stuebel⁵⁷ und Schweitzer⁵⁸ sowie nach Umrechnung der Fiskal- auf Kalenderjahre ergeben sich zunächst folgende grobe Zahlen:

*Rüstungsausgaben des Reiches 1933–1939
(in Md. RM)*

1933 (Febr.-Dez.)	1,5
1934	2,8
1935	5,5
1936	11,0
1937	14,1
1938	16,6
1939 (Jan.-Aug.)	16,3
Rüstungsausgaben der zivilen Ressorts	4,0
Zusammen	71,8

54 vgl. die Zusammen- und Gegenüberstellungen bei *Mason, T. W.*, Some Origins of the Second World War, in: Past & Present, Nr. 29, Dezember 1964, S. 78f., und bei *Kuczynski, Jürgen*, Studien 1918–1945, S. 128f. Neue Werte bei *Schweitzer, Arthur*, Big Business, S. 330 ff.

55 vgl. Diskussion und Berechnungsmethodik bei *Kuczynski, Jürgen*, Studien 1918–1945, S. 128 ff.

56 *Hillmann, H. C.*, a. a. O., S. 452 ff., 492 f.

57 *Stuebel, Heinrich*, Die Finanzierung der Aufrüstung im Dritten Reich, in: Europa-Archiv, H. 12/1951, S. 4128 ff.

58 *Schweitzer, Arthur*, Big Business, a. a. O.

Zu dieser Summe von rund 72 Md. RM sind die Ausgaben für Unterhalt, Ausrüstung und Ausbildung der paramilitärischen Gliederungen der NSDAP und ähnlicher Organisationen (SS, SA, NSFK, NSKK, Organisation Todt usw.) hinzuzurechnen.⁵⁹ Kuczynski weist nach, daß auch die Länder und Gemeinden aus ihren Mitteln Ausgaben für die Rüstung tätigten.⁶⁰ Bei vorsichtiger Schätzung dürfte sich damit die Summe der direkten Rüstungsausgaben des deutschen Imperialismus von 1933 bis 1939 auf etwa 78 Milliarden Mark belaufen.

Dieser Summe müssen weitere bedeutende Beträge sowohl für direkte als auch für indirekte Rüstungsausgaben zugeschlagen werden. Erstens sind die geheimen Aufrüstungsfonds der Reichswehr insbesondere aus den Jahren 1933 und 1934 zu berücksichtigen, verschiedene „schwarze Kassen“, deren Zahl und genauer Umfang immer noch im Dunkeln liegen. Zweitens hat Kuczynski zumindest für das Haushaltsjahr 1936 nachgewiesen, daß die Wehrmacht sehr beträchtliche Nachforderungen über den Rüstungsetat hinaus anmeldete, die wohl weitgehend befriedigt wurden.⁶¹ Vor allem aber sind in der genannten Summe die wichtigsten indirekten Rüstungsausgaben nicht enthalten, nämlich die staatlichen Zuschüsse, Subventionen, Preisgarantien usw. für die Vierjahresplanvorhaben, deren Gesamtinvestitionssumme allein für 1937–1939 mit rund 9 Milliarden RM geplant war, desgleichen keine privaten Investitionen in der Vierjahresplan- und überhaupt in der Rüstungsindustrie.

Es gibt also keinen Zweifel daran, daß die Rüstungsausgaben des deutschen Imperialismus von Anfang 1933 bis zum 1. September 1939 den von Kuczynski errechneten Gesamtbetrag von 90 Milliarden RM erreicht und womöglich noch überschritten haben.

Bei dem folgenden internationalen Vergleich der Rüstungsausgaben sind Angaben und Umrechnungen zugrunde gelegt, die, abgesehen von den zu niedrig berechneten Werten für Deutschland, einen relativ zuverlässigen Eindruck machen.⁶²

Rüstungsausgaben der Großmächte
(umgerechnet in Md. Dollar)

	Summe 1935–1938	1938		Summe 1935–1938	1938
USA	4,3	1,1	Deutschland	15,9	5,7
(Sowjetunion	12,5	4,5)	Italien	3,8	0,8
Großbritannien	4,8	1,9	Japan	5,5	2,5
Frankreich	3,7	1,0			

59 s. Kuczynski, Jürgen, Studien 1918 – 1945, S. 131f.; Schweitzer, Arthur, Big Business, S. 332.

60 s. Kuczynski, Jürgen, Studien 1918–1945, S. 132.

61 s. ebenda, S. 133, 213 ff.

62 s. Hillmann, H. C., a. a. O., S. 454. Die Zahlen für die Sowjetunion sind mit Vorsicht und Vorbehalt zu verwenden, entstammen aber relativ unverdächtigen Quellen (Völkerbundstatistik). Sehr zweifelhafte Vergleichszahlen über die „Rüstungsproduktion“ druckt

Nach diesen Zahlen rüstete der deutsche Imperialismus in den Vorkriegsjahren fast doppelt so stark wie der englische und französische zusammengenommen. Den Rüstungen des faschistischen Dreierblocks konnten die vier Hauptmächte der späteren Antihitlerkoalition nur vereint, und auch dann noch denkbar knapp, Paroli bieten. Die internationale Bilanz der Rüstungsanstrengungen demonstrierte eine eindeutige Überlegenheit des faschistischen Deutschlands über seine westlichen und östlichen Nachbarn. Von wesentlicher, ja von entscheidender Bedeutung für den Verlauf des kommenden Krieges mußte die Dauerhaftigkeit dieser Rüstungsüberlegenheit oder, anders ausgedrückt, das Verhältnis des deutschen rüstungswirtschaftlichen Potentials zu dem der voraussichtlichen Kriegsgegner sein.

Bei den zahlenmäßigen Vergleichen, die hier angestellt werden, kann freilich nur die materielle Seite des Problems, und auch diese nur stark vereinfacht, berücksichtigt werden. Die brauchbaren Berechnungen von Hillmann beziehen sich auf das Jahr 1937. Sie basieren auf dem Verhältnis zwischen der Produktion von Produktionsgütern (capital goods) als für die Erzeugung von Kriegsmaterial entscheidendem Produktionssektor und der gesamten Fabrikproduktion (manufacturing output); dieses Verhältnis ist gewichtet mit der relativen industriellen Stärke der Länder⁶³:

*Anteil der Großmächte
am rüstungswirtschaftlichen Potential der Welt (1937)
in Prozent*

USA	41,7
(Sowjetunion	14,0)
Großbritannien	10,2
Frankreich	4,2
Deutschland	14,4
Italien	2,5
Japan	3,5
Zusammen	90,5

Angesichts dieser Zahlen erscheint der deutsche Rüstungsvorsprung schon in anderem Lichte. Das Kräfteverhältnis war, was das rüstungswirtschaftliche Potential betraf, weit weniger günstig für die faschistische Seite, als es die Ziffern der

Wagenführ (*Wagenführ, Rolf*, Industrie, S. 23) von Sternberg bzw. von Goldsmith ab (*Goldsmith, Raymond W.*, The Power of Victory. Munition. Output in World War II. Military Affairs, 1946, S. 72 ff.).

⁶³ s. Hillmann, H. C., a. a. O., S. 446. Unter manufacturing output wird die Industrieproduktion mit Ausnahme von Bergbau, Bauindustrie und Stromerzeugung verstanden, unter capital goods industries Maschinenbau, Schiffbau, Fahrzeugbau, Metallwarenindustrie, Chemieindustrie, Optische und Feinmechanische Industrie und ein Teil der Montanindustrie (besonders Eisenmetallurgie); s. ebenda, S. 432, 444. Die Auslegung dieses Begriffes ist zweifellos zu eng. — Die Zahlen für die Sowjetunion sind hier mit nicht zweifelsfreien Methoden korrigierte Werte der Völkerbundstatistik (s. ebenda, S. 429, 432, 439); s. Anm. 62.

Rüstungsproduktion bzw. der Rüstungsausgaben anzeigten. Das bedeutete zugleich, daß der Grad der Ausnutzung oder „Realisierung“ des rüstungswirtschaftlichen Potentials – das Verhältnis des effektiven Standes der Rüstung zum rüstungswirtschaftlichen Potentials – in den faschistischen Staaten in den Vorkriegsjahren weitaus höher war als in den anderen Staaten.

Der deutsche Imperialismus führte allerdings, neben den USA, mit weitem Vorsprung in der Produktion von Werkzeugmaschinen, diesem „Schlüssel zur Aufrüstung“, und hatte dadurch vorzügliche Möglichkeiten, sowohl seine Rüstungskapazitäten rasch zu erweitern als auch die gesamte Industrie in kurzer Frist den Kriegsbedingungen anzupassen und auf die Produktion von Kriegsmaterial umzustellen. Deutschland produzierte 1938–1939 doppelt so viel vergleichbare Werkzeugmaschinen wie Großbritannien. Der deutsche Bestand an Werkzeugmaschinen (1938 rd. 1,3 Mill. Stück) betrug ebenfalls das Doppelte des britischen, übertraf sogar den der USA und war etwa dreimal so hoch wie der der Sowjetunion. Schließlich war der Anteil der Mehrzweckmaschinentypen in Deutschland weit höher als in den anderen Ländern. Der deutsche Imperialismus war damals die in dieser Beziehung bestausgerüstete und bezüglich der Umstellung auf die Kriegsproduktion bestvorbereitete Macht der Welt.⁶⁴

Die allgemeinsten und auf die Dauer immer entscheidenden materiellen Faktoren im Kräfteverhältnis zwischen rüstenden bzw. kriegführenden Staaten sind die wirtschaftliche Gesamtstärke und das wirtschaftliche Gesamtpotential. Das rüstungswirtschaftliche bzw. kriegswirtschaftliche Potential ist, wenn auch in unserem Zusammenhang die wichtigste und komplexeste, doch nur eine von vielen Kennziffern der gesamten Produktivkraft eines jeden Landes oder einer Gruppe von Ländern. Von den anderen wichtigen Kennziffern können hier nur zwei untersucht werden. Ein Vergleich der Industrieproduktion der untersuchten Länder führt zu ähnlichen, nur noch deutlicheren Ergebnissen wie der ihres Rüstungspotentials⁶⁵:

*Anteil der Großmächte an der Weltindustrieproduktion
(manufacturing output)
in Prozent*

	1937	1938
USA	35,1	28,7
(Sowjetunion)	14,1	17,6)
Großbritannien	9,4	9,2
Frankreich	4,5	4,5
Deutschland	11,4	13,2
Italien	2,7	2,9
Japan	3,5	3,8
Zusammen	80,7	79,9

⁶⁴ s. *Hillmann, H. C.*, a. a. O., S. 452.

⁶⁵ s. ebenda, S. 439. Bezüglich der Begriffsbestimmung (manufacturing output) und der Zahlen für die Sowjetunion s. Anm. 62 u. 63.

Das Jahr 1938 war für die westlichen kapitalistischen Länder, besonders für die USA, ein Jahr der Krise. Trotzdem bleibt klar ersichtlich, daß alle aus dem Vergleich der rüstungswirtschaftlichen Potentiale zu ziehenden Schlüsse hier in verstärktem Maße zutreffen.

Höchst aufschlußreich sind schließlich die ungefähren Vergleichszahlen für die Entwicklung der Arbeitsproduktivität⁶⁶:

Produktivität je Arbeitsstunde 1937
(Zuwachs gegenüber 1929;
in Prozent)

USA	20
(Sowjetunion	70)
Großbritannien	20
Frankreich	33
Deutschland	9–10
Italien	9–10
Japan	21

Daß das faschistische Deutschland in der Entwicklung seiner Arbeitsproduktivität zurückblieb, muß – trotz verschiedener äußerer Einwirkungen auf diese Entwicklung⁶⁷ – als ein typisches Zeichen der inneren, sozialen Schwäche des Regimes gewertet werden.⁶⁸

Der deutsche Imperialismus entfesselte den Krieg als hinter den USA und der Sowjetunion drittstärkste Industriemacht der Welt. Er hatte seit 1933 mit allen verfügbaren Mitteln gerüstet und seit spätestens 1935 im Tempo der Aufrüstung alle anderen Staaten übertroffen. Bei Kriegsbeginn war er ihnen auf dem Gebiet der Rüstungsproduktion überlegen. In den letzten Vorkriegsjahren hatte er seine Rüstungskapazitäten stärker erweitert. Den Roh- und Treibstoffmangel hatten Monopole und Staat erheblich verringert. Auf kürzere Kriege waren sie also wirtschaftlich durchaus vorbereitet.

Der staatsmonopolistische Apparat zur öffentlichen Regulierung der Rüstungswirtschaft und zu deren Überleitung in die Kriegswirtschaft war seit Jahren, zu großen Teilen schon seit 1933/34, entwickelt und erprobt worden.

Der deutsche Rüstungsvorsprung wurde aber mit wachsender innerer Labilität und Disproportionalität der Volkswirtschaft erkaufte. Für eine überhitzte Rüstungs-

66 s. ebenda, S. 433. Nach Hillmanns Zahlen (ebenda, S. 439) lag die Sowjetunion im absoluten Stand der Arbeitsproduktivität zwar hinter den führenden USA, hatte aber bereits 1937, soweit es die Produktivität je beschäftigten Industriearbeiter betraf, sowohl Großbritannien als auch Deutschland eingeholt bzw. überholt. Das Produktivitätsniveau Großbritanniens als 100 gesetzt, ergaben sich nach Hillmann annähernd 108 für Deutschland, 116 für die Sowjetunion und 220 für die USA.

67 vgl. ebenda, S. 437f.

68 s. dazu auch *Mason, T. W.*, *Labour in the Third Reich, 1933–1939*, a. a. O., S. 131ff.; *Kuczynski, Jürgen*, *Lage der Arbeiter 1933–1945*, S. 177ff., 238f., 258f.

konjunktur typische Krisenerscheinungen traten vehement auf und zeitigten un-mittelbare Auswirkungen auf die politischen und militärischen Entschlüsse.

Die ökonomischen Ressourcen des deutschen Imperialismus waren auf die Dauer sehr mangelhaft und unsicher, sein kriegswirtschaftliches Potential war begrenzt. Demgegenüber stand die Tatsache, daß seine Vorherrschaftsansprüche in Europa und seine Weltherrschaftspläne ihn in erbitterten Gegensatz sowohl zur Sowjetunion als auch zu den imperialistischen Weltmächten bringen mußten. In der allgemeinen wirtschaftlichen Stärke war er seinen voraussichtlichen Kontrahenten unterlegen; er konnte seine Position im wesentlichen nur durch rasche militärische Eroberungen großen Stils und entsprechende wirtschaftliche Expansion „verbessern“. Diese Tatsachen ließen die Katastrophe für den deutschen Imperialismus am Ende eines langwierigen Krieges gegen die übrigen Weltmächte bereits im voraus erkennen.

2. Kriegsziele und Kriegsplanung der deutschen Monopole

a) Vierjahresplan und Monopole

Der Vierjahresplan, den Hitler im September 1936 auf dem Parteitag der faschistischen Partei in Nürnberg mit großem propagandistischem Aufwand verkündete, war nach den Verlautbarungen des Regimes aus Mangel und Bedrohung geboren und sollte angeblich der Verteidigung der Existenz und der wirtschaftlichen Lebensgrundlagen des deutschen Volkes dienen. Nichtsdestoweniger schimmerte die aggressive expansionistische Grundlinie des Planes klar genug durch die wüsten antikommunistischen und antisowjetischen Tiraden der Rede Hitlers hindurch, als er seinen fanatisierten Anhängern voller Demagogie zurief: „Wenn der Ural mit seinen unermeßlichen Rohstoffschätzen, Sibirien mit seinen reichen Wäldern und die Ukraine mit ihren unermeßlichen Getreideflächen in Deutschland lägen, würde dieses unter nationalsozialistischer Führung im Überfluß schwimmen. Wir würden produzieren, jeder einzelne Deutsche würde mehr als genug zu leben haben.“⁶⁹

Umfassenderen und deutlicheren Aufschluß über die eigentlichen Ziele der Vierjahresplanpolitik gab die geheime Denkschrift Hitlers vom 26. August 1936.⁷⁰ Der Vierjahresplan war ein Instrument der aggressiven Politik der reaktionärsten, kriegslüsternten Kreise des deutschen Finanzkapitals. Wenn es Mangel war, der beim Vierjahresplan Pate stand, so war es der Mangel an Expansionsmöglichkeiten für die Monopole; und es waren die Mängel des kriegswirtschaftlichen Potentials des deutschen Imperialismus, die mit seiner Hilfe behoben werden sollten. Die Vierjahresplanpolitik war eine Politik unmittelbarer wirtschaftlicher Vorbereitung

69 *Völkischer Beobachter*, 14. 9. 1936.

70 s. *Treue, Wilhelm*, Hitlers Denkschrift, S. 204 ff.; s. a. Abschnitt 1. — Das Datum der Denkschrift wurde präzisiert nach *Schweitzer, Arthur*, *Big Business*, S. 547.

auf den imperialistischen Krieg. Erich Neumann, ständiger geschäftsführender Staatssekretär Görings in der Vierjahresplanorganisation, formulierte ihr Ziel fünf Jahre später ohne Umschweife: „So kam es denn darauf an, Deutschland militärisch und wirtschaftlich in einen Zustand zu bringen, in dem es mit Aussicht auf den größten Erfolg in die politische Auseinandersetzung über die Großraumlösung eintreten konnte. Diese mußte zweierlei Ergebnisse bringen, nämlich erstens die Wiederherstellung der durch den Vertrag von Versailles zerstörten eigenen Wirtschaftsgrundlagen des deutschen Volkes und sodann eine Ausdehnung des deutschen Einflusses, die es gestattet, die eigenen Wirtschaftskräfte im notwendig bleibenden Umfange von außen her zu ergänzen, also auch durch Ausgestaltung des Wechselverkehrs mit benachbarten Gebieten Leben und Gedeihen des deutschen Volkes vollends und auf die Dauer sicherzustellen.“⁷¹

Der Plan und die Politik einer wirtschaftlichen „Selbstversorgung“ oder Autarkie entsprachen nicht nur den unmittelbaren Profitwünschen der aktiv an der Vierjahrespolitik beteiligten Monopole, sondern ebenso auch ihren expansionsstrategischen Vorstellungen. Der Plan sollte die wirtschaftliche Basis für ihre weitgespannten imperialistischen Zielsetzungen bilden. Nicht „nur“ um den unmittelbaren Profit aus den Vierjahresplaninvestitionen und aus den Rüstungsgeschäften überhaupt, um den Profit aus dem Schweiß der deutschen Werktätigen, war es ihnen zu tun; es ging ihnen vor allem um jenen gewaltigen Profit, der nur aus dem Blut ganzer Völkerschaften, ja Erdteile gemünzt werden konnte. Das massenhafte Blutvergießen war nur die Fortsetzung der Schweißauspressung mit anderen Mitteln, mittels Kriegs.

Die These der bürgerlichen Geschichtsschreibung, daß Hitler und die faschistische Partei sich der großen Konzerne nur bedienten oder gar die „Wirtschaft“ zwangen, ihren Zielen zu dienen, weil sie ihrer industriellen und wissenschaftlichen Kapazitäten nicht entraten konnten, entstellt den Sachverhalt vollständig. In Wirklichkeit war die Vierjahresplanpolitik der Weg des deutschen Finanzkapitals selbst zu seinem Krieg und zu seinen Kriegszielen, den es unter Zuhilfenahme der politischen und militärischen Potenzen der Hitlerclique und der Hitlerwehrmacht endlich und schleunigst durchmessen wollte.⁷²

Das Jahr 1935 leitete mit der Proklamation der allgemeinen Wehrpflicht eine neue Phase der militärischen Aufrüstung ein. Das Rüstungsgeschäft wuchs sprunghaft mit der hochschnellenden Zahl der Divisionen, Panzerkorps, Flugzeuggeschwader und Kriegsschiffe. Aber die wirtschaftlichen und politischen Machthaber sahen

71 Dok. NID-13844, Fall XI, ADB 120D, DZA Potsdam, Nürnberger Prozesse, Fall XI, Nr. 413, Bl. 251, Vortrag Neumanns vor der Verwaltungsakademie Berlin, 29. 4. 41. — Neumann war zur Zeit des Vortrags geschäftsführender Staatssekretär des Generalrats des Vierjahresplans. Im Jahre 1942 wählten ihn die Kalikonzerne zum Nachfolger des verstorbenen Generaldirektors des Deutschen Kalisyndikats, August Dieln.

72 Petzina ist der einzige nichtmarxistische Autor, der sich auf diesem Gebiet, das für die bürgerliche Geschichtsschreibung allgemein mit einem Tabu belegt ist, immerhin an eine neue Fragestellung herantastet; s. *Petzina, Dieter*, Autarkiepolitik, S. 27 ff.; *derselbe*, IG-Farben und nationalsozialistische Autarkiepolitik, in: *Tradition*, H. 5/1968, S. 250 ff.

weiter. Der nun in greifbare Nähe rückende Krieg forderte auf allen Gebieten Entscheidungen strategischer Natur. An diesen Entscheidungen beteiligten sich die Konzern- und Bankherren unmittelbar und führend in hohen staatsmonopolistischen Funktionen. Sie planten die Strategie der wirtschaftlichen Kriegsvorbereitung, berechneten und beurteilten die weittragenden wirtschaftlichen Konsequenzen des nahenden Krieges.

Die deutschen Monopole glaubten sich nun ihren alten Zielen – Liquidierung des Versailler Systems und seiner Folgen, Beherrschung Europas, Vorherrschaft in der Welt – um vieles näher. Das beflügelte ihre Aktivität und Initiative. Sie unterbreiteten den faschistischen Staats- und Parteibehörden dringende, mehr oder weniger weitblickende und umfassende Vorschläge, Pläne und Forderungen. Zugleich lagen sie untereinander in zunehmend erbittertem Kampf um für die neue Aufrüstungsphase günstige staatsmonopolistische Ausgangspositionen.

Der Saarindustrielle Hermann Röchling, Beherrscher des Röchling-Konzerns, konferierte und korrespondierte seit Herbst 1935 mit Göring über Autarkiepläne. Sein erstes Ziel, die Einverleibung des Saargebiets in das faschistische Deutschland, war erreicht; schon bereitete er sich auf den Kampf um größere Ziele vor, nunmehr in Form einer „möglichen kriegerischen Auseinandersetzung“.⁷³ Für diesen Fall war er davon überzeugt, „daß wir genug Eisenerze in Deutschland hätten, um unseren Bedarf zu decken.“ Er machte Göring nach dessen Ernennung zum „Beauftragten für den Vierjahresplan“ eine plausible Rechnung auf: „Die große Aufgabe, Deutschland im Notfalle ganz mit eigenen Erzen zu versorgen, umfaßt m. E. mindestens die Herstellung von 14 Millionen Tonnen Roheisen im Jahr, so viel als wir in den Jahren 1916 und 1917 etwa zur Verfügung hatten. Unsere Gegner verfügten über eine vier- bis fünfmal so große Erzeugung und konnten aus ihr jede beliebige Eisenmenge für die Kriegsführung zur Verfügung stellen. Unsere Truppen waren nicht reichlich mit der nötigen Munition versorgt, auch nicht reichlich mit den sonstigen Erfordernissen. Dabei mußte die Eisenbahn einen unerhörten Raubbau an ihrem Material treiben . . . Es ergibt sich also die Folgerung, daß wir mindestens die Roheisenmenge des Krieges mit 14 Millionen Tonnen Eisen im Jahr zur Verfügung haben müssen, wenn wir einigermaßen unsere Bedürfnisse decken wollen. Sie werden vielleicht sagen, daß Sie das auch möchten, daß das aber nicht erreichbar sei. Ich würde Ihnen darauf erwidern: ‚Da die Erzmengen vorhanden sind, wir auch immer noch Menschenreserven haben, so ist nicht einzusehen, warum dieses Ziel nicht erreicht werden kann‘.“⁷⁴

Auch Krupp und Flick setzten sich für den Plan ein, den deutschen Imperialismus von der im Kriegsfall gefährdeten Einfuhr an Eisenerz weitgehend unabhängig zu machen. Sie zählten zu den Stützen der staatsmonopolistischen Vierjahresplan-Gruppierung, die sich um den Kern dieser Gruppierung, den Interessen- und Machtblock Göring/IG-Farben, sammelte.

⁷³ Hermann Röchling an Göring, 27. 3. 1937, gedr. in: *Emessen, T. R.*, Aus Görings Schreibtisch. Ein Dokumentenfund, Berlin 1947, S. 73 ff.

⁷⁴ Ebenda, S. 74 ff.

Der IG-Farben-Konzern nahm im Vierjahresplan eine dominierende staatsmonopolistische Position ein.⁷⁵ Von Anfang an lagen Produktions- und Investitionsplanung im Vierjahresplan wie auch die Durchführung der Pläne weitgehend monopolisiert in den Händen der Vertreter des IG-Farben-Konzerns. Der Anteil der Chemieinvestitionen an den Gesamtinvestitionen betrug 91,5 Prozent. Im ersten Jahr 1936/37 entfielen dabei auf den Konzern⁷⁶:

Von der Gesamtsumme der industriellen Investitionen	66,5 Prozent
Von den Investitionen auf dem chemischen Sektor	
einschließlich Mineralölproduktion	72,7 Prozent
ausschließlich Mineralölproduktion	85,7 Prozent

Die Rolle dieses größten deutschen Konzerns in Geschichte und Vorgeschichte des Vierjahresplans gibt unmittelbar Aufschluß über ein Schlüsselproblem aller Geschichte der Vorkriegs- und Kriegszeit: über die Haltung der deutschen Monopole zum Krieg und über die Kriegsziele, die sie konkret verfolgten.

Die direkten Fäden zur Nazipartei, die Carl Duisberg und Carl Bosch schon geraume Zeit vor 1933 über ihre „jungen Leute“ wie Ilgner, Gattineau und Bütefisch geknüpft hatten, wurden nach der Machtübertragung an die Hitlerclique zu einem festen Netz staatsmonopolistischen Einflusses ausgebaut. Bosch, der spätestens seit Mai/Juni 1933 wochenlang „in Berlin in unmittelbarer Verbindung mit der Regierung gewesen“ und in dieser Zeit von Hitler „zu Rate“ gezogen worden war⁷⁷, brachte dem Konzern als unmittelbare und vorläufige Frucht seiner höchst aktiven politischen und wirtschaftspolitischen Bemühungen das Feder-Bosch-Abkommen vom Dezember 1933 ein.⁷⁸ Zugleich hatte er noch im Sommer 1933 direkte Beziehungen zum Heer (Heereswaffenamt) und zur Luftwaffe (Reichsluftfahrtministerium)

75 Über den überragenden materiellen und personellen Einfluß des Konzerns auf die Vierjahresplanorganisation s. *Kuczynski, Jürgen*, Studien 1918–1945, S. 178 ff.; *Petzina, Dieter*, Autarkiepolitik, S. 123 f.; *Schweitzer, Arthur*, Big Business, S. 539, 545.

76 s. Dok. NI-10035 u. NI-10036, Fall VI, ADB 32, Aff. Werner Hagert, 25. 7. 1947, DZA/FS, IG-Farben-Prozeß, Film Nr. 416.

77 Bericht von Crane u. Ewing (vom Dupont-Konzern) über ihre Deutschlandreise und ihre Besprechungen mit C. Bosch (Reise vom 9. bis 14. Juli 1933), vom 17. Juli 1933, Dok. NI-9784, Fall VI, ADB 3, DZA/FS, IG-Farben, Film Nr. 410: „... während der jüngsten Wochen zeigte er (Hitler – D. E.) seine Beharrlichkeit, indem er das radikalere Element der Partei in seine Schranken wies und indem er die Industrieführer sich zu Rate zog. Dr. Bosch war in Berlin in unmittelbarer Verbindung mit der Regierung gewesen, und tatsächlich verbringt er praktisch seine ganze Zeit zwischen seiner Wohnung in Heidelberg und den Regierungsstellen in Berlin“. – Zu den Auseinandersetzungen dieser Zeit innerhalb des staatsmonopolistischen Apparats, besonders zwischen den Monopolgruppierungen, s. *Gossweiler, Kurt*, Die Rolle des Monopolkapitals bei der Herbeiführung der Röhm-Affäre, phil. Diss. Berlin 1963 (im folgenden: Die Rolle des Monopolkapitals), S. 371 ff.; vgl. auch *Petzina, Dieter*, Hauptprobleme der deutschen Wirtschaftspolitik 1932/33, in: VfZ, H. 1/1967, bsd. S. 45 ff.

78 Zum Feder-Bosch-Abkommen s. *Gossweiler, Kurt*, Die Rolle des Monopolkapitals, S. 298 f.

geknüpft.⁷⁹ Anlaß für diese Vorstöße waren die voraussehbaren großen Rüstungsgeschäfte mit synthetischem Kautschuk und Treibstoff. Bei Staatssekretär Erhard Milch im Reichsluftfahrtministerium hatte für Bosch ein „guter Bekannter“ sondiert, nämlich Albert Vögler, Konzernchef der Vereinigte Stahlwerke AG⁸⁰, der anscheinend sogar Hitler selbst deswegen eingeschaltet hatte.⁸¹ Diese wichtige Verbindung, die zu Göring führte, ließ Bosch durch Carl Krauch, einen der fähigsten und skrupellosesten jüngeren Konzerndirektoren, wahrnehmen.

Es war der IG-Farben-Konzern, es war Krauch, der zum ersten Mal schon 1933 den Begriff „Vierjahresplan“ für seine umfassenden staatsmonopolistischen Rüstungsprogramme und -vorschläge verwendete. Krauch bezeichnete damit im Spätsommer 1933 ein von ihm vorgelegtes Produktionsprogramm für synthetische Treibstoffe; dieses war Inhalt einer Denkschrift, die der Konzern am 14. September 1933 Staatssekretär Milch übersandte.⁸² Die erste „Vierjahresplandenkschrift“ war also ihrem Ursprung nach sogar ein reines IG-Farben-Produkt. Und nicht nur ihrem Ursprung nach: „Ich hoffe, daß ich Ihnen mit dieser Abhandlung grundlegende Unterlagen für eine Ausweitung der deutschen Treibstoffwirtschaft gegeben habe“, hieß es in Krauchs Begleitbrief⁸³, und in der Denkschrift selber wurde bereits die Einsetzung eines Treibstoffkommissars gefordert.⁸⁴

79 s. Dok. NI-306, Fall VI, ADB 6, „Besprechungen über Buna“, IG-Aktenauszüge 1933–1938, gefertigt August 1945 v. Ernst Struss u. v. Rohdemann, DZA/FS, IG-Farben-Prozeß, Film Nr. 410. – Birkenfeld verschweigt alle wesentlichen Aktivitäten des Konzerns (*Birkenfeld, Wolfgang*, a. a. O.). Sein Buch ist ein Musterbeispiel dafür, wie durch konsequentes Schweigen über alle wesentlichen Zusammenhänge faustdicke Monopolapologetik entsteht.

80 Dok. NI-5930, Fall VI, ADB 24, Vögler an Krauch, 10. 8. 1933, DZA/FS, IG-Farben-Prozeß, Film Nr. 414; Dok. NI-6767, Fall VI, ADB 3, Vernehmung v. Carl Krauch, 16. 4. 1947, DZA/FS, IG-Farben-Prozeß, Film Nr. 410.

81 Vermutbar nach *Hitler, Adolf*, *Libres Propos sur la guerre et la paix* recueillis sur l'ordre de Martin Bormann (frz. Fassung von François Genoud), Paris (1952), S. 250f. (Nr. 128, 27. Jan. 1942): „Vögler m'a fait la proposition, en 1933, de nous fournir deux millions de tonnes d' essence synthétique en l'espace de trois ans, à la condition que nous nous engagions pour une durée de dix ans à acheter toute sa production à un prix fixé d'avance. . . . Il était prévu que la I. G. Farben financerait la construction des usines.“

82 Begleitschreiben vom Krauch an Milch, 14. September 1933, Dok. NI-4718, Fall VI, ADB 6, DZA/FS, IG-Farben-Prozeß, Film Nr. 410: „Um auf ein fest umrissenes Produktionsprogramm zu kommen, ist in der Abhandlung für die Ausweitung der Fabrikation ein 4-Jahresplan zugrunde gelegt.“ 83 Ebenda.

84 „ . . . it would be necessary to appoint a commissar for carrying out the necessary steps.“ (Zit. in: *Schweitzer, Arthur*, *Business Power under the Nazi Regime*, in: *Ztschr. f. Nat.-ökonomie*, Bd. 20, Jg. 1960, H. 3–4/1960, S. 432. Schweitzer stellt zu dem Zusammenhang zwischen diesem Memorandum des Konzerns und dem späteren faschistischen Vierjahresplan, wenn auch zurückhaltend, so doch zutreffend fest: „IG-Farben can . . . claim credit for having contributed to the ideas that culminated in the original Four Year Plan.“ (Ebenda). *Birkenfeld* (1964) kennt die aufschlußreiche Denkschrift selbst nicht. (*Birkenfeld, Wolfgang*, a. a. O., S. 62, Anm. 7).

Krauch baute die staatsmonopolistischen Positionen des Konzerns in den folgenden Jahren aus. Als im Jahre 1935 die letzten politischen Schranken für die Aufrüstung, insbesondere der Luftwaffe, fielen, erreichte die staatsmonopolistische Aktivität des Konzerns neue Höhepunkte. Mit dem Übergang zum offenen Aufbau der Luftwaffe erhielt das RLM neue bedeutende Möglichkeiten, die Luftrüstung selbst – aus eigenem Etat – und in potenziertem Umfang zu finanzieren; es war nicht mehr auf den Umweg über Schachts Dienststellen angewiesen. Damit witterten auch die Herren des IG-Farben-Konzerns Morgenluft. Sie entwickelten eine emsige Aktivität in neuen, ausgedehnten Verhandlungen wegen synthetischen Kautschuks und Treibstoffs und versuchten zugleich, sich feste staatsmonopolistische Positionen zu sichern. Allem Anschein nach schalteten sie sich auch maßgeblich in die strategischen Fragen der Luftrüstung ein und begannen, in immer engerer Verfilzung mit dem Göringschen Apparat ihre allgemeine politische Linie durchzusetzen.

Mitte 1935 luden sie Staatssekretär Milch in die Versuchszentren der synthetischen Produktion ein. Milch schrieb nach seinem Besuch an Krauch:

„Lieber Herr Krauch! Zunächst möchte ich Ihnen ganz besonders für die freundliche Aufnahme danken, die wir bei Ihnen in Oppau gefunden haben. Bei allen Teilnehmern haben die dortigen Vorführungen und Erklärungen einen nachhaltigen Eindruck hinterlassen. Ich persönlich habe auch sofort General Göring berichtet, der sich ebenfalls für gerade diese Fragen interessiert. Sobald sein Sommerurlaub vorbei ist, hat er vor, Sie in aller Ruhe nach Karinhall in der Schorfheide zu bitten und mit Ihnen die großen Gesichtspunkte auch seinerseits zu besprechen.“⁸⁵

Auf Milchs Wunsch entsandte der Konzern sofort einen seiner Spezialisten als „Verbindungsoffizier“ in das Amt C (Technisches Amt) des RLM. Krauch konnte es, seiner Antwort an Milch zufolge, kaum erwarten, von dem Termin jener angekündigten Einladung zu Göring benachrichtigt zu werden.⁸⁶ Ende August 1935 oder etwas später muß dann die höchst bedeutsame Aussprache zwischen Göring und Krauch stattgefunden haben, in der der neue staatsmonopolistische Machtblock Göring/IG-Farben aus der Taufe gehoben wurde.⁸⁷

Es wird kein Zufall sein, daß Hitler kurz nach diesen Ereignissen, auf dem Parteitag im September 1935, in seiner Proklamation zum ersten Mal die Grundgedanken des Vierjahresplanes in noch knappen, aber schon klaren Umrissen formulierte. Angesichts der Schwierigkeiten im Außenhandel, so hieß es dort, „haben wir uns entschlossen, durch die Produktion eigener Werkstoffe Deutschland vom Import unabhängig zu machen.“ Hitler zählte diese Werkstoffe auf: „Benzin aus Kohle . . ., deutsche Faserstoffe, künstlicher Gummi, Erschließung eigener Ölquellen, eigener

85 Dok. NI-4718, Fall VI, ADB 6, Milch an Krauch, 23. 7. 1935, DZA/FS, IG-Farben-Prozeß, Film Nr. 410.

86 s. Dok. NI-4718, Krauch an Milch, 27. 7. 1935, a. a. O.

87 Krauch war 1947 vor dem US-Militärgerichtshof in Nürnberg offensichtlich bestrebt abzuleugnen, daß eine solche Besprechung stattgefunden habe, und gab unter Eid eine entsprechende Erklärung ab, die aber – sicherlich absichtlich – unklar und mehrdeutig gehalten war; s. *Trials of War Criminals*, Bd. 7, S. 612.

alter und neuer Erzlager“.⁸⁸ Hier tauchten die „großen Gesichtspunkte“ wieder auf, die zwischen Göring und Krauch besprochen worden waren!

Der Verlauf der folgenden Ereignisse läßt keinen Zweifel an der führenden Rolle des IG-Farben-Konzerns beim Zustandekommen des Vierjahresplans. Krauch, nunmehr „maßgeblicher Berater von Göring“⁸⁹, erzielte ganz außergewöhnliche Erfolge bei der Stärkung der staatsmonopolistischen Position seines Konzerns. Im April 1936 wurde Göring Rohstoff- und Devisenkommissar. Seine Vollmachten griffen ganz wesentlich in die Kompetenzen des Reichswirtschaftsministers (Schacht) ein. Die Idee, sich zum Kommissar für die einheimische Treibstoffherzeugung ernennen zu lassen, hatte Göring – sachlich in voller Übereinstimmung mit dem IG-Farben-Konzern – schon im März geäußert.⁹⁰ Der spiritus rector des endgültigen Aufbaus des Rohstoff- und Devisenkommissariats und -stabes darf, allen vorangehenden und nachfolgenden Ereignissen und Entwicklungen zufolge, im IG-Farben-Konzern gesucht werden. Göring – nach Hitler die mächtigste politische Figur im Staate – zu dieser Idee zu inspirieren und gerade ihm zu diesem Amt zu verhelfen, der als absoluter Dilettant in ökonomischen Fragen eben völlig abhängig von Rat und Politik der „Fachleute“ und „Berater“ sein und bleiben mußte, war taktisch ein geschickter Zug. Taktiken dieser Art waren den Monopolen sehr geläufig und waren typisch für die faschistische Zeit.

Jedenfalls wurden sogleich nicht nur das Büro Keppler, sondern auch ein sich später ständig vergrößerndes IG-Fachleute-Team unter Carl Krauch in Görings Stab inkorporiert. Das „Amt für deutsche Roh- und Werkstoffe“ des Vierjahresplans, in dem Krauchs Gruppe im Herbst 1936 aufging, stellte den Grundstock und den wichtigsten zentralen Teil der umfangreichen Vierjahresplanbehörden dar. Zunächst aber setzte in den Monaten Mai bis August 1936 ein fieberhaftes Treiben unter allen wirtschaftspolitisch interessierten staatsmonopolistischen Gruppierungen ein. Alle Parteien und Gruppierungen, die an den Auseinandersetzungen um den einzuschlagenden rüstungswirtschaftlichen Kurs beteiligt waren, forderten umfassendste staatsmonopolistische Vollmachten. Schacht drängte im August auf Entscheidungen zu seinen Gunsten. Göring hielt ihn hin. Er hatte am 15. August von der Krauch-Gruppe („Forschung und Entwicklung“) einen mit größter Beschleunigung ausgearbeiteten Bericht zur Lage erhalten und war damit bei Hitler gewesen.⁹¹ Hitler arbeitete ebenso prompt. Unter Verwendung des Krauchschen Berichts stellte er in wenigen Tagen seine Vierjahresplan-Denkschrift zusammen, die in dem staatsmonopolistischen Gruppenkampf endgültig den Ausschlag zugunsten der Gruppierung um Göring/IG-Farben gab.

88 Proklamation Hitlers an den Parteitag, verlesen 11. 9. 1935, *Völkischer Beobachter*, 12. 9. 1935, S. 3.

89 Dok. NI-8084, Fall VI, ADB 39, Aff. Lothar Mischke, 18. 4. 1947, DZA/FS, IG-Farben-Prozeß, Film Nr. 416.

90 vgl. *Schweitzer, Arthur*, Big Business, S. 538.

91 s. *Anatomie des Krieges*, Berlin 1969, Dok. 46; vgl. ferner *Schweitzer, Arthur*, Big Business, S. 547; *derselbe*, Crisis, S. 156 ff.; vgl. auch Verhör Paul Körner, 12. März 1946, *IMT*, Bd. 9, S. 175.

Arthur Schweitzer beschreibt treffend den Anteil, den der IG-Farben-Konzern unmittelbar an dieser Denkschrift hatte: „Krauch’s department not only provided the first proposals for producing substitutes according to a predetermined plan but this plan also suggested to the Nazis the basic ideas that led to the specific goals – save point seven – in Hitler’s memorandum.“⁹²

Das bedeutet: Hitler brachte seine Vierjahresplan-Denkschrift, dieses Schlüsseldokument faschistisch-imperialistischer Aggressivität, in enger Zusammenarbeit mit dem IG-Farben-Konzern (über Göring-Krauch) zustande. Der IG-Farben-Konzern setzte also gegen vorsichtigere und zurückhaltendere Stimmen auf die Blitzkriegsstrategie und auf einen Plan wirtschaftlicher „Selbstversorgung“ und Autarkie. Der Vierjahresplan war nichts anderes als seine wirtschaftliche Blitzkriegskonzeption. Nach Anlage und Stoßrichtung der Planungen war jeder Zweifel daran ausgeschlossen, daß der Krieg, der hiermit wirtschaftlich vorbereitet wurde, sich nicht nur gegen die Sowjetunion, sondern auch gegen diejenigen imperialistischen Staaten richten sollte, die eine Wirtschaftsblockade gegen den deutschen Imperialismus verhängen, ihm insbesondere die kriegswichtigen Rohstoffe Erdöl und Kautschuk sperren konnten. Jedem Urteilsfähigen mußte das in die Augen springen. Der Plan war eine wirtschaftliche Kriegserklärung an die westlichen imperialistischen Staaten, einschließlich der USA, und legte so eine expansionistische Hauptstoßrichtung des deutschen Monopolkapitals bzw. der mit dem Vierjahresplan verbundenen Monopolgruppierung bloß.

Die auf Krieg berechnete Linie des größten deutschen Konzerns zeigte sich unmittelbar und unübersehbar im Jahre 1938, als sich Konzeption und Organisationsstruktur des Vierjahresplans auf Initiative und unter führender Mitwirkung dieses Konzerns änderten. „An die Stelle der ursprünglichen, auf Eigenversorgung gerichteten Planungen trat das Ziel direkter Vorbereitung der Mobilmachung, das einen Übergang von der relativ weitgefaßten Plankonzeption zur Konzentration auf nur wenige kriegswichtige Produkte bedeutete.“⁹³

Es war Krauch mit seinen Stäben in der Vierjahresplanbehörde und im Konzern selbst, der diese Änderungen förmlich mit Brachialgewalt durchsetzte. Göring hatte die offizielle Leitung des Amtes für deutsche Roh- und Werkstoffe, der zentralen Vierjahresplanbehörde, und einiger Abteilungen dieses Amtes erst Oberst Fritz Löb und anderen Offizieren aus dem Generalstab der Luftwaffe übertragen, augenscheinlich um ein Gegengewicht gegen die Wirtschaftsbehörden des OKH und des OKW zu schaffen. Als Löb in seinem Planbericht über das erste Jahr des Vierjahresplanes (Herbst 1937) eine wenig erfolgreiche Bilanz vorweisen mußte, darüber hinaus die dominierende Stellung des IG-Farben-Konzerns ignorierte und durch Schaffung eines „Reichsrohstoffamtes“ für sich unumschränkte Vollmachten verlangte⁹⁴, wurde er im Laufe der folgenden Monate durch Krauch unter Assistenz von Paul

92 Schweitzer, Arthur, *Crisis*, S. 176.

93 Petzina, Dieter, *Autarkiepolitik*, S. 116.

94 Dok. NI-8590, Fall VI, ADB 5, Bericht Löbs vom 30. Okt. 1937, gedr. in: *Kuczynski, Jürgen*, *Studien 1918–1945*, S. 222 ff., 171 f.

Körner, Görings Staatssekretär und persönlichem Vertreter im Vierjahresplan, der Unfähigkeit überführt, überspielt und schließlich entfernt.

Gritzbach sagte über die Ereignisse aus: „Dank seiner umfassenden Kenntnis der Materie setzte Krauch unschwer seinen Standpunkt in Sachaufgaben durch. Ebenso widersprach er auch irrigen Auffassungen und übersteigerten Forderungen, selbst wenn sie von höchster Stelle kamen. Unter anderem legte er klar, daß die Löbschen Planungen von Fehlschlüssen ausgingen. Er ersetzte sie durch einen eigenen, den sogenannten Krauchplan, der nach mehrfachen Besprechungen im Büro Körner dann in Karinhall mit Göring festgelegt und in die Tat umgesetzt wurde.“⁹⁵

In jenen Monaten des Jahres 1938 wickelten sich die Ereignisse mit Blitzesschnelle ab. Der IG-Farben-Konzern bestimmte das Tempo. Anfang des Jahres brachte Krauch Oberst Löb zu Fall. Aus dem Amt für deutsche Roh- und Werkstoffe, das Löb geleitet hatte, entstand die Reichsstelle für Wirtschaftsausbau, eine höhere Reichsbehörde, deren faktischer Leiter Krauch wurde.

Doch der Konzern wollte mehr. Er drängte auf eine rüstungswirtschaftliche Koordinationszentrale mit außerordentlichen Vollmachten. Im Juni bestellte Krauch, vermutlich mit Wissen und Billigung Görings, ein offizielles Schreiben aus dem Konzern an sich selbst. IG-Direktor Otto Ambros, einer seiner Vertrauten, schrieb ihm diesen Brief am 27. Juni. Er enthielt das staatsmonopolistische Programm des IG-Farben-Konzerns⁹⁶: „Es muß *eine einzige verantwortliche Stelle*, nach Art des englischen *Verteidigungsministeriums*, geschaffen werden, die alle Fragen der *Forschung*, der *Planung*, der *Finanzierung* und *vertraglichen Regelung* und der *Überwachung der Ausführung* entscheidet und als Stimme für (vermutlich statt: der – D. E.) Wehrmacht und aller zuständigen Reichsministerien Geltung hat.

Als *vorbereitendes* Gremium sollte sich diese obige Stelle ein Kuratorium aus verantwortlichen Vertretern des Heeres, des Reichsfinanzministeriums, der Reichsstelle für Wirtschaftsausbau und der Industrie bilden, das wie einst der ‚Verteidigungsrat‘ im Weltkrieg die Vorschläge ausarbeitet und zur Entscheidung vorlegt.

Dieser Rat lenkt die Vorsehung (muß heißen: Forschung – D. E.) und bestimmt die Planung, besonders die Reihenfolge der Projekte.

Das *Verteidigungsministerium* veranlaßt dann die Finanzierung und vertragliche Regelung durch das *Wirtschaftsministerium* und die Ausführung, Materialbeschaffung, den Arbeitseinsatz, die Regelung der Tariffragen etc. durch die Stelle des Vierjahresplanes, also durch die *Reichsstelle für Wirtschaftsausbau*.

Was wir brauchen, wenn die deutsche Aufrüstung in dem notwendigen Tempo und

95 Dok. NI-9767, Fall VI, ADB 25, Aff. Erich Gritzbach, 14. Aug. 1947, DZA/FS, IG-Farben, Film Nr. 413.

96 Dok. NI-5687, Fall VI, ADB 20, Ambros an Krauch, 27. Juni 1938, DZA/FS, IG-Farben-Prozeß, Film Nr. 413. Hervorhebungen nach dem Original bzw. nach der Prozeßkopie. — Zu dem Brief vgl. auch *Petzina, Dieter*, Autarkiepolitik, S. 118f. Für das Folgende s. a. *Anatomie des Krieges*, a. a. O.

nach nationalen Grundsätzen durchgeführt werden soll, ist, daß nur *eine verantwortliche Stelle* uns gegenübersteht.“

Unschwer ist aus diesem Dokument der absolute Führungsanspruch des IG-Farben-Konzerns in der geforderten rüstungs- bzw. kriegswirtschaftlichen Organisation abzulesen. Er gedachte ihn vor allem durch die Reichsstelle für Wirtschaftsausbau wahrzunehmen, in dem erwähnten obersten Kuratorium oder Verteidigungsrat aber außerdem noch durch industrielle Vertreter, d. h. durch Abgesandte unmittelbar aus dem Konzern.

Der Konzern setzte sein Programm nicht völlig durch. Aber auf dem Chemiegebiet gelang es ihm, seine Positionen im staatsmonopolistischen Apparat auf Kosten vor allem der Wehrmachtsstellen erheblich zu erweitern und zu stabilisieren.

Am 30. Juni 1938 löste der „Krauchplan“, nach seiner Bestätigung am 12. Juli auch „Karinhallplan“ und offiziell „Wehrwirtschaftlicher neuer Erzeugungsplan“ genannt, die umfangreichen Planungen des Amts für deutsche Roh- und Werkstoffe angesichts ihres offensichtlichen Scheiterns ab.⁹⁷ Der Krauchplan enthielt stark forcierte Programme nurmehr für den Ausbau der Produktion von Mineralöl, Buna und Leichtmetallen sowie – neuerdings – von Pulver, Sprengstoffen, Kampfstoffen (d. h. von Giftgasen, vor allem von Lost) und deren Vorprodukten. Er war auf vier Jahre angelegt (bis 1942/43), so daß der Vierjahresplan von 1936 sich de facto in einen sechsjährigen Plan verwandelt hatte.

Doch die deutschen Imperialisten beabsichtigten nicht, ihre Expansions- und Kriegspläne dementsprechend hinauszuschieben. Bis zum 13. August 1938 arbeitete Krauch mit seiner Gruppe den sogenannten Schnellplan für Pulver, Spreng- und chemische Kampfstoffe einschließlich der Vorprodukte aus, der von nun an einen besonderen Teil innerhalb des Krauchplans bildete. Er sah eine zusätzliche Steigerung von Kapazitäten und Produktion vor, mit dem Ziel, die faschistische Wehrmacht bis zum Herbst 1939 maximal zu versorgen und zum Losschlagen vorzubereiten. „Mit dem Schnellplan“, so hieß es in der Begründung des Dokuments, „ist nach Ansicht der beteiligten Stellen sowie der durchführenden Industrie die maximale Steigerungsmöglichkeit bis Herbst 1939 erschöpft. Der Schnellplan ist im einzelnen abgeglichen und volle Übereinstimmung erzielt zwischen

OKW (Wstb) OKH (Wa A) Dr. Krauch.

Der vorliegende Schnellplan ist ab jetzt die gemeinsame Grundlage des Vorgehens aller beteiligten Stellen. Bis Ende 1939 wird nach dem Schnellplan die Kapazität so weit erhöht, daß auf allen Gebieten praktisch die größte im Weltkrieg noch erzielte deutsche Erzeugungsmöglichkeit erreicht wird.“⁹⁸ Hiermit war der Termin des frühestmöglichen Kriegsbeginns wahrlich schon äußerst präzise vorherbestimmt und vorausgeplant.

⁹⁷ s. Dok. NI-8839, Fall VI, ADB 20, „Der beschleunigte Plan“, 30. 6. 1938, DZA/FS, IG-Farben-Prozeß, Film Nr. 413/600; Dok. NI-8800, Fall VI, ADB 20, „Wehrwirtschaftlicher neuer Erzeugungsplan“, 12. 7. 1938, a. a. O. – Die angegebenen Nürnberger Dokumente enthalten jeweils nur die Begründungen der Pläne bzw. Auszüge aus ihnen.

⁹⁸ Dok. NI-8797, Fall VI, ADB 20, „Schnellplan vom 13. 8. 1938“, a. a. O.

In der „Zusammenfassung“ der ersten Fassung des Schnellplanes hatte Krauch, wie ähnlich schon im ursprünglichen Planentwurf vom 10. Juni⁹⁹, unmißverständlich die entsprechenden Vollmachten für sich gefordert: „Es muß ganz ausdrücklich bemerkt werden, daß der hier wiedergegebene beschleunigte Ausbauplan nur dann verwirklicht werden kann, wenn eine grundsätzlich neue und straffe Zusammenfassung von Planung und Durchführung in einer einzigen Hand erfolgt.“¹⁰⁰ In der endgültigen Fassung vom 13. August hieß es nochmals: „Die Durchführung des Schnellplanes ist nur möglich, wenn ganz besondere (kriegsmäßige) Vollmachten der für die Durchführung verantwortlichen Stelle gegeben werden.“¹⁰¹

Diese Forderungen wurden alsbald mit Krauchs Ernennung zum GB Chemie weitgehend erfüllt. Göring ging dabei systematisch vor, um dem Widerstand besonders der Wehrmachtsstellen gegen Krauchs Bevollmächtigung zu begegnen. Am 16. Juli 1938 richtete er ein Rundschreiben an die Reichsminister, in dem er erklärte, er werde angesichts der politischen Lage, besonders aber infolge der „Notwendigkeit der beschleunigten Durchführung des Vierjahresplanes und der Mobberitschaft“ gezwungen sein, „über alle Bedenken hinweg auf besonders entscheidenden Gebieten sogenannte Generalbevollmächtigte zu ernennen“, die berechtigt wären, „auf den ihnen zugewiesenen Sondergebieten alle Maßnahmen zu treffen und alle Behörden und Dienststellen mit den hierfür notwendigen Weisungen zu versehen. Diesen Weisungen ist unverzüglich Rechnung zu tragen, da dieselben in meinem Auftrage erteilt werden.“ Einsprüche hätten „keinerlei aufschiebende Wirkung“.¹⁰²

Am 22. August 1938 ernannte Göring Krauch zu seinem Bevollmächtigten – kurze Zeit darauf zum Generalbevollmächtigten – „für die Erzeugung von Mineralöl, Kautschuk und Leichtmetallen, von Schieß- und Sprengstoffen sowie für die Erzeugung von chemischen Kampfmitteln“. „Es ist Ihre Aufgabe“, so hieß es weiter in der Bevollmächtigung Krauchs, „die Durchführung der Erzeugungsprogramme mit jedem möglichen Nachdruck zu fördern, hierzu die laufenden Arbeiten fortlaufend zu kontrollieren, ihnen entgegretretende Hindernisse schnellstens auszuräumen und für ihre ordnungsgemäße Weiterführung alle notwendigen Voraussetzungen zu sichern.“¹⁰³

99 Dok. NI-8799, Fall VI, ADB 20, „Zusammenfassung des Erzeugungsplanes für Pulver, Sprengstoffe, Chemische Kampfstoffe einschl. der Vorprodukte“, Stand am 10. 6. 1938, a. a. O.

100 Dok. NI-8841, Fall VI, ADB 20, „Zusammenfassung eines beschleunigten Erzeugungsplanes für Pulver und Sprengstoffe und chemische Kampfstoffe einschl. der Vorprodukte“, 30. 6. 1938, a. a. O.; s. a. Fall VI, Protokoll, S. 848ff., 856, Archiv der Główna Komisja Badania Zbrodni Hitlerowskich w Polsce, Warschau (im folgenden: GK).

101 Dok. NI-8797, Fall VI, ADB 20, „Schnellplan vom 13. 8. 1938“, a. a. O.

102 Dok. EC-278, Fall VI, ADB 24, Rundschreiben des Beauftragten für den Vierjahresplan an die Reichsminister u. den preuß. Finanzminister, 16. 7. 1938, DZA/FS, IG-Farben-Prozeß, Film Nr. 444/601.

103 DZA Potsdam, Reichswirtschaftsministerium, Nr. 18353, Bl. 54 (auch = Dok. NI-13901). – Krauchs offizieller Titel war, einigermassen vorsichtig formuliert, „Bevoll-

Am gleichen Tage erließ Göring einen „Befehl zur Durchführung des wehrwirtschaftlichen neuen Erzeugungsplanes sowie des Schnellplanes“. Darin wird die beherrschende Position sichtbar, die Krauch nunmehr einnahm und die einen tiefen Einbruch in die Kompetenzen der Wehrmachtsstellen und des Reichswirtschaftsministeriums darstellte. Der Befehl hatte folgenden Wortlaut¹⁰⁴:

„1) Die Gesamtleitung der Durchführung des für den Ausbau von Pulver-, Sprengstoff- und K-Stofffabriken sowie ihrer Vorprodukte befohlenen wehrwirtschaftlichen neuen Erzeugungsplanes sowie des Schnellplanes wird Herrn Dr. Krauch übertragen. Er trägt somit die volle Verantwortung für die zeitgerechte Durchführung des Programms und die Bereitstellung der hierfür erforderlichen Mittel (Geld, Stahl, Baustoffe, Arbeitskräfte usw.).

2) Die Durchführung des Erzeugungsplanes hat in engstem Einvernehmen mit der Wehrmacht nach folgender Aufgabenverteilung zu erfolgen:

a) *Programm und Planung*: Dr. Krauch

Bei Aufstellung des Programms und der Planungen sind die von der Wehrmacht zu vertretenden militärischen Gesichtspunkte zugrunde zu legen und die von dieser vertretenen chemisch-technischen Erfordernisse weitgehend zu berücksichtigen.

b) *Baudurchführung*: OKH (Wa A)

Bodenerwerb durch ‚Montan‘, Auftragserteilung, Abrechnung, Vereinnahmung, Verwaltung und Verrechnung der von Dr. Krauch zugewiesenen Geldmittel. (Mit Ausnahme nichtmilitärischer Vorprodukte).

c) *Inbetriebnahme*: durch OKH (Wa A), soweit militärisch notwendig.

3) Um möglichst enges Zusammenwirken zwischen Dr. Krauch und OKH (Wa A) sicherzustellen, sind folgende Maßnahmen durchzuführen:

a) Bildung eines Baustabes durch Dr. Krauch, in den OKH (Wa A) einen ständigen Vertreter entsendet.

b) Abstellung eines ständigen Vertreters des Dr. Krauch zu OKH (Wa A).

c) Schaffung von Kontrollorganen (maßgebende Fachleute) durch Dr. Krauch, die auch OKH (Wa A) in Verbindung mit Dr. Krauch für Kontrollzwecke zur Verfügung stehen.

4) Die Durchführung des Erzeugungsplanes geschieht auf dem Gebiet der nichtmilitärischen Vorprodukte in entsprechender Weise mit OKW (WStb), die Abstellung der gegenseitigen Vertreter erfolgt vorerst von Fall zu Fall.“

Im Vollgefühl seiner neuen umfassenden Befugnisse berichtete Krauch an den Konzern. Er zitierte ausführlich seine Bevollmächtigung und fuhr fort: „Ich darf weiterhin mitteilen, daß gemäß Befehl des Herrn Generalfeldmarschalls die weitere Planung in engem Einvernehmen mit der Wehrmacht unter meiner Leitung erfolgt . . .“¹⁰⁵

mächtiger (bzw. Generalbevollmächtigter) des Ministerpräsidenten Generalfeldmarschall Göring für Sonderfragen der chemischen Erzeugung“, genannt Gebechem oder GB Chemie.

104 Dok. NI-8917, Fall VI, ADB 20, DZA/FS, IG-Farben-Prozeß, Film Nr. 413/600.

105 Dok. NI-7428, Fall VI, ADB 8, Krauch an die IG Farbenindustrie AG, 26. 8. 1938, DZA/FS, IG-Farben-Prozeß, Film Nr. 411/598.

Dem enormen staatsmonopolistischen Machtzuwachs der IG-Farben und ihrer eindeutig dominierenden Rolle in der Vierjahresplangruppierung standen Positionsverluste anderer Monopole und Gruppen von Monopolen gegenüber. Der Übergang zur Vierjahresplanpolitik war mit heftigen Auseinandersetzungen innerhalb des staatsmonopolistischen Mechanismus verbunden.

Doch es wäre ein Fehler, wollte man diese Kämpfe und Machtverschiebungen überschätzen. Nicht nur an der Rüstungskonjunktur profitierten alle großen Monopole: auch die Vorbereitung der Aggression und kriegerischen Expansion wurde von allen wichtigen Gruppen des deutschen Monopolkapitals und von all seinen großen Interessenverbänden und staatsmonopolistischen Organisationen getragen. Die eigentliche Bedeutung der Auseinandersetzungen der unmittelbaren Vorkriegsjahre in der Wirtschaft und auch auf anderen Gebieten lag darin, daß sich im Verlauf der Kriegsvorbereitungen die objektive Tendenz zu wachsender Konzentration und Zentralisation staatsmonopolistischer Regulierungsgewalt stark bemerkbar machte und sich, besonders in Gestalt des Vierjahresplanes, durchsetzte. Diese Tendenz aber kann nicht anders als im Kampf der großen Konkurrenten um wirtschaftliche und politische Macht zur Wirkung gelangen.

Die Überschätzung der auseinanderstrebenden Konkurrenzinteressen und die Unterschätzung des allgemeinen und gemeinsamen imperialistischen Interesses aller Monopole an Expansion, Rüstung und Krieg liegen auch einer falschen Grundthese der neueren bürgerlichen Geschichtsschreibung zugrunde. Diese These, die seit Schweitzers *Arbeiten Schule* macht, besagt, daß man bis 1936 „die“ Großindustrie als einheitlichen Machtblock ansehen könne, der gegenüber der faschistischen Politik und Partei selbständig – damit im Grunde nicht voll beteiligt und verantwortlich – und deren staatlicher Exponent Hjalmar Schacht gewesen sei; daß die Großindustrie sich aber nach der Zurückdrängung Schachts in eine Anhäufung einander widerstreitender Firmeninteressen und -egoismen aufgesplittert habe. Damit sei sie als Machtfaktor verschwunden und habe der faschistischen Partei (Hitler, Göring, Ley) Platz gemacht, die nun ihre volle Herrschaft auch über die Wirtschaft angetreten habe. Verschiedentlich wird zugestanden, daß die Großchemie (IG-Farben) als Außenseiter mit der Partei kollaboriert und ihren partiellen Nutzen daraus gezogen habe.¹⁰⁶

Die Quellen vermitteln ein völlig anderes Bild. Was sich im Jahre 1936 klar abzeichnete, war ein Führungswechsel zwischen staatsmonopolistischen Gruppierungen, so wie er häufig politischen Kursänderungen zugrunde liegt. In diesem Jahr wurde die Aufrüstungskonzeption der Gruppierung Schacht/Thyssen/Thomas, die zugleich eine bestimmte außenpolitische und Kriegskonzeption war, durch die Konzeption der Gruppierung Göring/IG-Farben abgelöst, bekannt unter dem Begriff des Vierjahresplans, die Hitler durch sein Eingreifen unterstützte. Primäre Ursachen

¹⁰⁶ vgl. *Schweitzer, Arthur*, *Business Power under the Nazi Regime*, a. a. O.; *derselbe*, *Big Business*; *Petzina, Dieter*, *Hitler und die deutsche Industrie*, in: *GWU*, H. 8/1966; *Mason, Tim*, *Der Primat der Politik – Politik und Wirtschaft im Nationalsozialismus*, in: *Das Argument*, Nr. 41 (1966), S. 473ff.

für diese Machtverschiebung innerhalb der herrschenden Klasse bildeten auf längere Sicht Unterschiede in den ökonomischen Interessenlagen der Konzerngruppen; auf kürzere Sicht die Notwendigkeit für den deutschen Imperialismus, akute Alternativenentscheidungen von größter politischer und ökonomischer Tragweite zu fällen.¹⁰⁷

Im Jahre 1938 erfolgte indessen nicht nur die Stabilisierung des Kurses der nunmehr dominierenden staatsmonopolistischen Gruppierung und die Konsolidierung dieser Gruppierung selbst. Es vervielfachte sich im Zuge der inneren Expansion (vor allem via „Arisierung“) und der beginnenden äußeren Expansion (Österreich, Tschechoslowakische Republik) auch die Aktivität der zunächst von den vordersten Positionen abgedrängten Konzerngruppen; sie stellten noch vor Kriegsausbruch ihren staatsmonopolistischen Einfluß teilweise wieder her.

Verändert blieben das innere Kräfteverhältnis im staatsmonopolistischen Mechanismus und vor allem seine innere Struktur, die jetzt stärker der unmittelbaren Kriegsvorbereitung angepaßt worden war.

Schacht war als Reichsbankpräsident und – seit 1934 – als Reichswirtschaftsminister der Finanzier und Organisator der ersten Aufrüstungsphase 1933–1935. Sein Werk war die schwindelhafte Finanzierung der Aufrüstung (Mefo-Wechsel). In seiner Amtsperiode wurde die staatsmonopolistische Regulierung der deutschen Außen- und Devisenwirtschaft, bald bekannt als „Neuer Plan“, aufgebaut. Seine Behörden bereiteten schon seit 1933/34 die Rationierung der Lebensmittel und Konsumgüter für die Bevölkerung und zahlreiche andere Notstandsgesetze für den „A-Fall“ vor. Mit dieser Politik verband Schacht – damals einer der wichtigsten Repräsentanten des faschistischen Regimes – eine extrem imperialistisch-revanchistische Zielsetzung, die sich auf die Liquidierung des Versailler Systems und auf die Wiederkunft Deutschlands als europäischer Großmacht und als Kolonialmacht richtete. Diese Ziele gedachte er mit Unterstützung oder zumindest wohlwollender Duldung der herrschenden Kreise in den USA und, unter Umständen, Großbritanniens zu erreichen. USA-Botschafter Dodd, mit Schacht jahrelang gut bekannt, äußerte im Dezember 1937 in seinem Tagebuch über ihn, wenn ihm auch Hitlers Diktatur mißfalle (Schacht war gerade erst von seinem Posten als Reichswirtschaftsminister verdrängt worden!), „so wünscht er doch, wie die meisten anderen namhaften Deutschen, Annexionen – wenn möglich, ohne Krieg; aber auch mittels Krieg, falls die Vereinigten Staaten neutral bleiben.“¹⁰⁸

Diese spezifische strategische Linie entsprang und entsprach Schachts jahre- und jahrzehntelangen Konnexionen zu einer bestimmten Gruppe des deutschen Konzernkapitals, nämlich zu dessen „amerikanischer Fraktion“ (vor allem Danat-Bank bzw. Dresdner Bank/Thyssen; so benannt nach ihrer wirtschaftlichen und politischen Interessenlage). In den ersten Jahren der faschistischen Diktatur war Schacht darüber hinaus eine für die gesamte deutsche Finanzoligarchie unentbehrliche Spitzenfigur des Regimes, da er es dank seinem und seiner Gruppe Rück-

107 s. Abschnitt 1; vgl. auch Kapitel IV.

108 *Dodd, William E.*, Diplomat auf heißem Boden, Berlin 1961, S. 493.

halt beim amerikanischen und britischen Finanzkapital vor der Drohung der damals noch überlegenen französischen Militärmacht und vor internationalen wirtschaftlichen Sanktionen abschirmte.¹⁰⁹

Die Unterschiede zwischen der politisch-strategischen und ökonomischen Konzeption der Schacht-Thyssen-Gruppierung und derjenigen um Göring/IG-Farben lassen sich auf folgende äußerst grobe, modellhaft konstruierte Formel bringen: *Schacht/Thyssen*: Die gesteckten Ziele sind nur zu erreichen, wenn wir uns der Unterstützung der USA, wenigstens der wirtschaftlichen, versichern. Ohne diese Unterstützung reicht unser Potential nicht aus, um einen Krieg gen Osten, gegen die Sowjetunion, und später auch gegen Westen zu führen. Dieser Krieg kann auf keinen Fall geführt werden, bevor wir uns nicht bei optimalem Tempo der Rüstung, d. h., möglichst unter Vermeidung inflationärer oder sonstiger krisenhafter Erscheinungen, bis an die Zähne bewaffnet, alle notwendigen Vorräte angelegt und Reserven bereitgestellt haben.

Göring/IG-Farben: Unsere Ziele werden uns unvermeidlich in Gegensatz zu allen am Status quo interessierten Großmächten bringen. Der Krieg läßt sich nicht auf den Kontinent (einschließlich Sowjetunion) beschränken, sondern Großbritannien und wahrscheinlich auch die Vereinigten Staaten werden im Krieg von Anfang an auf der Gegenseite stehen. Ihr Ziel ist es zunächst, Deutschland und die Sowjetunion sich im Kampf gegenseitig erschöpfen zu lassen. Das gegnerische Lager wird bald den deutschen Rüstungsvorsprung aufholen. Unser Potential reicht für einen längeren, großen Krieg nicht aus. Der einzige Ausweg liegt in einer maximal forcierten Rüstung für eine Reihe von Blitzkriegen, mit denen man nicht mehr lange warten kann, und wirtschaftlich in einer – wenigstens zeitweilig aufrechtzuerhaltenden – Autarkie als Mittel gegen Blockade.

Anfang 1938 gelangte auf Schachts Platz im Reichswirtschaftsministerium als neuer Minister Walther Funk, ein von Göring stark abhängiger Mann. Zu der staatsmonopolistischen Vierjahresplangruppierung, deren Kern der Interessenblock Göring/IG-Farben bildete, gehörte nun die Mehrheit der großen deutschen Konzerne: Deutsche Bank und Dresdner Bank, Flick, Krupp, Mannesmann, Röchling, Siemens, die Flugzeugkonzerne, Preußag und Viag, selbstverständlich die „Hermann-Göring-Werke“, und sogar die synthetisches Benzin produzierende Gruppe (Knepper) aus dem Konzern der Vereinigten Stahlwerke.

Die starke Minderheitsgruppierung um Schacht, Thyssen und Poensgen mußte eine Schwächung ihrer staatsmonopolistischen Positionen hinnehmen, in erster Linie durch die Ausmanövrierung des bisher allmächtigen Schacht. Doch weder die Vereinigten Stahlwerke, noch Klöckner und Hoesch trugen irgend erhebliche Einbußen ihrer ökonomischen Machtstellung davon; dieses Fundament ihrer Herrschaft verbreiterte und verfestigte sich nur in der mit dem Vierjahresplan einsetzenden zweiten, stärksten forcierten Phase der Aufrüstung. Die Vereinigten Stahlwerke, die Domäne Thyssens, Vöglers und Poensgens, waren gerade Anfang 1936 vollständig reprivatisiert worden. Kapitalkraft und innere Stärke des neben der

IG-Farben größten deutschen und europäischen Konzerns waren dadurch derart gewachsen, daß er auch einen längeren kräftezehrenden Kampf der Gruppierungen wohl ausgehalten hätte.

Im Sommer 1937 kulminierte der Kampf aus Anlaß der Gründung der „Reichswerke Hermann Göring“. Die Gruppe um Thyssen und Poensgen war diesem großen Konkurrenzprojekt gegenüber höchst skeptisch und um so mißtrauischer eingestellt, als die Profitrentabilität der Stahlkonzerne bei Verwendung der Salzgittererze nur mit Staatssubventionen gehalten werden konnte; und sie argwöhnten, sich solcher Subventionen bei der gegenwärtigen Machtkonstellation im staatsmonopolistischen Mechanismus nicht fest genug versichern zu können. Der IG-Farben-Konzern hingegen förderte das Projekt, da er von staatlichen Eingriffen in die Montanindustrie nur eigenen Machtzuwachs und dazu wirtschaftliche Vorteile beim Rohstoffbezug erwarten konnte. Die Krise gipfelte Ende August 1937 in halb drohenden, halb beschwörenden, im Falle Krupps schmeichelnd-werbenden Telegrammen Görings an die führenden Montankonzerne mit der Bitte, sich nicht an der Gegenstandschrift der Vereinigten Stahlwerke zu beteiligen.¹¹⁰

Doch schon im Oktober kam es zum – wie es die Konzerne selbst nannten – „Friedenschluß“ zwischen den Hermann-Göring-Werken und den Ruhr-Montankonzernen. Auf Einladung des Vorstands der Deutschen Bank trafen sich am 21. Oktober 1937 bei Vorstandsmitglied Kimmich in der Zentrale der Großbank (Berlin, Mauerstraße 35) Paul Pleiger, Generaldirektor der Hermann-Göring-Werke, Peter Klöckner und Friedrich Flick als Repräsentanten der großen Montankonzerne. In ihrer schriftlich fixierten Übereinkunft hieß es, daß die sieben großen Konzerne, die Flick und Klöckner zu den Verhandlungen ermächtigt hatten (Vereinigte Stahlwerke, Krupp, Gutehoffnungshütte, Hoesch, Mannesmann, Klöckner und Flick), „gern bereit seien, an der Entwicklung des neuen Werks in vertrauensvoller Zusammenarbeit mitzuwirken.“ Sie boten Pleiger eine Kapitalbeteiligung an. Alle besprachen dann gemeinsam anhand eines fertigen Finanzierungsplanes der Deutschen Bank, welche Kapitalkonstruktion überhaupt für die Reichswerke ins Auge gefaßt werden sollte.

„Die beiden Vertreter der industriellen Werke“, so hieß es abschließend, „betonten mehrfach, daß die Bereitschaft der Beteiligung in der Hauptsache aus dem Grunde zum Ausdruck komme, um damit dem Herrn Generaloberst Göring zur Kenntnis zu bringen, daß ihrerseits zwischen den großen Werken der eisenschaffenden Industrie und den Hermann-Göring-Werken keine Differenzen bestehen und daß allseitig der Wunsch zu einer einmütigen Zusammenarbeit vorliege. Aus diesem Grunde haben die beiden Herren auch die Anregung gegeben, von dem Herrn Generaloberst empfangen zu werden, um auch in persönlichen Darlegungen ihre Einstellung zu der neuen Gründung auseinandersetzen zu können.“¹¹¹

110 Gedr. in: *Emessen, T. R.*, Aus Görings Schreibtisch, a. a. O., S. 82f.

111 DWI, Nr. 4551, Bd. 1, Aktennotiz v. 21. 10. 1937, unterm. v. Karl Kimmich, Friedrich Flick und Peter Klöckner.

Göring zeigte sich sehr erfreut über dieses Friedensangebot und ließ Flick und Klöckner alsbald wissen, daß er ihren Wunsch nach einer persönlichen Unterredung teile.¹¹²

En passant demonstriert der ganze Vorgang auch die kardinale Funktion, die die Großbanken, voran die Deutsche Bank, im staatsmonopolistischen Mechanismus ausfüllten und die Bankier Kurt v. Schröder im Jahre 1945 deutlich beschrieb: „Sie hatten einen ganz gewaltigen Einfluß auf die Partei und auf die Regierung. De facto waren die Großbanken fast eine zweite Regierung.“¹¹³

Die Ruhr-Montankonzerne festigten ihre Positionen auf lange Sicht, als sie ihre wirtschaftlichen und politischen Absprachen im Kreis der sieben genannten Konzerne etwa zur gleichen Zeit institutionalisierten und den „Kleinen Kreis“ oder „Siebenerkreis“ bildeten. Dieser „Rat der Götter“, den Ernst Poensgen leitete und dem je ein Vertreter der sieben Großkonzerne angehörte, trat in den folgenden Jahren regelmäßig und häufig, zeitweise wöchentlich, zusammen. Sein Geschäftsführer charakterisierte ihn als „Kommission ‚sui generis‘, die sich neben wirtschaftlichen auch mit politischen, kulturellen und wissenschaftlichen Fragen beschäftigen konnte.“¹¹⁴

Der Druck des in diesem Gremium vertretenen Montanblocks hatte ohne Zweifel maßgeblichen Anteil an jenem bedeutsamen Wechsel in der Leitung der Reichsgruppe Industrie, der sich Ende 1938 vollzog. Am 20. Oktober 1938 bestellte Funk anstelle des noch von Schacht eingesetzten positionsschwachen Gottfried Dierig (Dierig-Textilkonzern) den Generaldirektor des – von der Deutschen Bank beherrschten – Mannesmann-Konzerns, Wilhelm Zangen, ein Mitglied des „Kleinen Kreises“, zum Leiter der Reichsgruppe Industrie. Schon Zangens erster Vorschlag für jenen ausgesuchten Kreis führender Konzernvertreter, den er künftig als sogenannten engeren Beirat der Reichsgruppe (auch „Kleiner Beirat“) konsultieren und zu wichtigen Entscheidungen heranziehen wollte, fiel so unsymmetrisch zugunsten der Montanindustrie, besonders der vom „Kleinen Kreis“ vertretenen Gruppierung, aus, daß Flick taktische Bedenken anmeldete; es sei „zu befürchten, daß man Vorwürfe in der Richtung einer Cliquenwirtschaft erheben wird.“¹¹⁵ Zangen dirigierte die Geschicke der Reichsgruppe Industrie bis Kriegsende. Dierigs Ersetzung durch Zangen und die nachfolgende Reorganisation der Reichsgruppe bewiesen das gerade Gegenteil des „nachweisliche(n) Machtverfall(s) der wirtschaftlichen Interessenverbände“, der sich nach Mason vollzogen haben soll. Es bleibt ferner gänzlich unklar, womit Mason seine These beweisen will, die Reichs-

112 Ebenda, Peter Klöckner an Krupp, Thyssen, Siemens, Bücher, Bosch, Poensgen, Reusch, Vögler und andere, 16. 11. 1937.

113 Vernehmung von Kurt v. Schröder, 24. 11. 1945, zit. nach: *Mohrmann, Heinz*, Zur staatsmonopolistischen Konkurrenz deutscher Großbanken unter dem Faschismus, in: *JWG* 1967, T. 4, S. 25.

114 Erklärung unter Eid von J. W. Reichert, Fall X (Krupp-Prozeß), zit. nach: *Kuczynski, Jürgen*, Studien 1918–1945; S. 146.

115 *DWI*, Nr. A 11, Bd. 8, Flick an Zangen, 21. 11. 1938.

gruppe Industrie unter Zangen habe „im Herrschaftssystem nur noch wenig Gewicht“ gehabt.¹¹⁶ Auch hier bezeugen die Tatsachen das Gegenteil.

Die Jahre 1938 und 1939 kennzeichnen den Höhepunkt der „Arisierung“ in der deutschen Wirtschaft, an der die Montankonzerne und Großbanken an hervorragender Stelle partizipierten. Eine gründliche Geschichte der wahrhaft verbrecherischen Aktivität der deutschen Monopole bei der „Arisierung“ steht noch aus.¹¹⁷ Mit den ersten Annexionen des deutschen Imperialismus (Österreich, Tschechoslowakei) verschob sich freilich der Akzent von der Expansion mittels innerdeutscher „Arisierung“ – deren materielles Substrat sich schnell erschöpfen mußte – mehr und mehr auf die Beutemacherei in fremden Ländern, bis der Expansionsdrang des deutschen Monopolkapitals, den Krieg entfesselnd und durch den Krieg entfesselt, in den Plänen zur „Neuordnung Europas“ und der ganzen Welt und in den barbarischen Versuchen zu ihrer Verwirklichung gipfelte.

Es kann also keine Rede davon sein, daß das Finanzkapital seit 1936 insgesamt an Macht und Einfluß im staatsmonopolistischen Herrschaftssystem des faschistischen Deutschlands verloren oder der Kapitalismus in Deutschland sich gar „ aufgelöst“ hätte, daß die bürgerlich-imperialistische Gesellschaft zu einer bloßen Anhäufung von sich kreuzenden Firmenegoismen atomisiert worden wäre. Damit verliert die Konstruktion eines Machtvakuumns ihren Boden, das durch einsame, abenteuerliche Entschlüsse Hitlers auszufüllen gewesen wäre.

Bei Kriegsausbruch waren, nach einer Phase verschärften Kampfes der staatsmonopolistischen Gruppierungen, alle tragenden Kräfte und führenden Gruppen der deutschen Großindustrie und Hochfinanz fest etabliert. Die Wirtschaft und ihr staatsmonopolistischer Regulierungsmechanismus waren für den Krieg schlagkräftiger geworden. Der deutsche Imperialismus zeigte sich expansionslüsterner und aggressiver denn je.

b) Das Kriegszielprogramm des deutschen Monopolkapitals

Die reaktionärsten und aggressivsten Elemente des deutschen Monopolkapitals legten in den letzten Vorkriegsjahren eine fieberhafte Aktivität an den Tag und traten in eine Phase ausgesprochener, wenn auch vorerst noch friedlicher Expansion ein. Da waren die „Arisierungen“, da waren die Versuche, mittels planmäßiger „friedlicher“ Durchdringung und Expansion innerhalb und außerhalb Europas, mit neuen internationalen Kartellabsprachen, durch Kolonialverhandlungen und Außenhandelsabmachungen – korrespondierend mit der intensiven Kriegsvorbereitung durch den Vierjahresplan – zunächst noch so viel Boden wie

116 s. *Mason, Tim*, Primat der Industrie? – Eine Erwiderung, in: *Das Argument*, Nr. 47 (1968), S. 199, 207.

117 Eine erste gründliche Teiluntersuchung liegt vor von *Thieleke, Karl-Heinz*, Die „Arisierungen“ des Flick-Konzerns, in: *Fall 5*, Berlin 1965, S. 353 ff.; ferner *Genschel, Helmut*, Die Verdrängung der Juden aus der Wirtschaft im Dritten Reich, Göttingen/Berlin/Frankfurt/Zürich 1966.

möglich zu gewinnen, sich eine möglichst solide ökonomische Ausgangsbasis zu schaffen, ehe man das letzte Mittel einsetzte, das Hauptmittel der imperialistischen Expansion und der Neuverteilung der Reichtümer der Erde: den Krieg.

All diese „friedlichen“ Bemühungen entsprangen demselben sinistren Expansionsstreben, das in den Krieg mündete. Das expansionistische Programm der deutschen Monopole entstand nicht erst jetzt oder etwa erst ad hoc durch die Kriegsergebnisse. Jetzt schien nur in den Bereich des politisch und militärisch Möglichen zu rücken, was seit dem ersten Weltkrieg, seit der Niederlage des deutschen Imperialismus, Leitlinie imperialistischer deutscher Politik gewesen war: Revanche und Weltherrschaft. Die Weltherrschaft, schon ihre Triebfeder im ersten Weltkrieg, war in den Anschauungen der führenden Vertreter des deutschen Monopolkapitals ein Ziel, das auch mehrere Kriege wert war, wenn es nicht in einem Anlauf erreicht werden konnte. Während des ersten Weltkrieges, als noch Siegespläne geschmiedet wurden, war in den Kriegszielen den Schriften der Stinnes, Rathenau, Kirdorf und Krupp ausführlich die Rede davon, wie man durch entsprechende Annexionen im Westen und Osten schon den „nächsten Krieg“ gegen England und Rußland am besten vorbereite. Gegen Ende des Krieges wurde dieser Gesichtspunkt von den Ballin, Thyssen und Rathenau wie von den Militärs nur um so eindringlicher vorgetragen.¹¹⁸ Die Niederlage warf den deutschen Imperialismus weit zurück. Seine Lage war kompliziert. Die ersten Schritte zu dem – niemals aufgegebenen – Ziel der Herrschaft über Europa und über die Welt mußte nun die vollständige Revision des Versailler Vertrags sein. Bereits dieses Teilziel war ohne Krieg offensichtlich nicht zu erreichen. Die Vereinigten Staaten, jetzt stärkster Staat der kapitalistischen Welt, waren zu einem, wenn auch weit entfernten, so doch schier übermächtigen Konkurrenten und Kontrahenten geworden. Im Osten aber wuchs und erstarkte die große Sowjetunion, Todfeind der imperialistischen Machthaber aller Länder.

Der Faschismus war es, der den deutschen Monopolen die Waffen für ihren „nächsten Krieg“ schmiedete half. Die reaktionärsten Kreise des Finanzkapitals brachten ihn zu diesem Zweck an die Macht, und von Anbeginn an bildete ihre Zielsetzung den Leitfaden für die faschistische Diktatur.¹¹⁹

Die deutsche Intervention in Spanien seit 1936 diente den deutschen Imperialisten als erste Erprobung ihres militärischen Apparats. Ihre ersten Annexionen 1938 und 1939 waren bereits Schritte zur Verwirklichung der „Großdeutschland“-Pläne, der faschistischen Variante der „Mitteleuropa“-Konzeption, als Vorstufe

118 s. *Petzold, Joachim*, Zu den Kriegszielen der deutschen Monopolkapitalisten im ersten Weltkrieg (Dokumentation), in: *ZfG*, H. 6/1960, S. 1396 ff.; *Ruge, Wolfgang*, Deutschland von 1917 bis 1933, Berlin 1967, S. 23; *Eichholtz, Dietrich/Hass, Gerhart*, Zu den Ursachen des zweiten Weltkrieges und den Kriegszielen des deutschen Imperialismus, in: *ZfG*, H. 7/1967, S. 1151 f.

119 Eine instruktive Zusammenstellung der Kriegsziele der führenden faschistischen Politiker und Ideologen bietet *Barthel, R.*, Die Kriegsziele der deutschen Imperialisten im zweiten Weltkrieg, in: *Militärwesen*, H. 7/1961, S. 934 ff., und *derselbe*, Das Weltherrschaftsprogramm der deutschen Imperialisten im zweiten Weltkrieg, in: *Militärwesen*, H. 10/1961, S. 1381 ff.

zu den Programmen der „Großraumlösung“ und der „europäischen Neuordnung“. Die Initiative und annexionistische Aktivität der deutschen Monopole sind ein deutlicher Beweis für ihre inspirierende Rolle bei den ersten Eroberungen. Als im März 1938 die Österreichische Republik annektiert wurde, hatten die Monopole dies schon seit Jahr und Tag vorbereitet. Die Vereinigte Stahlwerke AG hatte über den Alpine-Montan-Konzern die österreichischen Faschisten finanzieren lassen.¹²⁰ Krupp hatte ein früher beherrschtes, großes österreichisches Unternehmen (Bernsdorfer Metallwarenfabrik AG), das inzwischen in österreichische Hände übergegangen war, bei Hitler und Göring als billige Beute für seinen Konzern reklamiert und vornotieren lassen. Krupps Schwager, Tilo v. Wilmowsky, hatte als Präsident des Mitteleuropäischen Wirtschaftstages die wirtschaftliche und politische Wühlarbeit des deutschen Monopolkapitals in Österreich organisiert. Der IG-Farben-Konzern hatte 1937 vorsorglich seine Wiener Konzerngesellschaft Anilinchemie AG „arisiert“, d. h., alle jüdischen Angestellten waren entlassen worden. Der Konzern hatte in seinen Berliner Zentralabteilungen den österreichischen Faschisten Hermann Neubacher als künftigen Spezialisten für Österreich und Südosteuropa ausbilden lassen. Flick hatte die Drohung des deutschen Einfalls in Österreich als Druckmittel bei der „Arisierung“ des deutsch-tschechoslowakischen Petschek-Konzerns benutzt.

Nach der Annexion realisierten die Monopole ihre Beuteansprüche. Hermann Neubacher wurde am 15. März 1938 Bürgermeister von Wien. Das erste Glückwunschtelegramm erhielt er vom IG-Farben-Konzern. Dieser Konzern legte den Reichsbehörden und obersten Parteistellen einen fertigen Plan zur „Neuordnung der chemischen Großindustrie Österreichs“ vor, dessen Forderungen Staatssekretär Wilhelm Keppler zu der eher hilflosen als sarkastischen Rückfrage veranlaßten, „ob die IG die ganze österreichische Chemieindustrie zu schlucken beabsichtige“.¹²¹ Die IG-Farben bestellte bzw. „übernahm“ die beiden Reichskommissare, die für die „Neuordnung“ und Einbeziehung der österreichischen Chemieindustrie in die deutsche Rüstungswirtschaft eingesetzt wurden. Sie benannte einen ihrer Leute als Nachfolger des Generaldirektors der Škodawerke-Wetzler AG, Isidor Pollak, der bei einer Haussuchung von der faschistischen Polizei „buchstäblich zertreten“ worden war.¹²² Gauleiter Fritz Sauckel beschwerte sich über die IG, als er bei Göring telegraphisch seinen Wunsch auf „Erwerbung“ der Munitionsfabrik in Hirtenberg bei Wien für den thüringischen Staats- und Parteikonzerne der Gustloff-Werke anmeldete: „Ich bin der Meinung, daß die IG Farben nicht alles haben müssen.“¹²³ Die Reichsbank unter Schachts Leitung verleibte sich die österreichische Staats-

120 s. Dok. NG-3578, Fall XI, ADB 23, Josef Leopold, Landesleiter der NSDAP in Österreich, an Hitler, 22. 8. 1937, DZA Potsdam, Fall XI, Nr. 285. Die dokumentarischen Belege für das Folgende s. in: *Anatomie des Krieges*, a. a. O.

121 „... whether the I. G. was intending to swallow the whole of the Austrian chemical industry.“ (GK, Fall VI, Protokoll, Beweisvortrag des Anklägers, S. 108).

122 Dok. NI-10997, Aff. Franz Rottenberg, Fall VI, ADB 52 (GK).

123 DZA Potsdam, Gustloff-Werke, Nr. 16, Bl. 3f., Telegramm v. Sauckel an Göring, 24. 3. 1938.

bank ein. Die Deutsche Bank verschaffte sich den Majoritätseinfluß auf die Österreichische Creditanstalt-Bankverein AG, die Dresdner Bank schluckte die Mercurbank AG. Den Filialen tschechoslowakischer Banken in Österreich wurde die weitere Existenz unmöglich gemacht.¹²⁴ Die deutschen Großbanken, besonders die Deutsche und die Dresdner Bank, begannen auf diese Weise, ihre Expansion in Richtung Südosteuropa und Osteuropa in großem Stil zu verwirklichen, die sie seit langem in verbissener Konkurrenz betrieben.

In den gleichen Bahnen, jedoch mit immer größerer Aggressivität und Brutalität, vollzog sich die Annexion der tschechoslowakischen Grenzgebiete nach dem Münchener Abkommen. Die Monopole bereiteten sich sehr frühzeitig darauf vor. Flick ließ sich schon im März 1938 durch das Reichswirtschaftsministerium davon informieren, „daß man vielleicht in einem halben Jahre schon eine andere Lösung der Probleme, insbesondere auch in bezug auf das Petschek-Problem, sehen würde . . ., da man die Besitzer dann doch praktisch als Inländer zu behandeln hätte.“¹²⁵ Seine Informiertheit spielte er wiederum mit äußerster Brutalität gegenüber den jüdischen Eigentümern des Petschek-Konzern aus.

Im Frühjahr (März-April) 1938 verhandelte die Chemische Fabrik von Heyden AG mit der Wehrwirtschaftsinspektion IV (Dresden) über die Chemiebetriebe in Usti (Aussig), die zu dem Konzern des „Vereins für chemische und metallurgische Produktion“ („Prager Verein“) gehörten. Die streng geheimen Verhandlungen „hatten zum Ziel, daß, wenn Aussig und Falkenau militärisch besetzt werden sollten, einige Herren der Fa. von Heyden, die den Aussiger Betrieb genau kennen, im wirtschaftlichen Stab des Armeegruppen-Kommandos die Fortführung der Betriebe des Aussiger Vereins in die Hand nehmen sollten.“¹²⁶ Anfang Mai legte die Firma ihre „Gesichtspunkte“ in einer Denkschrift nieder, die auch dem OKW zugeleitet wurde. Ein Fachmann des Unternehmens wurde „Ende September unter Beförderung zum Leutnant ausersehen . . ., sofort mit der militärischen Besetzung nach Aussig einzurücken.“¹²⁷

Bei dem IG-Farben-Konzern lag der Höhepunkt seiner emsigen und sorgfältigen Vorbereitungen in der Zeit von Juli bis September 1938.¹²⁸ Aber auch er sondierte das Terrain im einzelnen schon unmittelbar nach der Annexion Österreichs. Paul Haefliger, IG-Farben-Direktor und einer der Südostspezialisten des Konzerns, hatte am 2. April 1938 ein internes Gespräch mit Staatssekretär Wilhelm Keppler,

124 s. Dok. 11870, Fall XI, ADB 144 A, Protokoll einer Vernehmung von Jan Dvořáček, Direktor der Živno-Bank, Prag, 22. 11. 1946, DZA Potsdam, Nürnberger Prozesse, Fall XI, Nr. 431, Bl. 278 ff.

125 Dok. NI-3238, Fall V, Aktennotiz von Konrad Kaletsch, Generalbevollmächtigtem des Flick-Konzerns, 24. 3. 1938, zit. in: *Fall 5*, a. a. O., Berlin 1965, S. 415 f.; s. a. ebenda, S. 413.

126 Dok. NI-9161, Fall VI, ADB 54, Aktennotiz von Direktor Strubberg (von Heyden) üb. Besprechg. i. RWM, 6. 10. 1938, DZA/FS, IG-Farben-Prozeß, Film Nr. 418/605.

127 Ebenda; s. a. Dok. NI-10401, Aktennotiz üb. d. Bespr. zwischen IG-Farben und von Heyden, 13. 10. 1938, ebenda.

128 s. *Die Hintergründe des Münchener Abkommens von 1938*, Berlin 1959, bsd. S. 160 ff., 170 ff. (Beiträge von Hans Radandt u. Václav Král).

dem Beauftragten des Auswärtigen Amts und der Nazipartei in Wien und berichtete ihm über die österreichischen Interessen des Konzerns. „Ich benutzte die Gelegenheit – auf ein mir von Herrn Keppler gegebenes Stichwort hin – um zu sondieren, wie sich die deutschen Behörden zu einer Einflußnahme auf Unternehmungen in der Sudeten-Tschechoslowakei stellen. Keppler meinte, daß eine solche durchaus erwünscht sei, sie dürfe nur nicht viel Geld kosten. Wir dürften diese Angelegenheit nicht so sehr von der . . . * aus betrachten, denn er glaube, sagen zu können, daß für die Tschechoslowakei wirtschaftlich die Aussichten deshalb nicht günstig wären, weil man ihr den Südostraum ziemlich absperren könnte. Ich zielte natürlich auf Aussig hin . . . Ich legte ihm dar, daß Aussig im Südosten eine bedeutende Rolle spielte und daß es nicht damit getan wäre, Aussig von seinen Märkten abzuriegeln, weil er dann in unsere Märkte eindringen würde, was Kampf und damit für uns Ausfall von Devisen zu bedeuten hätte.“¹²⁹ Als Antreiber und Einpeitscher der Aggression gegen die Tschechoslowakische Republik betätigte sich der größte deutsche Konzern auch im einzelnen. Er ging noch im Frühjahr 1938 dazu über, Juden und „Nationaltschechen“ aus seinen Vertretungen und Konzerngesellschaften in der gesamten Tschechoslowakei zu entfernen. Er unterstützte finanziell und propagandistisch die chauvinistische deutsche Irredenta und sichtete schon die eigenen Kräfte, die als Spezialisten für die Übernahme der tschechischen chemischen Betriebe in Frage kämen.¹³⁰ Im Oktober 1938 standen sich die IG-Farben und die Chemische Fabrik von Heyden als Konkurrenten im Kampf um die Aussiger Beute gegenüber. Sie „einigten“ sich, um dritte Bewerber – wie Wintershall und Rütgers – um so sicherer aus dem Felde zu schlagen. Der IG-Farben-Konzern ließ – unwillig – den kleineren Mitbewerber, dem Dresdner Bank und Reichswirtschaftsministerium den Nacken steiften, in angemessenem Umfang an der Beute partizipieren. Neuer Chef der Chemiebetriebe in Aussig und Falkenau wurde der als Reichskommissar fungierende IG-Direktor Kugler.¹³¹

Als am 15. März 1939 die deutschen Truppen in Prag einmarschierten, zogen die Vertreter der Großbanken mit ihnen und belegten alsbald die großen tschechischen Banken mit Beschlag. „An dem Abend“, so bezeugte Jan Dvořáček, leitender Direktor der Prager Živno-Bank, „als die deutsche Armee Prag besetzte, erschien ein deutscher Offizier in unserer Bank und wollte mich sprechen. Ich sah ihn und sah, daß es der Baron von Lüdinghausen von der Dresdner Bank war. Er war Offizier. Das war am 15. März 1939.“¹³² Die Prager Banken, seit dem Herbst 1938

129 Dok. NI-3981, Fall VI, ADB 54, Bericht von Paul Haefliger, stellv. Vorstandsmitglied der IG Farbenindustrie AG, 6. 4. 1938, DZA/FS, IG-Farben-Prozeß, Film Nr. 418/605 (* = Wort unleserlich).

130 s. Dok. NI-6221, Fall VI, ADB 54, Protokoll der „Tschechoslowakei-Besprechung“ der Leiter der Verkaufsgemeinschaften des IG-Farben-Konzerns, DZA/FS, IG-Farben-Prozeß, Film Nr. 418/605.

131 s. Anm. 127; vgl. auch *Kuczynski, Jürgen*, Lage der Arbeiter 1933–1945, S. 41 ff.

132 Dok. NID-11870, Fall XI, ADB 144 A, Protokoll der Vernehmung von Jan Dvořáček, 22. 11. 1946, DZA Potsdam, Nürnberger Prozesse, Nr. 431, Bl. 284. – Lüdinghausen war Direktor der Dresdner Filiale der Dresdner Bank.

schon ihrer Filialen in den wirtschaftlich stark entwickelten Grenzgebieten beraubt, gingen nun gänzlich in die Verfügungsgewalt der deutschen Großbanken über. Das deutsche Finanzkapital hatte damit alle wichtigen Schlüssel für die weitere wirtschaftliche Expansion nach Südosteuropa in Händen.

Am 21. März 1939 fand in Prag eine grundlegende Besprechung statt, auf deren Tagesordnung vor allem „die Interessenabgrenzung zwischen den beiden deutschen Großbanken“, der Deutschen und der Dresdner Bank, stand. Unter dem Vorsitz eines Vertreters des RWM einigten sich nach längeren Auseinandersetzungen Karl Rasche (Dresdner Bank) und Oswald Rösler (Deutsche Bank) über den Beschluß, daß die Böhmisches Union-Bank von der Deutschen Bank und die Böhmisches Escompte-Bank von der Dresdner Bank „übernommen“ werden sollte.¹³³ Seither ging als geflügeltes Wort in allerlei Variationen um:

„Wer kommt gleich hinter dem ersten Tank?

Das ist Direktor Rasche von der Dresdner Bank!“

Für den Überfall auf Polen – als erste Etappe der Expansion nach Osten – entstanden im Sommer 1939, gewissermaßen als generalstabmäßige Unterlagen, umfangreiche Ausarbeitungen in den Büros der Monopole und ihrer Interessenverbände. Das Datum vom 28. Juli 1939 trug der umfangreiche Bericht der Volkswirtschaftlichen Abteilung der IG Farbenindustrie AG „Die wichtigsten Chemiefirmen in Polen“.¹³⁴ Er stellte den wichtigsten Teil eines umfassenden Berichts über die polnische Volkswirtschaft, des „Wirtschaftsberichts Polen“, dar, der den Konzernchefs Anfang August vorgelegt wurde. Mit diesem Bericht sorgten die Leiter der IG dafür, „daß ihr Trust im Augenblick des militärischen Überfalls auf Polen sofort imstande war, die ihm angenehmsten Früchte der Aggression zu ernten.“¹³⁵ Im Auftrag des Stahlwerks-Verbandes wurde ferner Mitte 1939 eine Ausarbeitung über „Polens Eisen schaffende Industrie“ fertiggestellt.¹³⁶

Die hervorstechenden Erfolge des IG-Farben-Konzerns bei den ersten Beutezügen des deutschen Imperialismus vor dem eigentlichen Ausbruch des Krieges hingen ohne Zweifel mit seiner dominierenden Stellung im Vierjahresplan zusammen, auf dessen wirtschaftliche Zielsetzung er sich stets berufen konnte. Umgekehrt wiederum war das fühlbar rasche Herannahen des Krieges offensichtlich eine wesentliche Ursache dafür, daß der Konzern jene staatsmonopolistische Stellung zur gleichen Zeit, im Frühjahr und Sommer 1938, mit allen Mitteln auszubauen bestrebt war.¹³⁷

133 s. Dok. NID-13394, Fall XI, ADB 144 B, Aktennotiz v. Anton Kiesewetter, Direktor der Kreditanstalt der Deutschen, 21. 3. 1939, DZA Potsdam, Nürnberger Prozesse, Fall XI, Nr. 432, Bl. 80 ff.

134 Dok. NI-9451, Fall VI, ADB 55 (nur Auszüge), DZA/FS, IG-Farben-Prozeß, Film Nr. 418/605 (= Vowi-Bericht Nr. 3602).

135 *Puchert, Berthold*, Fragen der Wirtschaftspolitik des deutschen Faschismus im okkupierten Polen von 1939 bis 1945, mit besonderer Berücksichtigung der IG Farbenindustrie AG, Wirtsch.-wiss. Hab.-schrift, Berlin 1968, S. 184.

136 WAP Katowice, Stahlwerks-Verband, Verbindungsstelle Kattowitz, Nr. 47.

137 Carl Krauch betrieb die bereits beschriebenen Änderungen in Struktur und Organisation des Vierjahresplans zur gleichen Zeit, als Carl Bosch sich von Göring über die politische

Ganz allgemein stand die Stärke seiner staatsmonopolistischen Position und seine maßgebliche, unmittelbare Mitwirkung am Zustandekommen von Krieg und Kriegsplanen in direktem Verhältnis zueinander. Der Vorkriegsexpansion dieses Konzerns lagen eine besonders klare Kriegskonzeption und eine besonders weit vorausschauende und umfassende Kriegszielstrategie zugrunde.

Am 28. April 1939 berichtete Carl Krauch vor dem Generalrat des Vierjahresplans über Stand und Aussichten seiner Arbeiten als GB Chemie. Sein Bericht¹³⁸ legt dokumentarisch Zeugnis darüber ab, wie maßgeblich und planmäßig sich der IG-Farben-Konzern daran beteiligte, eine weitgespannte imperialistische Eroberungsstrategie zu erarbeiten. Krauch konfrontierte sein Publikum auf 80 Seiten eines eingehenden Planberichts voll detaillierter Angaben und Berechnungen eindeutig und ausdrücklich mit dem bevorstehenden Krieg und der sich daraus ergebenden rüstungswirtschaftlichen Situation.

In einer strategischen Großzügigkeit, welche die der Generalstäbe weit in den Schatten stellte, faßte er seine Konzeption für diesen Krieg zusammen. „Heute wie 1914 erscheint die deutsche politische und wirtschaftliche Lage – eine von der Welt belagerte Festung – eine rasche Kriegsentscheidung durch Vernichtungsschläge gleich zu Beginn der Feindseligkeiten zu verlangen.“ So müsse beispielsweise die Munitionsbevorratung reichlich genug bemessen sein, um „zu Kriegsbeginn gegenüber der feindlichen die absolute und damit vielleicht kriegsentscheidende Überlegenheit zu sichern.“ In der kommenden Zeit müsse vor allem dem drohenden Treibstoffmangel begegnet werden; für den Kriegsfall „ist unser Wirtschaftsraum in Großdeutschland zu klein für eine volle Befriedigung der wehrwirtschaftlichen Mineralölansprüche.“ Notwendig sei eine „Großraumplanung“, insbesondere die „Einbeziehung des südosteuropäischen Wirtschafts- und Rohstoffraumes“ als „eines wehrmachtsmäßig zu sichernden Raumes“. Als unmittelbares wirtschaftsstrategisches Ziel nannte Krauch: „Schaffung eines einheitlichen Großwirtschaftsblocks der vier europäischen Antikomintern-Partner, zu denen bald Jugoslawien und Bulgarien hinzutreten müssen. . . . Der Block muß seinen Einfluß ausdehnen auf Rumänien, Türkei und Iran.“

„Deutschland muß“, so resümierte Krauch, „das eigene Kriegspotential und das seiner Verbündeten so stärken, daß die (faschistische – D. E.) Koalition den An-

Lage informieren ließ und die aus der wachsenden Kriegsgefahr zu ziehenden Folgerungen mit ihm besprach (s. Vernehmung von Carl Krauch, Dok. NI-6768, Fall VI, ADB 24, DZA/FS, IG-Farben-Prozeß, Film Nr. 414, gleichfalls ADB 20, a. a. O., Film Nr. 413).

138 „Arbeitsbericht des Generalbevollmächtigten des Ministerpräsidenten Generalfeldmarschall Göring für Sonderfragen der chemischen Erzeugung Dr. C. Krauch vor dem Generalrat“, Entwurf v. 20./21. April 1939, Dok. EC-282, Fall XI, ADB 119, DZA Potsdam, Fall XI, Bd. 408, Bl. 3ff. Erstaunlich ist, daß dieses entlarvende Dokument bisher von der marxistischen Forschung unentdeckt blieb. Daher konnte es von der bürgerlichen Geschichtsschreibung totgeschwiegen werden; es wird auch von einem kundigen Autor wie Petzina kommentarlos übergangen. Ausführlicher Abdruck erfolgt in: *Eichholtz, Dietrich*, Zum Anteil des IG-Farben-Konzerns an der Vorbereitung des zweiten Weltkrieges, in: JWG 1969, T. 2.

strengungen fast der ganzen übrigen Welt gewachsen ist.“ Er betonte „die zwingende Notwendigkeit, im Kriegsfall die Ukraine wehrwirtschaftlich auszunutzen“, und reihte auch die USA in die Schar der Gegner Deutschlands ein, zumal da die Vereinigten Staaten diese „vom ersten Mob-Tag ab oder vermutlich schon jetzt“ mit Pulver, Sprengstoffen und Munition unterstützen würden. In der nächsten Zeit, so schloß er, müsse die deutsche Durchhaltefähigkeit für den gegen diese Welt von Feinden zu führenden Krieg „durch eine der Rohstoffbasis der Koalition entsprechende verbesserte, *zunächst friedliche Ausweitung des Großwirtschaftsraumes auf den Balkan und Spanien*“ gestärkt werden.¹³⁹

Mit der hier angekündigten Linie des GB Chemie und faktischen Chefs der Reichsstelle für Wirtschaftsausbau stimmte in höchst bemerkenswerter Weise die außenwirtschaftliche und außenpolitische Aktivität der Vierjahresplanorganisation in den folgenden Monaten überein, besonders die des Ministerialdirektors zur besonderen Verwendung Görings, Helmuth Wohlthat. Auf den ganzen Komplex der Londoner Verhandlungen Wohlthats im Juni und Juli 1939, die er bei einem früheren Londoner Aufenthalt im April 1939 vermutlich schon vorbereitet hatte, und auf ihren verwickelten außenpolitischen Hintergrund braucht in diesem Zusammenhang nicht näher eingegangen zu werden.¹⁴⁰

Der wirtschaftlich wichtigste Punkt in den inoffiziellen Londoner Gesprächen Wohlthats mit führenden Beamten des britischen Handelsministeriums (Hudson, Ashton-Gwatkin) und mit Horace Wilson, dem Staatssekretär des Schatzamtes, Chief Economic Adviser der britischen Regierung und engen Vertrauten Chamberlains, war die Anerkennung Südost- und Osteuropas als „Gebiete besonderen Interesses und wirtschaftlichen Einflusses“, als „besondere(n) wirtschaftliche(n) Interessensphäre des Großdeutschen Reiches“¹⁴¹, also eine weitgehende Handlungsfreiheit für den deutschen Imperialismus im europäischen Südosten und Osten. Dies erklärte Wohlthat zur Grundvoraussetzung für seinen Plan deutsch-britischer Zusammenarbeit.¹⁴²

Wohlthats Vorschläge und Forderungen im Juni, auf die die englische Seite im Juli ausführlich und zunächst durchaus positiv einging, wurden, wie er sich in vor-

139 Ebenda, Bl. 68 ff., 103 ff., 114 ff. — Hervorheb. i. Original.

140 s. *Teichová, Alice*, Die geheimen britisch-deutschen Ausgleichsversuche am Vorabend des zweiten Weltkrieges, in: *ZfG*, H. 4/1959, S. 755 ff. Neuerdings ausführlicher speziell über die Wohlthat-Gespräche *Metzmacher, Helmut*, Deutsch-englische Ausgleichsbemühungen im Sommer 1939, in: *VfZ*, H. 4/1966, S. 367 ff., eine im ganzen unkritische Apologie, die sich auch auf Wohlthat selbst erstreckt, der heute in Westdeutschland lebt. Vgl. auch die Dokumente Botschafter Dirksens in *Dokumente und Materialien aus der Vorgeschichte des zweiten Weltkrieges*, Bd. 2: Das Archiv Dirksens (1938–1939), Moskau 1949, passim.

141 *Akten zur deutschen auswärtigen Politik 1918–1945*. Aus dem Archiv des deutschen Auswärtigen Amtes (im folgenden: *ADAP*), Serie D, Bd. 6, Baden-Baden 1956, Nr. 716, S. 826, 828, Bericht Wohlthats an Göring v. 24. Juli 1939; *Teichová, Alice*, a. a. O., S. 775.

142 *Documents on British Foreign Policy 1919–1939* (im folgenden: *DBFP*), Series 3, Bd. 5, London 1952, Nr. 741, S. 791 f., Niederschrift Ashton-Gwatkins v. 7. Juni 1939.

sichtiger, vorbereiteter Formulierung ausdrückte, gebilligt und unterstützt „sicher vom Reichswirtschaftsministerium und der Reichsbank (beides in Personalunion geleitet von Funk – D. E.), möglicherweise von Feldmarschall Göring, möglicherweise von der Armee und sicher von deutschen Industriellen und Geschäftsleuten.“¹⁴³ Zwischen seinen beiden Londoner Aufenthalten im Juni und im Juli 1939 aber weilte Wohlthat wochenlang zu Wirtschaftsverhandlungen in Spanien (!).¹⁴⁴ Erwähnenswert bleiben in unserem Zusammenhang auch die Beziehungen zwischen Wohlthat und Botschafter Dirksen während dieser Sommermonate. Dirksen, ein Vetter des IG-Farben-Direktors Georg v. Schnitzler, führte die deutsch-britischen Geheimbesprechungen später bis in den August hinein fort.¹⁴⁵

Wohlthat, der Sonderbeauftragte Görings, verfolgte also geflissentlich und peinlich genau die Spur, die Krauch vorgezeichnet hatte, nämlich die, wenn erreichbar, „zunächst friedliche Ausweitung des Großwirtschaftsraumes“ in Richtung Südosten (Balkan), Osten (Ukraine via Polen) und Spanien – für den „eingepflanzten“ Weltkrieg.

Kein anderer Konzern als der IG-Farben-Konzern konnte in dieser Weise den künftigen Weltkrieg in sein brutal-nüchternes, zugleich weltumgreifendes Kalkül ziehen. Seine staatsmonopolistische Position, sein Einfluß auf Ökonomie, Politik und Strategie standen damals auf einsamer Höhe.

Kriegslüsterheit und Expansionsdrang erfüllten indessen alle führenden Monopole und Monopolgruppierungen. Allgemein anerkanntes und begehrtes Aggressions- und Eroberungsziel war die Sowjetunion. In einer Denkschrift für Hitler vom August 1936 gab Hermann Röchling eine ganze Reihe von Anregungen für die Innen- und Außenpolitik angesichts des, wie er betonte, vor allem mit der Sowjetunion notwendig bevorstehenden Krieges.¹⁴⁶ Röchling rechnete, seiner Denkschrift nach zu urteilen, ähnlich wie auch Schacht mit einem Kontinentalkrieg mit britischer Duldung, wenn nicht Unterstützung; die Vereinigten Staaten schienen noch ganz außerhalb seines Gesichtskreises zu liegen. Eine Hauptstoßrichtung der gesamten Vierjahresplanpolitik zielte gleichfalls gegen die Sowjetunion. Schon in den ersten Zeilen der Hitlerschen Vierjahresplandenschrift war diese Richtung in den rabiatesten Tönen vernehmbar. Aber die Autarkieplanung und überhaupt die Politik des Blocks Göring/IG waren ebenso auch wirtschaftliches Kampfmittel gegen die imperialistischen Westmächte, besonders gegen Großbritannien und die USA. Beim Kern der Vierjahresplangruppierung handelte es sich also augenscheinlich um Kräfte mit noch weiter reichenden Expansionszielen und -programmen; diese Kräfte waren zugleich in bezug auf die notwendige Ausweitung des Krieges gewissermaßen rea-

143 Ebenda, S. 792 (certainly . . . probably).

144 *DBFP*, a. a. O., S. 793; *ADAP*, a. a. O., S. 823; s. a. *ADAP*, a. a. O., Bd. 3, Baden-Baden 1951, Nr. 809, S. 785 ff., Bericht Wohlthats über seinen Spanienaufenthalt v. 12. 6. bis 5. 7. 1939, o. D.

145 *Metzmacher, Helmut*, a. a. O., S. 397 ff.; *Teichová, Alice*, a. a. O., S. 779 ff.

146 Dok. NI-299, Fall XI, ADB 29 A, DZA Potsdam, Fall XI, Nr. 291, Bl. 152 ff. Siehe auch Kapitel V.

listischer, „weitblickender“ als Schacht, Thyssen und auch Röchling, ihr Kriegsplan also noch abenteuerlicher.

Etwa zur gleichen Zeit, als im Generalrat des Vierjahresplans über die wehrwirtschaftliche Ausnutzung der Ukraine im Kriegsfall gesprochen wurde, erklärte Wilhelm Keppler offiziell vor dem Zentralausschuß der Reichsbank, in dem die erste Garnitur der deutschen Finanzoligarchie saß, die Sowjetunion müsse bis zum Ural germanisiert werden.¹⁴⁷

Seit 1936 wurde Deutschland von der Welle eines inszenierten Kolonialismus erfaßt. Eben wieder „wehrhaft“ und damit „gleichberechtigt“ geworden, empfand es der deutsche Imperialismus als unerträglich, eines der wichtigsten Attribute eines imperialistischen Staates vermissen zu müssen. Die chauvinistische Kolonialpropaganda im In- und Ausland wurde ergänzt durch intensive Vorarbeiten in Konzernzentralen, Reichs- und Wirtschaftsgruppen, Behörden und Parteistellen für einen neuen, großen kolonialen Raubzug, besonders in Afrika. Das geforderte Kolonialreich sollte durch kombinierten politischen und wirtschaftlichen Druck und durch Erpressung mit militärischen Drohungen ausgehandelt oder aber, wenn notwendig, auf dem Wege zukünftiger kriegerischer Auseinandersetzungen erobert werden.

Der führende Vertreter des offiziellen Kolonialismus war Hjalmar Schacht. Er verfocht im In- und Ausland in Wort und Schrift skrupellos die Kolonialinteressen des deutschen Imperialismus. Er setzte besonders die herrschende Klasse in den Vereinigten Staaten unter Druck mit der Forderung, die europäischen Kolonialmächte zu veranlassen, Deutschland Kolonien abzutreten bzw. zurückzugeben.¹⁴⁸

Carl Goerdeler unternahm nach seiner Ablösung als Reichspreiskommissar im Herbst 1935 jahrelang halboffizielle Reisen durch die kapitalistische Welt, die der Bosch- und der Krupp-Konzern finanzierten. Er durchforschte die Erdteile nach Möglichkeiten für den deutschen Imperialismus, unverzüglich wieder ins koloniale Geschäft einzusteigen.¹⁴⁹

In den Zentralen der Großbanken und Konzerne wurden die umfassendsten Kolonialplanungen entworfen. Konzernherren wie Max Ilgner (IG-Farben) und Bankdirektoren wie Kurt Weigelt (Deutsche Bank) waren nicht bloß unentbehrliche Berater der faschistischen Behörden und Kolonialorganisationen, sondern entwickelten selbst in wichtigen staatsmonopolistischen Positionen die Programmatik und Strategie

147 s. die mehrfache beifällige Zitierung und Erwähnung dieser Losung Kepplers bei *Thyssen, Fritz*, *I Paid Hitler*, London/New York 1941, passim; s. a. Kapitel V.

148 s. *Schacht, Hjalmar*, Deutschlands Kolonialproblem, Artikel aus „Foreign Affairs“, Januar 1937, Reichsbanknachdruck, in: *DWI*, Nr. 5960, Bd. 1; s. a. *Dodd, William E.*, *Diplomat auf heißem Boden*, S. 421 ff. (Eintragg. üb. Gespräch mit Schacht am 29. 12. 1936).

149 vgl. *Glasneck, Johannes*, Carl Goerdeler — Apologet der faschistischen Nahostexpansion und Vorläufer des Bonner Neokolonialismus, in: *ZfG*, H. 8/1963, S. 1490 ff.; s. a. die Denkschriften Goerdelers für die Hitlerregierung in: *DZA* Potsdam, Reichskanzlei, Nr. 3503; *Ritter, Gerhard*, *Carl Goerdeler und die deutsche Widerstandsbewegung*, 3. Aufl. Stuttgart 1956, S. 157 ff.

der deutschen Kolonialexpansion. Besonders Weigelt, Schlüsselfigur des deutschen Kolonialismus seit dem ersten Weltkrieg, vereinigte bei sich die entscheidenden kolonialpolitischen Funktionen in der Reichsleitung der faschistischen Partei und in der Reichswirtschaftskammer.¹⁵⁰

So belegen bereits die noch spärlichen Forschungsergebnisse für die unmittelbare Vorkriegszeit, daß das deutsche Monopolkapital ein großes, vielfältiges Kriegszielprogramm der Ausbreitung seiner Herrschaft über Europa und über die Welt verfolgte. Das Kernstück dieses Programms war die Zerschlagung der Sowjetunion.

Zwei erklärte Hauptkriegs- und -expansionsziele vereinten die Hitlerclique und alle bedeutenden Monopole und Monopolgruppen von Anfang an: die „Abschaffung von Versailles“ und die „Eroberung neuen Lebensraumes im Osten“. Unter der „Abschaffung von Versailles“ verstanden die Monopole, wie sie es später offen formulierten, die „Wiedereroberung“ aller verlorenen ökonomischen und politischen Positionen und die „Wiedergutmachung“ aller Schädigungen an Profitquellen und Monopolstellungen, die das Versailler System ihnen beschert hatte. Als nächste Schritte planten sie, die Sowjetunion zu überrennen, zu liquidieren und sich ihre unermeßlichen Reichtümer anzueignen sowie einen europäischen „Großwirtschaftsraum“, möglichst in Verbindung mit einem riesigen afrikanischen Kolonialreich, zu errichten. Die Reihenfolge, in der sie die zuletzt genannten Ziele verfolgen wollten und später auch tatsächlich verfolgten, war kein unabänderliches Postulat ihrer Expansionsstrategie, zumal da sie ganz wesentlich von der jeweiligen außenpolitischen und militärischen Kräftekonstellation abhing. Es galt jedoch als feststehend, daß man zuerst eines der beiden Ziele erreichen müsse, damit jeweils der Kampf um das andere wirtschaftlich durchgestanden werden könne.

Schließlich waren die entwickeltsten, im Weltmaßstab besonders starken Monopole darauf vorbereitet, auch in die außereuropäischen „Großräume“ vorzudringen. Sie rechneten schon mit künftigen, früher oder später notfalls kriegerischen Auseinandersetzungen größten Maßstabs mit denjenigen Mächten, welche die übrigen imperialistischen „Großwirtschaftsräume“ beherrschten, vor allem mit den USA-Monopolen, aber auch mit dem – damals offiziell verbündeten – italienischen und japanischen Imperialismus.

Als die deutschen Imperialisten, voran die führenden Monopole, im Jahre 1940 auf der Höhe ihrer militärischen Erfolge darangingen, in Bergen von „Neuordnungs“-Plänen, „Wunschprogrammen“ und „Friedensplanungen“ ihre ungeheuerlichen Weltherrschaftspläne zu fixieren, waren es im Grunde nur ihre alten, mehr oder weniger klar formulierten, mehr oder weniger einheitlich vertretenen Kriegszielvorstellungen und -programme aus der Zeit vor dem Krieg, die sie nun unter den neuen, wie es schien, günstigen militärisch-politischen Bedingungen bis ins Detail ausarbeiteten und weiterentwickelten.¹⁵¹

150 s. *Radandt, Hans*, Zur Geschichte der kolonialistischen Bestrebungen deutscher Finanzgruppen gegenüber den Ländern Afrikas, in: *JWG* 1962, T. 4, S. 81; *derselbe*, Zu den Beziehungen . . ., a. a. O., S. 28f.; s. a. Kapitel IV.

151 s. Kapitel IV und V.

Zur Lage der Werktätigen nach Kriegsbeginn

Das faschistische Deutschland besaß bei Kriegsbeginn eine in langen Jahren vorbereitete, vielfach bis ins Detail ausgebaute staatsmonopolistische Wirtschaftsordnung. Nichtsdestoweniger schuf der Krieg durchaus neue Bedingungen für das Funktionieren der Wirtschaft. Schon mit seinem Beginn waren verschiedene äußere Erscheinungen und Ereignisse verbunden, die bereits erkennen ließen, daß der Kriegsausbruch in der wirtschaftlichen Entwicklung – ähnlich wie in der militärischen und politischen – einen qualitativen Einschnitt von grundsätzlicher Bedeutung darstellte.

Der Kriegsausbruch beeinflußte die Wirtschaft sogleich durch einen Abzug menschlicher Arbeitskraft aus der Produktion, der sich angesichts der schon vorher stark angespannten Situation auf dem Arbeitsmarkt nur noch einschneidender bemerkbar machte. Die Zahl der Beschäftigten ging durch Einberufungen zur Wehrmacht im ersten Kriegsjahr um etwa 10 Prozent zurück und erreichte den alten Stand auch nicht wieder, obwohl sofort nach den ersten Eroberungen Kriegsgefangene und Zivilisten aus den besetzten Gebieten zur Arbeit in der deutschen Wirtschaft gezwungen wurden.

Mit einem Schlage wurde die bis ins einzelne vorbereitete Zwangsbewirtschaftung und Rationierung der Lebensmittel, Textilien und anderer Konsumgüter für die Bevölkerung, die in Anfängen schon vorher eingesetzt hatte, auf alle wichtigeren Güter des täglichen Lebens ausgedehnt. Seitdem herrschte das umfassende System der faschistischen „Bewirtschaftung“.

Die deutschen Außenhandelsbeziehungen zu der gegnerischen Mächtegruppierung brachen abrupt ab. Der deutsche Überseehandel brach zusammen. Dies hatte erhebliche Auswirkungen nicht nur auf die Produktionsgüter- und auf die Rüstungsindustrie, sondern gerade auch auf die Konsumgüterindustrie, auf die Landwirtschaft und allgemein auf das Angebot von Konsumgütern.

1. Das Kriegsrecht in der Wirtschaft und die Lage der Werktätigen

a) Das „Paket“ der Kriegswirtschaftsgesetzgebung

Die einschneidendsten Veränderungen im Innern des Reiches betrafen die Lage der werktätigen Massen. Die Aufgabe, die Kriegswirtschaft in Gang zu setzen, bestand für die herrschende Klasse ökonomisch vor allem darin, das Nationaleinkommen den Erfordernissen des Krieges entsprechend radikal umzuverteilen in der Weise, daß die arbeitenden Massen zu den Kriegskosten maximal beisteuerten, da die Monopole nicht willens waren, auf die Kriegsprofite zu verzichten. Die Arbeitskräfte mußten zudem zur Mehrarbeit für den Krieg gezwungen und je nach den kriegswirtschaftlichen Notwendigkeiten auch zwangsweise „gelenkt“ und eingesetzt werden können.

Die deutschen Imperialisten hatten sich in den ihnen gesteckten Grenzen nachhaltig bemüht, aus ihrer Niederlage im ersten Weltkrieg Lehren zu ziehen. Gerade auf diese ihre ökonomische Hauptaufgabe waren sie genauestens vorbereitet. Wie exakt auf diesem Gebiet der Krieg geplant worden war, zeigt eine nähere Untersuchung der umfangreichen kriegswirtschaftlichen Gesetzgebung von Ende August/Anfang September 1939. Wichtige Teile dieser Gesetzgebung waren die Kriegswirtschaftsverordnung (KWVO), die zahllosen Bewirtschaftungs- und Beschlagnahmeverordnungen sowie Verordnungen zum Abbau arbeitsrechtlicher Bestimmungen und zur Beseitigung der Freizügigkeit der Werktätigen.

Das jahrelang vorbereitete Gesetzeswerk, das sich bereits in den ersten zwölf Tagen (27. August bis 7. September) im Reichsgesetzblatt auf annähernd zweihundert Seiten erstreckte und seinesgleichen erst wieder in unseren Tagen in dem „Notstandspaket“ der westdeutschen Bundesregierung hat, stellte vor allem anderen einen schweren und massierten Angriff auf die Lebensgrundlagen des Volkes dar. Die Bestimmungen der KWVO beispielsweise sahen hohe Kriegsbesteuerung vor, Aufhebung der gesetzlichen Arbeitszeitbeschränkung, Aufhebung des tariflichen Urlaubs und Abschaffung aller Mehrarbeits-, Nacht-, Sonn- und Feiertagszuschläge. Von der anscheinend schrankenlosen Freiheit gegenüber dem Volk, die das Kriegsrecht den Nazibehörden und den Monopolen gab, versuchten sie sogleich Gebrauch zu machen, indem sie mittels der KWVO und der anderen Notstands- und Kriegsrechtsverordnungen ein totales Zuchthausregime („Militärzuchthaus“) für die Werktätigen zurechtzimmerten, sie in staatsmonopolistische Sklaverei von extremer Form brachten.

Die faschistische Arbeitsgesetzgebung der letzten Jahre vor dem Krieg, besonders seit 1938, trug bereits Kriegscharakter. Gemessen an den Absichten der Gesetzgeber, hatte sie bisher aber nur unbefriedigende Ergebnisse gezeitigt, „their effects on the way of life of the working population were limited.“¹ Die drakonischen Bestimmungen bezüglich Lohnstopps, Freizügigkeit, Dienstpflicht usw. zeigten vor allem deswegen

¹ Mason, T. W., Labour in the Third Reich, a. a. O., S. 137.

verhältnismäßig wenig Wirkung, weil sie unter den Bedingungen der Rüstungskonjunktur nichts weniger als geeignet waren, das eigentliche soziale Problem der deutschen Imperialisten zu lösen: „. . . the stubborn, despairing refusal of the working classes to become the selfless servants of the régime.“²

Jetzt aber herrschten Krieg und Kriegsrecht, und geradezu erleichtert zogen die faschistischen Behörden das zu diesem Zweck vorbereitete Gesetzesbündel aus den Schubladen, in das ihre schärfsten Entwürfe eingeflossen waren.³ Die auf das Kriegsrecht gestützten Maßnahmen waren sehr weitgehend, sehr radikal und zielten auf eine drastische Verschlechterung der Lage der Arbeiterklasse und der anderen arbeitenden Schichten ab.

Allerdings, um es vorweg zu sagen, es gelang Monopolen und Nazi clique selbst jetzt, unter Kriegsbedingungen, nur zu einem Teil, das Geplante und Verordnete durchzusetzen bzw. durchzuhalten. Zu verzeichnen waren freilich solche erheblichen „Fortschritte“ im staatsmonopolistischen Aufbau der Kriegswirtschaft, in der Einrichtung des Zuchthausregimes für die Werktätigen, wie die Kriegsbesteuerung, die dem System nach voll ausgebildete Konsumrestriktion und Regulierung der Verteilung, sowie die Ablieferungspflicht für alle wichtigen landwirtschaftlichen Produkte. Die schon bestehenden Bestimmungen (Lohnstopp, Freizügigkeitsbeschränkung, Dienstverpflichtung) wurden erweitert bzw. verschärft. Der Terror als Mittel, sie durchzusetzen, nahm unter dem Kriegsrecht an Ausmaß und Brutalität noch zu.⁴ Die Zwangsdienstpflicht („Dienstverpflichtung“) nahm erst im Kriege ständigen und massenhaften Charakter an. Nicht minder aufschlußreich für die Entwicklung des Gegensatzes zwischen den Herrschenden und dem Volk im allgemeinen, für das Funktionieren, Reagieren und Lavieren des staatsmonopolistischen Apparats im besonderen waren aber auch diejenigen Gesetze, Verordnungen und Paragraphen, mit denen die Faschisten nicht durchkamen oder bei denen sie Zugeständnisse machen mußten.

2 Ebenda.

³ Ausführliche Entwürfe für eine umfassende Kriegsgesetzgebung, deren Kernstück ein Kriegsleistungsgesetz war, lagen schon 1933/34 dem Reichsverteidigungsrat vor. Siehe Dok. EC-177, Protokoll der 2. Sitzung des Arbeitsausschusses für die Reichsverteidigung, zugleich Gründungssitzung des Reichsverteidigungsrats, 22. Mai 1933, *IMT*, Bd. 36, S. 219 ff.; Dok. EC-404, Bericht über die 6. Sitzung des Arbeitsausschusses des Reichsverteidigungsrats, 23./24. Jan. 1934, a. a. O., S. 381 ff.; Dok. EC-128, Bericht des Reichswirtschaftsministers für den Reichsverteidigungsrat v. 30. Sept. 1934, a. a. O., S. 158 ff.

⁴ Hierzu s. *Kuczynski, Jürgen*, Lage der Arbeiter 1933–1945, S. 245 ff.; *Drobisch, Klaus*, Dokumente zur direkten Zusammenarbeit zwischen Flick-Konzern und Gestapo bei der Unterdrückung der Arbeiter, in: *JWG* 1963, T. 3, S. 213 ff.; *Eichholtz, Dietrich*, Gewalt und Ökonomie, in: *JWG* 1964, T. 2/3, S. 366 ff.

b) Das System der Zwangsrationierung

Die „Verordnung zur vorläufigen Sicherstellung des lebenswichtigen Bedarfs des deutschen Volkes“ vom 27. August 1939⁵ unterwarf die Bevölkerung einem schon seit Jahren vorbereiteten umfassenden Rationierungssystem. An diesem Tage, einem Sonntag, wurden die Rationierungsmaßnahmen wie aus heiterem Himmel, ohne jede Vorankündigung, durch Rundfunk bekanntgegeben. Damit setzte vom nächsten Tage an das dem Volk verhaßte Kriegssystem der Lebensmittelkarten und Bezugscheine ein.

Für die ersten vier Wochen wurden zum Einkauf von Lebensmitteln Ausweiskarten ausgegeben, die 1937 in der Reichsdruckerei gedruckt worden waren.⁶ In der folgenden Zeit wurden Lebensmittelkarten, unterschieden nach Warenart („Reichsbrotkarte“, „Reichsfleischkarte“, „Reichseierkarte“ usw.) und nach Altersstufen, ausgegeben, für die Muster und Druckvorschrift schon 1938 als Geheime Reichssache ausgearbeitet worden waren.

Es wurden sofort rationiert: Fleisch, Fett und Butter (Beschränkungen im Einkauf von Butter gab es bereits seit November 1936, eine allgemeine Eintragung in Kundenlisten für Butter seit März 1937), Käse, Vollmilch, Zucker, Marmelade, Grieß, Graupen und andere Nahrungsmittel, Kaffee (Ersatzmittel), Seife und andere fetthaltige Waschmittel. Sofortige Bezugscheinpflicht wurde für Textilien, Schuhe und Schuhleder verordnet. Hausbrandkohle wurde in örtlich festgesetzten Mengen zugeteilt. Am 11. September setzte die Kontingentierung von Fahrradbereifung ein; vom 25. September an wurden Brot und Eier rationiert. Am 1. November trat die „Reichskleiderkarte“ in Kraft, die pro Jahr (später für je anderthalb Jahre) 100–150 sogenannte Punkte zum Einkauf von Textilien enthielt (ein Wintermantel wurde z. B. mit 120 Punkten angerechnet, ein Bettbezug mit 55, ein Schlafanzug mit 45, eine Bluse mit 20, ein Handtuch, ein Paar Strümpfe oder Handschuhe mit je 5 Punkten).

5 *RGBl.* 1939 I S. 1498 ff. (mit vier Durchführungsverordnungen vom gleichen Datum).

6 vgl. auch für das Folgende *Schmitz, Hubert*, Die Bewirtschaftung der Nahrungsmittel und Verbrauchsgüter 1939–1950. Dargestellt am Beispiel der Stadt Essen, Essen 1956, passim; s. a. *Sperling, Hans*, Die Ernährung in Physiologie und Volkswirtschaft, Berlin (W) 1955, S. 272 ff. Der Druck von 70 Mill. Lebensmittelkarten („Bezugscheinen“) für die ersten vier Wochen schlug bereits im Sept. 1934 der Vertreter Schachts im Reichsverteidigungsrat vor (Dok. EC-128, Bericht des Reichswirtschaftsministers „über den Stand der Arbeiten für eine wirtschaftliche Mobilmachung am 30. Sept. 1934 einschl. kurzer Begründung des beigefügten Verordnungswerks“, *IMT*, Bd. 36, S. 188). Im Sommer 1935 waren die Karten wegen Lagerungsschwierigkeiten (Geheimhaltung!) noch nicht gedruckt (Dok. EC-405, Bericht über die 10. Sitzung des Arbeitsausschusses des Reichsverteidigungsrats, 26. Juni 1935, a. a. O., S. 421 f.). Dem Zeugnis des RV-(Reichsverteidigungs-)Referenten im Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft zufolge ließ der Reichsverteidigungsrat sie jedoch schon 1935 oder 1936 drucken (Dok. NID-12721, Aff. Kurt Dietrich, 22. Nov. 1947, Fall XI, ADB 102 A, DZA Potsdam, Fall XI, Nr. 387, Bl. 197 f.). Vgl. auch *Melzer, Rolf*, a. a. O., S. 38 ff.

Die Lebensmittelrationen⁷ betragen anfangs je Woche an

Brot	2 400 g
Fleisch und Fleischwaren	700 g
Zucker (z. T. wahlweise, im Verhältnis 2:1, Marmelade)	335 g
Nährmittel	150 g
Kaffee (Ersatz)	63 g

und täglich an

Butter, anderen Fetten oder Öl	60 g
Milch	0,2 l

Schwer- und Schwerstarbeiter erhielten zusätzlich wöchentlich 490 g Fleisch und 350 g Fett (ausgenommen Butter).⁸ Die allgemeinen Fleisch- und Fettrationen wurden indessen nach vier Wochen auf wöchentlich 500 g bzw. 270 g gesenkt. Vollmilch erhielten nurmehr Kinder im Alter bis zu 14 Jahren.

Ein riesiger bürokratischer Verwaltungsapparat befaßte sich mit der Rationierung und Verteilung der Waren. Er schloß sich im Aufbau eng an die „Marktordnung“ an, die 1933, dem Reichsnährstandsgesetz gemäß, entstanden war. Bereits dies Gesetz ließ, wie der westdeutsche „Bewirtschaftungs“-Experte Schmitz bestätigt, „als leitenden Gedanken die Befähigung der deutschen Landwirtschaft zur Versorgung der Bevölkerung in einem Kriege erkennen“; d. h., die Eingeweihten waren sich über Sinn und Perspektive der „Marktordnung“ von Anfang an im klaren.⁹

Die Kosten dieses Apparats müssen in die Milliarden gegangen sein. Schon der Finanzbedarf eines einzigen Ernährungs- und Wirtschaftsamttes wie desjenigen der Stadt Essen belief sich während des Krieges auf rund 20 Millionen Mark.¹⁰

Die Rationierung erfüllte dem Regime neben dem Hauptzweck, der einschneidenden Beschränkung des Verbrauchs, noch einen anderen Zweck. Der erzwungene Konsumverzicht der Masse der Bevölkerung vermehrte den Zufluß von Spargeldern in die Sparkassen und Banken. Dieses Geld aber wurde „geräuschlos“ dem Staat zu Kriegszwecken zur Verfügung gestellt. Die Rationierung lief also auch auf eine simple, höchst effektive Umverteilung des Nationaleinkommens zugunsten der Kriegsrüstung und der Rüstungsmonopole hinaus, wie sie keine Steuer besser hätte besorgen können.

Allerdings waren die Lebensmittelrationen anfangs und noch weit in den Krieg hinein relativ hoch, gerade auch bei Fleisch und Fett, sogar höher als die Mengen,

⁷ *RGBl.* 1939 I S. 1502, 1. DVO zur „Verordnung zur vorläufigen Sicherstellung . . .“, vom 27. Aug. 1939.

⁸ s. Verordnungen vom 29. Aug. und 16. Sept. 1939, *RGBl.* 1939 I S. 1537 ff. und 1825 ff.

⁹ *Schmitz, Hubert*, a. a. O., S. 1, Anm. Vgl. auch *Meinhold, W.*, Die deutsche Kriegsernährungswirtschaft, in: *Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik* (im folgenden: *JbbNSt*), Bd. 150, H. 6, (Dezember 1939), S. 688 f.

¹⁰ *Schmitz, Hubert*, a. a. O., S. 37.

die sich eine Arbeiter- oder Angestelltenfamilie bisher im Frieden durchschnittlich hatte leisten können. Die „Großzügigkeit“, die die Faschisten hierbei walten ließen, um die Kriegsmoral des Volkes vor dem Absinken möglichst zu bewahren, entsprang ihrer Furcht vor Verschlechterung der Massenstimmung und bewies zugleich eine grobe Verkennung der Realitäten des Krieges, des wirklichen Kräfteverhältnisses, ebenso die Blitzkriegsstrategie als Ganzes, auf die sie schließlich auch bei der Festsetzung hoher Rationen bauten.

Die Faschisten werteten die Rationierung von Anfang an als erstrangigen politischen Faktor, von dessen Entwicklung die Massenstimmung in hohem Grade abhing.¹¹ Erhebliche propagandistische Anstrengungen verwendeten sie während des ganzen Krieges darauf, der Bevölkerung die Einführung und später die Verschlechterung des Rationierungssystems möglichst geschickt beizubringen und sie über die wahre Lage so lange wie möglich zu täuschen.

Goebbels selbst achtete peinlich darauf, daß bei der Behandlung von Fragen der Rationierung und überhaupt des Konsums von Lebensmitteln und Verbrauchsgütern größte Vorsicht und Delikatesse obwalteten.¹² Als „völlig unmöglich“ griff er beispielsweise im Oktober 1939 eine in Aussicht genommene Mitteilung des Reichswirtschaftsministers an die Bevölkerung an, „daß sie mit dem jetzigen Schuhbestand bis Kriegsende auskommen müsse“.¹³ Einige Zeit später ordnete er an, es solle „nicht mehr in der Presse veröffentlicht werden, daß Luxuskleidung und -schuhe frei verkäuflich sind“.¹⁴ Es sollte auch „in Zukunft nichts mehr ausgestellt werden (in den Schaufenstern – D. E.), was nach menschlichem Ermessen für die Dauer des Krieges nicht mehr zu haben sein wird“.¹⁵ Man ergänzte diese taktischen Aushilfen durch ständige ablenkende Hinweise auf den angeblichen „sozialen Rückstand“ der gegnerischen Staaten, besonders Englands.¹⁶

In der heutigen westdeutschen Geschichts- und Memoirenliteratur kritisiert man häufig in apologetischem Übereifer und mit deutlichem aktuellen Bezug diese Vorsicht und Sorge um die Massenstimmung als überflüssig und jedenfalls als Hemmnis für die totale Mobilisierung.^{16a} Doch es gibt viele Anzeichen dafür, daß eine solche Vorsicht, dem inneren Zustand des Regimes nach zu

11 s. *Meldungen aus dem Reich*. Auswahl aus den geheimen Lageberichten des Sicherheitsdienstes der SS 1939–1944, hg. v. Heinz Boberach, Neuwied-Berlin 1965, passim.

12 vgl. DZA Potsdam, Reichsministerium für Volksaufklärung und Propaganda, Nr. 1 a, 1 b, Protokolle der täglichen Abteilungsleiterkonferenzen des Ministers, gedr. in: *Kriegspropaganda 1939–1941*. Geheime Ministerkonferenzen im Reichspropagandaministerium, hg. v. Willi A. Boelcke, Stuttgart 1966.

13 DZA Potsdam, a. a. O., Nr. 1 a, Bl. 4 (27. Okt. 1939); s. a. Bl. 2 (28. Okt. 1939).

14 Ebenda, Bl. 28 (4. Dez. 1939).

15 DZA Potsdam, a. a. O., Nr. 1 b, Bl. 45 (27. Febr. 1940).

16 vgl. DZA Potsdam, a. a. O., Nr. 1 a, Bl. 15 (13. 11. 1939).

16a So Riecke, *Hans-Joachim*, Ernährung und Landwirtschaft im Kriege, in: Bilanz des Zweiten Weltkrieges, a. a. O., S. 336 f.; ferner Schwerin v. Krosigk, *Lutz Gf.*, Wie wurde der Zweite Weltkrieg finanziert?, in: ebenda, S. 323 ff.; *Wagenführ, Rolf*, Industrie, S. 27 f.

urteilen, keineswegs unbegründet war. Obwohl es den Faschisten gelungen war, große Teile des Volkes chauvinistisch zu verhetzen, wurde es den herrschenden Kreisen vielfach schon vor Kriegsbeginn klar, daß trotz schärfsten Terrors und eines wahren Trommelfeuers an Propaganda mit keinerlei Kriegsbegeisterung bei der großen Mehrheit des Volkes zu rechnen war. „Wenn man nur das Gefühl hätte“, so notierte General Eduard Wagner, Generalquartiermeister des Heeres, am 3. September in sein Tagebuch, „daß das Volk die Notwendigkeit des Krieges einsieht. Aber ich glaube und fürchte, daß niemand Verständnis hat.“¹⁷

c) Auswirkungen der Kriegswirtschaftsverordnung

Die Kriegswirtschaftsverordnung vom 4. September 1939 und der Rattenschwanz der ihr anhängenden Verordnungen und Durchführungsbestimmungen waren das Ergebnis langjähriger Vorbereitungen. Schon Schacht, der erste „Generalbevollmächtigte für die Kriegswirtschaft“ (seit 1935), Seldte, Schwerin v. Krosigk und ihre Mobilmachungsexperten hatten diesen Generalangriff auf die letzten Errungenschaften der deutschen Werktätigen vorbereitet, die Erfahrungen aus dem ersten Weltkrieg pedantisch-sorgfältig auswertend.

Aber die Attacke, geritten unter wirtschaftlichen und politischen Umständen, die denen des ersten Weltkrieges sehr wenig ähnlich waren, blieb bei vielen Angriffspunkten schon im ersten Anlauf stecken. Die Reaktion der Monopole auf die KWVO, in erster Linie auf ihre Preisbestimmungen, denen sie, allem Anschein nach noch immer auf der Höhe der Rüstungskonjunktur, in heftiger – und erfolgreicher – Opposition entgegentraten, war ziemlich frostig. Was aber den faschistischen Bürokraten ihren Schneid ganz abkaufte, war der Mangel an Begeisterung für den Krieg im Volk, waren das passive Verhalten der Masse der Bevölkerung und besonders das verbreitete Auftreten von Formen passiven Widerstands gegen das faschistische Kriegsrecht. Das machte sie äußerst unsicher und zwang sie in den meisten wichtigen Positionen rasch zu Rückziehern, die ihnen freilich durch die anfänglichen „Blitzkriegs“-Erfolge sehr erleichtert wurden.

Der Hauptangriffspunkt waren die Löhne und Gehälter der Werktätigen. Die KWVO bestimmte die Reichstrehänder der Arbeit dazu, sie „nach näherer Weisung

¹⁷ *Der Generalquartiermeister*, a. a. O., S. 122. – Die Militärs hatten das Ingangsetzen und die Wirkung der Rationierung ebenfalls aufmerksam beobachtet. „Wir haben beantragt“, so schrieb Wagner am 26. August (ebenda, S. 97 f.), „das Gesetz unter Firma Göring herauszugeben, um a) dessen Popularität auszunützen und b) den Soldaten nicht damit zu belasten.“ Am Tag nach der Kartenausgabe vermerkte er über die Stimmung in den Straßen Berlins (ebenda, S. 103, 29. August): „Im ganzen ernst, kein Auftrieb.“ Am selben Tag noch sprach alles von der „Schockwirkung“, die die Rationierung hervorgerufen habe, und von der „ungeheuren Mißstimmung über das Kartensystem“. (Ebenda, S. 105 f., 108).

des Reichsarbeitsministers“ sofort den Kriegsverhältnissen „anzupassen“ und sie „mit bindender Wirkung nach oben“ durch Tarifordnung festzusetzen.¹⁸

Wem bekannt war, wie weit in bedeutenden Bereichen der Wirtschaft die Löhne die alten, offiziell noch gültigen (Krisen-)Tarife tatsächlich überschritten hatten, der mußte mit um so gespannterer Erwartung jener „näheren Weisung“ entgegensehen, von der die Anwendung der Lohnbestimmungen in der KWVO abhängen würde. Sie existierte indessen schon in Form eines vertraulichen Runderlasses vom gleichen Datum¹⁹, der hinsichtlich seines Inhalts eine wichtige, längere Vorgeschichte hatte.

Ein geheimgehaltenes Gesetz von Sommer 1938 („Gesetz zur Regelung des Arbeits-einsatzes und der Arbeitsbedingungen in besonderen Fällen“) enthielt bereits die Anweisung, „die Löhne und Gehälter im Mob.-Fall auf den Tariflohnstand zurück-zuführen.“²⁰ Entwürfe Seldtes und Schachts für diese Bestimmungen lagen schon 1935 dem Reichsverteidigungsrat vor.²¹ Bis zum Kriegsausbruch gab es zwar noch einiges Schwanken. Der Reichsarbeitsminister versuchte, durch einen Runderlaß an die Treuhänder der Arbeit vom 23. August 1939²² das Gesetz aus dem Vorjahr zu revidieren, nämlich von der Rückführung der Löhne und Gehälter auf die alten Tarife abzusehen und es bei einem verschärften Lohnstopp zu belassen. Ministerialdirektor Mansfeld äußerte nämlich Bedenken, eine solche Lohnkürzung „müßte eine starke Beunruhigung der Gefolgschaftsmitglieder nach sich ziehen. Abgesehen von den politischen Folgen würde dies zu einer allgemeinen Leistungsminderung führen.“²³

In dem Erlaß an die Treuhänder vom 4. September 1939, der schließlich die Auslegung der KWVO-Lohnbestimmungen enthielt, erschien hingegen wieder die Forderung nach der „Zurückführung derjenigen Löhne und Gehälter, die in einer von allen Schichten des Volkes Opfer verlangenden Kriegswirtschaft als zu hoch anzusprechen sind“, nach dem „Abbau all der durch die Konjunktur der letzten Jahre stark erhöhten Löhne und Gehälter . . ., wenn auch unter Berücksichtigung der psychologischen Rückwirkungen“, und nach der Herabsetzung der Akkordverdienste, „wenn im Betrieb der tarifliche Akkordrichtsatz der einzelnen Arbeitergruppen im Durchschnitt um mehr als 10⁰/₀ überschritten wird.“²⁴ Dabei herrschte Klarheit darüber, daß die betroffenen Gewerbe- und Industriezweige gerade diejenigen waren, „die innerhalb der Kriegswirtschaft eine wesentliche Rolle spielen“; trotzdem hieß es kategorisch: „in spätestens 14 Tagen muß diese Lohnordnung

18 *RGBl.* 1939 I S. 1609 (§ 18, Abs. 1).

19 Siehe DZA Potsdam, Reichswirtschaftsministerium, Nr. 10401, Bl. 3 ff., Runderlaß des Reichsarbeitsministers, 4. September 1939 (vertraulich).

20 Ebenda, Bl. 62, Runderlaß des Reichsarbeitsministers, 23. August 1939 (Geheime Reichssache).

21 Dok. EC-405, Bericht über die 10. Sitzung des Arbeitsausschusses des Reichsverteidigungsrates, 26. Juni 1935, *IMT*, Bd. 36, S. 420. Vgl. auch DZA Potsdam, a. a. O., Bl. 2, geh. Aktenvermerk aus dem Reichswirtschaftsministerium, 23. August 1939.

22 Ebenda, Bl. 62 ff., Runderlaß, 23. Aug. 1939.

23 Ebenda, Bl. 2 v., Aktenvermerk, 23. Aug. 1939.

24 Ebenda, Bl. 3 u. 4, Runderlaß, 4. Sept. 1939.

in den wichtigsten Gewerben durchgeführt sein.“²⁵ Wahrscheinlich auch unter dem Einfluß der Inflationsfurcht hatten die obersten Reichsbehörden zunächst eine möglichst scharfe Variante gewählt.

Es verging aber nur etwa ein Monat, bis sich die faschistischen Behörden darüber klar waren, daß man im Kriege nicht ohne gewaltigen Aufwand und vor allem nicht ohne Gefahr großer sozialer Erschütterungen ein neues, erheblich verschlechtertes Lohnsystem gegen die arbeitende Bevölkerung durchsetzen konnte. Reichsarbeitsminister Franz Seldte gehörte selbst zu denen, die sich im Hinblick auf die möglichen sozialen und politischen Folgen der neuen Lohnbestimmungen sehr unsicher fühlten, wenn er diese Bestimmungen den Treuhändern der Arbeit gegenüber auch selbst vertreten hatte. Am 11. September 1939, gerade erst eine Woche nach seinem Runderlaß, schrieb er dem Reichspreiskommissar von seinen Befürchtungen über die „ungünstigen psychologischen Auswirkungen der den Arbeitern durch die Kriegswirtschaftsverordnung auferlegten Lasten.“²⁶ Seldte verfolgte in diesen Wochen augenscheinlich die Taktik, die Regionalbehörden seines Ministeriums in die Diskussion um die fälligen Durchführungsbestimmungen zur KWVO einzubeziehen. Er berief die Treuhänder zu diesem Zweck nach Berlin und versuchte, den auf diese Weise sogar bis hierher spürbaren Druck von unten für eine vorsichtigeren politische Variante auszubeuten.²⁷

Die entscheidenden Durchführungsbestimmungen vom 12. Oktober 1939 enthielten dann das strikte Verbot sowohl jeglicher Erhöhung „der *geltenden* Lohn- oder Gehaltssätze“ und jeglicher Akkordänderung „zwecks Erhöhung des Arbeitsverdienstes“ – als auch jeder Verschlechterung dieser Sätze bzw. Akkorde.²⁸ Man ließ es also doch bei einer Art verschärften Lohnstopps bewenden. Nichts verlautetete zukünftig davon, daß die Löhne auf die alten Tarife zurückgeführt bzw. daß neue.

25 Ebenda, Bl. 3 v., 4 v.

26 Wojewódzkie Archiwum Państwowe we Wrocławiu (im folgenden: WAP Wrocław), Regierung Breslau, Nr. 10149, vertrauliches Rundschreiben des Reichspreiskommissars Josef Wagner, 14. Oktober 1939.

27 So beleuchtet, erklären sich Seldtes Ratlosigkeit und Unsicherheit, über die sich – in affektierter, äußerst subjektiver Art – Schwerin v. Krosigk ausläßt, als Symptome der allgemeinen Situation (*Schwerin v. Krosigk, Lutz Gf.*, Es geschah in Deutschland. Menschenbilder unseres Jahrhunderts, Tübingen und Stuttgart 1951, S. 181f.: „So hatte das Ministerium unmittelbar nach dem Ausbruch des Krieges alle Treuhänder der Arbeit und die Präsidenten der Landesarbeitsämter zu einer großen Sitzung nach Berlin eingeladen, in der zu entscheiden war, ob der Lohnstopp auch während des Krieges beibehalten werden sollte. Der Minister war gebeten worden, die Sitzung mit richtungweisenden Ausführungen zu eröffnen. Seldte hielt eine schneidige ‚Vaterlandsrede‘ über die Pflicht jedes Deutschen im Kriege, wünschte der Versammlung einen guten Verlauf und – war verschwunden. Die nächsten Mitarbeiter eilten ihrem Chef nach und erbaten eine Weisung. Aber Seldte sagte ihnen lächelnd, sie möchten die Frage eingehend durchsprechen und sehen, ob sie auf Grund der Erörterung zu einem Resultat kommen könnten. Er gebe ihnen ‚plein pouvoir‘.“).

28 *RGBl.* 1939 I S. 2028, „Zweite Durchführungsbestimmungen zum Abschnitt III (Kriegslöhne) der Kriegswirtschaftsverordnung“, vom 12. Okt. 1939. Meine Hervorh. – D. E.

entsprechend niedrige Höchstarife („mit bindender Wirkung nach oben“) festgesetzt werden sollten. Dieser Punkt der KWVO hatte rasch seine Erledigung gefunden. Er war in der Versenkung verschwunden, aus der er während des ganzen Krieges nicht wieder auftauchte.

Indessen handelte es sich um ein ganzes System²⁹ schwerer Angriffe auf das Einkommen der breiten Massen, mit dem man den Krieg finanzieren wollte. Es gehörten auch der Kriegszuschlag zur Einkommenssteuer und vor allem das Verbot dazu, für Überstunden und Nacharbeit, für Sonntags- und Feiertagsarbeit fernerhin Zuschläge zu zahlen³⁰, die stattdessen an die Staatskasse abgeführt werden sollten.³¹ An dem völligen Mißlingen des Versuchs, den Arbeitern mit einem Federstrich die Zuschläge zu nehmen, lassen sich die Ursachen für den Rückzug besonders deutlich demonstrieren, den das Regime auf breiter Front und höchst unfreiwillig antrat.

Die Bestimmung über die Zuschläge traf speziell die Arbeiterklasse und sollte auch gerade sie treffen. Ministerialdirektor Mansfeld (RAM) schrieb dazu unverblümt und in demagogischer Rechtfertigung des Fischzuges auf die niedrigsten Einkommen: „Andere Schichten des Volkes haben ihr den Lebensstandard stark erfassendes Opfer auf andere Weise, namentlich durch erhöhte Steuerleistung, zu bringen. Von ihnen bleibt die Arbeiterschaft im wesentlichen befreit. Denn in der vom Kriegszuschlag freigestellten Einkommensgruppe liegt ihre große Masse. Ihr Opfer für die Kriegsführung besteht in dem Verzicht auf die Zuschläge für besondere Arbeitsarten.“³² In der breiteren Öffentlichkeit vermieden es jedoch die Faschisten nach Möglichkeit, gerade diesen Punkt zu erörtern. Der Kommentar beispielsweise, den das halboffizielle Kriegsmagazin „Deutschland im Kampf“ in seiner ersten Nummer zur KWVO veröffentlichte³³, enthielt nicht einmal die bloße Erwähnung der Bestimmungen über die Zuschläge.

Die Beschlagnahme der Zuschläge hatte um so einschneidendere Auswirkungen, als Zuschläge für Überarbeit und Nacharbeit in vielen Industrien „einen sicherlich ins Gewicht fallenden Teil des Einkommens der Arbeiterschaft“³⁴ ausmachten. Besonders in der Rüstungsindustrie waren sie „schon seit längerem zur ständigen Gewohnheit geworden.“³⁵ Die Maßnahme richtete sich mit besonderer Schärfe

29 Quellenangaben über das diesbezügliche Gesetzeswerk z. B. in: *Die deutsche Arbeitspolitik in den letzten zehn Jahren*, in: *Wirtschaft und Statistik*, 23. Jg., 1943, S. 53 ff. Siehe auch Überblick und Einschätzung bis Ende 1939 bei *Neumann, Franz*, *Behemoth. The Structure and Practice of National Socialism*, Toronto/New York/London 1942, S. 345 ff.

30 § 18 Abs. 3 KWVO.

31 s. Durchführungsverordnung vom 11. Okt. 1939, *RGBl.* 1939 I S. 2053.

32 *Mansfeld, Werner*, Kriegslöhne, in: *Der Vierjahresplan*, Nr. 18/1939 (2. Septemberheft), S. 1058; *Lütge, Friedrich*, Die Lohnpolitik in der Kriegszeit 1939, in: *JbbNSt*, Bd. 151, H. 2 (Febr. 1940), S. 212 ff.

33 *Deutschland im Kampf*, hg. v. A. J. Berndt u. v. Wedel, Berlin, Jg. 1939, 1. Sept.-Lieferung, S. 68 f.

34 *Mansfeld, Werner*, a. a. O.

35 *Lütge, Friedrich*, a. a. O., S. 214.

wiederum gegen diejenigen Kräfte, die zum Funktionieren der Kriegswirtschaft am notwendigsten waren: gegen die Rüstungsarbeiter. Und die kaum entbehrlichen höherbezahlten (Fach-)Arbeiter, deren Einkommen über der Freigrenze von 234,- RM monatlich lag; hatten noch die Kriegssteuer (50% der Einkommenssteuer) zu zahlen.³⁶

Bis November 1939 sanken die Löhne. Die Leunawerke beispielsweise wiesen folgende Zahlen für die durchschnittlichen Stundenlöhne auf³⁷:

	August 1939	Oktober 1939
Chemiehilfsarbeiter	0,89–0,91 RM	0,87 RM
Chemiearbeiter	0,94 RM	0,88 RM
Chemiefacharbeiter	1,- RM	0,93 RM

Daß die Haltung der Arbeiter den Faschisten jedoch einen Strich durch die Rechnung machte, zeigte plastisch eine Besprechung im Reichswirtschaftsministerium am 10. November 1939, deren Protokoll ihrer Bedeutung wegen mit einer nur geringfügigen Auslassung zitiert werden soll³⁸:

„Gegenstand: Zuschläge für Überstunden, für Nacharbeit und Sonntagsarbeit.

Teilnehmer Staatssekretär Posse
Staatssekretär Neumann
Staatssekretär Syrup mit MD. Mansfeld
General Thomas
MD. Hedding (Reichsfinanzministerium)
Flottmann (Reichspreiskommissar)
MR. Josten (RWM – IV Kred.)
Dr. Rigler (RWM – III SW)

Staatssekretär Posse eröffnet die Sitzung mit der Erklärung, daß sich der Herr Reichswirtschaftsminister zur Prüfung der Wiedereinführung der Zuschläge für Überstunden, Nacharbeit und Sonntagsarbeit veranlaßt sehe,

- 1) weil das Einkommen der Arbeiter nicht mehr ausreichte, um die nach der Bedarfsregelung zustehenden Lebensmittel zu kaufen,
- 2) weil festgestellt worden sei, daß das Verbot zu einer *Verweigerung von Überstunden, der Nacht- und Sonntagsarbeit* und zu *förmlichen Sabotageerscheinungen* geführt hat.

36 s. § 2 KWVO und § 1 der Durchführungsbestimmungen, vom 4. Sept. 1939, *RGBl.* 1939 I S. 1613.

37 s. *Kämpfendes Leuna (1916–1945)*. Die Geschichte des Kampfes der Leuna-Arbeiter, T. 1, 2. Halbbd. (1933–1945) (= Geschichte der Fabriken und Werke, Bd. 8), Berlin 1961, S. 739; s. a. *Kuczynski, Jürgen*, Lage der Arbeiter 1933–1945, S. 263 f.

38 DZA Potsdam, Reichswirtschaftsministerium, Nr. 10401, Bl. 85 ff., Niederschrift zur Ressortbesprechung beim GBW (Generalbevollmächtigter für die Wirtschaft), geheim (im Text meine Hervorh. – D. E.); siehe auch *Mason, T. W.*, *Labour in the Third Reich*, a. a. O. (in engl. Übers.).

Staatssekretär Posse macht gleichzeitig darauf aufmerksam, daß mit einer eventuellen Aufhebung des Verbotes der Zuschläge erstmals offiziell von der Kriegswirtschaftsverordnung abgerückt werde. Gleichzeitig ergebe sich damit auch die Frage der Senkung der Freigrenze des Kriegszuschlages zur Einkommenssteuer.

In der Debatte wurde über das Problem selbst im wesentlichen zusammenfassend folgendes gesagt:

In den Rüstungsbetrieben seien die Arbeiter tatsächlich großenteils an Sonntagen weggeblieben; ähnlich sei ein Nachlassen bei den Nachtschichten festgestellt worden (Thomas). . . .

Daß die Arbeiter nicht einmal alles kaufen könnten, was ihnen auf Grund der Lebensmittelkarten zusteht, könnte für den Durchschnitt nicht zutreffen. (Es könne aber zutreffen für die tatsächlich darunterliegenden Löhne.) Es stehe fest, daß einer großen Arbeiterfamilie teilweise mehr zustehe, als sie vorher je gekauft hätte. Das beweise auch das Entstehen wilder Lebensmittelkartenbörsen. Die Schwerstarbeiter erhielten mehr Lebensmittel, als sie verbrauchen könnten. Das zeige auch die allerdings bestrittene Denkschrift Pohl (Arbeitswissenschaftliches Institut der DAF).

Die notwendige Leistungssteigerung sei bisher durch Lohnerhöhungen versucht worden. Von der Wirtschaft werden solche Lohnerhöhungen augenblicklich wieder in großem Umfange verlangt. Dieses Zündungsmittel müsse jedoch heute versagen. Dem Arbeiter fehle nicht der gute Wille, sondern er könnte einfach nicht mehr. Er hätte seit Jahren ein Übertempo durchhalten müssen. Das beweisen auch die *Krankmeldungen*, die teilweise ein Ausmaß *bis zu 50 v. H. der Gefolgschaften* angenommen hätten (Mansfeld).

Andererseits seien aber auch Lohnkürzungen nicht in Erscheinung getreten, so daß der Arbeiter nach Aufhebung des Verbotes der Zuschläge – des einzigen Opfers, das ihm bisher auferlegt worden sei – außerordentlich begünstigt wäre, ja am Kriege verdiene. Man könne Kriege nicht führen, wenn man eine Schicht der Bevölkerung, nämlich den Arbeiter, in Watte packe. Der Kaufkraftsumme stehe überdies heute keine entsprechende Produktion gegenüber, sie müsse also abgeschöpft werden, da wir sonst praktisch zur Inflation kämen (Josten).

In diesem Zusammenhang wurde erwogen, sämtliche Zuschläge wieder einzuführen und gleichzeitig den Kriegszuschlag zur Einkommensteuer unter Fortfall der bisherigen Freigrenze von 2400,- RM (234,- RM monatlich) bis zum Existenzminimum aufzuerlegen (Syrup). Dr. Ley werde dann allerdings die unvermeidlichen Härtefälle nachweisen, in denen beispielsweise an die Stelle des früher entgangenen Betrages für Zuschläge in Höhe von 3,- RM eine Mehrsteuer von 6,- RM treten könne. Bei einer solchen Regelung würden gleichzeitig der kleine Einzelhändler und der Kleinhandwerker schwer getroffen.

Demnach könne eine Herabsetzung der Freigrenze von 234,- RM auf nur 150,- RM gebilligt werden. Von der Freigrenze aus ergäben sich auch hier allerdings unerwünschte Auswirkungen auf den Arbeitswillen, da kein Arbeiter geringfügig über diese Grenze werde arbeiten wollen. MD. Hedding erklärte, daß der Ausfall an Steuern bei Wiedergewährung der Sonntags- und Nachtarbeitszuschläge 100 bis 150

Millionen RM, einschließlich der Überstundenzuschläge 250 bis 300 Millionen RM betrage. Die Wiedereinführung der Zuschläge würde er bei gleichzeitiger Herabsetzung der Freigrenze von 2400,- RM auf 1800,- RM als Fiskalist begrüßen.

Die Staatsautorität erleide durch die Wiedereinführung der Zuschläge zweifellos eine schwere Einbuße (Thomas), Man werde, um den Eindruck abzuschwächen, die Form der Aufwendungsentschädigung wählen können. Bei der Schaffung der Kriegswirtschaftsverordnung, die im übrigen ohne Mitwirkung der fachlichen Ressorts erfolgt wäre, sei man in der Frage der Zuschläge für Überarbeit nur von psychologischen, nicht auch von materiellen Erwägungen ausgegangen. Man hätte zweifellos besser s. Z. die Zuschläge belassen, dafür aber zeitlich günstiger schon damals auch dem Arbeiter den Kriegszuschlag zur Einkommensteuer auferlegt.

Staatssekretär Posse wird dem Herrn Reichswirtschaftsminister als Ergebnis der Besprechung vorschlagen, im Wege einer Ministerratsverordnung:

- 1) die Zuschläge für die Sonntags- und Nachtarbeit wieder einzuführen,
- 2) die Freigrenze des Kriegszuschlages zur Einkommensteuer von 2400,- RM auf 1800,- RM herabzusetzen.“

Wenige Tage nach dieser Besprechung erschien mit einer lendenlahmen Begründung eine lakonisch kurz gehaltene Verordnung des Reichsarbeitsministers³⁹, nach der die zugunsten des Staates eingezogenen Nacht-, Sonn- und Feiertagszuschläge wieder auszuführen waren. Die Hitlerregierung fühlte sich 14 Tage später, als auch die Urlaubssperre aufgehoben war, bemüßigt, diesen raschen Wandel im Rundfunk rechtfertigend zu erläutern.⁴⁰

Als ein besonderes Problem blieb noch die Zahlung bzw. Nichtzahlung der Zuschläge für Überstunden offen. Was war „Mehrarbeit“? Diese Frage hing mit der Neufestsetzung der Arbeitszeitdauer zusammen, deren offizielle Erhöhung sich der Gesetzgeber in der KWVO vorbehalten hatte (§ 20). In der früher datierten, aber später veröffentlichten „Verordnung zur Abänderung und Ergänzung von Vorschriften auf dem Gebiete des Arbeitsrechts“⁴¹ ging man noch sehr forsch vor. Für männliche Arbeiter und Angestellte traten ihr zufolge sämtliche gesetzlichen Bestimmungen, „soweit in ihnen die Dauer der werktäglichen Arbeitszeit der Beschäftigten geregelt wird“, bis auf weiteres außer Kraft (§ 4).

Daraufhin herrschte länger als ein Vierteljahr ein Zustand, wie er seit hundert Jahren nicht mehr denkbar schien: Die Arbeitszeit blieb unbemessen, in bezug auf die Länge des Arbeitstages gab es keine gesetzliche Regelung, war die Arbeiterklasse auch arbeitsrechtlich völlig rechtlos.

Am 11. September wurde zunächst für Jugendliche über 16 Jahren und für Frauen „in dringenden Fällen“ der Zehnstudentag zugelassen (56 Stunden in der Woche),

39 „Verordnung zur Ergänzung des Abschnitts III der Kriegswirtschaftsverordnung (Sonn-, Feiertags- und Nachtzuschläge“, v. 16. Nov. 1939, *RGBl.* 1939 I S. 2254.

40 s. Rede Seldtes im Sender Berlin über die „Lohnpolitik im Kriege“, 28. Nov. 1939, gedr. in: *Deutschland im Kampf*, S. 54 ff.

41 Vom 1. Sept. 1939, *RGBl.* 1939 I S. 1683.

desgleichen Nachtarbeit und die Einschränkung der Ruhepausen.⁴² Der Text der wichtigen, allgemeingültigen „Verordnung über den Arbeitsschutz“ vom 12. Dezember 1939⁴³ war dann aber relativ vorsichtig abgefaßt. In der verlogenen Präambel stand, daß nun, nachdem die „Umstellung auf die neuen Aufgaben“ vollzogen sei, „dem Schutze der Arbeitskraft wieder die volle Sorge der Staatsführung“ gelte. Der Zehnstundentag wurde *nicht* offiziell dekretiert, sondern es hieß, die tägliche Arbeitszeit dürfe zehn Stunden nicht überschreiten, außer wenn viel „Arbeitsbereitschaft“ in diese Zeit fiel; in diesem Fall sei ein zwölfständiger Arbeitstag zulässig. Zugleich aber definierte man in der Verordnung (§ 5) die über zehn Stunden hinausgehende Arbeit als zuschlagfähige Mehrarbeit. Zehnstundentag und Nachtarbeit für Frauen und Jugendliche wurden, allerdings geringfügig und in dehnbaren Formulierungen, wieder eingeschränkt.

Der Reichsarbeitsminister erläuterte in einem langen Erlaß gleichen Datums⁴⁴ seine Verordnung ausführlich und empfahl sehr dringend eine möglichst zurückhaltende Anwendung der Möglichkeiten, die Arbeitszeit zu verlängern.

Gerade bei dem wichtigen Punkt der Mehrarbeit, mit dem offiziell, wenn auch auf Umwegen, die Existenz des Zehnstudentages eingestanden wurde, setzte alsbald eine noch weitergehende Revision ein. Ein Jahr nach Kriegsausbruch, ein Jahr nach der KWVO, wurden die Mehrarbeitszuschläge allgemein wieder eingeführt und sogar auf den Vorkriegsstand, d. h. auf achtstündige Arbeitszeit, bezogen: „In Anerkennung der besonderen Leistungen, die von den Arbeitern und Angestellten unter Verzicht auf Teile des Mehrarbeitsverdienstes in den bisherigen Kriegsmonaten verlangt werden mußten, und zur Vereinfachung der Lohnabrechnung sollen die Mehrarbeitszuschläge *in dem gleichen Umfang, wie sie vor Ausbruch des Krieges bestanden*, wieder eingeführt werden.“⁴⁵

Später bestätigte der Reichsarbeitsminister ausdrücklich noch einmal den Achtstundentag als gesetzlich gültige Arbeitszeitdauer.⁴⁶

Damit war ein außergewöhnlicher Zustand erreicht. Es existierte tatsächlich allgemein die zehnstündige Arbeitszeit, und vielfach wurde noch länger gearbeitet. Der Zehnstundentag war aber offiziell, gesetzlich, nur als kriegsbedingte Ausnahme zugestanden. Der demagogische Gehalt dieser raffinierten Taktik ist nicht zu übersehen. Aus Furcht vor der Arbeiterklasse geboren, zahlte sie sich immerhin für die Faschisten aus: Die Überarbeit behielt für Arbeiter und Angestellte ihren finanziellen Reiz. Sie wurde während des Krieges schließlich doch bezahlt. Der Gesamtlohn des Arbeiters und Angestellten stieg nicht unbedeutend, unbeschadet der

42 Erlaß des Reichsarbeitsministers, betr. Ausnahmen vom Arbeitsschutz, *Reichsarbeitsblatt* (im folgenden: *RABL*) 1939 III S. 293 f.

43 *RGBl.* 1939 I S. 2403.

44 Erlaß, betr. Verordnung über den Arbeitsschutz, vom 12. Dez. 1939, *RABL* 1939 III S. 380.

45 „Verordnung über die Wiedereinführung der Mehrarbeitszuschläge“, 3. Sept. 1940, *RGBl.* 1940 I S. 1205. — Meine Hervorh. — D. E.

46 s. Erlaß über die „Vereinheitlichung tariflicher Arbeitszeitbestimmungen“, v. 12. Sept. 1941, *RABL* 1941 III S. 427.

Tatsache, daß das Monopolkapital nach wie vor um Mittel und Wege nicht verlegen war, die Lohnsteigerungen in Schranken zu halten, um keinerlei Schmälerung ihrer Kriegsprofitkonjunktur zuzulassen.⁴⁷ Die Gefahr aufgeblähter Kaufkraft nahmen die Faschisten in Kauf. Diesem Problem gingen sie durch verschärfte staatsmonopolistische Regulierung zu Leibe, angefangen von der Rationierung bis zur Überwachung durch den gesamten Terrorapparat. Wenn der genannte finanzielle Anreiz auch immer weniger einen echten materiellen Anreiz darstellte, weil die Möglichkeiten schnell schrumpften, etwas Vernünftiges, Solides dafür zu kaufen, so erschien es den Werktätigen doch, als brauchten sie nicht ganz umsonst für die faschistische Kriegsmaschine zu schufteln. Die Höhe ihres Lohnes blieb in ihrer subjektiven Anschauung etwas Wichtiges, Eindrucksvolles; objektiv verlor sie dagegen immer mehr an Bedeutung. Ja. in der Form von Spargeldern floß ihr schwer erarbeitetes Geld „geräuschlos“, ohne Aufsehen und auf Nimmerwiedersehen, in die bodenlose Kriegskasse.

Was schließlich die Urlaubssperre betraf (§ 19 KWVO), so wurde sie ebenfalls durch Anordnung vom 17. November 1939⁴⁸ wieder aufgehoben. Im Jahre 1939 entgangener Urlaub konnte vom 15. Januar 1940 an nachgeholt werden.

Anders als bei den Zuschlägen, setzten sich die Monopole gegen die Wiedereinführung des Urlaubs verschiedentlich heftig zur Wehr, weil es hierbei um ihren höchst-eigenen Profit, und zwar um sehr erhebliche Summen, ging. Die Leiter des Mansfeldkonzerns beispielsweise zeterten, „daß die normale Urlaubsgewährung in 1940 einer Verminderung der Bergbaubelegschaft um rund 220 Mann gleichkomme. Hinzu kämen die aus 1939 nachzugewährenden Urlaubsschichten, die einen Verlust von weiteren 100 Mann bedeuteten.“⁴⁹ Sie hatten schon im Oktober versucht, die Anordnung zu verhindern, und drängten nun auf den „freiwilligen Verzicht auf den Urlaub 1940 bei voller Abgeltung“⁵⁰, obwohl dies laut Gesetz nur zulässig war, wenn „ausnahmsweise infolge des Kriegszustandes eine Gewährung von Freizeit nicht möglich“ wäre. Die überwiegende Mehrzahl der Bergarbeiter bestand aber auf ihrem Urlaub in natura.

Daß die untersuchten Bestimmungen der Kriegswirtschaftsverordnung nach wenigen Monaten zum großen Teil suspendiert oder stark abgeschwächt, einige

47 Walter Klingspor, Vorstandsmitglied des Salzdettfurth-Konzerns, berichtete Generaldirektor Rudolf Stahl (Schreiben v. 20. 6. 1941, BA Mansfeld, Nr. 524): „Wir hätten im April und Mai schon ohne Verlust gearbeitet (betr. eine Kohlenzeche des Konzerns – D. E.), wenn das Ergebnis nicht durch zu bezahlende Feiertage belastet worden wäre. Es liegen keine Gründe vor, die gegen das Anhalten dieser Besserung sprechen. *Die übersteigerten Löhne haben wir mit Gewalt ermäßigt.* Selbstverständlich geht dies nicht ohne gewisse Schwierigkeiten.“ – Meine Hervorh. – D. E.

48 „Anordnung über die Wiedereinführung von Urlaub“, *Deutscher Reichsanzeiger*, Nr. 275, v. 23. Nov. 1939; s. a. *RABl.* 1939 I S. 545.

49 Jonas, Wolfgang, *Das Leben der Mansfeld-Arbeiter 1924 bis 1945*, a. a. O., S. 391. Es handelte sich um einen Jahresurlaub von durchschnittlich nur einer Woche für den Bergarbeiter.

50 Ebenda.

von ihnen bis Kriegsende nicht wieder aufgegriffen wurden, war zweifellos vor allem anderen ein Erfolg des passiven, teilweise organisierten Widerstands der deutschen Arbeiter. Dieser Widerstand trug objektiv dazu bei, das deutsche kriegswirtschaftliche Potential zu beeinträchtigen, die Möglichkeiten zur Kriegsfinanzierung zu verringern und den militärischen Gewaltapparat selbst zu schwächen. Sämtliche Zuschläge, die den Arbeitern und Angestellten gemäß KWVO vorenthalten worden waren und nunmehr wieder ausgezahlt wurden, machten schätzungsweise 2–3 Milliarden Mark jährlich aus. Dieser enormen Summe, um die die Werkstätigen zunächst direkt geprellt werden sollten, stand die gleiche Summe (rund 2,5 Mrd. RM) an jährlichem Ertrag der Kriegsteuer gegenüber.⁵¹

Der geschilderte Erfolg braucht aber in wirtschaftlicher Hinsicht nicht überschätzt zu werden. Wären die suspendierten Bestimmungen beibehalten worden, so hätten sich Arbeitskraft und Arbeitsbereitschaft der deutschen Arbeiter binnen kurzem aus rein physischen Gründen erschöpfen müssen; Arbeitsproduktivität und -intensität waren dann schnell zurückgegangen. Mit solch einem Raubbau an der Arbeitskraft hätten Monopole und Nazibehörden auf die Dauer gegen eigene kriegswirtschaftliche Interessen verstoßen und wären, obwohl sonst nicht eben peinlich in dieser Hinsicht, bei Gefahr ihres Untergangs über kurz oder lang zu Änderungen des Kurses gezwungen worden.

Der Ausgang dieser Art von Kräftemessen zwischen dem faschistischen Regime und der Arbeiterklasse war dennoch symptomatisch für die Zugeständnisse an die Stimmung unter der Bevölkerung, zu denen das Regime während des Krieges in zahlreichen Fällen gezwungen war. Der ungerechte, verbrecherische Charakter des Krieges, den es führte, versperrte ihm die Möglichkeit, auf einen echten Patriotismus und Opferwillen des Volkes zu setzen. Seine Zugeständnisse waren Zeichen einer höllischen Angst der Nazis und der Monopole vor Umschlägen in der Massensegmentierung und vor sozialen Spannungen, die zu solchen Umschlägen, zur Massenunzufriedenheit führen konnten.

Dies bestätigte sich auch kurze Zeit später, im Frühjahr 1940, in der Auseinandersetzung um eine andere für die Kriegswirtschaft wesentliche Frage.

d) Erste Vorstöße zum Arbeitszwang für Frauen

Das Projekt der Einführung einer allgemeinen Arbeitspflicht für Frauen beschäftigte die faschistischen Reichsbehörden gegen Ausgang des Winters 1939/40 und während des Frühjahrs 1940. Mitte Juni 1940, als die französische Kapitulation und damit die französische Wirtschaftsbeute einschließlich Arbeitskräften nahegerückt waren, ließen sie den Plan fallen und griffen ihn ernsthaft erst drei Jahre später wieder auf. Trotzdem sind die langen Verhandlungen über dieses Projekt und die zahlreichen Entwürfe zu entsprechenden Verordnungen und Erlassen höchst aufschlußreich für die ökonomische und politische Situation des deutschen Imperialismus im

⁵¹ vgl. *Barbarino, Otto*, Steuerpolitik im Kriege, in: *JbbNSt*, Bd. 150, 1939, S. 671.

Frühjahr 1940, besonders unmittelbar vor der Aggression im Westen, und gewähren tiefe Einblicke in den Mechanismus der staatsmonopolistischen Kriegswirtschaft im allgemeinen und in einige seiner schwächsten Punkte im besonderen.

Ungefähr in der zweiten Hälfte des Jahres 1937, angesichts des wachsenden Arbeitskräftemangels, hatten die faschistischen Meinungsmacher damit begonnen, die Berufsarbeit der Frauen allgemein wieder hoffähig zu machen und zu propagieren. Im November 1937 waren gesetzliche Bestimmungen aus dem Jahre 1933 aufgehoben worden, die die Berufsarbeit verheirateter Frauen diskriminiert hatten.⁵² Am 8. Juli 1938 hatte Göring es vor den Monopolherren der Flugzeugindustrie schon deutlich ausgesprochen, daß im Kriegsfall Frauen zwangsweise in der Rüstung eingesetzt würden.⁵³ Auf der spektakulär besetzten Sitzung des Reichsverteidigungsrates am 23. Juni 1939, auf der vorwiegend die Arbeitskräftesituation im Kriegsfall besprochen wurde, hatte Göring, der den Vorsitz führte, die „weibliche Arbeitspflicht im Kriege“ als eine dringende Angelegenheit „von entscheidender Bedeutung“ bezeichnet. Staatssekretär Syrup hatte vorgerechnet, daß zusätzlich zu den augenblicklich berufstätigen 13,8 Millionen Frauen weitere „3,5 Millionen noch unbeschäftigte Frauen zum Einsatz gebracht werden“ könnten.⁵⁴

Ende April 1940, zwei Wochen vor Beginn der Offensive im Westen, legte der Reichsarbeitsminister dem Ministerrat für die Reichsverteidigung den Entwurf einer „Verordnung über den verstärkten Einsatz von Frauen für Aufgaben der Reichsverteidigung“⁵⁵ vor. Er beabsichtigte, auf Grund dieser Rahmenverordnung „vorzuschreiben, daß weibliche Personen deutscher Staatsangehörigkeit im Alter vom vollendeten 14. bis zum vollendeten 40. Lebensjahr, die im Reichsgebiet wohnen, sich zur Prüfung ihrer Einsatzfähigkeit beim Arbeitsamt zu melden haben“⁵⁶. Die erste Meldung war zum 20. Mai geplant. Sie sollte noch nicht Frauen mit Familie und Schülerinnen betreffen.

Die geplanten Maßnahmen provozierten in den Spitzen der faschistischen Behörden eine ausführliche und grundsätzliche Erörterung der Lohn- und Arbeitsbedingungen für Frauen im Kriege. Bezeichnenderweise brachte keiner der Beteiligten, von Goebbels bis zum beliebigen Regierungspräsidenten, irgendein ernsthaftes prinzipielles Bedenken vor. Ideologische Beweggründe wurden nicht als Hemmnis angesehen; sie spielten anscheinend in dieser Frage keine Rolle mehr. Über den Abbau der seit 1933 gezüchteten Ressentiments gegen die Frauenarbeit machte man sich keine Gedanken, rechnete jedenfalls nicht mehr ausdrücklich mit ihnen. Indessen lagen gewichtige Anzeichen für ihr Fortbestehen vor, besonders ein merklicher Rückgang der Beschäftigung von Frauen in den ersten Kriegsmonaten. Das

52 vgl. *Kuczynski, Jürgen*, Lage der Arbeiter 1933–1945, S. 152.

53 Dok. R-140, *IMT*, Bd. 38, S. 395, Protokoll der Zusammenkunft Görings mit den Flugzeugindustriellen am 8. 7. 1938.

54 Dok. PS-3787, Bericht des OKW über die 2. Sitzung des Reichsverteidigungsrates am 23. Juni 1939, vom 10. Juli 1939, *IMT*, Bd. 33, S. 151, 153.

55 DZA Potsdam, Reichswirtschaftsministerium, Nr. 10347, Bl. 132.

56 Ebenda, Bl. 131, Reichsarbeitsminister Seldte an Ministerrat für die Reichsverteidigung, 27. April 1940.

einzigste ernsthafte, grundsätzliche Bedenken bezog sich auf das öffentliche Echo einer Zwangsverpflichtung von Frauen zur Arbeit, auf die Reaktion im Volk gegenüber einer solchen Zwangsmaßnahme. Aus dem Reichsministerium des Innern kamen schwerwiegende Argumente: „Die zwangsweise Heranziehung von Frauen zur Arbeit, die der Entwurf bezweckt, ist im besonderen Maße geeignet, die Stimmung der Bevölkerung zu beeinflussen. . . . Bei der Heranziehung der Frauen muß . . . besonders behutsam vorgegangen werden. Auf diesem Gebiet erfolgende Mißgriffe können sich sowohl auf die Stimmung in der Heimat wie auf die an der Front gefährlich auswirken.“⁵⁷

Trotz solcher politischen Bedenken sahen alle beteiligten Ressorts des faschistischen Staatsapparats die Zwangsmobilisierung der weiblichen Arbeitskräfte als notwendig an. Ein ökonomischer Zwang zur Arbeitsaufnahme bestand bei den nichtbeschäftigten Frauen, deren Männer eingezogen wurden, angesichts der relativ hohen Familienunterstützung nicht, und viele bisher arbeitende Frauen gaben im Hinblick auf die Unterstützungsgelder ihre Beschäftigung auf bzw. hatten sie bereits aufgegeben.

Nun aber stießen die Behörden unausweichlich auf ein neues, bedeutendes volkswirtschaftliches Problem, das sich schließlich als unlösbar erwies. Die Schwierigkeit für Nazibehörden und Monopole ergab sich aus dem herrschenden sozialökonomischen und politischen System und bestand in folgendem: Es war kriegswirtschaftlich notwendig geworden, in großem Umfang Frauen anstelle von Männern in der Rüstungsindustrie, d. h. vorwiegend an Arbeitsplätzen und in Industriezweigen zur Arbeit zu bringen, die bisher Männern vorbehalten waren. Wie sollten aber diese Frauen für ihre Arbeit bezahlt werden? Was bisher eine ökonomische Selbstverständlichkeit zu sein schien – die Unterbezahlung der Frauenarbeit bei gleicher Leistung –, das wurde in der Kriegswirtschaft mit einem Schlage zu einem tiefgreifenden sozialen Problem, das die ganze Wirtschafts- und Gesellschaftsstruktur des faschistischen Deutschlands bis in ihre Wurzeln hinein berührte.

Die Tarife für Frauenarbeit in ausgewählten Industrien betragen im Reich (in Prozent der Männertarife)⁵⁸:

Metallverarbeitende Industrie	75
Textilindustrie (Hilfskräfte)	74,4
Textilindustrie (Fachkräfte)	80
Schuhindustrie	75,6
Papierherzeugende Industrie	67,3
Süß-, Back- und Teigwarenindustrie	67,3
Bekleidungsindustrie	64,6
Braugewerbe	63,9
Papierverarbeitende Industrie	62,3
Feinkeramische Industrie	61,3
Buchdruckgewerbe	61,2

⁵⁷ Ebenda, Bl. 89, Staatssekretär Stuckart an Ministerrat für die Reichsverteidigung, 9. Mai 1940.

⁵⁸ s. ebenda, Bl. 95, Besprechungsunterlage für Unterstaatssekretär v. Hanneken (Reichswirtschaftsministerium), 8. Mai 1940.

Freier Verkauf der Arbeitskraft ohne staatsmonopolistische Beschränkungen hätte bei der bestehenden Situation auf dem Arbeitsmarkt zur schnellen Angleichung der Frauen- an die Männerlöhne geführt. Diese Lösung war für Monopole und faschistische Behörden völlig undiskutabel. Sie hätte sie nach Berechnung des Reichswirtschaftsministeriums jährlich drei bis vier Milliarden Mark gekostet⁵⁹ – Über-Profit, den die Monopole jährlich aus der Ausbeutung der weiblichen Werktätigen *als Frauen* zogen!

Die dem Regime am nächsten liegende Lösung war, die Frauenarbeit auch in der Rüstungsindustrie bzw. an Männerplätzen entsprechend niedriger zu entlohnen.⁶⁰ Doch dieser Weg war mit großen Gefahren für die Machthaber verbunden. Der Widerstand der Frauen, besonders derjenigen, die bisher mit der Familienunterstützung ausgekommen waren, gegen dies System, das sie so offensichtlich benachteiligte, wäre gefährlich angewachsen. Die Frauen hätten danach getrachtet, ihre Arbeitsleistungen entsprechend herabzumindern, oder man hätte sie überhaupt nicht für die Aufnahme der befohlenen Arbeit gewinnen können.

Eine Kompromißlösung, bei der die traditionellen Frauenlöhne die alten bleiben, die „neuen“ Frauenberufe aber nach Männertarifen entlohnt werden sollten, barg wiederum die Gefahr sozialer Spannungen zwischen traditionellen und neuen Frauenberufen sowie entsprechender Lohnforderungen bzw. einer Abwanderung von Frauen aus ihren traditionellen Berufen und Industriezweigen in sich.

Schließlich einigte man sich darauf, nur in bestimmten Industriezweigen – es sollten sogar, unter Mitwirkung des OKW, „katalogartig die einzelnen Betriebe aufgezählt werden“⁶¹ – und bei Übernahme ausschließlich von Akkordarbeiten, „die bis Kriegsbeginn üblicherweise von Männern geleistet worden sind, . . . bei gleicher Leistung unter gleichen Arbeitsbedingungen (keine Erleichterungen maschineller Art, keine größeren Pausen, keine Hilfskräfte) eine gleiche Entlohnung“⁶² zuzulassen. Von allen anderen Arbeiten sollten Abschläge vom Männerlohn, in der Regel 20⁰/₀, vorgenommen werden. Diese Regelung fand schließlich ihren Niederschlag in einem offiziellen Runderlaß des Reichsarbeitsministers an die „Reichstreuhänder der Arbeit“ vom 15. Juni 1940.⁶³

Auch bei dieser „Lösung“ blieben sich die Faschisten sehr wohl dessen bewußt, „daß es sich um ein Problem von allergrößter Tragweite handelt, das bei einem

59 Ebenda: „Wirtschaftliche Belastung einer solchen Angleichung bei *gleichbleibendem* Fraueneinsatz wäre jährlich 2,78 Milliarden RM. Bei dem angestrebten *vermehrten* Fraueneinsatz wahrscheinlich 3–4 Milliarden RM.“

60 In dieser Richtung argumentierte zum Beispiel Mitte März sehr scharf Regierungsrat Knolle, Reichsarbeitsministerium (*Knolle, Der Frauenlohn im Kriege*, in: *RABL.* 1940 V S. 119 ff.).

61 DZA Potsdam, a. a. O., Bl. 102, Reichsarbeitsminister an Beauftragten für den Vierjahresplan, 10. Mai 1940.

62 Ebenda, Bl. 99 v., Aktenvermerk aus dem Reichswirtschaftsministerium, 16. Mai 1940.

63 *RABL.* 1940 I S. 301, „Betr.: Lohn- und Arbeitsbedingungen der Frauen im Kriege“.

Fehlschlagen des jetzt unternommenen Versuchs u. U. unabsehbare Auswirkungen für die ganze Kriegswirtschaft haben kann“.⁶⁴

Einem zusätzlichen Problem sahen sich die Faschisten dadurch gegenübergestellt, daß die relativ hohen Sätze des staatlich gezahlten Unterhalts für Familien nach Einziehung des Familienvaters zur Wehrmacht für die Ehefrau keinen Anreiz zur Aufnahme einer Arbeit boten. Die Unterhaltssätze des Unterhaltsberechtigten – meist der Ehefrau – errechneten sich „unter Rücksichtnahme auf seine bisherigen Lebensverhältnisse“ je nach der Höhe des Nettoeinkommens, das der Einberufene vor der Einziehung hatte, in Form von steigenden Tabellensätzen (beispielsweise 48 Mark bei einem Einkommen von über 120 bis 130 Mark, 100 Mark bei über 250 bis 260 Mark). Zu diesen Sätzen traten die Zahlung der vollen Miete, Krankenunterstützung, Wochengelder, Beihilfe zur Aufrechterhaltung von Lebensversicherungen, zur Abwicklung von Abzahlungsgeschäften, zur weiteren Entlohnung einer Hausgehilfin und anderes, bis zu einer bestimmten Höchstgrenze (Nettoeinkommen von Mann und Frau vor der Einziehung abzüglich 15 Prozent).⁶⁵ Damit konnten die Frauen in sehr vielen Fällen „ohne Arbeit – wenn auch nicht besser, so doch bequemer leben.“⁶⁶ Eine erhebliche Anzahl von Frauen hatte deswegen nach der Einberufung ihrer Männer zu arbeiten aufgehört. Andere ließen sich „kriegs-trauen“, um danach ihre berufliche Arbeit zu beenden. „Die im Herbst 1939 erfolgte Neuregelung des Familienunterhalts“, so hieß es in einem Bericht Seldtes an den Chef der Reichskanzlei, Lammers, „hat nicht nur die Neigung unterstützter Frauen zur Aufnahme von Arbeit abgeschwächt, sondern auch dazu geführt, daß zahlreiche Frauen, denen nach erfolgter Kriegstraueung der Familienunterhalt gewährt wurde, ihre bisher ausgeübte Arbeit aufgaben“.⁶⁷

Je nachdem, ob nun der Arbeitsverdienst der Frauen, die zur Arbeit gezwungen wurden, auf den Familienunterhalt angerechnet wurde oder nicht (bisher wurden durchschnittlich 45 Prozent angerechnet), ergaben sich eine Fülle sozialer und politischer Probleme für das faschistische Regime, die hier im einzelnen nicht erörtert werden können. Selbst bei Nichtanrechnung aber konnte das Regime nicht damit rechnen, daß „tatsächlich der Arbeitswille gestärkt werde“, da die „Großzügigkeit des Familienunterhalts ... in gröblicher Weise mißbraucht“⁶⁸ würde. Parteigrößen wie Goebbels, Mutschmann, Sauckel schätzten die Situation mit zynischem Realismus und großer Furcht vor einer Verschlechterung der Massenseimmung ein und täuschten sich nicht über den Mangel an Interesse oder gar

64 DZA Potsdam, a. a. O., Bl. 103, Reichsarbeitsminister an Beauftragten für den Vierjahresplan, 10. Mai 1940.

65 s. ebenda, Bl. 110, Aktenvermerk aus dem Reichswirtschaftsministerium, o. D. Vgl. auch *Albrecht, G.*, Die Unterstützung der Familien Einberufener (Entwicklung und gesetzliche Grundlagen), in: *JbbNSt*, Bd. 151, H. 1 (Jan. 1940), S. 66–84.

66 DZA Potsdam, a. a. O., Bl. 108 v., Aktenvermerk aus dem Reichswirtschaftsministerium, 25. 5. 1940.

67 Dok. NG-1190, Fall XI, ADB 83, Seldte an Lammers, 21. 3. 1940, DZA Potsdam, Nürnberger Prozesse, Fall XI, Nr. 365, Bl. 61.

68 Ebenda, Bl. 114, Aktenvermerk aus dem Reichswirtschaftsministerium, o. D.

Begeisterung, für den Krieg zu arbeiten.⁶⁹ Zähneknirschend mußten sie sich eingestehen, daß die „Arbeitswiederaufnahme der Frauen . . . in der Hauptsache von den in Vorbereitung befindlichen Sondermaßnahmen über den verstärkten Einsatz von Frauen für Aufgaben der Reichsverteidigung (Meldepflicht) erwartet werden“ müsse.⁷⁰

Die hohen Sätze der Familienunterstützung, die nicht nach dem Fürsorge-, sondern nach dem Entschädigungsprinzip gezahlt wurde, waren ein Zugeständnis der herrschenden Kreise an die Bevölkerung, um Mann und Frau kriegswilliger zu machen. Der „Familienunterhalt“ erforderte enorme Etatmittel. Fritz Reinhardt, Staatssekretär im Reichsfinanzministerium, berechnete ihre Summe im September 1941 auf fünf Milliarden RM (für das laufende Rechnungsjahr), das war ein Achtel der für dieses Jahr geschätzten Reichseinnahmen.⁷¹ Die einschneidende Wirkung der Familienunterstützung erstreckte sich „auf das gesamte soziale und wirtschaftliche Leben . . . Es gibt heute in Deutschland kaum eine Familie, die nicht in irgendeiner Form mit dem Familienunterhalt in Berührung kommt.“⁷² Die ökonomischen und sozialen Auswirkungen der Unterstützungen (Schaffung neuer Kaufkraft, „negative Einstellung zur Arbeit“ usw.) wurden in eingeweihten Kreisen mit großem Unbehagen beobachtet.⁷³ Die einzige sachliche, wahrheitsgemäße Begründung, die die herrschenden Kreise für dieses kostspielige und in seinem Erfolg für sie so fragwürdige System hatten, formulierte Schielin: Es gehe „während des Krieges darum . . ., die Stimmung des Volkes, in erster Linie die Haltung der breiten Massen, zu festigen. Nur aus diesem Grunde läßt sich die Großzügigkeit rechtfertigen, die nach den anderen untersuchten Gesichtspunkten in mancher Beziehung bedenklich erscheint.“⁷⁴

In der Absicht, sich aus dem Widerspruch freizukaufen, der zwischen den Kriegsanforderungen an die Lebenskraft des Volkes und dessen Mangel an Kriegsbegeisterung lag, waren jene Kreise in ein Knäuel neuer, vorwiegend ökonomisch basierter Widersprüche geraten, die sich nunmehr in akuter Weise bemerkbar machten. Sie erwiesen sich als im Grunde für sie unlösbar, d. h., sie ließen sich ohne schwere wirtschaftliche, soziale und politische Erschütterungen der ganzen gesellschaftlichen Ordnung nicht lösen.

Der Arbeitszwang für Frauen, sogar die zunächst vorgesehene Meldepflicht, blieben 1940 im Entwurfsstadium stecken. Monopole und Naziclique konnten die Lösung dieses Problems um so leichter aufschieben, als sie in der folgenden Zeit in den

69 s. ebenda, Bl. 114 ff., 108 ff.

70 Ebenda, Bl. 109, Aktenvermerk aus dem Reichswirtschaftsministerium, 25. Mai 1940.

71 *Reinhardt, Fritz*, Gemeinschaftsbedarf und seine Finanzierung nach nationalsozialistischen Grundsätzen, in: Die Deutsche Volkswirtschaft, Jg. 1941, Nr. 26, 2. Sept.-Heft, S. 991.

72 *Schielin, Irma*, Der Familienunterhalt (Anwendung und Bewährung), in: JbbNSt, Bd. 157, H. 5/6 (Mai/Juni 1943), S. 458.

73 s. ebenda, S. 454 ff.

74 Ebenda, S. 457. Gemeint sind der „sozialpolitische“ und der „volkswirtschaftliche“ Gesichtspunkt.

Zwangsarbeitern aus den besetzten Gebieten ein unvergleichlich billiges und scheinbar unerschöpfliches Arbeitskräftereservoir fanden.⁷⁵ Trotzdem gab es, sobald die Kriegswirtschaft in einer Phase großen Druckes stand, jedesmal wieder stärkere Forderungen nach einer Zwangsverpflichtung für Frauen. Besonders seit August 1940 griffen Spitzenbehörden wie das Wehrwirtschafts- und Rüstungsamt des OKW (General Thomas) die Frage wieder auf⁷⁶, erhielten aber den Bescheid, „daß die Frauendienstpflicht aus politischen Gründen zur Zeit nicht in Erwägung gezogen werden könne.“⁷⁷

Die Zahl der beschäftigten Frauen fiel in der ersten Periode des Krieges um 459 000 (über 3 Prozent).⁷⁸ In der Landwirtschaft lag der Satz bei 11, in Industrie und Handwerk bei 4 Prozent.⁷⁹ Die Zahl der weiblichen Arbeiter und Angestellten⁸⁰ ging besonders von Mitte 1939 bis Frühjahr 1940 (März) stark zurück (6,4 Prozent), stieg wieder etwa auf den Vorkriegsstand⁸¹ und sank bis zum Frühjahr 1941 noch einmal erheblich ab. Im Oktober 1940 (!) wurde erstmals wieder das Verhältnis zwischen weiblichen und männlichen Arbeitern und Angestellten vom Januar 1933 erreicht (37 : 100).⁸²

Gerade in dem ersten halben Jahr nach Kriegsausbruch nahm also die Beschäftigung von weiblichen Arbeitskräften beträchtlich ab. Das kann indessen nicht verwundern: An Zehntausende von Familien der Eingezogenen wurde als „Abfindung“ für die Betroffenen, als eine Art Versicherungsprämie für das Regime, eine Unterstützung gezahlt, die in vielen Fällen, auch ohne daß die Soldatenfrau arbeiten ging, zu dem Leben hinreichte, das die Zwangsbewirtschaftung sie noch führen ließ. Die Bestimmungen der KWVO und besonders jene behördlichen Maßnahmen, die den Schutz der Frauenarbeit aufhoben, taten das Ihre und bewogen viele Frauen, ihr Arbeitsverhältnis zu lösen. Auch der scharfe Mangel an sozialen Einrichtungen

75 Einen engen Zusammenhang zwischen der faschistischen Politik gegenüber dem eigenen Volk und der Zwangsrekrutierung von Millionen ausländischer Arbeitskräfte als dem Weg des vermeintlich geringeren Widerstandes konstatiert besonders hinsichtlich der Frage der Frauenarbeit auch *Homze, Edward L.*, *Foreign Labor in Nazi Germany*, Princeton, N. J., 1967, S. 10.

76 s. Dok. PS-1457, Kriegstagebuch des Wehrwirtschafts- und Rüstungsamtes (Kladde), Eintragung Nr. 64 (22. Aug. 1940) u. 73 (9. Jan. 1941), Fall VI, ADB 20, DZA/FS, IG-Farben-Prozeß, Film Nr. 413; Dok. PS-1456, Kriegstagebuch des Wehrwirtschafts- und Rüstungsamtes, Vortragsnotiz Thomas' über Besprechung bei Todt, 22. Aug. 1940, Fall XI, ADB 122 A, DZA Potsdam, Fall XI, Nr. 415, Bl. 167; ebenda, Bl. 159, Vortragsnotiz Thomas', 13. Sept. 1940; ebenda, Bl. 142, Protokoll einer Besprechung Thomas' mit Industriellen, 9. Jan. 1941.

77 Dok. PS-1457, a. a. O. (9. Jan. 1941); gibt Äußerung Fritz Todts wieder.

78 *The Effects*, S. 207. Berechnet vom 31. Mai 1939 bis zum 31. Mai 1941.

79 Ebenda, S. 205; *Kaldor, Nicholas*, a. a. O., S. 13.

80 Nach der Krankenkassenstatistik (Mitgliederstatistik), d. h. ohne Berücksichtigung der Masse der „mithelfenden Familienangehörigen“ (bsd. Landwirtschaft).

81 *Scharlau*, *Der Arbeitseinsatz der Frauen im Kriege. Eine statistische Untersuchung*, in: *RABl.* 1941 V S. 86. (15. Febr. 1941).

82 Ebenda, S. 87.

für berufstätige Frauen mit Kindern, den die hohe Geburtenrate der dreißiger Jahre noch spürbarer hervortreten ließ, trug häufig zum Ausscheiden von Frauen aus dem Beruf bei.⁸³

So spiegeln sich in der Entwicklung der Frauenarbeit innere, latente Schwächen des Regimes vielfältig wider.

e) Anzeichen innerer Schwäche des Regimes

Mit der dumpfen Furcht vor dem eigenen Volk im Nacken betrieben die Monopole und faschistischen Machthaber ihre soziale und politische Demagogie, eine Politik hemmungsloser Versprechungen und teilweise auch sozialer Kompromisse und Zugeständnisse, immer zu dem Zweck moralisch-politischer Korrumpierung der Volksmassen.

Das Verhältnis zwischen Terror bzw. offener Bedrückung und Auspressung der Werktätigen durch außerökonomischen Zwang einerseits und demagogischen Versprechungen und Zugeständnissen andererseits änderte sich in den einzelnen Perioden des Krieges; jederzeit aber stellte es ein Hauptproblem für die herrschende Klasse dar. Schwere Angriffe auf die Lage der arbeitenden Massen, brutale Vorstöße in Richtung auf ihre Lebens- und Arbeitsbedingungen, wechselten mit massiver, eruptiver Demagogie oder auch mit Zugeständnissen und Kompromissen. Bei jeder Änderung der Lage, vor allem des Kriegsverlaufs, standen sich die Vertreter des schroffen und des vorsichtigeren Kurses unmittelbar gegenüber; vielfach zeigten sich Radikalität und Angst vor den Massen an ein und derselben Person (beispielsweise bei Goebbels). Auch bereitete man materielle und politische Verschlechterungen und Erschwernisse für die Werktätigen mit demagogischen Ablenkungsmanövern vor.⁸⁴

Die Hauptwaffe des Regimes gegen den „inneren Feind“ war und blieb der offene faschistische Terror. Auch die gewaltige wirtschaftliche Kraftanstrengung, die der Krieg erforderte, glaubten die herrschenden Kreise auf der Basis des Kriegsrechts vor allem durch Terror aus dem Volk herauspressen zu können. Wohl kann Gewalt zu einer ökonomischen Potenz werden, besonders wenn sie, wie im Faschismus, tief in die Ökonomik, bis auf den letzten Arbeitsplatz, vordringt. Indessen ließ sich der Mangel an Kriegsbegeisterung nur in bestimmtem Umfang durch Zwang und Terror kompensieren. Der bestialische Terror konnte niemals wirklich anregend auf die Schaffenskraft und auf den Opferwillen des Volkes wirken; im Gegenteil, er mußte dessen schöpferische Kräfte gegen das Regime aufbringen oder sie ab-

⁸³ vgl. auch *Homze, Edward L.*, a. a. O., S. 9 f.

⁸⁴ Als solche sind beispielsweise Hitlers lautstarke Ankündigung (15. Febr. 1940) einer „umfassenden und großzügigen Altersversorgung des deutschen Volkes“ nach dem Kriege und deren anschließende „Vorbereitung“ durch Ley sowie Hitlers „Erlaß zur Vorbereitung des deutschen Wohnungsbaues nach dem Kriege“ (*RGBl.* 1940 I S. 1495 ff., vom 15. Nov. 1940) zu werten; s. a. *Dokumente der deutschen Politik*, hg. v. F. A. Six, Bd. 8, T. 2, Berlin 1943, S. 710 ff.

stumpfen. Außer Angst und Apathie – beide denkbar untauglich als Stimuli zu höheren Arbeitsleistungen und größeren materiellen Opfern – rief er notwendigerweise auch vermehrten Widerstand hervor. Nichts aber fürchteten die Machthaber mehr als dies. Schon die geringsten Veränderungen in der Massenstimmung, jede Unzufriedenheit unter der Bevölkerung registrierten und verfolgten sie peinlich genau, voller Mißtrauen, immer in der Furcht vor „Stimmungseinbrüchen“. Die Beseitigung aller demokratischen Rechte hatten sie mit der inneren Unsicherheit des Regimes gegenüber dem Volk erkaufte, mit der bleibenden Angst vor dem inneren Plebiszit, die wiederum nur durch Terror zu überdecken war.

Es war eine kardinale Schwäche des Systems, daß es nicht anders als durch Terror der Kriegswirtschaft zusätzliche innere Potenzen erschließen konnte. Dieser dem Faschismus überhaupt immanenten Schwäche waren sich führende Vertreter des Naziregimes auch mehr oder weniger deutlich bewußt. Aber zwischen dem Terror gegen das Volk und der Furcht vor dem Volk waltete eine unausweichliche, geradezu gesetzmäßige dialektische Wechselwirkung.

Diese Dialektik läßt sich vielleicht am besten an der Phase des Kriegsbeginns, des Übergangs von der Rüstungs- zur Kriegswirtschaft, beobachten und untersuchen. Die Entfesselung des Krieges bedeutete für Monopole und Naziclique den Beginn eines Abenteuers, das besondere Schwierigkeiten und Gefahren, einschließlich des Risikos einer Niederlage, in sich barg. Mehr als bisher waren sie auf Ruhe im Innern, auf die Fügsamkeit des eigenen Volkes angewiesen; sie mußten jetzt sogar auf seine Bereitwilligkeit bauen, außer den Blutopfern an der Front auch in der Heimat den Machthabern ein Zusätzliches, Mehrfaches an Arbeits- und Lebenskraft zu liefern. Zugleich aber klafften die Widersprüche zwischen ihren Zielen und den Lebensinteressen der Volksmassen so weit auseinander wie nie zuvor. Aus dieser Situation heraus sind auch die Ergebnisse der vorliegenden Untersuchung zu verstehen.

Kaum hatte aber das faschistische Regime bemerkt, welche Schwierigkeiten und Nachteile ihm erwachsen, wenn es das ganze System der kriegswirtschaftlichen Gesetzgebung vom Herbst 1939 durchsetzen wollte, und kaum hatte es versucht, darauf zu reagieren, so schienen die ersten militärischen Erfolge es ihm auch schon zu erlauben, wichtige Teile des Gesetzespaketes wieder zu annullieren, andere dilatorisch zu behandeln, überhaupt das Tempo der wirtschaftlichen Umstellung auf den „totalen“ Krieg erheblich zu verlangsamen. Den Ausfall an kriegswirtschaftlichen Ressourcen, der dadurch entstand, gedachte es, leichter, ohne Gefahr für das innenpolitische Gleichgewicht und für die Kriegsmoral des Volkes, durch rücksichtslose Ausbeutung der Hilfsquellen und Arbeitskräfte fremder Länder wettzumachen. Hatte man bisher verschiedene Schichten des eigenen Volkes gegeneinander und alle Klassen und Schichten zusammen gegen die jüdische Bevölkerung auszuspielen versucht, so versuchte man jetzt, auf größerer Stufenleiter, das deutsche Volk gegen andere Völker auszuspielen. Damit entfalteten sich, durchaus gesetzmäßig, Wesenszüge faschistisch-imperialistischer Politik. Es schien hiermit deutlich auf, wie die Dialektik von Terror und Furcht hineinspielte in das ebenfalls dialektische Verhältnis zwischen extremer Reaktion des Regimes nach innen und höchster Aggressivität nach außen.

2. Die ausländischen Zwangsarbeiter in Deutschland

a) Grundzüge einer Definition der Zwangsarbeit

Es besteht ein tiefreichender ursächlicher Zusammenhang zwischen dem allgemeinen Drang des Imperialismus nach billigen Arbeitskräften – ihm ebenso immanent wie der nach Rohstoffen, Absatzmärkten und Kapitalanlagesphären – und der diesbezüglichen Politik und Praxis des deutschen Imperialismus und Faschismus.⁸⁵ Die profitable Ausbeutung der Arbeitskräfte fremder Länder, ja Kontinente gehörte zu den hauptsächlichen Kriegszielen des deutschen Monopolkapitals. Obwohl gerade diese Komponente in der Kriegszielplanung der deutschen Monopole noch ausgiebiger Erforschung im einzelnen bedarf, so ist der historische Tatbestand völlig eindeutig und kann in seiner geschichtlichen Kontinuität bis weit zurück in die Zeiten der deutschen Kriegszielplanungen für den ersten Weltkrieg verfolgt werden. Wie allgemein der imperialistische Grundcharakter der Zwangsarbeit ausländischer Arbeitskräfte, so wird in der bürgerlichen Geschichtsschreibung besonders die Initiative und führende Rolle der großen Monopole und hervorragend wichtiger staatsmonopolistischer Institutionen bei der Planung und Exekution der Massenzwangsarbeit gelehrt⁸⁶ oder unterbewertet und abgewertet.⁸⁷

Die Ausbeutung ausländischer Arbeitskräfte, wie überhaupt der wirtschaftlichen Ressourcen überfallener und besetzter Länder, sollte dem deutschen Imperialismus zugleich das Mittel dazu bieten, gewaltige Eroberungsziele über den ganzen Erdball hin mit unverhältnismäßig geringem eigenen ökonomischen Potential zu verfolgen. Als solch ein Mittel war sie unabdingbarer Bestandteil der Blitzkriegsstrategie.

Jener expansive Drang des Imperialismus war also die Grundursache, die Ursache letzter Instanz für die Zwangsarbeit von Millionen verschleppter ausländischer Zivilpersonen und Kriegsgefangenen sowie von KZ-Häftlingen aller Nationalitäten in Deutschland während des zweiten Weltkrieges. Auch im Einflußbereich der USA-Monopole und im Weltreich des englischen Imperialismus ist eine Erscheinung wie die zwangsweise Ausbeutung von Zehntausenden und Hunderttausenden von Arbeitskräften fremder Nationalität keine Ausnahmeerscheinung gewesen, und sie existiert in der einen oder anderen Form heute noch. Aber erst in Deutschland unter der Herrschaft des Faschismus und erst im Krieg nahm die Zwangsarbeit die bekannten unmenschlichen Züge und ihren bisher einmaligen Umfang an. Ihre spe-

85 Wichtige Gedanken zum Charakter von Zwangsarbeit und Zwangsarbeitssystem s. bei *Schmelzer, Janis*, *Das hitlerfaschistische Zwangsarbeitssystem und der antifaschistische Widerstandskampf der ausländischen Kriegsgefangenen und Deportierten (1939–1945)*, dargestellt unter besonderer Beachtung der IG-Farben-Betriebe im Bereich Halle-Merseburg, phil. Diss. Halle 1963.

86 So in dem Machwerk von *Kannapin, Hans-Eckhardt*, *Wirtschaft unter Zwang*, Köln 1966.

87 Beispielsweise neuerdings bei *Homze, Edward L.*, a. a. O.

zifische Form im zweiten Weltkrieg war ursächlich engstens mit dem deutschen Faschismus und mit seinem Krieg verknüpft – also mit bestimmten, spezifischen Formen der politischen Herrschaft im Imperialismus und in der allgemeinen Krise des Kapitalismus, mit Kriegszustand und Kriegsrecht und mit bestimmten, extremen Formen des staatsmonopolistischen Kapitalismus.

Die Formen und Methoden der „Beschaffung“, Ausbeutung und Diskriminierung ausländischer Zwangsarbeiter von 1939 bis 1945 in Deutschland waren verknüpft mit der Existenz der *faschistischen* Herrschaft, faschistischer Methoden, des faschistischen Terrorapparats. Es waren selbst typisch faschistische Methoden; sie bildeten ein ganz wesentliches Merkmal des Faschismus in seiner deutschen, das bedeutet, in seiner ausgeprägtesten, gefährlichsten Spielart.

Es war ferner der *Krieg*, der die Anwendung dieser Methoden überhaupt möglich machte, nicht nur insofern, als erst in seinem Verlauf andere Völker in den Zugriff der deutschen Imperialisten gerieten und verschleppt werden konnten, sondern auch insofern, als die vollständige Militarisierung des gesellschaftlichen Lebens einschließlich der öffentlichen Meinung im eigenen Land und das Kriegsrecht – so wie es die Faschisten auslegten – die letzten Schranken für ihre Anwendung beseitigten. Der Krieg machte die Zwangsarbeit auch zu einer Notwendigkeit für das deutsche Monopolkapital angesichts der Diskrepanz zwischen seinen Kriegszielen und seinem Wirtschaftspotential.

Und noch ein dritter Gewaltfaktor war notwendig, um Zwangsarbeit auf solcher Stufenleiter zu betreiben: die Vereinigung von Staatsmacht und Monopolsmacht zu einem einzigen *staatsmonopolistischen* Mechanismus. Das Regime des „Militärzuchthauses“ für die Werktätigen datierte in seinen ersten Entwicklungsstadien schon aus der Vorkriegszeit. Seine Einrichtung war, wie schon im ersten Weltkrieg, überhaupt notwendig mit der imperialistischen Kriegswirtschaft verknüpft. In dieses System, unter ungleich verschärftem Druck und verschlechterten Bedingungen, wurden die Zwangsarbeiter einbezogen. Es wurde entsprechend ausgebaut. Mächtige Institutionen entstanden, die die gewaltsame Aushebung, den Transport, die Verteilung und „Betreuung“ der Millionen Zwangsarbeiter zu regulieren und ihren Widerstand in jeder Form zu brechen hatten.

Zur Vervollständigung einer Definition der Zwangsarbeit ist es unerlässlich, die spezifische Rolle der Monopole genauer zu bestimmen, da Zwangsarbeit wie Krieg und Faschismus letzten Endes Ergebnis ihrer Herrschaft waren. Es war charakteristisch für die Zwangsarbeit im zweiten Weltkrieg, daß sie überwiegend industrielle Massen-Zwangsarbeit in der deutschen Kriegswirtschaft war. Damit liegt die Verantwortung bereits für die elementare Tatsache bei den Monopolen, daß das Schicksal von Millionen ausländischer Bürger die Verschleppung ins Reich und die Arbeit unmittelbar für die deutschen Rüstungskonzerne war. Auch die Arbeit in den okkupierten Ländern selbst, meist ebenfalls mit Zwangscharakter, diente weitgehend der Stärkung der deutschen Kriegsmaschinerie und bereicherte vielfach direkt deutsche Monopole; aber sie hatte, im ganzen gesehen, doch wohl eine geringere Bedeutung für das Rüstungspotential des deutschen Imperialismus. Tatsächlich gab es in den herrschenden Kreisen Nazideutschlands verschiedene Ten-

denzen und Widersprüche in bezug auf die Frage, ob Verschleppung oder Zwangsarbeit an Ort und Stelle.⁸⁸

Der hochindustrialisierte und hochmonopolisierte Zustand der deutschen Wirtschaft gab überhaupt eine entscheidende objektive Grundlage dafür ab, daß die Monopole sich zu der vergleichsweise brutaleren Variante der – für sie kostspieligen und nicht risikolosen – Massenverschleppung ins Reich entschlossen. Die leistungsfähige, dabei noch nicht ausgelastete deutsche Großindustrie, die schon in hohem Grade auf die Kriegsproduktion und auf die Bedürfnisse der deutschen Kriegsführung um- und eingestellt war, hungerte förmlich nach lebendiger Arbeit und Mehrarbeit.

Die bis jetzt zur Verfügung stehenden Quellen liefern genügend konkrete Beweise für die offen verbrecherische Verschleppungskonzeption der führenden deutschen Monopole, für ihre Initiative und führende Rolle bei der Massenverschleppung in allen Phasen des Krieges.

Einem System extremer Lohnsklaverei, so wie es die deutschen Monopole einrichteten und sich einrichten ließen, mußte nun aber eine geradezu explosive Widersprüchlichkeit innewohnen. Der Antagonismus zwischen den Volksmassen der besetzten, ausgeplünderten Länder, zwischen den Zwangsarbeitern und den imperialistischen deutschen Eroberern war unaufhebbar. Die Faschisten beraubten die Zwangsarbeiter ihrer Freiheit und ihrer bürgerlichen Rechte, diskriminierten und terrorisierten sie und hielten sie auf dem Niveau der primitivsten Lebensbedürfnisse, um jedem Widerstand zuvorzukommen. Damit jedoch konnten sie nicht das Massenheer von Arbeitskräften für die moderne Kriegsproduktion gewinnen, das sie benötigten. Das Produktionsverhältnis der „Sklavensarbeit“ war historisch überlebt, war zum Scheitern verurteilt, sobald es nur zur barbarischen Wirklichkeit wurde. Diese Form der Ausbeutung kam unter den Bedingungen der hochentwickelten kapitalistischen Produktion zustande, denen sie, auf die Dauer zumindest, widersprechen mußte und denen sie bereits während des Krieges in verschiedener Hinsicht widersprach.

Die ökonomischen waren hier untrennbar mit den politischen Widersprüchen verknüpft. Um hier nur ein grundsätzliches politisches Moment anzudeuten: Der für die Monopole ideale Zustand – Disziplin des „Arbeitshauses“, Extraprofite nach kolonialem Stil, kostenlose und scheinbar unerschöpfliche Zufuhr, vielfach kostenlose, staatliche Bewachung der Arbeitskräfte – war nur unter Kriegszustand denkbar, genau so wie die Versuche, in den besetzten Ländern selbst, besonders in Polen und in der Sowjetunion, ein koloniales Regime zu errichten. Ewiger Krieg und Kriegszustand auch im Innern wären nötig gewesen, um das Regime der Zwangsarbeit aufrechtzuerhalten – oder Ausrottung der nichtdeutschen Völker und damit ihres Widerstandes. Und die Hitler und Himmler waren im allgemeinen konsequent genug zu erkennen, daß dies gar keine Alternative war, sondern daß ihnen zur Er-

88 s. *Seeber, Eva*, Zwangsarbeiter in der faschistischen Kriegswirtschaft. Die Deportation und Ausbeutung polnischer Bürger unter besonderer Berücksichtigung der Lage der Arbeiter aus dem sogenannten Generalgouvernement (1939–1945), S. 104 ff., 130.

füllung ihrer Ziele im Grunde nur ein Weg offenstand: Krieg bis zur Ausrottung. Ein Endergebnis, das für die Monopole nicht befriedigend sein konnte.⁸⁹

Die grundlegenden ökonomischen Widersprüche der Zwangsarbeit, die aus der Aufhebung des Warencharakters der Arbeitskraft und dem Vorherrschen des außerökonomischen Zwangs entspringen mußten, wirkten sich infolge der Kürze der Zeit, die den deutschen Monopolen für ihr faschistisches Experiment zur Verfügung stand, noch nicht sehr deutlich aus. Immerhin waren die Störungen der Produktion durch Sabotage, abgesehen von ihrer großen politischen Bedeutsamkeit, auch Anzeichen für das krisenhafte Aufbrechen ökonomischer Widersprüche. Ein Millionenheer von mit Gewalt niedergehaltenen Parias als industriellen Arbeitskräften vertrug sich nicht mit den Erfordernissen des modernen, hochkomplizierten, störepfindlichen industriellen Organismus, in dem ein Glied vom anderen abhängig, ein kompliziertes und kostspieliges Maschinen- und Apparatesystem mit dem anderen aufs engste verflochten war. Es vertrug sich vor allem nicht mit einer raschen technischen Fortentwicklung dieses Organismus, sondern mußte ein Absinken im Tempo der Entwicklung der Produktivkräfte bewirken; stellte die Millionenmasse der ungelerten oder ihrem Beruf entfremdeten oder überhaupt der industriellen Arbeit ungewohnten Zwangsarbeiter doch schon an sich während der Kriegsjahre eine Senkung des Niveaus der Produktivkräfte von erheblichem Ausmaß dar.

Noch in einer anderen wichtigen Beziehung war die Einrichtung der Zwangsarbeit in Deutschland der Ausdruck konzentriertester Herrschaft der Monopole. Die Faschisten versuchten bewußt, das materielle Elend, die moralische Degradation und die Arbeitsqual abzustufen, vom deutschen Schwer- und Facharbeiter bis zum jüdischen KZ-Häftling und sowjetischen Kriegsgefangenen eine vielfältig und bis ins kleinste abgestufte Skala der Behandlung bzw. Diskriminierung, der Arbeitsbedingungen, der Entlohnung und Verpflegung aufzustellen, um die verschiedenen Schichten und Gruppen gegeneinander ausspielen zu können. In extremer Form entsprach der Faschismus damit einer allgemeinen Tendenz des Monopolkapitalismus, privilegierte Schichten von Arbeitern und anderen Werktätigen auszusondern und so die Massen in mehrere leichter manipulierbare Schichten und Gruppen zu spalten. Das war eines der wichtigsten, noch kaum erforschten Mittel des Faschismus und des deutschen Finanzkapitals im Klassenkampf.

Die erwähnte abgestufte Pyramide der Ausbeutung sollte nach den Kriegszielen des deutschen Imperialismus in europäischem und schließlich im Weltmaßstab aufgerichtet werden. Ganze Völkerschaften sollten ihre Bausteine sein. Aber das Modell für eine solche Pyramide wurde schon während des Krieges innerhalb Deutschlands aufgebaut und erfüllte für die herrschenden Kreise die wichtige Funktion einer „inneren Kolonie“.

89 s. a. Einleitung, S. 9 f.

b) Die Entstehung des Zwangsarbeitssystems

Schon Anfang 1939, viele Wochen vor dem Einmarsch der faschistischen Wehrmacht in Prag und der gänzlichen Zerschlagung der Tschechoslowakischen Republik, beschäftigten sich Wehrmacht und oberste Reichsbehörden mit intensiven Planungen für den Einsatz von Kriegsgefangenen in der deutschen Rüstungswirtschaft. „Der Fehlbedarf an Arbeitskräften zwingt zu einer möglichst weitgehenden und zweckmäßigen Einsetzung etwaiger Kriegsgefangener“, schrieb Reichswirtschaftsminister Funk an das OKW.⁹⁰ Ein Unterausschuß des Reichsverteidigungsrates hatte sich bereits am 17. Januar mit diesem Problem befaßt und die Ausarbeitung von ausführlichen Richtlinien für Unterbringung, Einsatz und Arbeitsbedingungen der Kriegsgefangenen beschlossen, bei der beide beteiligten Stellen und das Reichsarbeitsministerium eng zusammenarbeiten wollten. Entsprechende Entwürfe lagen bereits Ende Januar vor.⁹¹

Im Mai forderten die Ruhrkonzerne mit Unterstützung von Funk 22000 zusätzliche Arbeitskräfte für den Bergbau an, „und Kellermann⁹² betonte, daß er nicht daran zweifle, daß innerhalb kurzer Zeit diese 22000 Mann zur Stelle wären. Die Ankunft von Leuten aus der Tschechoslowakei, von der Westfrontbefestigung und anderen Bauarbeitern habe bereits begonnen“⁹³. Tschechoslowakische Arbeiter – keine Kriegsgefangenen, sondern zivile Arbeitskräfte – waren also die ersten Opfer der planmäßigen Verschleppung ausländischer Arbeitskräfte ins Reich zur Arbeit in der deutschen Rüstungswirtschaft, und führende deutsche Monopole waren zugleich Initiatoren und Nutznießer dieser Anfänge des Zwangsarbeitssystems im zweiten Weltkrieg.

Die letzte Sitzung des Reichsverteidigungsrates vor dem Kriege, die am 23. Juni 1939 stattfand und an der unter Görings Vorsitz die Spitzen der Wehrmacht, der Behörden und der Nazipartei teilnahmen, beschäftigte sich vor allem mit der Arbeitskräftesituation im Falle des Krieges. Hier gab Göring Funk den offiziellen Auftrag, die Beschäftigung der Kriegsgefangenen, der KZ-Häftlinge sowie der Insassen von Gefängnissen und Zuchthäusern in der deutschen Kriegswirtschaft vorzubereiten. Besonders aber kündigte er an, „daß im Kriege aus den Nichtwehrwirtschaftsbetrieben im Protektorat Hunderttausende in Deutschland, in Baracken zusammengefaßt, unter Aufsicht, eingesetzt werden sollen, zumal in der Landwirtschaft.“⁹⁴

90 Dok. EC-488, *IMT*, Bd. 36, S. 547, Schreiben des Generalbevollmächtigten für die (Kriegs-)Wirtschaft an das OKW, 28. 1. 1939.

91 vgl. ebenda, S. 545 ff.

92 Hermann Kellermann = Aufsichtsratsvorsitzender des Rheinisch-Westfälischen Kohlensyndikats, Vorstandsmitglied der Gutehoffnungshütte Oberhausen AG (Haniel-Konzern).

93 *DWI*, Nr. 4374, Bd. 16, Protokoll der Besprechung im „Kleinen Kreis“ am 24. 5. 1939.

94 Dok. PS-3787, *IMT*, Bd. 33, S. 152 ff., Sitzungsbericht des OKW (WFA) über die 2. Sitzung des Reichsverteidigungsrates am 23. 6. 1939, v. 10. 7. 1939.

Diesen Tatsachen zum Trotz hält Homze, Verfasser eines Buches mit dem Anspruch eines Standardwerks, peinlich genau die allgemeine Linie bürgerlicher Apologetik ein, wenn er den Versuch unternimmt, Umfang und Bedeutung der faschistischen Planungen auf dem Gebiet der Zwangsarbeit nach Kräften herabzumindern und den imperialistischen Charakter dieser Planungen wie der Zwangsarbeit selbst zu negieren. Nur Hitler und allenfalls Göring (den er im konkreten Fall mit Funk verwechselt) macht er für Vorbereitungen in dieser Richtung verantwortlich. Die Führung der Wehrmacht ist er zu entlasten bemüht. Die Monopole bleiben ganz aus dem Spiel; die Frage nach Forderungen und Initiativen von ihrer Seite stellt er gar nicht erst.⁹⁵

Die Zwangsarbeit in ihrer ersten Phase, bis zum Frühjahr-Sommer 1940, fiel mit der Ausbeutung nahezu ausschließlich polnischer Verschleppter und Kriegsgefangener (sowie weiterer tschechischer Arbeiter) zusammen. Die Zahlen ergeben (bis 1941) folgendes Bild⁹⁶:

*Ausländische Arbeiter in Deutschland
(in 1000)*

Jahr	Insgesamt	– davon (in Prozent) –	
		in der Land- wirtschaft	in der Industrie (mit Verkehr)
1939 (31. Mai)	301	40	37 (42)
1940 „	1154	59	22 (25)
1941 „	3033	48	32 (35)

Damit stellten die ausländischen Arbeiter folgenden Anteil an der Gesamtzahl der landwirtschaftlichen und der Industriearbeiter im Reich (in Prozent)⁹⁷:

Jahr	Landwirtschaft	Industrie
1939	1,1	1,0
1940	6,4	2,6
1941	13,6	9,5

Nach der Niederlage Polens wuchs die Zahl der ausländischen Arbeiter binnen kurzem auf das Vierfache an. Die Masse der nun zur Arbeit ins Reich gezwungenen polnischen Zivilpersonen und Kriegsgefangenen wurde in die Landwirtschaft geschleust.

Die Lage der ins Reich gebrachten Ausländer war von Anfang an so verschieden von der gewöhnlichen Lage landwirtschaftlicher Saisonarbeiter, daß kein Vergleich mit früheren Perioden der deutschen Geschichte Stich hält. Der deutsche Faschismus

95 s. *Homze, Edward L.*, a. a. O., S. 13 ff.

96 Nach: *The Effects*, S. 206 (Vorkriegsgebietsstand; eingeschlossen Kriegsgefangene und deutsche jüdische Arbeitskräfte).

97 Ebenda.

trat als Sieger und als Eroberer auf und setzte den Völkern in den besetzten Ländern seinen Stiefel in den Nacken. In Polen hatten die deutschen Monopole sich die industriell entwickelten Gebieten des westlichen Polens, besonders Ostoberschlesien, durch Annexion angeeignet; nun wurde die Weltherrschaftskonzeption des deutschen Imperialismus in nuce an der polnischen Bevölkerung demonstriert.

Bis zum Sommer 1940 war das System in allen wesentlichen Zügen geschaffen, das den polnischen Arbeitern im Reich eine Pariastellung noch unter dem Status von Kolonialvölkern zuwies. Eine grobe Analyse der Lebens- und Arbeitsbedingungen der polnischen landwirtschaftlichen Arbeitskräfte, auf die wir uns hier beschränken, muß die Methoden der Anwerbung, das ihnen gesetzlich und tariflich zugebilligte Maß an Unterhaltungsmitteln und Arbeitsbedingungen und – nicht zuletzt – die Diskriminierung erfassen, die sie in allen übrigen Bereichen des Lebens im faschistischen Deutschland erfuhren.

In den ersten Wochen und Monaten des Krieges waren es vorwiegend polnische Kriegsgefangene, die mit äußerster Beschleunigung der Landwirtschaft, besonders den großen Gütern, zur Arbeit in der Hackfruchternte überwiesen wurden. Ihre Arbeitskraft war, wie es ausdrücklich und offiziell angeordnet wurde, „auf das schärfste anzuspannen.“⁹⁸ 300 000 Gefangene (70 bis 80 Prozent aller nach Deutschland gebrachten polnischen Kriegsgefangenen) wurden auf diese Weise in Arbeitskommandos „innerhalb häufig nur weniger Tage nach ihrer Einlieferung“ eingesetzt.⁹⁹ Wie sich die faschistischen Behörden brüsteten, war es ihnen „gelungen, trotz der bis zum Eintreffen der meisten Kriegsgefangenen zum Teil schon sehr vorgerückten Jahreszeit den weitaus größten Teil der polnischen Kriegsgefangenen noch rechtzeitig bei der Hackfruchternte, vor allem in den östlichen und mitteldeutschen Gebieten anzusetzen“.¹⁰⁰

Das Verhältnis der Gefangenenarbeit in der Land- und Forstwirtschaft zu der in der gewerblichen Wirtschaft änderte sich erst im Sommer 1940. Im Juli hatte sich das Bild schon stark verschoben. Bisher waren 90 bis 95 Prozent der Kriegsgefangenen in der Landwirtschaft eingesetzt worden. Jetzt, als in wachsender Zahl französische Kriegsgefangene als Arbeitskräfte eingesetzt wurden, sank dieser Anteil schnell ab¹⁰¹:

98 *RABL*. 1940 I S. 386, 25. Juli 1940, „Einsatz von Kriegsgefangenen in Arbeitsstellen“, Erlaß des Reichsarbeitsministers.

99 *Hölk*, Der Einsatz von Kriegsgefangenen in Arbeitsstellen, in: *RABL*. 1940 V S. 354, 25. Juli 1940.

100 Ebenda. – In einem Artikel von Mitte Oktober 1939 wurde von „bisher bereits etwa 110 000 Gefangenen“ gesprochen, die der deutschen Landwirtschaft zugeführt worden wären (*Rachner*, Arbeitseinsatz und Arbeitseinsatzverwaltung in den besetzten Gebieten, in: *RABL*. 1939 II S. 370, 15. Okt. 1939). Anfang Nov. 1939 waren es annähernd 200 000 (*Timm*, Der Arbeitseinsatz in der Landwirtschaft im ersten Kriegsjahr, in: *RABL*. 1941 V S. 7, 5. Jan. 1941).

101 Zahlen nach *Hölk*, a. a. O. (vgl. auch den Erlaß des RAM über d. „Einsatz von Kriegsgefangenen in Arbeitsstellen“, *RABL*. 1940 I S. 384 ff., 25. 7. 1940); *RABL*. 1941 V S. 257; s. a. *Homze*, *Edward L.*, a. a. O., S. 37.

*Arbeit von Kriegsgefangenen
in Landwirtschaft und gewerblicher Wirtschaft
(in Prozent)*

	April 1940	Juli 1940	Januar 1941
Landwirtschaft (einschl. Forstw.)	94	65	52
Gewerbliche Wirtschaft	6	35	48

Diese Entwicklung war keineswegs einer Änderung der ministeriellen Politik, sondern offensichtlich der erhöhten Initiative der Monopole zuzuschreiben, die nicht mehr zugunsten der Landwirtschaft zurückstehen wollten. Der Salzdettfurth-Konzern bereitete sich schon vor dem Ende des Feldzugs im Westen darauf vor, sich französische Kriegsgefangene zu beschaffen. „Die ersten Kriegsgefangenen-transporte aus Frankreich“, so schrieb Direktor Klingspor an eine der Konzerngesellschaften, „sollen zu einem großen Teil qualitativ hochwertige Arbeitskräfte enthalten. Es ist zu erwägen, ob man nicht mit Genehmigung oder auch mit Unterstützung des Arbeitsamts bei dem nächstgelegenen Gefangenen-Sammellager vorspricht und hier eine Auswahl der Leute vornimmt.“¹⁰² Etwa zur gleichen Zeit bemühte sich die Reichsgruppe Industrie angelegentlich darum, daß der Industrie mehr Kriegsgefangene zugewiesen würden: „Die nach wie vor bestehenden Schwierigkeiten auf dem Gebiete des Arbeitseinsatzes haben zu mehrfachen Verhandlungen mit der RAM, insbesondere zu den Fragen von Fraueneinsatz und Einsatz von Kriegsgefangenen geführt. Mit einer verstärkten Zuweisung von Kriegsgefangenen kann gerechnet werden.“¹⁰³

Den behördlichen Apparat zur „Beschaffung“ von zivilen Arbeitskräften in Polen bauten die faschistischen Behörden unmittelbar nach den Kampfhandlungen auf. Im oberschlesischen Revier entstanden die ersten zehn „Arbeitsämter“ bereits in der ersten Kriegswoche. Ende September waren 70, Mitte Oktober 115 solcher Dienststellen in Polen eingerichtet. Damit war die faschistische Erfassungsorganisation „annähernd geschlossen“ aufgebaut und geschaffen.¹⁰⁴ Der offiziellen Verkündung der Arbeitspflicht für alle Polen von 18 bis 60 Jahren am 26. Oktober 1939 folgten unmittelbar die ersten Massentransporte polnischer Arbeitskräfte ins Reich.¹⁰⁵ Mit den verschiedenartigsten Mitteln der Gewalt und des ökonomischen Drucks, zuerst auch vielfach der lügenhaften Überredung, wurden die polnischen Bürger in die Viehwagentransporte gepreßt. Das Leben für Polen im Generalgouvernement

102 BA Mansfeld, Nr. 480, Bd. 2, Walter Klingspor, Vorstandsmitglied des Salzdettfurth-Konzerns, an die Kupfergesellschaft, 21. 6. 1940.

103 Tätigkeitsbericht der Reichsgruppe Industrie (Hauptgeschäftsführer Karl Guth), 15. 7. 1940, DZA/FS, Wehrwirtschafts- und Rüstungsamt des OKW, Film Nr. 2327.

104 *Rachner*, a. a. O., S. 372.

105 s. *Seeber, Eva*, a. a. O., S. 115. — Vorher, Ende September, waren noch „mehrere Züge landwirtschaftlicher Wanderarbeiter aus den alten Anwerbegebieten für polnische Saisonkräfte in die verschiedenen Bedarfsgebiete geleitet worden.“ (*Rachner*, a. a. O., S. 372).

wurde alsbald so eingerichtet, daß ihnen die Arbeit im Reich als der „einzige Ausweg“ erscheinen sollte, „um dem sicheren Hungertod im Polenreservoir zu entrinnen“.¹⁰⁶

Die tariflichen und arbeitsrechtlichen Normen für polnische Arbeitskräfte wurden zuerst für die Landwirtschaft ausführlich in der „Reichstarifordnung für polnische landwirtschaftliche Arbeiter“ vom 8. Januar 1940 und ihren Ergänzungen¹⁰⁷ niedergelegt. Die „Tarifordnung für die landwirtschaftlichen Betriebe im Reichsgau Danzig-Westpreußen (Landarbeiter)“ vom 25. Mai 1940¹⁰⁸ richtete sich in ihren Sätzen für nichtdeutsche Arbeitskräfte ganz nach denjenigen der genannten Reichstarifordnung und kann repräsentativ auch für andere stehen. Sie wies wesentliche Unterschiede in der Entlohnung und arbeitsrechtlichen Behandlung deutscher und nichtdeutscher Arbeitskräfte auf (eigene Berechnung):

*Tarifsätze für Ausländer
in Prozent des Tarifsatzes für Deutsche*

1. Barlohn (Monatslohn) für Instmänner (verheiratete Arbeiter mit Jahresvertrag und überwiegendem Deputatanteil)	65–75
2. Deputat für Instmänner	70–80
3. Barlohn (Stundenlohn) für ständige Freiarbeiter	72–75
4. Barlohn (Stundenlohn) für unständige Freiarbeiter	80–85
5. Barlohn (Stundenlohn) für Ehefrauen	53–70
6. Barlohn (Monatslohn, Sommer) für ledige männliche Monatslöhner	ca. 50
7. Barlohn (Monatslohn, Sommer) für ledige weibliche Monatslöhner	48–65
8. Lohnzuschläge für Mehrarbeit, Arbeit an Sonn- und Feiertagen, Zulagen	ca. 40
9. Urlaub (Erwachsene)	66,6*

* Von März 1941 an waren den Polen Urlaubsheimfahrten untersagt (vgl. *RABL* 1941 I S. 143 ff., 195).

Alle nichtdeutschen Arbeitskräfte galten als landwirtschaftliche Hilfsarbeiter. Die Ehefrauen waren, im Unterschied zu denen der deutschen Arbeiter, „grundsätzlich zur Mitarbeit verpflichtet“. Außerdem lautete der Schlußparagraph (§ 27): „Für deutsche Gefolgschaftsmitglieder bestehende günstigere Arbeitsbedingungen dürfen aus Anlaß dieser Tarifordnung nicht geändert werden.“

¹⁰⁶ Seeber, Eva, a. a. O., S. 106.

¹⁰⁷ *RABL* 1940 IV S. 38 ff., 211, 727, 1338 f. Ausführlicher zu der hier behandelten Thematik Wunderlich, Frieda, *Farm Labor in Germany 1810–1945*, Princeton, N. J., 1961, S. 247 ff. Bei Homze, Edward L., a. a. O., fehlt jede Erwähnung dieser einschneidenden Bestimmungen.

¹⁰⁸ *RABL* 1940 IV S. 618 ff.

Besondere Tücke lag darin, daß von den angeführten Positionen gerade diejenigen die für die Polen ungünstigsten Sätze aufwiesen, die dem üblichen, häufigsten Status der polnischen Zwangsarbeiter entsprachen, also außer den Positionen 8 und 9 vor allem die Positionen 6 und 7, teilweise auch 5.

Überaus kraß und noch viel deutlicher wurde in einer ostpreußischen Tarifordnung für nichtdeutsche Arbeitskräfte vom 15. Mai 1940¹⁰⁹ das Ziel verfolgt, Löhne und Urlaub der polnischen Arbeiter und Arbeiterinnen auf 50, ja 40 Prozent und darunter zu senken, ihnen die Naturalien zu kürzen und sie länger als die Deutschen arbeiten zu lassen. Es handelte sich um die Tarifordnung für ausländische Arbeiter in denjenigen nördlichen Gebieten Polens, die dem „Reichsgau“ Ostpreußen einverleibt worden waren. Sie bezog sich dort nicht nur auf verschleppte Zwangsarbeiter, sondern auf die Mehrheit der ansässigen Bevölkerung.¹¹⁰ Hier zeichnete sich in Umrissen schon die extreme Politik ab, die später in der Sowjetunion gerade Erich Koch – damals Gauleiter und Oberpräsident in Ostpreußen – verfolgte.

In der Industrie gab es keine gesonderte Tarifordnung für die polnischen Zwangsarbeiter; wahrscheinlich schon deshalb nicht, weil bei der Vielzahl der gewerblichen Tarife und Tarifordnungen zu viel Umstände und Schwierigkeiten für Behörden und Wirtschaft damit verbunden gewesen wären. Dafür schuf man mit der sogenannten Sozialausgleichsabgabe eine für das faschistische Zwangsarbeitssystem womöglich noch charakteristischere Einrichtung.

Im Frühjahr 1940 übernahmen es zunächst die Reichstreuhand der Arbeit, für ihren Bereich vorläufige arbeitsrechtliche Bestimmungen für polnische Arbeitskräfte zu erlassen. Während dieses Versuchsstadiums wurden die zentralen Verordnungen vorbereitet. Was sie enthielten, war, als sie erschienen, in allen wesentlichen Punkten schon geraume Zeit von den Treuhändern praktiziert worden. Es handelte sich vor allem um die „Verordnung über die Erhebung einer Sozialausgleichsabgabe“ vom 5. August 1940 mit der Durchführungsverordnung vom 10. August¹¹¹ und schließlich um die umfassende „Anordnung über die arbeitsrechtliche Behandlung der polnischen Beschäftigten“ vom 5. Oktober 1941.¹¹²

Nach den Verordnungen vom August 1940 waren 15 Prozent des Lohnes polnischer Arbeitskräfte als Sozialausgleichsabgabe an den Staat abzuführen. Diese Besteuerung hatten bereits Anordnungen der Reichstreuhand spätestens im Frühjahr 1940 vorgesehen.¹¹³ Es handelte sich im Grunde um eine erste, wenn auch verkappte,

109 *RABl.* 1940 IV S. 582 ff.

110 Die vergleichbaren Tarife für Deutsche s. in *RABl.* 1939 VI S. 189 ff. („Tarifordnung für die landwirtschaftl. Betriebe im Wirtschaftsgebiet Ostpreußen“, v. 21. Febr. 1939). Ähnliche Bewertungen und Berechnungen, die *Wunderlich* (a. a. O., S. 248) anstellt, sind verschiedentlich nicht exakt: „Wage rates were 10 to 20 per cent lower than those for German workers . . . Hours of work were similar to those in rules for German workers.“

111 *RGBl.* 1940 I S. 1077 u. 1094 ff.

112 *RABl.* 1941 I S. 448 ff.

113 vgl. *Jonas, Wolfgang*, a. a. O., S. 452; ferner *Pfahlmann, Hans*, *Fremdarbeiter und Kriegsgefangene in der deutschen Kriegswirtschaft 1939–1945*, Darmstadt 1968, S. 166.

rassistisch und chauvinistisch „begründete“ Kriegskontribution riesigen Umfangs, die dem polnischen Volk auferlegt wurde und mit der das faschistische Regime unmittelbar seinen Krieg finanzierte. Der festgelegte Satz von 15 Prozent als Fixum traf die untersten, schlechtestbezahlten Arbeitergruppen am schwersten und betrug bei diesen Gruppen annähernd 200 Prozent der Lohnsteuer (ohne Kriegszuschlag).¹¹⁴

Die Verordnung vom 5. August erschien, wie ähnlich die Durchführungsverordnung, ohne Kommentar, mit wenigen, lakonischen Paragraphen. Ein Jahr später sprach man in den amtlichen Publikationen und Kommentaren schon ganz offen, ausführlich und mit größter Selbstverständlichkeit von der „Minderstellung des Polen gegenüber dem Deutschen“, die jenem in jeder Beziehung zuzuweisen sei.¹¹⁵ Daß außer in der Landwirtschaft für die polnischen Arbeitskräfte die gleichen tariflichen und betrieblichen Löhne gälten wie für die deutschen, sei nur tragbar, weil eben die Sozialausgleichsabgabe existiere. Ungeachtet dessen sei unbedingt darauf zu achten, daß dem Polen immer nur die niedrigsten im Betrieb üblichen Vergütungssätze für seine jeweilige Tätigkeit gezahlt würden. Im gegebenen Fall müßten „Minderleistungsklauseln“ festgelegt und in Kraft gesetzt werden.¹¹⁶

Die totale Diskriminierung der polnischen Arbeiter im Reich – Ausfluß der faschistisch-imperialistischen Ideologie und der Kriegs- und Siegeshysterie der herrschenden Kreise – setzte mit dem Eintreffen der ersten größeren Transporte ziviler polnischer Arbeitskräfte ein. Sofort dehnten die faschistischen Behörden und Parteidienststellen das entwürdigende System, das in der genannten Reichstarifordnung bereits seit Beginn des Jahres 1940 ein legislatives Fundament hatte, auf die übrigen Lebensverhältnisse der polnischen Menschen aus. Zunächst taten sich dabei die örtlichen und regionalen Stellen besonders hervor, die sich mit der Verteilung und politischen Überwachung der Angekommenen befaßten. Sie verfügten für ihre Machtbereiche teilweise schon solche allgemein erst später eingeführten Drangsale und Schikanen wie die persönliche Kennzeichnung als Pole durch ein weithin sichtbares Zeichen an der Kleidung, wie das Verbot, Kinos, Theater und Restaurants aufzusuchen.¹¹⁷ Das abgefäimte System der Diskriminierung und Unterdrückung war ein Teilstück des staatsmonopolistischen Herrschaftsmechanismus. Zwischen den Monopolen und den Staats- und Parteistellen herrschte Interessenidentität. Ihr Zusammenspiel war perfektioniert. „Die Eisleber Betriebe“, so verständigten sich die Spitzen des Salzdetfurth-Konzerns untereinander, „sind mit den Polen, was ihre

114 Beispiele für die Auswirkungen auf den Lohn polnischer Zwangsarbeiter bei *Seeber, Eva*, a. a. O., S. 182.

115 So *Küppers, H.*, Die Stellung des Polen im Arbeitsleben, in: *RABL* 1941 V S. 533.

116 s. ebenda, S. 536. – Inzwischen war auch die erwähnte Anordnung vom 5. Okt. 1941 erlassen worden, die ganz deutlich von jener Steigerung des Barbarismus zeugte, die mit dem Einfall in die Sowjetunion und mit den ersten, vermeintlich schon entscheidenden Erfolgen dieses Feldzuges zusammenhing. Nichtsdestoweniger war auch diese umfassende Kodifikation der faschistischen Verbrechen gegen die polnischen Zwangsarbeiter in ihren wesentlichen Zügen schon ein Jahr lang und länger von den Reichstreuhändern mittels eigener Verfügungen gehandhabt worden.

117 s. *Seeber, Eva*, a. a. O., S. 154f.

Arbeitsleistung anbelangt, zufrieden. Bei der Unterbringung und Überwachung stießen wir jedoch auf erhebliche Widerstände, da ein Teil der Leute sich für deutschvolksstämmig hielt. Wir haben die Feststellung in dieser Beziehung der Gestapo und der DAF überlassen.“¹¹⁸

Als im Jahre 1940 die Frühjahrsbestellung vor der Tür stand und zugleich die Anforderungen der Wehrmacht an Menschenmaterial für die geplanten Feldzüge im Norden und Westen sprunghaft wuchsen, setzte ein wahrer Run auf ausländische Arbeiter ein. Die Zahl der nach Deutschland transportierten zivilen polnischen Arbeitskräfte wuchs jetzt auf ein Vielfaches an. In drei Wintermonaten 1939/40 wurden etwa 40000, von März bis Mai 1940 dagegen über 250000 Polen ins Reich verschleppt.

Nun übernahm Himmler die Jurisdiktion über die ausländischen Arbeiter und ihre politische Überwachung. Am 7. März 1940 von Göring dafür bevollmächtigt, erließ er sogleich eine Reihe von Verfügungen und Richtlinien, mit denen jenes offizielle System der totalen Diskriminierung im wesentlichen geschaffen war, das bis Kriegsende existierte und nur gelegentlich in verschiedenen Bestimmungen verschärft wurde. Den Polen und der deutschen Bevölkerung war jeder gesellige Verkehr miteinander, jeder menschliche Kontakt untersagt; alle Polen trugen das Stoffabzeichen „P“ an der Kleidung; sie durften den Arbeitsort nicht ohne Genehmigung verlassen und hatten abends und nachts Ausgangsverbot; der Besuch der deutschen Gaststätten und Vergnügungsstätten aller Art, jeder Kulturveranstaltung und des Gottesdienstes, die freie Benutzung von öffentlichen Verkehrsmitteln und von Fahrrädern waren verboten. Drakonische Strafbestimmungen drohten: „Lässige“ Arbeit schon sollte „Zwangsarbeit im Konzentrationslager“ zur Folge haben; geschlechtliche Beziehungen zu Deutschen wurden mit dem Tode bestraft.¹¹⁹ Dieses System enthielt bereits Elemente jener letzten Konsequenz der faschistischen Weltherrschaftspläne und Weltherrschaftsideologie, der Ausrottungsstrategie, von der eingangs die Rede war. Die Taktik, welche die kriegswirtschaftliche Notwendigkeit (und die Forderungen der Monopole und Großgrundbesitzer) den Faschisten aufnötigten, widersprach dieser Strategie in mancher Hinsicht. Der Masseneinsatz von „rassisch minderwertigen“ Ausländern in der Landwirtschaft beispielsweise wertete die ganze „Blut-und-Boden“-Ideologie der Nazis ab und „was in strange contradiction to the National Socialist tenet of the elevated status of the tiller of the soil.“¹²⁰ Die Landarbeit fiel in ihrer sozialen Bewertung besonders durch die Bauern und die Landjugend selbst scharf ab, ungeachtet entgegengesetzter propagandistischer Bemühungen, was sich auch empfindlich auf ihre „Kolonisations“-Freudigkeit auswirkte.¹²¹

118 BA Mansfeld, Nr. 542, Schreiben von Vorstandsmitglied Walter Klingspor an Vorstandsvorsitzer Rudolf Stahl, 13. 2. 1940.

119 s. hierzu *Rusitski, Władysław*, Położenie robotników polskich w czasie wojny 1939–1945, Poznań 1950, S. 336 ff. (Aneks 11). Ausführlich auch *Seeber, Eva*, a. a. O., 154 ff., 161 ff.

120 *Wunderlich, Frieda*, a. a. O., S. 348.

Die Industrie blieb zunächst bei der Beschäftigung ausländischer Arbeiter hinter der Landwirtschaft zurück. Immerhin geben die Zahlen folgendes Bild¹²²:

*Ausländische Arbeitskräfte in der deutschen Industrie
(Vorkriegsgebietsstand; in 1000)*

Jahr	Zivil- arbeiter	davon männlich	weiblich	Kriegs- gefangene	Zusammen
1939, 31. Mai	105	87	18	—	105 (110)
1940, „	236	213	23	29	265 (256)
1941, „	644	559	85	367	1011 (965)

*Verteilung der ausländischen Arbeitskräfte
auf die stärkstbelegten Industriezweige
(Grenzen von 1937; in 1000)*

Industriezweig	1939	1940	1941
Bauindustrie	37	94	276
Bergbau	13	32	93
Steine und Erden	12	25	58
Textilindustrie	7	12	41
Chemieindustrie	4	9	51
Elektroindustrie	4	6	36
Maschinen-, Stahl- u. Flugzeugbau	—	20	144

Von allen Rüstungsmonopolen, über die genauere Untersuchungen vorliegen, ist bekannt, daß sie schon wenige Wochen nach Kriegsbeginn Forderungen nach ausländischen Arbeitskräften, besonders nach Kriegsgefangenen, anmeldeten, die ersten (polnischen) Zwangsarbeiter beschäftigten¹²³ und mit privaten „Werbeaktionen“ begannen. Am 12. September 1939 versandte die Fachgruppe Metallergbergbau schon ein Rundschreiben, in dem sie die Betriebe aufforderte, ihren Bedarf an polnischen Kriegsgefangenen anzumelden.¹²⁴ Dieses früheste der Forschung bis jetzt bekannte Datum dürfte kein vereinzelter Fall sein. Die Mansfeldscher Kupferschieferbergbau AG (Salzdetfurth-Konzern) stellte daraufhin ihre erste Anforderung am 25. September zusammen.¹²⁵

121 vgl. ebenda, S. 350.

122 Nach: *Wagenführ, Rolf*, Industrie, S. 153–156. In Klammern die leicht abweichenden Zahlen aus *The Effects*, S. 206.

123 So z. B. Friedrich Flick, der für seinen Konzern bereits Mitte Oktober 1939 polnische Kriegsgefangene erhielt (s. *Drobisch, Klaus*, Flick und die Nazis, in: *ZfG*, H. 3/1966, S. 391f.).

124 s. BA Mansfeld, Nr. 480, Bd. 2, Schreiben der Mansfeldscher Kupferschieferbergbau AG an die Fachgruppe Metallergbergbau, 16. 9. 1939.

125 Ebenda, Schreiben an die Fachgruppe, 25. 9. 1939.

Das Arbeitstempo der faschistischen „Arbeitseinsatz“-Behörden stellte die Monopole in der Regel nicht zufrieden. Ein anderes Unternehmen aus demselben Konzern mahnte das Arbeitsamt: „*Betrifft: Vermittlung von Nationalpolen.* Als Anlage erhalten Sie die uns übersandten Fragebogen in vierfacher Ausfertigung ausgefüllt zurück, und wir bitten höflichst um Beschleunigung, damit wir unseren Werber baldmöglichst an die betreffenden Orte schicken können.“¹²⁶

Gleich für die erste Phase der Zwangsarbeit wird damit die Hinfälligkeit und Verlogenheit der These dokumentiert, daß die Herren der Industrie vom faschistischen Staat dazu gezwungen worden wären, ausländische Arbeitskräfte zu beschäftigen.¹²⁷ Selbst Erlasse der Behörden sprechen darüber eine deutliche Sprache. Beispielsweise verurteilte der Reichsarbeitsminister möglichst scharf die Anwerbung von ausländischen Arbeitskräften für die Industrie durch „Betriebe, Organisationsvertreter und sonstige Stellen“ und postulierte, daß die Anwerbung dieser Arbeitskräfte nur durch seine Dienststellen, ihre Verteilung aber „künftig ausschließlich zentral im Reichsausgleich durch mich“ erfolgen müsse.¹²⁸

Wenn in der ersten Periode des Krieges trotzdem die Masse der Kriegsgefangenen und zivilen Zwangsarbeiter, gerade der polnischen, in die deutsche Landwirtschaft gelenkt wurden, so hatte das verschiedene wichtige Gründe.

Aus der Landwirtschaft waren prozentual mehr männliche Arbeitskräfte zur Wehrmacht eingezogen worden als aus der Industrie¹²⁹, und die besondere Struktur der landwirtschaftlichen Produktions- und Besitzverhältnisse machten den Arbeitskräftemangel besonders fühlbar. Vor allem in der Erntesaison waren wichtige agrarische Gebiete des Reichs schon immer auf zusätzliche Arbeitskräfte angewiesen und auf sie eingerichtet gewesen.¹³⁰

Überdies war die Landwirtschaft dafür schon seit Jahren ausgezeichnet gerüstet und staatsmonopolistisch organisiert, so daß sie den Kampf um Zwangsarbeiter, besonders um die höchst profitliche Beschäftigung von Kriegsgefangenen, von den ersten Kriegswochen an aufzunehmen vollauf in der Lage war. Die führenden, großagrarischen Kreise der Landwirtschaft verfügten in der „Reichsnährstands“-Organisation über ihre alten, seit jeher auf das Saison- und „Fremdarbeiter“-Problem eingespielten Referate und Referenten, desgleichen im Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft und in dessen Ablegern beispielsweise in der Regierung des Generalgouvernements.¹³¹ Der Erfolg der Landwirtschaft, besonders des

126 Ebenda, Schreiben der Kurhessischer Kupferschieferbergbau GmbH an das Arbeitsamt Hersfeld, 9. 11. 1939.

127 So *Kannapin, Hans-Eckhardt*, a. a. O.; s. darüber *Seeber, Eva*, a. a. O., S. 50.

128 *RABL*. 1940 I S. 383, „Einsatz gewerblicher ausländischer Arbeitskräfte“, Erlaß vom 10. Juli 1940.

129 Auf einer Industriellenberatung bei General Thomas am 9. Jan. 1941 sprach der dort anwesende Vertreter der Landwirtschaft, v. Zitzewitz-Muttrin, davon, daß „mindestens 30 Prozent der ständigen Arbeitskräfte im Durchschnitt und 40–45 Prozent der männlichen Arbeitskräfte“ eingezogen worden wären (Dok. PS-1456, Fall XI, ADB 122 A, Bespr.-protok., DZA Potsdam, Fall XI, Nr. 415, Bl. 140).

130 vgl. *Melzer, Rolf*, a. a. O., passim.

Großgrundbesitzes, sprach für sich: „Der zahlenmäßige Ersatz der Einziehungen (zur Wehrmacht – D. E.) ist im allgemeinen durch Kriegsgefangene, durch die inzwischen zu Freiarbeitern beförderten Polen und sonstigen Ausländer gelungen. Der Gefangene beherrscht vollkommen das landwirtschaftliche Bild. In zahlreichen Betrieben wird auf dem Acker nicht mehr deutsch gesprochen, oft auch in den Ställen.“¹³²

Eine der wichtigsten Ursachen für das zuerst relativ langsame Ansteigen der Zahl ausländischer Arbeiter in der Industrie war das Fehlen eines für diesen Zweck brauchbaren staatsmonopolistischen Apparats, so wie er in der Landwirtschaft vorhanden war. Die frühen, unorganisierten Forderungen der Rüstungsmonopole auf Zuweisung von ausländischen Arbeitskräften, die „wilden“ Werbeaktionen der führenden Konzerne in den besetzten Ländern (nur die großen Konzerne konnten sich diese Methode in nennenswertem Umfang leisten), und auch die Bevorzugung von Kriegsgefangenen (die unmittelbar durch das OKW „bezogen“ werden konnten¹³³) erklärten sich in der ersten Phase ebenso wie ihr alles in allem relativ geringer Effekt vorwiegend aus dem Widerspruch zwischen der großen und wachsenden Nachfrage der Industrie nach den zusätzlichen und billigen ausländischen Arbeitskräften und den unzureichenden staatsmonopolistischen Möglichkeiten, sie zu beschaffen. Der Arm der Monopole war in dieser Beziehung noch nicht lang genug. Noch im Frühjahr 1941 erhob der Vorstand der Maximilianshütte in Sulzbach-Rosenberg, eines der Hauptwerke des Flick-Konzerns, Klage darüber: „Zur Zeit ist die Lage so, daß die Arbeitsämter jederzeit aus der Eisen schaffenden Industrie Gefangene für dringende landwirtschaftliche Arbeiten abziehen können.“¹³⁴

Die Rüstungsmonopole drängten auf öffentliche Regulierung der Verteilung von Zwangsarbeitern auch und besonders für die Industrie. Nicht zuletzt dies Drängen war es, das sich in solchen neuen staatsmonopolistischen Organen wie dem Reichsamt für Wirtschaftsausbau (Dezember 1939), dem Reichsministerium für Bewaffnung und Munition (Februar 1940) und der Reichsvereinigung Kohle (März 1941) manifestierte.

131 Über die diesbezügliche Aktivität von Staatssekretär Backe und anderen s. *Melzer, Rolf*, a. a. O., S. 176 ff. Daß tatsächlich schon frühzeitig Kämpfe um die polnischen Zwangsarbeiter, besonders um die Kriegsgefangenen, zwischen der Landwirtschaft und anderen Wirtschaftszweigen und -organisationen ausgetragen wurden, darauf läßt der Briefwechsel zwischen Herbert v. Dirksen (als Gutsbesitzer) und einem Frh. v. Wangenheim vom Frühjahr 1940 schließen: „Daß man drauf und dran war – oder noch ist –, die polnischen Kriegsgefangenen, wenigstens hier in Schlesien, herauszuziehen und sie durch zivile Wanderarbeiter zu ersetzen, hörtest Du wohl. . . . Glücklicherweise scheint die Gefahr behoben zu sein, daß uns diese eingearbeiteten Hilfskräfte entzogen werden.“ (v. Dirksen an v. Wangenheim, 1. April 1940, DZA Potsdam, Nachlaß Dirksen, Nr. 10, Bl. 486, 486 v.).

132 Besprechungsprotokoll der Industriellenberatung bei General Thomas vom 9. Jan. 1941 (v. Zitzewitz-Muttrin), Dok. PS-1456, Fall XI, ADB 122 A, DZA Potsdam, Fall XI, Nr. 415, Bl. 140 f.

133 *Homze* (a. a. O., S. 48) bestätigt allgemein, daß die großen Unternehmen bis 1942 oft „attempted to by-pass the local labor offices and negotiated directly with the Army for labor.“

134 Aktennotiz v. 14. März 1941, Dok. NI-328, Fall V, gedr. in: *Fall 5*, a. a. O., S. 181.

Kriegswirtschaftliche Schwierigkeiten und Ergebnisse 1939/40. Die erste Phase des Umbaus im staatsmonopolistischen Apparat

1. Schwierigkeiten und Fehlschläge der wirtschaftlichen Mobilmachung

Während des Krieges gegen Polen traten in der deutschen Kriegswirtschaft trotz einiger fühlbarer Umstellungen zunächst noch relativ wenig Schwierigkeiten auf, so wenig, daß die ausführlichen Mobilmachungspläne, die „Mob.-Bücher“ und „Mob.-Kalender“ des „Generalbevollmächtigten für die Wirtschaft“, des Reichswirtschaftsministers Funk, faktisch bedrucktes Papier blieben und auch später noch öffentlich von einer „friedensähnlichen Kriegswirtschaft“ gesprochen und geschrieben wurde.¹ Erst von Oktober/November an, als in kürzester Frist der „entscheidende Schlag“ im Westen vorbereitet werden sollte, machte sich der grundlegende Widerspruch zwischen dem wachsenden und unstillbaren Hunger des faschistischen Raubkrieges nach produktiven Kräften, nach Menschen und Material, und dem mangelnden Vermögen, jeweils ausreichende Kräfte und Ressourcen zu mobilisieren, stärker geltend.

Die bedeutendsten Probleme, vor denen die Wirtschaft nach Kriegsausbruch stand, waren der Abzug von Arbeitskräften durch die Einberufung zur Wehrmacht und das abrupte Ende der Außenhandelsbeziehungen zu den gegnerischen Staaten und weitgehend auch nach Übersee.

Der etwa zehnprozentige Aderlaß an industriellen Arbeitskräften war vor allem in den Konsumgüterindustrien, aber auch in der Grundstoff- und teilweise sogar in Zweigen der eigentlichen Rüstungsindustrie (Gießerei-, Elektroindustrie) zu spüren. (s. Tabelle)

Der Abzug der Arbeitskräfte setzte innerhalb des relativ großen Berichtszeitraums natürlich nicht von einem Tag auf den anderen ein; aber der Kriegsbeginn stellte die entscheidende Zäsur dar. Er wirkte sich während der sehr kurzen Dauer der Kriegshandlungen in Polen indessen noch nicht auf Ausrüstung und Nachschub der faschistischen Wehrmacht aus, die ihren ersten Feldzug im wesentlichen aus den Beständen führen konnte und führte.² Ebenso lebte die Wirtschaft zunächst aus den betrieblichen und zentralen Vorräten an solchen Rohstoffen, von deren Zufuhr sie seit Kriegsbeginn ganz oder teilweise abgeschnitten war.

1 s. Rede Funks in Wien, 14. Okt. 1939, in: *Deutschland im Kampf*, a. a. O., 1. Okt.-lieferung 1939, S. 63; s. a. *Der deutsche Volkswirt*, Jg. 1939/40, Nr. 6, 10. Nov. 1939, S. 143, Leitartikel „Friedensähnliche Kriegswirtschaft“.

2 „Der Polenfeldzug stellte die wehrwirtschaftliche Leistungsfähigkeit noch vor keine

*Abgang an Arbeitskräften *
zwischen dem 31. Mai 1939 und dem 31. Mai 1940³*

	Rückgang der Beschäftigtenzahl in Mio	in Prozent
Gesamte Wirtschaft	3,4	8,6
Industrie	1,0	8,8
davon Grundstoffindustrie	0,08	3,4
Rüstungsindustrie	(+0,12)	(+ 3,1)
Bauwirtschaft	0,35	24,8
übrige verarb. Ind.	0,64	17,8
Landwirtschaft	0,5	4,7
Handwerk	1,1	20,7
Handel, Banken, Versicherungen	0,5	14,1

* Berechnet einschl. der ausländischen Arbeitskräfte.

Auch der „Seltsame Krieg“ der Westmächte gegen Hitlerdeutschland, der über acht Monate währte, ließ den deutschen Imperialismus militärisch so gut wie unbehelligt und verschaffte ihm auch wirtschaftlich eine Atempause. Die französische und britische Großbourgeoisie trieben ihr Doppelspiel so weit, daß sie den deutschen Rüstungsmonopolen erhebliche wirtschaftliche Vorteile zuschanzten. So bezahlten sie während der ganzen Zeit den größten Teil der fälligen Patentgebühren an Deutschland und spielten auf diese Weise große Devisenbeträge in deutsche Hände. Das Reichswirtschaftsministerium sah sich in der Lage, einen Erlaß vom 11. Oktober 1939 insgeheim zurückzunehmen, nach dem Patentgebühren im feindlichen Ausland nicht mehr gezahlt und die deutschen Patentrechte damit dem Verfall preisgegeben werden sollten. Eine Geheimsitzung des „Kleinen Ausschusses“ für Außenhandelsfragen bei der Reichswirtschaftskammer, dem nur ein ganz exklusiver Kreis von Spezialisten aus Behörden und Monopolen angehörte, beschäftigte sich am 5. März 1940 mit dem Problem. „Nachdem seither erkennbar wurde“, so hieß es in dem Ergebnisprotokoll der Sitzung⁴, „daß England (bis zu etwa 60%) und

besondere Probe. Er hätte aus den vorhandenen Vorräten heraus bequem geführt werden können.“ (Dok. NI-5667-G, Geheime Denkschrift des Oberst i. G. Beutler „Vom Wehrwirtschafts- und Rüstungsamt zum Wehrwirtschaftsstab“, 26. Mai 1943, Fall XI, ADB 118 A, DZA Potsdam, Fall XI, Nr. 405, Bl. 87). Siehe auch Halder, *Generaloberst (Franz)*, Kriegstagebuch. Tägliche Aufzeichnungen des Chefs des Generalstabes des Heeres 1939–1942, hsg. v. Arbeitskreis f. Wehrforschung, Stuttgart (in folgendem: Halder, KTB) Bd. 1, Stuttgart 1962, S. 83 (22. September 1939).

3 Errechnet nach: *Wagenführ, Rolf*, Industrie, S. 139 f. Der Abgang an deutschen Arbeitskräften war insgesamt um die Zahl der im Berichtszeitraum hinzukommenden ausländischen Arbeitskräfte größer (0,9 Millionen, davon Industrie 160 000, Landwirtschaft 570 000; s. Kapitel II).

4 DWI, Nr. 6474, Bd. 1. — Zum „Kleinen Ausschuß“ gehörten außer Staatssekr. i. R. Trendelenburg (Leiter) und je einem Vertreter des Reichswirtschafts- und Reichs-

Frankreich (bis zu etwa 80%) ihre Patentgebühren in Deutschland bezahlen, ist die deutsche Haltung der neuen Sachlage angepaßt worden. Es ist in Aussicht genommen, für etwa 50% der deutschen Reichsangehörigen zustehenden Patentrechte im feindlichen Ausland die Gebühren zahlen zu lassen. Eine völlige Nichtzahlung der Gebühren birgt die Gefahr in sich, daß die Feindseite ihrerseits die Zahlungen von Gebühren nach Deutschland einstellt. Zwischen Deutschland und Frankreich besteht auf dem Patentgebiet de facto ein stillschweigendes Übereinkommen dahingehend, sich während des Krieges gegenseitig wie Patentinländer zu behandeln.“

Ende September 1939 setzten die Vorbereitungen der Wehrmacht auf einen Vormarsch im Westen ein, die in einigen Wochen abgeschlossen sein sollten.⁵ Die Anforderungen, die sie an die Kriegswirtschaft stellten, waren derart, daß Thomas schon am 29. September Halder gegenüber erklärte, die „Forderung(en) der drei Wehrmachtsteile (gingen) weit über das hinaus, was zu leisten“ sei.⁶ Die neu einsetzende Kriegsphase wurde zu einer ersten ernsteren Probe der Leistungsfähigkeit der deutschen Kriegswirtschaft. Es zeichneten sich auch sogleich die kritischen Punkte des deutschen Wirtschafts- und Rüstungspotentials ab. Es erwies sich ebenfalls, wie unzulänglich die bisherige Form des staatsmonopolistischen Apparats für den Zweck des sich Schritt um Schritt ausweitenden imperialistischen Raubkriegs war.

Da war zuerst der zunehmende Mangel an Arbeitskräften. Einem einzigen Rüstungswerk beispielsweise, dem Kruppschen Grusonwerk in Magdeburg, sollte das Arbeitsamt nach Kriegsbeginn „nach einem im Mob-Kalender 1938 Teil 2 Blatt 3195 niedergelegten Zeitplan“ 7700 zusätzliche Arbeitskräfte zuführen. Stattdessen wurden nicht einmal die Lücken aufgefüllt, die durch die Einberufungen entstanden waren. In einer ähnlichen Lage befanden sich „auch andere große Werke des mitteldeutschen Raumes“⁷. Anfang Dezember 1939 resümierte Thomas: „Die volle Ausnutzung der Munitionsbetriebe durch Einsetzen einer zweiten und dritten Schicht ist wegen Arbeitermangel zum größten Teil bisher nicht möglich gewesen.“⁸ Besonders verschärfte sich der schon vor dem Krieg sehr spürbare Mangel an Fach-

justizministeriums, des OKW u. des Auswärtigen Amts ein Vertreter der Reichsgruppe Industrie und H. J. Abs (Deutsche Bank), August v. Knieriem (IG-Farben) und Karl Lindemann (Norddt. Lloyd/Hapag).

5 vgl. die Notizen Halders über die Besprechung Hitlers mit v. Brauchitsch und Halder am 27. Sept. 1939 (*Halder*, KTB, Bd. 1, S. 86 ff., bsd. 89 f.).

6 *Halder*, KTB, Bd. 1, S. 93.

7 Dok. NIK-11178, vertraul. Bericht der Direktion der Fried. Krupp Grusonwerk AG an den Aufsichtsrat, 19. Febr. 1940, Fall X, ADB 8, DZA/FS, Krupp-Prozeß, Film Nr. 422.

8 Dok. PS-1456, Vortragsnotiz Thomas': „Vorschläge für eine beschleunigte Steigerung der Fertigung“, 5. Dez. 1939, Fall XI, ADB 122 A, DZA Potsdam, Fall XI, Nr. 415, Bl. 264. Stücke aus diesem Dokument – rund 250 Seiten vermutlich aus den Handakten Thomas' als Anlagen für das Kriegstagebuch des Wehrwirtschafts- und Rüstungsamts zusammengestellter wichtigster Dokumente – werden im folgenden nurmehr zitiert unter: 1456-PS.

arbeitern. Auch der Winter brachte diesmal nicht, wie in früheren Jahren, Erleichterungen auf dem Arbeitsmarkt.⁹

Sodann wuchs mit dem Bedarf an Rüstungsmaterial derjenige an Rohstoffen für die Kriegsproduktion. Die ersten Abstriche von den hochgetriebenen neuen Rüstungsprogrammen (Munitions-, Bomben-, Kampfstoffprogramm usw.) verursachte die Eisenknappheit. Carl Krauch verlangte im November 1939 für seinen Pulver- und Sprengstoffplan sowie für die Giftgasproduktion höhere Eisenkontingente, um die erforderlichen Produktionsanlagen auf- und auszubauen. Obwohl „das neue Munitionsprogramm als dringlichste Forderung des Generalstabes“ allgemein anerkannt wurde, mußte Thomas erklären: „Eine Erhöhung der Eisen- und Stahlkontingente für den Krauchplan ist nicht durchführbar. Das OKW hat keine Reserven mehr, und aus der Industrie noch etwas herauszuholen, ist ausgeschlossen.“¹⁰ Wenig später erhob die Wehrmacht für den Beginn des neuen Jahres beziehungsweise schon für Dezember 1939 zusätzliche Rohstoffforderungen in Höhe von 5–15 Prozent der Monatsraten an Eisen und Stahl, Kupfer, Aluminium, Blei und Nickel.¹¹ Im Februar 1940 berichtete Thomas Keitel glattweg, „daß die neuen Rohstoffanforderungen der Wehrmachtteile gar nicht zu erfüllen seien, wenn man im Jahre 1941 auch noch Krieg führen wolle.“¹² Beide einigten sich darauf, „daß diese Idealzahlen nicht vom Reichswirtschaftsminister gefordert werden können, daß aber andererseits erhöhte Zahlen wie im 1. Quartal 1940 gefordert werden müssen.“¹³ Die daraufhin abgestimmten (herabgeminderten) Materialanforderungen des OKW an das Reichswirtschaftsministerium für das 2. und 3. Quartal 1940¹⁴ beliefen sich auf:

Stahl	1 100 000 t/Monat	(bisher 924 000 t)
Kupfer	16 000 „	(„ 13 000 t)
Blei	15 000 „	(„ 10 700 t)
Zinn	500 „	(„ 290 t)
Nickel	600 t/Monat	(bisher 535 t)
Aluminium	18 000 „	(„ 15 700 t)
Molybdän	250 „	

Umgehend erklärte Funk, daß er „die Erfüllung der für das II. und III. Quartal übersandten Rohstoffwünsche für völlig aussichtslos“ halte.¹⁵

9 s. Notiz Thomas' über „Arbeitseinsatzbesprechung“ bei Staatssekretär Syrup, 10. Febr. 1940, *1456-PS*, Bl. 237.

10 Aktenvermerk über eine Besprechung bei Thomas am 17. Nov. 1939 über „Erhöhung der Eisen- und Stahlkontingente zur Durchführung des Krauchplans“, 21. Nov. 1939, Dok. NI-7570, Fall VI, ADB 25, DZA/FS, IG-Farben-Prozeß, Film Nr. 414.

11 Vortragsnotiz Thomas': „Vorschläge . . .“, 5. Dez. 1939, *1456-PS*, Bl. 265.

12 Aktennotiz Thomas' betr. Vortrag bei Keitel, 3. Febr. 1940, *1456-PS*, Bl. 240.

13 Ebenda. Im Zitat muß es sinnentsprechend „gegenüber dem 1. Quartal 1940“ heißen.

14 Keitel an Funk, 3. Febr. 1940, *1456-PS*, Bl. 241.

15 Vortragsnotiz Thomas' betr. Vortrag bei Keitel am 7. Febr. 1940, 8. Febr. 1940, *1456-PS*, Bl. 239.

Der „Engpaß Gummi“ beschränkte die Kapazität der Kraftfahrzeugindustrie derart, daß nach Halders Berechnungen der Motorisierungsstand des Heeres selbst ohne Gefecht (!) in kurzer Zeit schwer leiden mußte.¹⁶

Schließlich litt der Verkehr, besonders der Eisenbahnverkehr, Ende 1939/Anfang 1940 dauernd unter ernstesten Stockungen, die mehrfach als „das Kernproblem der heutigen Kriegswirtschaft“¹⁷ apostrophiert wurden. Schon am 1. November hatte Halder notiert: „Eisenbahnunfälle; letzte Kraft herausgeholt. (Schadwagen, Verspätung, Nervosität).“¹⁸ Thomas sprach Anfang Dezember von „Hilferufen aus allen Teilen des Reiches“¹⁹. Allein die Vereinigten Stahlwerke meldeten einen Rückstand von 150000 t abzutransportierenden Halbzeugs; das entsprach dem Gewicht nach einem ganzen Monatskontingent an Stahl für die Munitionsherstellung.²⁰

Als wesentliche Ursache wurde von den Fachleuten übereinstimmend der ganz unzureichende Ausrüstungsstand der Reichsbahn, ihr niedriger und zu erheblichen Teilen überalterter Bestand an Lokomotiven und Güterwagen genannt. „Praktisch besteht ein Minus an Lokomotiven von 10–15 Prozent, an Güterwagen von etwa 10 Prozent. . . . Das Defizit an Güterwagen beträgt mindestens 140–150000 . . .“²¹ Thomas gab zu, daß „vielfach eine Rückumstellung von Rüstungs- auf Reichsbahnlieferungen nötig“ – aber wohl nicht zu verwirklichen sei.²²

Es handelte sich also im Grunde um ein weiteres Anzeichen für die Schwäche des deutschen Wirtschaftspotentials.

16 s. Halder, KTB, Bd. 1, S. 179 ff. (3. und 4. Febr. 1940).

17 Vortragsnotiz Thomas': „Vorschläge . . .“, 5. Dez. 1939, 1456-PS, Bl. 263; s. a. andere Stücke, ebenda, Bl. 259, 222 ff.

18 Halder, KTB, Bd. 1, S. 116.

19 Vortragsnotiz Thomas': „Vorschläge . . .“, 5. Dez. 1939, 1456-PS, Bl. 262. Siehe auch Dok. NI-7570, Aktenvermerk über eine Besprechung bei Thomas am 17. Nov. 1939, v. 21. Nov. 1939, Fall VI, ADB 25, DZA/FS, IG-Farben-Prozeß, Film Nr. 414 (bsd. d. Ausführungen Krauchs).

20 s. 1456-PS, Bl. 262. – Göring (!) hatte schon am 19. Sept. 1939 in einer „Verordnung zur Bekämpfung von Notständen im Verkehr“ (RGBl. 1939 I S. 1851) die Behörden ermächtigt, bestimmte Verkehrsmittel und -wege vorzuschreiben und dadurch entstehende Mehrkosten den Besitzern des Transportgutes aufzuerlegen. Nur dürftig über die dargelegten Probleme in einer sonst informativen Arbeit Wehner, Heinz, Der Einsatz der Eisenbahnen für die verbrecherischen Ziele des faschistischen deutschen Imperialismus im zweiten Weltkrieg, Diss. Hochsch. f. Verkehrswesens, Dresden 1961, S. 115; derselbe, Die Rolle des faschistischen Verkehrswesens in der ersten Periode des zweiten Weltkrieges. Teil 2: Die Deutsche Reichsbahn 1939–1945, in: Bulletin des Arbeitskreises „Zweiter Weltkrieg“, H. 2/1966, S. 71f.

21 Protokoll einer Besprechung des Wehrwirtschafts- und Rüstungsamts mit führenden Vertretern der Monopole über das Verkehrsproblem am 16. Febr. 1940, 1456-PS, Bl. 223f. (Hermann Waibel, IG-Farben).

22 Ebenda, Bl. 226.

2. Die erste Phase des Umbaus im staatsmonopolistischen Apparat

a) Das Ende des „Generalbevollmächtigten für die Wirtschaft“.

Das Reichsamt für Wirtschaftsausbau

Dem sogenannten Reichsverteidigungsrat, der am 4. April 1933 von der Hitlerregierung geschaffen worden war, gehörten in den ersten Jahren unter dem Vorsitz Hitlers und, als seines Stellvertreters, des Reichswehrministers v. Blomberg alle Kabinettsmitglieder an, die unmittelbar für die Kriegsvorbereitung verantwortlich waren, unter ihnen auch der Reichswirtschaftsminister.²³ Diesem war von Anfang an „die Aufgabe gestellt, die Kriegsführung wirtschaftlich vorzubereiten.“²⁴ Mit dem (ersten) Reichsverteidigungsgesetz vom 21. Mai 1935 erhielt er – seinerzeit Schacht – in dieser Funktion bedeutende Vollmachten und die Bezeichnung „Generalbevollmächtigter für die Kriegswirtschaft“.²⁵

Nach dem Revirement in der Führung der Wehrmacht, des Reichswirtschaftsministeriums und des Vierjahresplans im Frühjahr und Sommer 1938 wurde der Reichsverteidigungsrat neu gebildet. Vorsitzender (stellvertretend für Hitler) wurde nicht Keitel, sondern Göring.²⁶ Funk, auf Görings Betreiben schon als Reichswirtschaftsminister eingesetzt und in dieser Funktion von ihm weitgehend abhängig, übernahm unter ihm nun auch den Aufgabenbereich des GBW (nunmehr: „Generalbevollmächtigter für die Wirtschaft“).

Am 30. August 1939 schloß ein Erlaß Hitlers diese Entwicklung ab. nach dem sich aus dem Reichsverteidigungsrat heraus ein sechsköpfiger Ausschuß unter Vorsitz von Göring als „Ministerrat für die Reichsverteidigung“ konstituierte. Der „Mi-

23 s. Dok. EC-177, *IMT*, Bd. 36, S. 219 ff. (222), Protokoll der 2. Sitzung des Arbeitsausschusses für die Reichsverteidigung, zugleich Gründungssitzung des Reichsverteidigungsrats, 22. Mai 1933; beginnt mit einer Mitteilung des Reichswehrministers über die „Entschliebung des Reichskabinetts vom 4. Apr. 1933 zur Gründung eines „Reichsverteidigungsrates“ (ebenda, S. 221). – Ausführlich über den Reichsverteidigungsrat *Meinck, Gerhard*, Der Reichsverteidigungsrat, in: Wehrwissenschaftliche Rundschau, H. 8/1956, S. 411 ff.; dazu mit Recht kritisch *Fomin, W. T.*, Das geheime Reichskriegskabinet und seine Rolle bei der Vorbereitung des Aggressionskrieges durch das faschistische Deutschland (1933–1939), in: Der deutsche Imperialismus und der zweite Weltkrieg, Bd. 2, Berlin 1961, S. 317 ff.

24 Dok. EC-128, *IMT*, Bd. 36, S. 159, Bericht des Reichswirtschaftsministers an den Reichsverteidigungsrat, 30. Sept. 1934.

25 Dok. PS-2261, *IMT*, Bd. 30, S. 60 ff., Reichsverteidigungsgesetz v. 21. Mai 1935, sowie ebenda, S. 63 ff., „Entschliebung der Reichsregierung vom 21. Mai 1935, betr. Reichsverteidigungsrat“; vgl. auch *Petzina, Dieter*, Autarkiepolitik, S. 68 ff.

26 s. Dok. PS-2194, *IMT*, Bd. 29, S. 319 ff., (zweites) Reichsverteidigungsgesetz vom 4. September 1938.

nisterrat für die Reichsverteidigung“ hatte das Recht, Verordnungen mit Gesetzeskraft zu erlassen.²⁷

Göring stand damit auf dem Gipfel seiner Macht als „Wirtschaftsdiktator“. Er gebrauchte diese Macht indessen nicht dazu, eine wirksamere, einheitliche Rüstungs- und kriegswirtschaftliche Lenkung und Planung in Angriff zu nehmen. Nach wie vor arbeitete er mit der seit 1937 praktizierten Methode einer möglichst streng begrenzten Machtdelegation an (General-)Bevollmächtigte und (Sonder-)Beauftragte (Krauch, Todt, v. Hanneken und andere), die einen je nach ihrem Gewicht und Einfluß mehr oder weniger wirkungsstarken staatsmonopolistischen Apparat für ihren Bereich aufbauten, mitunter in der qualitativen und quantitativen Größenordnung eines Fachministeriums.

Diese Methode und die damit korrespondierende Vernachlässigung einer in der Spitze zentralisierten staatsmonopolistischen Regulierung bezeichneten den Weg des geringsten Widerstands, den zu gehen Göring unter dem Druck der widerstreitenden Interessen der verschiedenen Monopol- und staatsmonopolistischen Gruppierungen sich gezwungen sah. Görings System forderte aber auch nach Ausbruch des Krieges, je länger, desto schärfere Kritik von allen Seiten, besonders von den obersten militärischen Stellen und von den führenden Monopolen, an der bestehenden staatsmonopolistischen Organisation der Kriegswirtschaft heraus. Diese Kritik und die damit verbundenen Auseinandersetzungen führten alsbald zu bedeutenden Veränderungen innerhalb des staatsmonopolistischen Mechanismus.

Zuerst rührte es sich dort, wo die Kritik kumulierte, wo aber auch die „bewußtesten“ Kräfte des Monopolkapitals am massiertesten vertreten waren, wo die bis dahin stärkste staatsmonopolistische Gruppierung dominierte: beim Beauftragten für den Vierjahresplan selbst. Göring setzte Funk als Generalbevollmächtigten für die Wirtschaft ab, bildete die Reichsstelle für Wirtschaftsausbau in das Reichsamt für Wirtschaftsausbau um und bestätigte Carl Krauch als Leiter des neuen Amtes.

Funks Tätigkeit als Generalbevollmächtigter für die Wirtschaft hatte bisher vorwiegend darin bestanden, Vorbereitungen für die Kriegsbewirtschaftung zu treffen und Tausende von Seiten sogenannter Mobbücher und Mobpläne ausarbeiten zu lassen. Die Mobplanung erstreckte sich bis hinunter in den einzelnen Betrieb und enthielt detaillierteste Regulierungen und Reglementierungen für die Umstellung der Wirtschaft auf Kriegsverhältnisse. In diesem Zusammenhang entfalteten Funk und sein GBW-Stellvertreter, Staatssekretär Posse, eine erhebliche Betriebsamkeit – ohne über ausreichende Vollmachten und organisatorische Mittel zu verfügen, die Durchführbarkeit dieser Pläne im Kriegsfall zu sichern und zu kontrollieren.

Nach Kriegsbeginn dauerte es immerhin noch drei Monate, bis Ende November, ehe Funk ernsthaft wegen seiner „tollen Versäumnisse“ (Thomas) bei der Umstellung der Wirtschaft auf den Krieg angegriffen wurde.²⁸ Als er am 7. Dezember 1939 von

27 *RGBl.* 1939 I S. 1539 f., „Erlaß des Führers über die Bildung eines Ministerrats für die Reichsverteidigung“, 30. Aug. 1939.

28 vgl. Notiz Thomas' über Besprechung bei Staatssekretär Syrup, 10. Febr. 1939, *1456-PS*, Bl. 237. – Mit dem „Führerbefehl“ für die Rüstungen zum Westfeldzug und den entsprechenden „Richtlinien, die den stärksten Einsatz aller Wirtschaftskräfte im Dienste der

Göring seines besonderen Auftrages als GBW enthoben wurde, war dies im Grunde ein recht unbedeutendes Ereignis, zumal da die Funktion weder neu besetzt noch umgeschaffen, sondern einfach von Göring selbst übernommen wurde, Funk hingegen Reichswirtschaftsminister und Reichsbankpräsident blieb.²⁹ Damit war er aus dem Zentrum der Kritik gerückt.

Ungleich bedeutsamer war die Bildung des „Reichsamts für Wirtschaftsausbau“ unter Carl Krauch, die bemerkenswerterweise zwei Tage vor Funks Entsetzung geschah. Görings Erlaß hierüber vom 5. Dezember 1939³⁰ enthielt einige vorsichtige Formulierungen: Krauchs Funktion wurde ihm nur kommissarisch übertragen; auch sollte das Amt den Charakter der Reichsstelle als „eine dem Reichswirtschaftsminister nachgeordnete höhere Reichsbehörde“ beibehalten. Diese Bestimmungen hatten jedoch keine praktischen Auswirkungen; sie stellten nur einen Rauchvorhang dar, vor allem gegenüber OKW (Keitel/Thomas) und OKH (Heereswaffenamt), die selbst Ambitionen hatten und die Machtvergrößerung ihrer staatsmonopolistischen Konkurrenten argwöhnisch beobachteten und bekämpften.

Chef der Reichsstelle (seit Februar 1938) war ein Offizier aus Görings Luftwaffen-Generalstab (Czimatis) gewesen, Krauch hingegen Leiter der Abteilung I (Forschung und Entwicklung) und sein Stellvertreter. Im August 1938 hatte Krauch sich bereits zum GB Chemie bestellen lassen. Nunmehr vereinigte er diese Funktion mit der des Leiters im Reichsamt und war damit an das lange und hartnäckig verfolgte Ziel des Konzerns gelangt.³¹

Das Reichsamt stellte einen staatsmonopolistischen Machtfaktor ersten Ranges dar, einmalig in seiner Geschlossenheit und Durchschlagskraft. Es besaß nicht nur höchste staatliche Regulierungsbefugnisse und Planungsvollmachten, sondern auch die Möglichkeiten, diese Befugnisse uneingeschränkt zu realisieren. Das Amt war

Landesverteidigung zum Ziele haben“ (Göring) vom 29. Nov. 1939 (beide Dokumente sind uns augenblicklich nicht zugänglich) setzte die hitzige Diskussion in den kriegswirtschaftlichen Führungsspitzen recht eigentlich erst ein — angesichts der augenscheinlichen Unerfüllbarkeit der geforderten Rüstungsleistungen (Dok. PS-1457, Kriegstagebuch (Kladde) des Wehrwirtschafts- und Rüstungsamtes des OKW, Fall VI, ADB 20 (auch ADB 24), DZA/FS, IG-Farben-Prozeß, Film Nr. 413 (im folgenden zit. als: 1457-PS), Eintragungen v. 29. Nov. u. 3. Dez. 1939; 1456-PS, Bl. 260, Notizen Thomas' zur Amtsbesprechung am 30. Nov. 1939; *Milward, Alan S.*, Die deutsche Kriegswirtschaft 1939–1945, Stuttgart 1966 (im folgenden: Kriegswirtschaft), S. 35 f.).

29 s. Dok. NG-1177, Erlaß Görings über die „weitere Vereinheitlichung in der Lenkung der Wirtschaftspolitik“, v. 7. Dez. 1939, Fall XI, ADB 119, DZA Potsdam, Fall XI, Nr. 408, Bl. 119 ff. (§ 3); in Kraft ab 20. Dez. 1939.

30 In Kraft getreten am 10. Dez., Dok. NI-7132, Fall VI, ADB 18, DZA/FS, IG-Farben-Prozeß, Film Nr. 413.

31 Grobe Unterbewertung der vollständigen Okkupation des Reichsamts durch den IG-Farben-Konzern bei *Petzina, Dieter*, Autarkiepolitik, S. 121. Birkenfeld schweigt sich gänzlich darüber aus und streitet sogar die umfangreichen Vollmachten Krauchs als GB Chemie ab (*Birkenfeld, Wolfgang*, a. a. O., S. 119 f.). Vgl. auch Kapitel I.

de facto „reichsunmittelbar“ (Speer); es war eine autonome, für weite Gebiete der Kriegsproduktion (nicht nur der chemischen) verantwortliche und bevollmächtigte Reichsbehörde. In der Person Krauchs als Vorstandsmitglied, seit 1940 als Aufsichtsratsvorsitzender des IG-Farben-Konzerns und überhaupt in der personellen Besetzung des Reichsamts war zugleich das staatliche Element mit dem monopolistischen in einer Intensität miteinander verwachsen, daß das private Monopol geradezu aufging in dem Apparat der staatlichen Machtausübung – und umgekehrt. Die solchermaßen „verstaatlichte IG“ (Speer), dieses Kriegsamts des Chemiekonzerns, bot volle Gewähr dafür, daß die staatlichen Planungen (auf deren Ausmaß und Bedingungen der Konzern über Krauch und seine Leute unmittelbar maßgeblichen Einfluß hatte) auch tatsächlich ausgeführt wurden; dafür standen Krauch sowohl die Machtmittel einer zentralen Reichsbehörde als auch diejenigen des größten privaten deutschen Industriemonopols vollständig zur Verfügung.

Das erste Ergebnis der Bestrebungen nach staatsmonopolistischer Konzentration in der Kriegswirtschaft war also eine Verschiebung im Kräfteverhältnis innerhalb ein und derselben staatsmonopolistischen Gruppierung, der Vierjahresplangruppierung. Wie ein Kuckucksjunges hatte die Gruppe um Krauch die anderen Bewohner des warmen Vierjahresplannestes an den Rand gedrückt, sie hinausgeworfen und wohl auch einige von ihnen aufgefressen. Das IG-Reichsamt war nun flügge, war ein selbständiges Chemieministerium, eingerichtet mit den Kräften und teilweise auch mit den Mitteln der IG Farbenindustrie AG, ausgerichtet auf den Krieg, der dem Konzern die unumstrittene ökonomische Vorherrschaft in der Welt einbringen sollte.

Mit der Bildung des Reichsamts vollzog bzw. vollendete sich in der gesamten Vierjahresplanorganisation eine grundlegende strukturelle Änderung. Diese Organisation war einst eine Art Komitee gewesen, das in mehrere für die Kriegsvorbereitung besonders wichtige Produktionszweige regulierend eingreifen und dort um der Autarkie willen vor allem Investitionen tätigen sollte, im übrigen aber nur eine – in der Praxis sehr indirekte und lockere – Kontrollfunktion besaß. Schon im Jahre 1938 organisatorisch stark verändert³², wurde dies Komitee nun durch die Bildung des Krauchschen Kolosses faktisch aufgelöst. Auch die Berufung zusätzlicher Mitglieder in den „Generalrat des Vierjahresplanes“ durch Göring³³ verdeckte den Tatbestand nicht, daß nunmehr die Aushöhlung der alten Formen, zunächst von innen her, in ein neues, akutes Stadium getreten war.

Nun lag eine Reorganisation des Vierjahresplans in der Logik des Krieges überhaupt. Nach dem Plan sollte die Wirtschaft in vier Jahren kriegsfähig dastehen. Wie diese

32 s. Dok. NID-13629, Görings „Erlaß über die Umbildung des Reichswirtschaftsministeriums und die Weiterführung des Vierjahresplanes“, v. 5. Febr. 1938, Fall XI, ADB 118 A, DZA Potsdam, Fall XI, Nr. 405, Bl. 186 ff. Vgl. Kapitel I.

33 s. Dok. NG-1177, Erlaß Görings über die „weitere Vereinheitlichung in der Lenkung der Wirtschaftspolitik“, v. 7. Dez. 1939 (§ 1), Fall XI, ADB 119, DZA Potsdam, Fall XI, Nr. 408, Bl. 119 ff. – Übrigens wurde die Berufung neuer Mitglieder durch die Entlassung bisheriger mehr als aufgewogen, so daß der Generalrat nunmehr 13 statt 17 Mitglieder zählte.

Aufgabe auch immer erfüllt sein mochte, im Krieg selbst hätten die Autarkiepläne notgedrungen gegenüber den unmittelbaren Kriegsorderungen an die Wirtschaft in den Hintergrund treten, hätten revidiert, aufgeschoben oder gar gänzlich aufgegeben werden müssen. Dies betrachtete beispielsweise der Wehrwirtschaftsstab des OKW schon 1936, bei Anlaufen des Vierjahresplanes, als selbstverständlich.³⁴ Im Krieg kollidierte das Interesse an der Produktion von Waffen und Kriegsgerät ungleich stärker als in der Aufrüstungsphase, ja geradezu in einer neuen Qualität, mit den Invest- und Bauvorhaben des Vierjahresplans, die enorme Mengen von Arbeitskräften, Baumaterialien (Eisen!) und Maschinen verlangten.

Diese Interessenkollision war eine äußerst reale. Sie zog sich wie ein roter Faden durch die Denkschriften, Berichte und Besprechungsprotokolle der an der Auseinandersetzung beteiligten Parteien. An erster Stelle waren es natürlich die Spitzen der Wehrmacht, die „erschrocken über die Höhe der weiteren fabrikatorischen Vorbereitungen“ und über „die hohen Verbrauchszahlen auf fabrikatorischem Gebiet“, angesichts der wachsenden Schwierigkeiten mit ihren Rüstungsprogrammen dringend nachfragten, „wie lange noch derartige große Ausgaben für fabrikatorische Vorbereitungen erforderlich sind“. Sie verlangten kategorisch, sämtliche Investitions- und Ausbauprogramme, „die sich im Jahre 1940 und in der ersten Hälfte 1941 nicht auswirken, zunächst rücksichtslos zurückzustellen“, und forderten die „Stilllegung des gesamten Bauwesens mit Ausnahme ganz weniger besonders kriegswichtiger Vorhaben“.³⁵

In gewisser Weise war die Blitzkriegsstrategie selbst ein Eingeständnis des Fehlschlags in den Autarkiebestrebungen. Davon zeugen das offene Eingeständnis der Naziführung, „daß man den Krieg nicht auf lange Sicht durchhalten könne“³⁶, und die abenteuerliche Schlußfolgerung daraus, es „müsse alles auf diese eine Karte (den „großen Schlag“ im Westen – D. E.) gesetzt werden, sowohl der Einsatz von Vorräten als auch von Rohstoffen usw.“³⁷, und dies „ohne Rücksicht auf eventuelle spätere Kriegsjahre“³⁸.

Obwohl alles in allem also zu erwarten war, daß die Reichsstelle für Wirtschaftsausbau und der Vierjahresplan insgesamt abgebaut oder aufgelöst würden, geschah tatsächlich etwas durchaus Gegenteiliges. Weniger wichtig war in diesem Zusammen-

34 s. Dok. EC-420, Wehrwirtschaftsstab an Abt. L(Landesverteidigung) des OKW, (31.) Dez. 1936, Fall XI, ADB 118 A, DZA Potsdam, Fall XI, Nr. 405, Bl. 171 ff.

35 *1456-PS*, verschiedene Stücke (Keitel, Thomas), Ende 1939/Anfang 1940, Bl. 265, 244 f., 240, 239, 220.

36 Aktennotiz Thomas' über Vortrag bei Keitel, 4. Dez. 1939, *1456-PS*, Bl. 266 (betr. Meinung Hitlers).

37 Ebenda, Bl. 267. Siehe auch ebenda, Bl. 243, Aktennotiz Thomas' über Besprechung bei Göring, 30. Jan. 1940.

38 *1457-PS*, Eintragung über Besprechung Thomas' bei Göring, 30. Januar 1940; s. a. Dok. EC-606, *IMT*, Bd. 36, S. 580f., Aktennotiz Thomas' über Besprechung bei Göring, 30. 1. 1940; vgl. auch *1457-PS*, Eintragung über Besprechung bei Göring, 9. Febr. 1940. Genau die gleiche Argumentation findet sich ein Jahr später, in der Zeit der Vorbereitungen auf den Krieg gegen die Sowjetunion; s. Kapitel V.

hang, daß die Vollmachten Görings als Beauftragter für den Vierjahresplan im Oktober 1940 durch Hitler-Erlaß³⁹ für weitere vier Jahre erneuert wurden; dies war zu jener Zeit bereits ein mehr oder weniger formaler Akt ohne größere Erheblichkeit. Aber als wesentlichster institutioneller Abkömmling der alten Vierjahresplanorganisation entstand und wuchs das Reichsamt, das „Amt Krauch“, in ungewöhnlicher staatsmonopolistischer Machtfülle. Hierdurch hatte der IG-Farben-Konzern mit Görings Hilfe den Gefahren gründlich vorgebaut, die ihren staatsmonopolistischen Positionen und damit ihren Großinvestitionen und anderen Konzernplanungen drohten; diese Positionen waren nunmehr unerschütterlich und blieben es bis zum Kriegsende.⁴⁰

b) Die staatsmonopolistische Grundkonzeption der Monopole

General Thomas, Chef der Wirtschaftsorganisation des OKW, malte in seinen Reden, Berichten und Notizen Ende 1939/Anfang 1940 ein düsteres Bild von der kriegswirtschaftlichen Situation. Er sah seine bekannte Theorie von der mangelnden deutschen Tiefenrüstung durch die Schwierigkeiten bestätigt, welche die unzulängliche Mobilisierung der Wirtschaft für den Krieg heraufbeschwor. Für den an diesen Schwierigkeiten Hauptschuldigen hielt er Funk. Am 7. November 1939 hatten beide eine erste scharfe Aussprache, in der Thomas Funk vorhielt, „daß die jetzige Art der Kriegswirtschaft nicht weitergehen könne, da die Wehrmacht weder zu den notwendigen Kapazitäten noch zu den notwendigen Arbeitskräften kommt.“ Funk indes lehnte es rundweg ab, „dem Führer eine Denkschrift über die Lage vorzulegen.“⁴¹

Thomas, der nach Speers Aussage „die im Vierjahresplan durch die Generalbevollmächtigten schon vor Beginn des Krieges durchgeführten Aufgaben mit Beginn

39 s. „Erlaß über die weiteren Aufgaben des Beauftragten für den Vierjahresplan“, v. 18. Okt. 1940, *RGBl.* 1940 I S. 1395.

40 Der Konzern profitierte davon beispielsweise bei den ein Jahr später einsetzenden Verhandlungen um den Bau des Bunawerks Auschwitz. Bei dieser Gelegenheit festigte er wiederum jene Positionen, indem er eine intensive Zusammenarbeit und Interessengemeinschaft mit Himmler als Herrn über die Konzentrationslager einging. Siehe z. B. *Kuczynski, Jürgen*, Die Verflechtung von sicherheitspolizeilichen und wirtschaftlichen Interessen bei der Einrichtung und im Betrieb des KZ Auschwitz und seiner Nebenlager. Gutachten im Auschwitzprozeß, vom 19. März 1964, in: *Dokumentation der Zeit*, Jg. 1964, Nr. 308, 2. Aprilheft, S. 36–42.

41 *I457-PS*, Eintragung v. 7. Nov. 1939. — Die erwähnte Denkschrift, von Staatssekretär Posse entworfen und von Thomas unterstützt, fälscht Birkenfeld, der diese Tagebucheintragung nicht angibt, in apologetischer Verdrehung der Tatsachen in ein Monument des „Widerstands aus dem Ressort“ um, den Thomas angeblich gegen den Krieg und gegen Hitler führte (*Thomas, Georg*, *Geschichte der deutschen Wehr- und Rüstungswirtschaft (1918–1943/45)*, hsg. v. Wolfgang Birkenfeld (= *Schriften des Bundesarchivs*, Nr. 14), Boppard 1966 (im folgenden: *Thomas, Georg*, *Geschichte*), S. 11 ff., 173).

des Krieges führend in die Hand nehmen“ wollte⁴², sah Abhilfe in zum Teil sehr weitgehenden Maßnahmen. Besonders forderte er, die Wirtschaft solle radikaler auf den Krieg umgestellt, die Betriebe ohne kriegswichtige Aufträge sollten stillgelegt und überhaupt „alle aus der Zeit vor dem Kriege vorliegenden, noch nicht erledigten Aufträge mit Ausnahme kriegswichtiger Wehrmächtsaufträge insgesamt als nichtig erklärt werden.“⁴³ Er schlug Göring auch unumwunden vor, „alle Programme, die sich im Jahre 1940 und in der ersten Hälfte 1941 nicht auswirkten, zunächst rücksichtslos zurückzustellen, in Sonderheit das Zellwollprogramm, das Fettprogramm und eventuell auch die letzten Fabriken für das Treibstoffprogramm.“⁴⁴ Er befürwortete nachhaltig sogar die Beschneidung der eigentlichen Rüstungsprogramme, besonders der Marine und auch der Luftwaffe.

Thomas' kriegswirtschaftliche Konzeption schon vor dem Krieg bestand, grob gesprochen, im Mißtrauen gegenüber der Blitzkriegsstrategie. Er konnte jedoch dieser Strategie angesichts der grundlegenden Schwächen des deutschen Wirtschaftspotentials nur Palliativa, Aushilfen entgegenhalten (längere Fristen in der Rüstung, Sicherung der wichtigsten Rohstoffimporte durch entsprechenden Export, stärkerer Druck und staatsmonopolistischer Zwang gegenüber den Werktätigen), aber kein grundsätzlich besseres bzw. realistischeres System.

Seine zuvor skizzierte Linie mußte ihn Ende 1939/Anfang 1940 in Gegensatz zu allen wichtigen Fraktionen der herrschenden Klasse bringen. Selbst Funk betrieb seine so hartnäckige Politik der „friedensähnlichen Kriegswirtschaft“ nicht ohne Rückhalt in der Nazi-Führungselite (vor allem bei Göring)⁴⁵ und ohne Druck derjenigen Wirtschaftskreise, die an einer radikalen Umstellung auf Kriegsverhältnisse am wenigsten interessiert sein konnten; das waren vor allem die Großbanken, die Bauindustrie, die Konsumgüter- und überhaupt die Verbraucherindustrien und der gesamte Handel, aber auch die Eisenproduzenten und bestimmte Zweige des Maschinenbaus, die an der Binnen- und Exportkonjunktur in Halbzeug, Ausrüstungen und Werkzeugmaschinen so lange wie möglich mitzehren wollten.⁴⁶ Doch auch Göring und der hinter ihm stehenden Monopolgruppierung, angeführt vom IG-Farben-Konzern, fiel es nicht ein, dem Wehrwirtschafts- und Rüstungsamt des OKW die staatsmonopolistische Machtposition des Generalbevollmächtigten für die Wirtschaft zu überlassen, auf die es schon lange vor dem Krieg seinen Anspruch angemeldet hatte.⁴⁷

42 Vernehmung Albert Speer, 12. März 1947, Dok. NI-5821, Fall VI, ADB 18, DZA/FS, IG-Farben-Prozeß, Film Nr. 413. Vgl. auch *Thomas, Georg*, Geschichte, S. 178 und passim.

43 Vortragsnotiz Thomas': „Vorschläge . . .“, 5. Dez. 1939, 1456-PS, Bl. 263.

44 Aktennotiz Thomas' betr. Besprechung bei Göring, 30. Jan. 1940, 1456-PS, Bl. 244f. Dementsprechend Göring an Funk, 3. Febr. 1940, *Kriegstagebuch des Oberkommandos der Wehrmacht (Wehrmachtführungsstab) 1940–1945*, (im folgenden: *KTB d. OKW*), Bd. 1, Frankfurt a. M. 1965, S. 962.

45 s. *Thomas, Georg*, Geschichte, S. 174.

46 vgl. ebenda, S. 154, 176f.

47 vgl. Dok. EC-420, Wehrwirtschaftsstab an Abt. L (Landesverteidigung) des OKW, (31.) Dez. 1936, Fall XI, ADB 118 A, DZA Potsdam, Fall XI, Nr. 405, Bl. 171ff. — Speer

Immerhin war bei allen wichtigen staatsmonopolistischen Gruppierungen zu dieser Zeit eine zunehmende Tendenz zu strafferer staatsmonopolistischer Regulierung, ein wachsendes Drängen nach diktatorischen wirtschaftspolitischen Vollmachten unverkennbar. Die führenden Monopole erwiesen sich dabei als die aktivsten, „bewußtesten“ Kräfte, die am klarsten und nachdrücklichsten auf die Übergabe diktatorischer Vollmachten an eine kompetente Stelle, eine staatsmonopolistische Zentrale, drängten. Das Ergebnis ihres Druckes lag in institutioneller und personeller Hinsicht zuerst noch im Ungewissen und war durchaus umstritten; darüber mußte letztlich das Kräfteverhältnis zwischen den verschiedenen finanzkapitalistischen Gruppen und staatsmonopolistischen Gruppierungen entscheiden.

In einer Rede vor der Reichsgruppe Industrie richtete Thomas am 29. November 1939 den allgemeinen, wenn auch dringenden Appell an die Industrie, „sich mit allen Kräften für die Steigerung der Rüstung einzusetzen.“⁴⁸ Er forderte sie zu einer „Kraftanstrengung“ auf, „die in ihren Ausmaßen und in ihrem schlagartigen Einsatz das Hindenburg-Programm weit hinter sich lassen muß.“⁴⁹ „Und hier appelliere ich“, so schloß er, „nun nochmals an Sie als die Führer der deutschen Wirtschaft und verpflichte Sie, Ihre ganze Tatkraft und Ihr Können einzusetzen, um Deutschland zu einer einzigen großen und machtvollen Rüstungsstätte zu machen, die auch einer englisch-französischen und im Notfalle auch einer amerikanischen Rüstungsleistung gewachsen ist.“⁵⁰

Sein Programm für eine Umstellung und Konzentration aller Kräfte auf die Kriegsbedürfnisse war nicht dazu angetan, die anwesenden Spitzenvertreter der Industrie zu begeistern. Er sprach sich entschieden gegen aufwendige Neuinvestitionen und -bauten in der Rüstungsindustrie aus. Erzeugungsverbote, Rohstoffentzug und Stilllegungen sollten vielmehr die „Nichtrüstungsindustrie“ zwingen, sich auf kriegswichtige Produktion umzustellen. „Denn mit Radioapparaten, Staubsaugern und Küchengeräten werden wir England niemals besiegen können.“⁵¹ Rohstoffe und Arbeitskräfte sollten nur noch nach kriegswichtigen Aufträgen, nicht nach Betriebskapazität verteilt werden. Da die erwähnten Aufträge von der Wehrwirtschaftsorganisation des OKW bzw. der Wehrmachtsteile ausgingen, hätte diese Forderung in ihrer Konsequenz die gesamte Industrie in Abhängigkeit von den Wehrmachtstellen gebracht. Zugleich machte Thomas aber aus seiner Absicht keinen Hehl, auf

berichtet von „Auseinandersetzungen zwischen Keitel und Göring“ in diesem Zusammenhang zu Beginn des Krieges (Vernehmung Albert Speer, 12. März 1947, Dok. NI-5824, Fall VI, ADB 18, DZA/FS, IG-Farben-Prozeß, Film Nr. 413. Vgl. auch *KTB d. OKW*, Bd. 1, S. 83 E, 84 E.

48 *1457-PS*, Notiz über Vortrag Thomas' vor der Reichsgruppe Industrie (vermutlich vor dem Großen Beirat der RGI) am 29. 11. 1939, Eintragung v. 4. 12. 1939; Wortlaut des Vortrags bei *Thomas, Georg*, *Geschichte*, S. 498 ff. Vgl. auch *Milward, Alan S.*, *Kriegswirtschaft*, S. 36.

49 *Thomas, Georg*, *Geschichte*, S. 498.

50 Ebenda, S. 507.

51 Ebenda, S. 501.

das „Lockmittel“ höherer Rüstungspreise – im Gegensatz zum ersten Weltkrieg – zu verzichten.

Während die großen Ambitionen des Wehrwirtschafts- und Rüstungsamtes in dieser Rede unüberhörbar waren, ließ Thomas sein Publikum ganz darüber im unklaren, ob er auch über die entsprechenden Mittel dafür verfügte, sie durchzusetzen. Sich seines Mangels an solchen Mitteln durchaus bewußt, ließ er in den kommenden Wochen und Monaten nichts unversucht, sich der Unterstützung der Monopole und ihrer „Selbstverwaltungs“-Organe zu versichern, um seine weitgesteckten staatsmonopolistischen Ziele zu erreichen.

Am 18. Dezember lud er „die führenden Persönlichkeiten der deutschen Industrie“⁵² zu einer Besprechung in sein Amt.

Anwesend waren auf dieser Sitzung außer einem Dutzend hoher Offiziere aus Thomas' Dienststelle 27 führende Finanzoligarchen, meist die Chefs der Großkonzerne selber, wie Rudolf Blohm, Hermann Bücher, Friedrich Flick, Peter Klöckner, Heinrich Koppenberg, August Kotthaus, Carl Krauch, Alfried Krupp, Paul Pleiger, Hermann Röchling und Rudolf Stahl. Thomas referierte über die wehrwirtschaftliche Lage. Die Diskussion⁵³, die sich anschloß, drehte sich um Schwierigkeiten in der Stahlproduktion, in der Erzzufuhr und vor allem um die Transportkatastrophe – bis Bücher eingriff und Grundsätzliches zur Sprache brachte: „Notwendig ist vor allem eine *einheitliche Führung* der Wirtschaft und eine denkbar einfache Organisation. Dann wird sich aus der Industrie, die ein sehr williges Organ ist, eine optimale Leistung herausholen lassen. *Eine* Stelle muß den Gesamtbedarf der Wehrmacht kennen, die Übersicht über die gesamten vorhandenen Rohstoffe haben und endgültig über deren Verwendung entscheiden. *Eine* Stelle muß nach einheitlichen Gesichtspunkten klar und unzweideutig die Größenordnung und Dringlichkeit des Bedarfs verfügen.“ Nun kam die Diskussion in Fluß. Rudolf Bingle (Siemens-Konzern) sekundierte Bücher; er forderte „Einheitlichkeit in der Führung und Stetigkeit der Auftragserteilung für die Elektroindustrie“. Wie Bücher argumentierten auch Wilhelm Kissel (Daimler-Benz) und Pleiger. „Die Industrie könnte weit mehr leisten“, betonte Kissel, „wenn ihr klare Aufgaben gestellt werden.“ Thomas erklärte sich mit dem Ergebnis der Sitzung durchaus zufrieden. Er stellte fest, „daß im Verlauf der Aussprache in der Hauptsache der Wunsch nach einer einheitlichen und klaren Führung gestellt worden ist, weil sonst die Forderungen des Staates nicht oder zumindest nicht termingemäß erfüllbar sind. Diese Forderung ist von mir immer vertreten worden und wird auch in Zukunft stets vertreten werden.“ Abschließend beklagte er demonstrativ den Mangel an Vollmachten für sein Amt, besonders die fehlende Befehlsgewalt über die Waffenämter der drei Wehrmachtsteile, und ließ dabei in zweckpessimistischen Äußerungen mehr oder weniger deutlich durchblicken, daß die Bildung der geforderten zentralen kriegswirtschaftlichen Kommandostelle sehr dringend sei und daß im Grunde nur sein eigenes Amt dafür in Frage käme.

52 1457-PS, Eintragung v. 18. 12. 1939; s. a. *Thomas, Georg*, Geschichte, S. 175.

53 Als Aktennotiz protokolliert, 19. 12. 1939, im folgenden zit. nach *Anatomie des Krieges*, a. a. O., Dok. Nr. 111.

Am nächsten Tag hatte Thomas zehn führende Monopolisten und Manager zu einer „Aussprache über Lage und Aussichten der deutschen Ausfuhr“ geladen. Es erschienen laut Protokoll Karl Blessing (Konzern Margarine-Union, ehem. Reichsbankdirektor, Finanzfachmann und Vertrauensmann der Großbanken), Hermann Fellmeth (Bosch-Konzern), Georg Gasper (Otto-Wolff-Konzern), Franz Kirchfeld (Konzern Gutehoffnungshütte), Hermann Klaue (in Vertretung von Croon, dem Leiter der Wirtschaftsgruppe Textilindustrie), Kurt Krüger (IG-Farben-Konzern), Karl Lange (Hauptgeschäftsführer der Wirtschaftsgruppe Maschinenbau), Paul Legers (Exportfachmann der Wirtschaftsgruppe Eisen-, Stahl- und Blechwarenindustrie), Karl Lindemann (Norddeutscher Lloyd/Hapag) und Hermann Reyss (Siemens-Konzern).⁵⁴ Die Sitzung war höchst aufschlußreich in bezug auf die Unzufriedenheit der Monopole mit dem Funktionieren des staatsmonopolistischen Mechanismus. Die Monopolvertreter verlangten die „Zusammenfassung der Entscheidungsbefugnis“ (Legers) über Außenhandels-, besonders Exportfragen an einer „obersten Stelle“ (Reyss). Der Protokollant faßte die Quintessenz ihrer Forderungen folgendermaßen zusammen: „Eine oberste Stelle muß allein entscheiden über die Dirigierung der Ausfuhr in bestimmte Richtungen, politische Zweckmäßigkeit, Durchführungsgarantien, Menschen- und Rohstoffsicherung.“⁵⁵

Eine weitere Besprechung Thomas' mit maßgeblichen Vertretern führender Konzerne, diesmal über die Verkehrslage, fand am 16. Februar 1940 statt. Die Teilnehmer von der industriellen Seite waren wiederum von ausgesuchter Prominenz, und ihre Forderungen und Vorschläge in der gleichen Richtung waren noch deutlicher und massiver. Helmuth Poensgen (Vereinigte Stahlwerke), Hermann Waibel (IG-Farben) und Georg Haindl (Papierindustrie) waren in ihrer Eigenschaft als Vorsitzender bzw. Mitglieder des Verkehrsausschusses der Reichsgruppe Industrie geladen, dazu Alfred Linden (Rheinisch-Westfälisches Kohlensyndikat) und Alexander Prentzel (Kalisyndikat).⁵⁶ Energisch forderten die Monopolvertreter durchgreifende Maßnahmen. Waibel schlug zunächst vor, bei der Verteilung der Güterwagen jeweils für die nächsten Tage den Leitern der Wirtschafts- und Fachgruppen anstelle der Transportbeauftragten bei den Reichsbahndirektionen das entscheidende Wort beim Reichsverkehrsministerium zuzubilligen. Poensgen erschien diese Zentralisation noch nicht ausreichend: „... in den Wirtschaftsgruppen herrscht ein starker Gruppenegoismus. Daher ist eine starke Befehlsgewalt der Zentrale nötig.“⁵⁷ Danach einigten sich die Konzernherren, eine solche „starke Zentralgewalt“ als „vordringlichste Forderung“ zu stellen.⁵⁸ Das Protokoll resümierte ihre Ansichten: „Aus dem Kreise der In-

54 s. Besprechungsprotokoll, 19. Dez. 1939, *1456-PS*, Bl. 248 ff.

55 Ebenda, Bl. 259.

56 Besprechungsprotokoll, *1456-PS*, Bl. 222 ff. Abgesagt hatten Franz Hayler (Leiter der Reichsgruppe Handel) und Wenzel (-Teutschenthal) (als Vertreter der Landwirtschaft). Hier und im folgenden sind die im Protokoll (bzw. in dessen Nürnberger Abschrift) falsch geschriebenen Namen von Waibel (Waibl), Prentzel (meist Frentzel) und Haindl (z. T. Heindl) korrekt wiedergegeben.

57 Ebenda, Bl. 228.

58 Ebenda, Bl. 233.

dustriellen: Programme müssen auf die Möglichkeiten abgestellt werden. Eine klare Verantwortung muß geschaffen werden, sonst fahren wir immer wieder fest. (Waibel, I. G. Farben). Die Sache muß diktatorisch geregelt werden. *Es schreit alles nach einem Mann, der die Dinge mit Sachverständnis diktatorisch regelt.* (Waibel und Poensgen).⁵⁹

Das Sitzungsprotokoll spiegelte nur zu deutlich die Hilflosigkeit des Wehrwirtschafts- und Rüstungsamtes des OKW wider, den Mangel an Einfluß auf das unmittelbare wirtschaftliche Geschehen, ja selbst auf die Rüstungsprogramme der einzelnen Wehrmachtsteile, seine Unfähigkeit, der immer komplizierteren kriegswirtschaftlichen Probleme Herr zu werden. Thomas hatte die Beratung offensichtlich so anlegen und führen wollen, daß sie ihm Trümpfe in die Hand spielte, mit deren Hilfe er seine eigene Anwartschaft auf den Posten jenes „starken Mannes“ durchsetzen konnte. Er war mit sieben hohen Offizieren seines Amtes erschienen. Die Konzernherren aber diskutierten die Probleme unter sich und gingen auf seine Taktik nicht im geringsten ein. Als Thomas zu einem Zeitpunkt, der ihm passend schien, seine Pläne deutlicher durchschimmern ließ: „Wenn man die Generalbevollmächtigten abschaffen würde, würde schon vieles besser werden“, fiel ihm Prentzel sogleich ins Wort: „Dezentralisierung ist jetzt schlechter als Zentralisierung . . .“.⁶⁰

Einen Monat nach der beschriebenen Sitzung setzte Hitler einen Minister für Bewaffnung und Munition ein. Ernannt wurde Fritz Todt und nicht Thomas, der sich trotz all seiner Bemühungen nicht einer ausreichenden Unterstützung durch die Monopole versichern konnte.

Die Bestellung eines Munitionsministers war seit Dezember 1939 im Gespräch. Nach Thomas' Darstellung gab vor allem seine, Thomas', Rede vor der Reichsgruppe Industrie am 29. November Göring den Anstoß zu dem Gedanken, Hitler einen besonderen Munitionsminister vorzuschlagen.⁶¹

Einleuchtend an dieser Version ist, daß die hinter Göring stehende und mit ihm zusammenarbeitende Gruppe von Monopolen Göring von Thomas' vor der RGI lautgewordenen Plänen und Ambitionen verständigte und auf eine Lösung in ihrem Sinne drängte. Der allgemein als kriegswirtschaftliche Notwendigkeit verspürte, gerade von den führenden Monopolen forcierte Trend zu größerer Zentralisation staatsmonopolistischer Regulierungsgewalt und die Tendenz zu deren steter Ausweitung mußte ihrer Meinung nach gewiß in andere als in die von der Wehrmacht und besonders von Thomas seit langem verfolgten Bahnen gelenkt werden. Besonders Krauch als Generalbevollmächtigter für die Vorprodukte der Munitionserzeugung mußte ein unbedingtes Interesse daran haben, eine Machtzusammenballung in jenen Händen zu verhindern.

Anknüpfend an die bisher im Rahmen des Vierjahresplanes übliche Methode Görings, jeweils Sonderbeauftragte mit möglichst eng gefaßten Spezialvollmachten zu er-

59 Ebenda, Bl. 236. Meine Hervorh. — D. E.

60 Ebenda, Bl. 230.

61 s. *Thomas, Georg*, Geschichte, S. 508, 510, Aufzeichnungen von Thomas und Obst. Jansen z. Vortrag Thomas am 29. März 1940.

nennen, bereitete zweifellos die Vierjahresplangruppierung in wochenlangen Sondierungen und Beratungen führend die später gefundene Lösung vor. Der Gruppierung um Göring kam dabei die wachsende Kritik der gesamten Rüstungsindustrie an der „Unfähigkeit der bisherigen Organisation“ der Wehrwirtschaftsbehörden zustatten, besonders die Kritik an der eigenmächtigen Politik des Heereswaffenamtes und seinen ständigen – profitmindernden – Eingriffen in die Produktion sowie an dem Versagen seiner Munitionsplanung.

Keitel sprach bei Hitler gegen Görings Vorschlag. Er insinuierte ihm, es genüge, innerhalb des Heereswaffenamtes „einem Industriellen (die) Sache zu übergeben.“ Man verhandelte mit Walter Borbet, dem Generaldirektor des Bochumer Vereins, der aber das Ansinnen ablehnte und eine Bevollmächtigung unmittelbar durch das OKW verlangte.⁶²

Anfang 1940 verhandelte Hitler selbst mit Vertretern der Industrie und zog Todt hinzu.⁶³ Am 23. Februar ernannte Göring Todt zum „Generalinspektor für Sonderaufgaben des Vierjahresplanes“ mit bedeutenden Vollmachten für die Versorgung der Munitionsindustrie mit Rohstoffen, Arbeitskräften und Maschinen.⁶⁴ Todt selbst beschränkte sich in dieser Zeit nicht auf die Rolle eines abwartenden Beobachters. Als Leiter des Hauptamts Technik der faschistischen Partei schaltete er den ihm zur Verfügung stehenden Teil des Parteiapparats wirksam ein und trug seine „Klagen“ und „Vorschläge“ zur Forcierung der Rüstung unmittelbar an das Ohr Hitlers.⁶⁵

Ein letzter massiver Versuch Thomas', dennoch zu seinem Ziel zu kommen, schlug fehl. Im Zusammenhang mit Verhandlungen über die Materie unter Görings Leitung im Februar und März 1940⁶⁶ verfaßte er ein Memorandum⁶⁷, in dem er seine Linie und Politik zusammenfassend darlegte. Er betonte darin sowohl, daß Industrielle wie Poensgen, Waibel und Bücher eine einheitliche Befehlsgewalt in der Wirtschaft forderten, als auch, daß seiner Meinung nach die Generalbevollmächtigten abgeschafft werden mußten. Schließlich legte er einen Plan vor, den er schon im November 1939 mit General v. Hanneken (Unterstaatssekretär im Reichswirtschaftsministerium, Generalbevollmächtigter für Eisen und Stahl) abgesprochen hatte. Er schlug Göring „die Bildung eines unter ihm (Göring – D. E.) unmittelbar arbeitenden Rüstungsamtes mit Führungsstab“ vor.⁶⁸

Thomas' Wehrwirtschafts- und Rüstungsamt, gerade im Oktober und November 1939 vorsorglich aus dem Wehrwirtschaftsstab gebildet, sollte also zu jener zentralen

62 Ebenda, S. 508 f., 510 f. Siehe auch *Dornberger, Walter*, V 2 – Der Schuß ins Weltall. Geschichte einer großen Erfindung, 3. Aufl., Eßlingen (1958), S. 87 f.

63 *Thomas, Georg*, Geschichte, S. 511, 508.

64 Ebenda, S. 238 f.; *KTB d. OKW*, Bd. 1, S. 962, Verordnung Görings vom 23. Febr. 1940. Vgl. auch *Milward, Alan S.*, Kriegswirtschaft, S. 56.

65 s. *Thomas, Georg*, Geschichte, S. 199.

66 vgl. *1456-PS*, Bl. 223, Protokoll der Besprechung Thomas' mit Industriellen vom 16. Febr. 1940.

67 Memorandum Thomas': „Zentrale kriegswirtschaftliche Führung“, vom März 1940 (Anfang März?), zit. bei *Petzina, Dieter*, Autarkiepolitik, S. 136 ff.

68 Ebenda, S. 137.

Kommandostelle für die Kriegswirtschaft ausgebaut werden, die ihm nötig erschien. Daß er sich formell dabei Göring unterordnen wollte, war ein Zugeständnis, mit dessen Hilfe er diesen auf seine Seite zu ziehen hoffte; sonst hätte er nicht im entferntesten darauf rechnen können, die seit dem 7. Dezember 1939 vakante Position des GBW zu besetzen, womöglich die Vollmachten des Vierjahresplans an sich zu bringen und auf diese Weise eine eigene staatsmonopolistische Wirtschaftsdiktatur auf- und auszubauen.

Am 17. März 1940 aber wurde Todt Minister für Bewaffnung und Munition. Wenn auch die Hintergründe dieser Ernennung noch nicht mit ausreichender Genauigkeit aufgeklärt werden können, so werden hier doch wesentliche Zusammenhänge innerhalb der Gruppierungskämpfe um eine stärkere staatsmonopolistische Machtkonzentration sichtbar.

Das Drängen bestimmter Monopole und Monopolgruppierungen auf diktatorisches Vorgehen in der Wirtschaft, auf eine stärkere Zentralisierung der staatsmonopolistischen Lenkungsgewalt war in der deutschen Geschichte seit 1933 und auch vorher keine singuläre Erscheinung. Je näher der Krieg rückte, desto häufiger war der Ruf nach dem staatsmonopolistischen Wirtschaftsdiktator laut geworden (1934, 1936, 1938). Aber diesmal hatte diese Forderung eine besonders breite Basis und Resonanz in den Monopolkreisen. Das war objektiv eine Form der Anerkennung des höchstgradig gesellschaftlichen Charakters des Krieges und dementsprechend der Kriegswirtschaft, erzwungen freilich durch den Druck der Verhältnisse, angesichts der ersten ernsteren kriegswirtschaftlichen Schwierigkeiten.

Klar und eindringlich wie die Forderungen der führenden Monopole formuliert waren, zielten sie ohne Zweifel schon über die Stufe der auf Teilgebieten eingesetzten Generalbevollmächtigten hinaus auf eine weit stärkere Zentralisation der staatsmonopolistischen Gewalt. Freilich schwebte diese den Monopolen im allgemeinen noch nicht in jenem umfassenden Sinne vor, wie sie später unter Albert Speer existierte. Die für die staatsmonopolistische Entwicklung allgemein charakteristische objektive Tendenz zu immer konzentrierterer Machtzusammenballung, zur diktatorischen Lösung ökonomischer und sozialer Probleme der Monopolherrschaft entsteht unter dem Druck innerer und äußerer Widersprüche; je reifer und stärker diese Widersprüche sind, desto mächtiger und durchschlagender zeigt sich jene Tendenz. Damals hielten die anfänglichen „Blitzkriegs“-Erfolge die Auswirkungen der für den deutschen Imperialismus unlösbaren Widersprüche noch in Grenzen, die „seltsame“ Kriegführung der Westmächte erleichterte es den Faschisten, sie einzudämmen. Wie überhaupt die Dimensionen des Krieges, so waren Tiefe und Vehemenz der Widersprüche anfänglich noch begrenzt.

Unter diesen Umständen war eine Kompromißlösung zu erwarten, die sich aus dem Interessenkampf der verschiedenen staatsmonopolistischen Gruppierungen ergab. Dieses Kompromiß bildete sich nicht plötzlich, mit einem Schlage, sondern etappenweise, in einem ziemlich langwierigen Prozeß heraus.

Immerhin stellten die massiven Forderungen der Monopole nach diktatorischen Formen der Regulierung des Reproduktionsprozesses und die Veränderungen im staatsmonopolistischen Apparat, die diesen Forderungen entsprachen, einen ersten

wichtigen Einschnitt in der Entwicklung der deutschen Kriegswirtschaft dar. Mit der Ablösung Funks als Generalbevollmächtigten für die Wirtschaft und mit der Bildung des Reichsamts für Wirtschaftsausbau hatten bereits wichtige Veränderungen eingesetzt. Mit der Entstehung des Reichsministeriums für Bewaffnung und Munition datierte eine neue Stufe in Organisation und Struktur der Kriegswirtschaft, begann eine neue Phase in der Entwicklung des staatsmonopolistischen Kapitalismus.

c) Die Bildung des Reichsministeriums für Bewaffnung und Munition

Am 17. März 1940 wurde durch einen Erlaß Hitlers⁶⁹ ein neues Ministerium geschaffen, das „Reichsministerium für Bewaffnung und Munition“. Zum Minister wurde Fritz Todt ernannt. Der Erlaß enthielt den allgemeinen Auftrag an den neuen Minister, „alle in der Waffenherstellung und Munitionserzeugung . . . tätigen Stellen zu höchster Leistung zusammenzufassen“. ⁷⁰ Neueren Untersuchungen zufolge erstreckten sich Todts Vollmachten zunächst nur auf die Produktion von Heeresmunition, die er „durch entsprechende Rationalisierungsmaßnahmen zu forcieren und beträchtlich zu steigern“ beauftragt wurde. ⁷¹ Immerhin hatte er „unmittelbares Weisungsrecht an das Heereswaffenamt, und noch im Frühjahr 1940 wurde sein Auftrag auf Waffen und Panzer erweitert.“ ⁷² Wichtige Vollmachten konnte er überdies aus seinen bisherigen Funktionen schöpfen, die ihm sämtlich verblieben, besonders aus der des „Generalbevollmächtigten für die Regelung der Bauwirtschaft“ (GB Bau; seit Dezember 1938) und des „Generalinspektors für Sonderaufgaben des Vierjahresplanes“ auf dem Gebiet der Rohstoff-, vor allem der Kupferbewirtschaftung (seit 23. Februar 1940) ⁷³. Nach Funks Aussage übernahm Todt dazu von ihm „alsbald die gesamte Energiewirtschaft“. ⁷⁴

Todt genoß von Anfang an – und hierin liegt die entscheidende Ursache für alle Produktivität seines Ministeriums – die Unterstützung der Reichsgruppe Industrie unter Zangens Leitung sowie führender Rüstungskonzerne wie der Vereinigten Stahlwerke, die ihm beispielsweise einen ihrer rücksichtslosesten Manager und fähigsten jüngeren Direktoren, Walter Rohland, zur Verfügung stellten. Auch der IG-Farben-Konzern stützte Todt, mit dem Krauch als GB Chemie schon früher „hervorragend“ zusammengearbeitet hatte. ⁷⁵ Diesen Konzern bewogen mutmaßlich

69 „Erlaß des Führers und Reichskanzlers über die Bestellung eines Reichsministers für Bewaffnung und Munition“, *RGBl.* 1940 I S. 513.

70 Ebenda.

71 *KTB d. OKW*, Bd. 1, S. 85 E.

72 Ebenda.

73 s. *Milward, Alan S.*, Fritz Todt als Minister für Bewaffnung und Munition, in: *VfZ*, H. 1/1966 (im folgenden: Fritz Todt), S. 46; *derselbe*, *Kriegswirtschaft*, S. 56.

74 Kreuzverhör Funk, 4. Mai 1946, *IMT*, Bd. 13, S. 115.

75 s. Dok. EC-282, Arbeitsbericht des GB Chemie vor dem Generalrat des Vierjahresplanes, 28. April 1939, Entwurf v. 20/21. April 1939, Fall XI, ADB 119, DZA Potsdam, Fall XI, Nr. 408, Bl. 30f.

auch andere Motive dazu als unmittelbar wirtschaftliche⁷⁶; nichtsdestoweniger legte er auf beste Beziehungen zum GB Bau und – als Produzent von Pulver und Sprengstoffen – zum Munitionsminister größten Wert.⁷⁷

Nun räumt selbst die neuere bürgerliche Forschung ein, daß Todt mit der Großindustrie zusammengearbeitet hat.⁷⁸ Sie stellt es so dar, als ob er sich erfahrener Unternehmer bedient habe, um seiner „Schöpfung“ zum Leben zu verhelfen, nämlich jenem neuen System der Organisation in der Rüstungswirtschaft, auf das die Rede noch kommen wird. Dies rechnet sie ihm in apologetischer Absicht oder in völliger Verkennung der Sachlage als maßvolle Einsicht und gar als Verdienst an. Sie läßt jedoch nicht nur die maßgebliche Rolle völlig im Dunkeln, die die führenden Monopole und ihre staatsmonopolistischen Vertretungen (Reichsgruppe Industrie u. a.) bei der Entstehung des Todt-Ministeriums spielten, sondern erst recht die Tatsache, daß der neue Minister jeden seiner ersten Schritte buchstäblich an der Hand der führenden Vertreter großer Rüstungskonzerne und unter Anleitung durch die Reichsgruppe Industrie tat. Sowohl das neue Organisationssystem als auch die Rationalisierungskonzeption und – last not least – auch das Festpreissystem Todts waren tatsächlich das kollektive Werk der großen Konzerne und ihrer „Selbstverwaltung“. Das Ministerium stellte ihre zentrale Exekutive dar.

Die ersten Wochen der Tätigkeit des neuen Ministers vergingen mit ausführlichen Besprechungen zwischen Todt und den Vertretern der großen Rüstungsmonopole und ihrer staatsmonopolistischen Organe. Zu denjenigen Konzernherren, mit denen er schon in den ersten Tagen und Wochen mehrfach konferierte, gehörten Walter Borbet, Rudolf Bingel (Siemens-Konzern), Philipp Keßler, Hellmuth Roehnert, Albert Vögler und Wilhelm Zangen.

Am 27. März 1940 tauschten elf führende Vertreter der Reichsgruppe Industrie und Leiter von Wirtschaftsgruppen in geheimer Sitzung ihre bisherigen Erfahrungen aus den Beratungen mit Todt aus. Sie waren mit dem Munitionsminister die Probleme, die sie für die wichtigsten hielten, gründlich durchgegangen. Sie hatten die „Bürokratie“ des Heereswaffenamts und anderer Stellen kritisiert und klare Regelungen und Vollmachten verlangt, vor allem auf Gebieten, wo es um ihre Profite ging: bei den Rüstungspreisen, bei den Investitionen und Amortisationen und bei den Nachbaurechten und Lizenzen.

Die Monopolherren berichteten über den „sehr guten Eindruck“, den sie aus den Besprechungen gewonnen hatten. Todt hatte darum gebeten, die „Industrie möge ihm Vorschläge machen“. Alle waren sich darüber einig, „daß, wenn bisher in der Kriegswirtschaft überhaupt etwas geleistet worden sei, dies im wesentlichen der

76 Die vielfach konkurrierenden Interessen des Chemiekonzerns und der großen Montankonzerne ließen jenem eine stärkere Staatsaufsicht über diese wünschenswert bzw. erforderlich erscheinen. Historische Beispiele für diese Form der (staatsmonopolistischen) Interessenkonkurrenz s. bei *Gossweiler, Kurt*, Die Rolle des Monopolkapitals, S. 204 ff. Vgl. dazu auch *Kuczynski, Jürgen*, Studien 1918–1945, S. 138 ff.

77 vgl. *Petzina, Dieter*, Autarkiepolitik, S. 147.

78 Besonders *Milward, Alan S.*, Kriegswirtschaft, S. 53 ff.; *derselbe*, Fritz Todt, a. a. O.; s. a. *Petzina, Dieter*, Autarkiepolitik, S. 136 ff.

Organisation der gewerblichen Wirtschaft zu danken sei. Hier müsse man weitergehen. . . . Die Beratung Todts durch Sachverständige solle und müsse über die Reichsgruppe Industrie gesteuert werden. Die fachlichen Ausschüsse seien aus Industriellen zu bilden.“^{78a}

Die einstimmig gebilligten Vorschläge dieser Beratung in der Reichsgruppe Industrie wurden sofort in die Praxis umgesetzt. Kommissionen bildeten sich, die unablässig über die wichtigsten Probleme berieten und mit großer Beschleunigung Vorschläge und Vorlagen für Todt ausarbeiteten. Sorgfältig wählte man die Persönlichkeiten für die Organe aus, die den Minister ständig maßgeblich beraten sollten. Eine Aktennotiz des Generaldirektors des Hoesch-Konzerns gibt Aufschluß über diese grundsätzlichen Beratungen und über das System von Organisationen und Maßnahmen, das binnen kürzester Frist entstand⁷⁹:

„*Betrifft: Minister für Bewaffnung und Munition.*

1) Am Mittwoch, den 3. April, habe ich abends Herrn Zangen in Düsseldorf aufgesucht, um mich noch einmal mit ihm über den Beirat, der bei dem oben genannten Minister geschaffen werden soll, zu unterhalten. Ich erklärte Herrn Zangen von vornherein, daß ich aus persönlichen Gründen keinen Wert darauf legte, in den Beirat zu kommen, aus sachlichen Gründen aber dafür sorgen müßte, daß wir unterrichtet wären. Wenn er selbst also in den Beirat ginge und mich über die Verhandlungen unterrichten wollte, so würde mir das vollauf genügen. Herr Zangen erklärte seine Zustimmung und bestätigte noch einmal, was er mir schon am Fernsprecher von Berlin aus gesagt hatte, daß der Beirat keine unmittelbaren Vertreter der Eisen- und Stahlindustrie einschließe. Herrn Poensgen, der ihn ebenfalls darum ersucht habe, ihn in den Beirat vorzuschlagen, habe er gebeten, davon Abstand zu nehmen. Für die Hersteller von Waffen und Munition der Eisenindustrie sind die Herren Borbet (Bochum), Löser (Krupp-Essen) und Roehnert (Rheinmetall) von ihm vorgeschlagen worden. Außerdem sind vertreten die Zubringerfabriken, reichlich die Metallfabriken, die Gießereien usw. Im übrigen läge es natürlich bei Herrn Todt, in den Beirat zu wählen, wen er wolle.

Über die Arbeit, die die Reichsgruppe Industrie mit dem Munitionsminister aufgenommen hat, in großen Zügen folgendes:

a) Ein Ausschuß für Zusammenarbeit in der Industrie unter Vorsitz von Borbet prüft die Frage, wie die Zentralstelle in der Auftragserteilung entlastet werden kann. In dem bisherigen Waffen- und Munitionsamt sind nicht weniger als 6.800 Offiziere und Angestellte beschäftigt. Es soll versucht werden, daß das Amt unmittelbar mit viel weniger Firmen verhandelt als bisher, und daß entweder Arbeitsgemeinschaften gebildet werden, wobei eine führende Firma mit dem Minister (verbessert in: Amt – D. E.) verhandelt, oder daß Generalunternehmer die Aufträge erhalten, die ihrerseits Unteraufträge vergeben. . . .

78a Aktennotiz über die Sitzung in der Reichsgruppe Industrie am 27. 3. 1940, zit. nach: *Anatomie des Krieges*, a. a. O., Dok. Nr. 114.

79 DWI, Nr. 4374, Bd. 16, Aktennotiz von Erich Tgahrt, Vorstandsvorsitzender der Hoesch AG, 5. 4. 1940.

b) Der für Betriebswirtschaft eingesetzte Ausschuß tagt unter der Leitung von Herrn Direktor Gobbers von Mannesmann. Auf der Gegenseite sitzt Herr Ministerialdirigent Ziehm, der oberste Preisprüfer für Wehrmächtaufträge. (Es ist übrigens in allen Ausschüssen selbstverständlich das Munitionsministerium ebenfalls ausreichend vertreten.) Dieser Ausschuß hat die Aufgabe, Vereinfachung der Preisprüfung und der Festsetzung der Preise, des Verkehrs mit dem Ministerium usw. durchzuführen. Es soll endlich die lästige, wochenlange Arbeit bei den Werken in Fortfall kommen, eine eindeutige Achtung von Festpreisen bestimmt werden, die Frage der Abschreibungen in großzügiger Weise anerkannt werden usw. Es hat den Anschein, daß dieser Ausschuß schon erhebliche Fortschritte im Sinne der aufgezeichneten Richtung gemacht hat.

c) Der Ausschuß für Abnahme soll auf eine Vereinfachung der Abnahmebedingungen und der Abnahmeprüfung hinarbeiten. Unser Dr. Hoff ist hierzu auch eingeladen worden.

d) Der Ausschuß für Kontingentierung soll eine grundlegende Verbesserung und Vereinfachung der Kontingentierungsbestimmungen, sowohl für Eisen und Stahl als auch für Metalle usw., durchführen. Von seiten der Stahlindustrie sind die Herren Maulick und Scheer-Hennings in diesen Ausschuß entsandt. Das Metall-Bezugsverfahren wird weiter geändert und wesentlich vereinfacht, wie mir Minister Todt sagte.

2) Gemeinsam mit Herrn vom Bruck besuchte ich am 4. April Herrn Minister Todt, der uns in Gegenwart eines Reichsamtsleiters empfing. Herr Todt hatte bereits vorher eine größere Anzahl von Besuchen gehabt, darunter auch mehrfach Zangen, Borbet, Vögler usw., so daß er über alle Hindernisse, die einer vollen Entfaltung der Erzeugung entgegenstehen, unterrichtet war. Nichtsdestoweniger kam das meiste ganz kurz noch einmal zur Sprache (Arbeiterfragen, Transportfragen, Kontingente, zu viel angefangene Neubauten, geringe Stetigkeit in der Erzeugung, Überarbeitung der Angestellten und Arbeiter, psychologische Hemmungen usw.). Herr Todt hat eine sehr klare Vorstellung von allen Dingen und befaßt sich ausschließlich mit den großen und entscheidenden Fragen der Vereinfachung der Organisation und der Ausräumung der Schwierigkeiten und Hindernisse. . . .

Herr Todt hat auch im Auge, ganz gründlich vorzugehen gegen die Fortführung von Neubauten, die nicht unbedingt kriegswichtig sind, bzw. nicht in angemessener Frist (also wesentlich im Laufe dieses Jahres) fertig werden. Auf diesem Gebiet hat ihn Herr Vögler offenbar noch besonders bestärkt. Herr Todt meinte, daß, ehe man nicht die Werke gezwungen habe, angefangene Neubauten wieder abzureißen und in den Schrott zu tragen, wohl kaum Vernunft auf diesem Gebiet einkehren würde. . . .

Das Ministerium hat Beauftragte bei den Rüstungsinspektionen und auch bei Rüstungskommandos eingesetzt. Diese stehen für die Unterstützung vordringlicher Fragen zur Verfügung. Gegebenenfalls kann man auch den bei unserer Besprechung anwesenden Hauptamtsleiter dieserhalb bemühen. Am besten wird man sich aber zunächst an die Beauftragten des Ministers bei den Rüstungsinspektionen wenden.“

Als der Leiter des Hoesch-Konzerns diese Notiz abfaßte, war die Arbeit der Ausschüsse inzwischen mit großer Beschleunigung vorangeschritten. Der „Ausschuß zur Überprüfung der Auftragslenkung auf dem Gebiet der Munitionsproduktion“ – vermutlich identisch mit dem ersten der von Tgahrt aufgeführten Ausschüsse – hatte Vorschläge vorgelegt, die in der Reichsgruppe Industrie ausgearbeitet worden waren. Diese Vorschläge enthielten auf dem Gebiet der Munitionserzeugung tiefgreifende Änderungen der bisherigen kriegswirtschaftlichen Organisation. Die Vertreter der RGI hielten damit Vortrag bei Todt, und von einem Tag auf den anderen, gegen den Widerstand der Wehrmachtsstellen, verabschiedete der Ausschuß eine von Todt gebilligte Anordnung Zangens, in der im Kern der ganze staatsmonopolistische Apparat fertig beschlossen lag, der in Zukunft das Rückgrat des Ministeriums bilden sollte.

Der Gang der Verhandlungen des Ausschusses erwies die RGI und ihre Vertreter als eigentliche Schöpfer des neuen staatsmonopolistischen Systems der „Selbstverwaltung“ in der Munitionserzeugung. Die Sitzungen, die am 2., 3. und 5. April 1940 stattfanden⁸⁰, leitete Ministerialdirektor Schönleben als Vertreter Todts. Elf Offizieren, nämlich sechs Vertretern der Wehrmachtsteile (vor allem aus dem Heereswaffenamt), zwei Beobachtern aus dem Wehrwirtschafts- und Rüstungsamt und drei Rüstungsinspektoren, standen drei Vertreter der RGI gegenüber, angeführt von Philipp Keßler. Schönleben forderte die Vertreter der Reichsgruppe auf, zu prüfen, ob und wie durch industrielle Arbeitsgemeinschaften das Auftragsystem, bisher starr und bürokratisch von den Wehrmachtsstellen gehandhabt, vereinfacht und geändert werden könnte. Sogleich betonte Keßler, es sei „eine Notwendigkeit, solchen Arbeitsgemeinschaften auch behördliche Funktionen zu übertragen. Zur zweckmäßigen Deckung des Maschinen- und Menschenbedarfs sei es notwendig, daß gewisse Stellen autoritativ auf die einzelnen Betriebe einwirken.“

Auf der Sitzung am nächsten Tag trug Keßler schon den Plan der RGI vor, „daß regionale Ausschüsse gebildet werden sollen, und zwar je für Geschosse, Kartuschhülsen und Zünder, und daß diese regionalen Arbeitsgemeinschaften eine zentrale Spitze finden müßten.“ Er warf den Vertretern der Wehrmacht vor, sie vergäben Aufträge, ohne für Maschinen, Material und Arbeitskräfte zu sorgen. „Es sei eine Forderung der Industrie“, so fuhr er fort, „die Arbeitskräfte zunächst einmal den gut eingerichteten Firmen, welche sofort fertigen könnten, zur Verfügung zu stellen. Außerdem müsse gefordert werden, daß aus Munitionsfabriken Einziehungen nicht mehr erfolgen dürften.“

Am gleichen oder am nächsten Tag hielten die Vertreter der RGI Vortrag bei Todt, und am 5. April wurde den übrigen Ausschußmitgliedern nur noch mitgeteilt, „daß der Reichsminister eine Anordnung über die Gründung von Arbeitsgemeinschaften erlassen würde, deren Formulierung er sich vorbehalte. Des weiteren trug General-

80 Auch das Folgende nach dem Bericht (von Meendsen-Bohlken, WiRüAmt?) über die Sitzungen des Ausschusses, 9. 4. 1940, DZA/FS, Film Nr. 2312, zit. nach: *Anatomie des Krieges*, a. a. O., Dok. Nr. 115; s. a. Wagner, *Raimund*, Die kriegsökonomische Vorbereitung des Überfalls auf die Sowjetunion und die Rolle der militärischen Wirtschaftsorganisation des Oberkommandos der faschistischen Wehrmacht (Man., z. Druck verb.).

direktor Keßler den Entwurf einer Anordnung des Leiters der Reichsgruppe Industrie vor, welche die Anordnung des Ministers ergänzen sollte. Diese beiden Anordnungen seien die Grundlage für die Bildung der Arbeitsgemeinschaften und Ausschüsse.“ Die Besprechung des Entwurfs der Anordnung Zangens schloß Schönleben „überraschend“ für die Vertreter der Wehrmacht mit dem „Ergebnis“ ab, daß die Rüstungsinspektionen an dem neuen System nicht beteiligt werden, d. h., daß sie den Rüstungsmonopolen nichts dreinzureden haben sollten; „wenn die vorgesehenen Arbeitsgemeinschaften sich bewährt hätten, sollten auch sie die Vergabe (der Aufträge – D. E.) durchführen.“

Generalleutnant Stud (HWA) und Vizeadmiral Meendsen-Bohlken (Wi Rü Amt) hatten mit ihren Gegenvorstellungen gegen den geplanten schweren Eingriff in ihren Kompetenz- und Machtbereich keinerlei Erfolg. Ihr Eindruck, den Meendsen-Bohlken notierte, war der, „daß auf Grund des Vortrages der Vertreter der Reichsgruppe bei dem Reichsminister die Entscheidung über die Arbeit des Ausschusses bereits getroffen war, als die Besprechungen des dritten Tages begannen. Über die Vorschläge der Wehrmacht wurde im Ergebnis ohne weitere Erörterung hinweggegangen.“

Die am 5. April auf der dritten Ausschußsitzung angekündigte Anordnung Todts erschien bereits am nächsten Tag als Verfügung über die „Bildung von Arbeitsgemeinschaften in der Munitionserzeugung“.⁸¹ Die Anordnung Zangens vom 8. April^{81a} enthielt das neue System der staatsmonopolistischen Organisation in der Munitionsindustrie in aller Ausführlichkeit. Betriebe, die gleichartige Munitionsteile und -arten herstellten, bildeten regional jeweils Arbeitsgemeinschaften, die Funktionen eines Zwangskartells hatten. Ihre Vorsitzter konnten gegenüber den Betrieben Anordnungen zur Rationalisierung der Produktion treffen, die die Produktionstechnik und -technologie, einzelne Arbeitsgänge, die Akkordzeiten usw. betrafen. Eine der wichtigsten Bestimmungen war: „Für die künftig zu erteilenden Munitionsaufträge . . . übernimmt die Arbeitsgemeinschaft die wirtschaftliche Steuerung“, d. h. die Weiterverteilung des Globalauftrags in ihrem Bereich.

Die Vorsitzter der Arbeitsgemeinschaften bildeten im bezirklichen Rahmen einen Munitionsausschuß. Die Vorsitzter der Munitionsausschüsse wiederum sollten dem zentralen Munitionsbeirat angehören, der bei der RGI gebildet worden war. „Den Vorsitzter des Munitionsbeirats bestimmt der Vorsitzter der Fachgemeinschaft Eisen- und Metallindustrie im Einvernehmen mit dem Leiter der Reichsgruppe

81 s. *Thomas, Georg*, Geschichte, S. 232 Anm. 59. – Auch Thomas bezeugt, daß Todt unmittelbar nach seiner Ernennung einen „neuen Weg“ beschritt, „indem er den Leiter der Reichsgruppe Industrie, Generaldirektor Zangen, beauftragte, innerhalb der Munition erzeugenden Betriebe Arbeitsgemeinschaften zu bilden und diesen in Selbstverantwortung den wirtschaftlichen Ablauf des gesamten Munitionsfertigungsprogramms zu übertragen.“ (Ebenda, S. 231f.).

81a Vom 8. 4. 1940; im folgenden zit. nach: *Anatomie des Krieges*, a. a. O., Dok. Nr. 117.

Industrie. Seine Bestellung bedarf der Bestätigung durch den Reichsminister für Bewaffnung und Munition. Der Munitionsbeirat vermittelt die gesamten Erfahrungen über das Reichsgebiet, macht Vorschläge für den überbezirklichen Ausgleich in der Auftragserteilung und steht zur Beratung in allen Fragen der wirtschaftlichen Fertigung zu Verfügung.“

Der allgemeinen Tendenz zur Zentralisierung der staatsmonopolistischen Regulierungsgewalt folgend, ergänzten Munitionsministerium und Munitionsbeirat die regionale Zusammenfassung der Betriebe in den Wehrbezirken mittels Arbeitsgemeinschaften und Munitionsausschüssen sehr bald durch sogenannte Sonderausschüsse, die im gesamten Reichsgebiet jeweils für bestimmte Munitionsarten die Vollmachten für die Rationalisierung der Produktion und für die „Beratung bei der Auftragslenkung“ übernahmen.⁸²

Damit hatten die Eingriffe des Heereswaffenamts auf dem Gebiet der Munitionserzeugung ein Ende. Seine umfassenden Kontrollbefugnisse waren stark eingeschränkt. Auch der Einfluß des Wehrwirtschafts- und Rüstungsamtes des OKW wurde erheblich dadurch geschwächt, daß der Minister für Bewaffnung und Munition Industrielle als seine speziellen Beauftragten in die Rüstungsinspektionen und Rüstungskommandos des OKW-Amtes in den Wehrbezirken bzw. Wehrkreisen einsetzte.

Das neue staatsmonopolistische Organisationssystem breitete sich binnen kurzem auf weitere große Bereiche der Heeresrüstung aus. Das gleiche doppelte System der bezirklichen und fachlichen Zusammenfassung wie in der Munitionsindustrie wurde noch im Laufe des Jahres 1940 auf die Betriebe der Panzerwagenproduktion und der Waffenproduktion ausgedehnt. Es entstand beispielsweise neben den bezirklichen Arbeitsgemeinschaften für Waffen im November 1940 ein Sonderausschuß Waffen mit fünf Hauptgruppen, die sich wieder in Arbeitsgruppen untergliederten (Hauptgruppen für Handfeuer- und Maschinenwaffen, für mittlere Waffen, für schwere Waffen, für Vormaterial und für Zulieferungen). Aufgaben und Vollmachten dieser Organisation bestanden in der Mitentscheidung über die Belegung der Betriebe mit den Aufträgen der Wehrmacht, in der Rationalisierung der Produktion durch Erfahrungsaustausch und Typenbereinigung innerhalb ihres Bereichs und in der Verlegung von Arbeitskräften und Maschinen in bevorzugte Betriebe „zur Beseitigung bestimmter enger Querschnitte.“⁸³

Entsprechend der Ausdehnung der staatsmonopolistischen Organisation des Munitionsministeriums bildeten sich die Munitionsausschüsse in den Wehrkreisen in Rüstungsausschüsse, der Munitionsbeirat in den Rüstungsbeirat des Ministeriums um.

Die Leitung dieser neuen Organisation der Rüstungsindustrie hatten die führenden Rüstungskonzerne unmittelbar selbst fest in der Hand. Leiter des Munitions-

82 Rundschreiben von Philipp Keßler an die Vorsitzenden der Munitionsausschüsse usw., 25. 5. 1940, zit. nach: ebenda, Dok. Nr. 119.

83 Richtlinien des Rüstungsbeirats, 4. 12. 1940, zit. nach: ebenda, Dok. Nr. 145.

beirats und späteren Rüstungsbeirats war Philipp Keßler. Den Sonderausschuß Panzerwagen leitete Walter Rohland, Vorstandsmitglied der Vereinigten Stahlwerke, den Sonderausschuß Waffen Erich Müller, Vorstandsmitglied des Kruppkonzerns. Als Vorsitzende der Hauptgruppen des Sonderausschusses Waffen fungierten Generaldirektoren und Direktoren von Konzernbetrieben des Kruppkonzerns, der Vereinigten Stahlwerke, der Gutehoffnungshütte und anderer Konzerne.

Milward beschreibt die Funktionen der Ausschüsse und der sie leitenden Unternehmer näher: „Nachdem sie sich eine gründliche Kenntnis der Kapazität eines ihrer Aufsicht unterstehenden Betriebes verschafft hatten, mußten die im Ausschuß sitzenden Industriellen alle Pläne für den Einkauf neuer Maschinen prüfen. Sie hatten die Befugnis, Maschinen und Arbeitskräfte von einem Betrieb zum anderen zu transferieren, die Fabriken während des Produktionsprozesses zu überwachen und allen jede nur mögliche Hilfe bei der Erreichung des im Programm des Ausschusses festgesetzten Zieles zu geben. Als ein letztes Mittel besaßen sie die Kompetenz, die Produktion bestimmter Erzeugnisse zu verbieten, wenn diese nach ihrer Ansicht an anderer Stelle wirtschaftlicher hergestellt werden konnten. . . . Die Ausschüsse unterstanden nicht den Beschaffungsstellen der Streitkräfte, sondern erhielten ihre Weisungen vom Ministerium für Bewaffnung und Munition, ohne jedoch in irgendeiner Weise Zweig dieses Ministeriums zu sein. Die Stellung des Vorsitzenden war ein Ehrenamt.“⁸⁴

Im Jahre 1941 begannen die Rüstungskonzerne, mit Unterstützung des Munitionsministeriums auch in technisch-qualitativer Hinsicht regulierend in die Heeresrüstung einzugreifen. Am 21. Juni 1941 bildete Todt die erste „Entwicklungskommission“ des Ministeriums, die sogenannte Panzerkommission unter der Leitung von Ferdinand Porsche, dem Vorstandsvorsitzer des Volkswagenwerks. Die Mitglieder der Wehrmacht in dieser Kommission waren den Vertretern der Rüstungsindustrie und den Abgesandten Todts schon zahlenmäßig unterlegen. Die Konzerne waren durch ihre führenden Direktoren, Konstrukteure und Ingenieure vertreten. Diese Kommission sollte die Forderungen des Heeres nach Neu- und Umkonstruktion zuerst auf ihre „zweckmäßigste technisch-fabrikatorische Gestaltung“ hin prüfen. Alle Aufträge waren der Kommission „zur vorherigen Mitprüfung im Sinne einer vereinfachten, leistungssteigernden Fertigung“ vorzulegen.^{84a} Die Wehrmacht mußte ihre Typenwünsche den Beschlüssen der Kommission unterordnen; in ihren Möglichkeiten, Waffentypen selbst zu konstruieren, wurde sie immer stärker beschränkt. „Die Anforderungen der Wehrmacht sollten zunächst von den Entwicklungskommissionen ausgesiebt werden,

84 Milward, Alan S., Fritz Todt, S. 48f. In Milwards Angaben über die Auswahl der Vorsitzenden (den Aussagen und Berichten Speers nach 1945 entnommen) wird die Apologie des Systems transparent (ebenda).

84a Verfügung von Todt u. Gen. Fritz Fromm, Chef d. Heeresrüstung u. Befehlsh. d. Ersatzheeres, über die Bildung einer Panzerkommission, 21. 6. 1941, zit. nach: *Anatomie des Krieges*, a. a. O., Dok. Nr. 164.

die so viel Standardisierung wie möglich erreichen mußten, um die Zahl der verschiedenen Entwicklungsprojekte zu begrenzen. . . . Keinen zwei Firmen sollte es künftig gestattet sein, sich gleichzeitig mit der Entwicklung des gleichen Panzers zu befassen.“⁸⁵

Die Tätigkeit dieser staatsmonopolistischen Institutionen kam ökonomisch erst später zu voller Wirkung, als die tendenzielle Entwicklung zu höchster Zentralisation staatsmonopolistischer Macht unter Todts Nachfolger Speer eine neue, höhere Stufe erreichte. Bei der Untersuchung dieser Zeit wird eine ausführliche ökonomische Analyse vorzunehmen sein.

Todt fungierte fast zwei Jahre lang als Minister. Sein Ministerium füllte während dieser Zeit keinesfalls jene dominierende Position aus, die es später, nach Todts tödlichem Flugzeugunfall, unter Speers Leitung innehatte.⁸⁶ Dieser Umstand hing eng mit der verwickelten, wechselhaften Situation zusammen, in der sich der deutsche Imperialismus in den Jahren 1940 und 1941 befand. Der ständige Wechsel in der kriegswirtschaftlichen Strategie, insbesondere die mehrfach angeordneten „Umrüstungen“, und die jeweilige militärisch-außenpolitische Lage beeinflussten den Werdegang und die Aktivitäten der neuen Behörde ebenso wie die innenpolitische Lage, insbesondere das Kräfteverhältnis zwischen den verschiedenen Monopol- und staatsmonopolistischen Gruppierungen.

Nichtsdestoweniger war die Gründung dieser Behörde ein wichtiger Schritt auf dem Wege zu extrem zentralisierten Formen der staatsmonopolistischen Regulierung. Das Ministerium stellte seiner Funktion und Struktur nach schon die Keimzelle für das später allmächtige Rüstungsministerium Speers dar.⁸⁷ Todt räumte bereits größte Hindernisse für jene extreme Machtzusammenballung beiseite. Er nahm die in gewissem Sinne notwendigen Konflikte mit den anderen staatsmonopolistischen Gruppierungen auf sich. Notwendig waren diese Auseinandersetzungen sowohl als *conditio sine qua non* für die Durchsetzung der Zentralisierungstendenz, die sich dem Regime objektiv aufdrängte, als auch im Sinne der Unvermeidbarkeit von Zusammenstößen mit den anderen Gruppierungen.

Schon die Wahl Todts als Minister deutete auf ein taktisches Kompromiß hin, das angesichts des Drucks der führenden Monopole von Göring vorbereitet wurde.⁸⁸ Todt war hoher Parteifunktionär; zugleich galt er als einer der – spärlich gesäten – führenden Faschisten, die mit technischen und wirtschaftsorganisatorischen Fragen der Industrie vertraut waren. Seine Funktion sollte darin bestehen, mittels neuer Regulierungsvollmachten gegenüber der Wirtschaft die materielle Ausrüstung der faschistischen Militärmaschine (zunächst nur mit Munition) zu sichern, zugleich aber dabei das Wehrwirtschafts- und Rüstungsamt des OKW durch einen effektiveren,

⁸⁵ *Milward, Alan S.*, Fritz Todt, S. 49 f.

⁸⁶ vgl. dazu Speers Aussage im Kreuzverhör in Nürnberg, 19. Juni 1946, *IMT*, Bd. 16, S. 478.

⁸⁷ Dies hat zum ersten Mal und nachdrücklich Milward hervorgehoben (*Milward, Alan S.*, *Kriegswirtschaft*, S. 55 ff.; *derselbe*, Fritz Todt, S. 43 f., 50).

⁸⁸ s. S. 118 f. d. vorl. Arb.

im Sinne der Monopole sachverständigeren Apparat zu ersetzen, mindestens zu ergänzen und es dadurch in seinen unzulänglich ausgefüllten Kompetenzen zu beschneiden. Daher konnte für diesen Posten weder ein Offizier noch ein Monopolist in Frage kommen. Es empfahl sich auch mit Rücksicht auf die Interessenkollisionen und Gruppenkämpfe innerhalb des Monopolkapitals sowie aus Gründen der sozialen Demagogie nicht, unmittelbar einen Monopolvertreter damit zu beauftragen. Thomas gab eine bezeichnende Argumentation Hitlers für Todt wieder: „Ein Kaufmann und Parteimann habe ganz andere Möglichkeiten als ein Offizier. Diesem können er nicht Schliche zumuten, wie erstere sie gebrauchen.“⁸⁹ Das Kräfteverhältnis im Interessenkampf war so beschaffen, daß sich als Spitze für den neuen staatsmonopolistischen Machtapparat am besten ein in diesem Kampf wenigstens nach außen hin unbeteiligter Parteimann mit politischem Einfluß und Rückhalt wie Todt eignete, der außerdem ein „Fachmann“, ein Techniker und Organisator war und es überdies sogar zu einer gewissen Popularität gebracht hatte.

Diese Taktik hatte letztlich eine von ihren Initiatoren kaum vorhergesehene Wirkung. Sie verlieh Todt einen relativ großen Spielraum zu selbständigem Handeln, eine erhebliche Durchschlagskraft in den erwähnten Auseinandersetzungen und bedeutende Möglichkeiten, seinen Einflußbereich auszudehnen, besonders wenn und solange er sich auf eine starke Gruppe von Monopolen stützen konnte. Görings Aussage im Nürnberger Prozeß, das neue Ministerium, auf seinen eigenen „nachdrücklichen Vorschlag“ hin entstanden, sollte zuerst nicht mehr als ein „reines Munitionsministerium“ sein⁹⁰, erscheint glaubhaft. Görings Absicht war es durchaus nicht, den Weg bahnen zu helfen, der zur Aushöhlung und zum schließlichen Ende seiner eigenen Position als Wirtschaftsdiktator führen sollte; er gedachte, einen weiteren Sonder- bzw. Generalbevollmächtigten unter seiner Oberaufsicht einzusetzen, so wie er seit Jahren schon zahlreiche andere eingesetzt hatte.

Es währte indessen nicht lange, so kam es dahin, daß nicht nur Keitel und Thomas sondern auch Göring Todts Funktion und Einfluß als zu mächtig empfanden und bemerken mußten, daß ihre staatsmonopolistischen bzw. rüstungspolitischen Einflußsphären ernsthaften Abbruch erfuhren. Beide, Keitel und Göring, suchten, offenbar unabhängig voneinander, eine Erklärung hierfür in „geheime(n) Abmachungen zwischen Todt und dem Führer“⁹¹, die den Vermutungen nach existierten.

Besonders dem Wehrwirtschafts- und Rüstungsamt des OKW und dem Heereswaffenamt gegenüber mußte Todt sich in erbitterten Kämpfen durchsetzen, und an diesen Auseinandersetzungen ließ sich zugleich auch sein wachsender Einfluß auf die Kriegswirtschaft ablesen. Im April 1940 besprach Thomas bereits mit

89 Thomas, Georg, Geschichte, S. 511, Aufzeichnung Obst. Jansen nach Ansprache Thomas' vor den Rüstungsinspektoren, 29. März 1940.

90 Verhör Göring, 16. März 1946, *IMT*, Bd. 9, S. 428.

91 Aktennotiz Thomas' über seinen Vortrag bei Keitel am 26. Apr. 1940, *1456-PS*, Bl. 216; Milward, Alan S., Fritz Todt, S. 46. Milward spricht sogar von einer „Feindschaft“ Görings gegen Todt (ebenda; nach Speers Aussagen).

Keitel „die Frage einer eventuellen Auflösung des Amtes“, die Keitel aber ablehnte.⁹² Im August 1940 lassen sich heftige Angriffe der Wehrmachtsstellen registrieren, vor allem gegen die von Todt neu geschaffene Mittelinstanz seines Ministeriums (Rüstungsausschüsse, Wehrkreisbeauftragte), die sich im Protokoll einer Amtschefbesprechung bei Thomas niederschlugen. „Zur Zeit herrscht in der Industrie Unklarheit über Anordnungsbefugnisse“, hob Thomas in seinem Referat hervor und wandte sich scharf gegen Todts Maßnahmen und gegen die Kompetenzen, die das Munitionsministerium an sich zog: „Ich stelle fest: a) Die Anordnungen ergehen durch die Rüstungsinspektionen (nicht z. B. durch die Leiter der Rüstungsausschüsse). b) Der Munitionsminister hat für die Ausführung zu sorgen. c) Die Steuerung der Rüstung und die Umrüstung der Industrie ist *unser* Recht. Sinn und Zweck der Schaffung eines Munitionsministeriums war Erhöhung der Produktion und enge Verbindung-Halten zur Industrie. Dazu hatte Todt die Rüstungsausschüsse geschaffen. Eine Änderung im Großen auf dem Munitionserzeugungsgebiet ist wohl kaum eingetreten. Die Selbstorganisation der Industrie (macht) nur Papierarbeit. Die Führungsmaßnahmen gehen die Rüstungsausschüsse nichts an⁹³, sie haben sich nur mit der technischen Durchführung zu befassen.“⁹⁴

In der anschließenden Debatte trat der frischgebackene Chef des Heereswaffenamts, General Emil Leeb⁹⁵, besonders radikal auf. Er wies „darauf hin, daß die Vorsitzenden der Rüstungsausschüsse früher die Anordnungen für die Industrie erhalten als die Rüstungsinspektionen, bittet Thomas, dahin zu wirken, daß *Munitionsministerium verschwindet*, verlangt, daß Rüstungsausschüsse den Rüstungsinspektionen Vorschläge unterbreiten, (diese) letztthin die Entscheidung haben. Entscheidung und Verteilung darf nur nach militärischen Gesichtspunkten erfolgen, nicht nach den Wünschen von Konzernen und dergleichen.“⁹⁶

In der folgenden Zeit scheint die allgemeine staatsmonopolistische Position der Gruppierung um Todt und sein Ministerium schwächer geworden zu sein. Dazu mußten die rüstungswirtschaftlichen Umstellungen jeweils nach dem deutsch-französischen Waffenstillstand⁹⁷ und nach dem Einfall in die Sowjetunion beitragen, ferner auch das Festhalten der Parteihierarchie an manchen friedensmäßigen Formen der Produktion („Friedensbauten“) und der Wirtschaftspolitik. Eine der wichtigsten Ursachen aber lag zweifellos darin, daß die Monopole nach den „Blitzsiegen“ im Westen in der Unterstützung und maßgeblichen Mitarbeit am

92 Aktennotiz Thomas' über seinen Vortrag bei Keitel am 26. Apr. 1940, 1456-PS, Bl. 216. Gemeint ist das Wehrwirtschafts- und Rüstungsamt des OKW.

93 Im eigentlichen Referattext lautete dieser Passus: „Führungsaufgaben gehen diese Organisation nichts an.“ (Bl. 181; s. Anm. 94).

94 Nach dem Protokolltext, 15. Aug. 1940, 1456-PS, Bl. 186. Meine Hervorh. — D. E. — Im Referattext, der ebenfalls vorliegt, steht dem Inhalt nach das gleiche (ebenda, Bl. 179 ff.); im Protokoll ist aber teilweise eine größere Schärfe in den Angriffen auf das Munitionsministerium, dafür geringere Ausführlichkeit festzustellen.

95 Der Vorgänger Leeb's, General Karl Emil Becker, hatte kurz zuvor Selbstmord verübt.

96 Protokoll, 15. 8. 1940, 1456-PS, Bl. 187. Meine Hervorh. — D. E.

97 s. Kapitel V.

Kurse Todts lauer wurden, da sie ganz wesentliche Kriegsziele erreicht sahen und sich bereits weitgehend auf die „Friedensplanung“ einstellten.⁹⁸ Das Munitionsministerium zu stützen und Todts System auszubauen bedeutete aber, wirtschaftlich den „Übergang vom Blitzkrieg zur Planung für einen langen Krieg“⁹⁹ einzuleiten. Dazu konnten sich die führenden Monopole unter den einstweilen obwaltenden Umständen nur mit halbem Herzen entschließen.

Erst nach den schweren, ernüchternden Konterschlägen der sowjetischen Truppen im Dezember 1941 vor Moskau und angesichts der damit einsetzenden ersten großen Offensive der Sowjetarmee sollte sich diese Situation grundlegend ändern. Zu diesem Zeitpunkt aber waren wesentliche organisatorische Vorarbeiten bereits geleistet, wichtige Erfahrungen gesammelt worden. In zähen und erbitterten Gruppen- und Cliquenkämpfen war die Bahn für eine beispiellose Zentralisation der wirtschaftsregulierenden Gewalt und für einen beschleunigten Strukturwandel des staatsmonopolistischen Mechanismus der deutschen Kriegswirtschaft geebnet worden. Die großen Monopole hatten ihre Rolle bei diesem Szenenwechsel schon seit langem geprobt. Einer allgemein gültigen Tendenz in der Entwicklung des staatsmonopolistischen Kapitalismus folgend, ergriffen sie bei wachsender Zentralisation der staatsmonopolistischen Macht und bei zunehmender Totalität der kriegswirtschaftlichen Planung und Kontrolle selbst die Leitung des staatsmonopolistischen Mechanismus, steuerten ihn immer unmittelbarer durch Vertreter der Riesenkonzerne und Monopolverbände.

d) Die Gründung der Reichsvereinigung Kohle

Nicht weniger klar als beim Reichsministerium für Bewaffnung und Munition offenbarte sich das Wesen der Veränderungen, die im staatsmonopolistischen Apparat vor sich gingen, bei der im Frühjahr 1941 gegründeten Reichsvereinigung Kohle (RVK). Obwohl die Statuten der RVK vom 21. April 1941 datierten¹⁰⁰ und die Anordnung Funks über ihre Rechtsfähigkeit als öffentlich-rechtliche Körperschaft vom gleichen Datum¹⁰¹ am 1. Mai in Kraft trat, existierte sie de facto schon seit dem 3. März, dem Tage der Genehmigung ihrer Gründung durch Göring¹⁰²; im März traf sie ihre ersten Maßnahmen, kursierten bereits ihre ersten Rundschreiben.

Vor der Gründung der RVK nahmen mehrere staatsmonopolistische Institutionen (behördliche und nichtbehördliche) maßgeblichen Einfluß auf Kohlenwirtschaft und Kohlenbergbau, vor allem das Reichswirtschaftsministerium und die ihm unterstehende Reichsstelle Kohle, die Vierjahresplanorganisation und besonders der von

98 s. Kapitel IV.

99 *Milward, Alan S., Fritz Todt*, S. 50. An anderer Stelle: „Übergang von einer Blitzkriegs-Wirtschaft zur totalen Kriegswirtschaft“ (ebenda, S. 43).

100 Dok. NI-3511, „Satzung der Reichsvereinigung Kohle“, gedr. in: *Fall 5*, a. a. O., S. 136 ff.

101 Dok. NI-3511, „Anordnung über die Reichsvereinigung Kohle“, gedr. ebenda, S. 139 f.

102 Dok. NI-4151, Erlaß Görings, gedr. ebenda, S. 135 f.

Göring ernannte Reichskohlenkommissar sowie die Wirtschaftsgruppe Bergbau. Eine beachtliche und wachsende Regulierungsgewalt war seit 1939 bei Paul Walter, einem Protégé Görings und Leys, konzentriert, der „Beauftragter für die Leistungssteigerung im Bergbau“, und zugleich Reichskommissar und Leiter der Reichsstelle Kohle war. Die großen Bergbaukonzerne und ihre Syndikate übten in erster Linie über die Wirtschaftsgruppe unmittelbaren Einfluß auf die allgemeine Wirtschaftspolitik aus.

Nach der Bildung der RVK dagegen waren alle entscheidenden Funktionen in den Händen des Präsidiums und des Vorsitzenden dieser neuen Institution vereinigt. Der Reichskohlenkommissar existierte als Behörde nicht mehr. Göring hatte die Befugnisse der Vierjahresplanorganisation auf dem Gebiet der Kohlenwirtschaft wieder sämtlich dem Reichswirtschaftsminister übertragen, und dieser hatte die RVK mit der „Planung und . . . Durchführung der dem Bergbau und dem Kohlenhandel obliegenden oder zugewiesenen Aufgaben in eigener Verantwortung“¹⁰³ beauftragt und zu diesem Zweck obendrein den Vorsitzenden der RVK unter der Bezeichnung „Reichsbeauftragter Kohle“ zum ex-officio-Leiter der Reichsstelle Kohle bestellt. Das Präsidium der RVK war mit einem Schlag zu jener zentralen Institution geworden, „welche die Kohlenwirtschaft dirigierte“¹⁰⁴. Seine Mitglieder leiteten zugleich die zentralen Ausschüsse für die hauptsächlichen Arbeitsgebiete der Reichsvereinigung. Es handelte sich um

*Paul Pleiger (Reichswerke)	Vorsitzender
*Heinrich Wisselmann (Preußag)	1. stellvertretender Vorsitzender, Ausschuß Verkehrstechnik
*Franz Hayler (Reichsgruppe Handel)	2. stellvertretender Vorsitzender, Ausschuß Kohlenhandel
*Gustav Knepper (Vereinigte Stahlwerke)	Ausschuß Kohle-Chemie
*Ernst Tengelmann (Flick)	„ Syndikatsfragen
*Ernst Buskühl (Flick)	„ Kokerei und Gas
*Edmund Tobies (VIAG; Ostelbisches Braunkohlensyndikat)	„ Energiewirtschaft
*Hermann Winkhaus (Mannesmann)	„ Leistungssteigerung
Hubert Siebert (Deutsche Arbeitsfront)	„ Sozialfragen und DAF
*Rudolf Stahl (Salzdetfurth; Reichsgruppe Industrie)	„ Rechtsfragen
*Otto Steinbrinck (Vereinigte Stahlwerke)	„ Export
*Alfried Krupp	„ Organisation
*Gustav Brecht (Rheinbraun/RWE; Rhein. Braunkohlensyndikat)	„ Kohleverteiling

103 Dok. NI-3511, „Anordnung . . .“, a. a. O., S. 139.

104 Dok. NI-3342, Aff. Paul Pleiger, 17. Jan. 1947, Fall XI, ADB 111 A, DZA Potsdam, Fall XI, Nr. 396, Bl. 20.

10 Eichholtz, Kriegswirtschaft I

*Friedrich Flick
 *Wilhelm Tengelmann (Hibernia)
 Herbert Kauert (Vereinigte Stahlwerke)
 Fritz (?) Springorum (Hoesch)
 *Otto Berve (Schaffgotsch)
 Max C. Müller (Berghütte)
 Alfred Pott (Ballestrem)
 Günther Falkenhahn (Pless)
 Max Palm (Preußag)
 Walter Brass¹⁰⁵

Mit der RVK schufen sich die Ruhrmonopole¹⁰⁶ ein neues staatsmonopolistisches Instrument, eine Art Kohlenministerium, das ihnen fortan die zentrale Leitung der gesamten Kohlenwirtschaft unmittelbar mit eigenen Händen sicherte und neuartige, umfassende wirtschaftliche und wirtschaftspolitische Funktionen wahrzunehmen hatte: Annahme und Verteilung der Aufträge, Aufstellung eines Produktionsplans bzw. -programms, Rationalisierung des Bergbaus, Planung von Investitionen, Beschaffung von Produktionsmitteln, von Baumaterialien für Investitionsbauten und vor allem von Arbeitskräften. Auch die Kohlenverteilung lag in den Händen Pleigers und der Syndikatsgewaltigen; sie bedienten sich zu diesem Zweck des Apparats der Reichsstelle Kohle. Die RVK war das Musterexemplar eines Zwangskartells, so wie es von den Monopolen, auf den Erfahrungen des ersten Weltkriegs fußend, schon vor 1933 klar konzipiert¹⁰⁷ und im Juli 1933 mit vorsorglicher Eile in Gesetzesform gegossen worden war¹⁰⁸; sie war das Musterbeispiel eines „totalen“ Kartells, das mit staatsmonopolistischem Zwang aufrechterhalten und von den mächtigsten Monopolen diktatorisch regiert wird.¹⁰⁹

Hintergrund und allgemeine Ursache für die Gründung der RVK bildete die seit geraumer Zeit zunehmende Tendenz zur Zentralisierung staatsmonopolistischer

105 Aufstellung Pleigers, ebenda, Bl. 21. – Bei der Einsetzung des Präsidiums durch Göring waren ursprünglich nur die mit * gekennzeichneten 15 Mitglieder namentlich ernannt worden (Dok. NI-4151, Erlaß Görings, 3. März 1941, gedr. in: *Fall 5*, a. a. O., S. 135 f.)

Mitglieder des Aufsichtsrats des Rheinisch-Westfälischen Kohlsyndikats waren von den hier Aufgeführten: Kauert (Vors.), W. Tengelmann (stellv. Vors.), Steinbrinck (stellv. Vors.), Buskühl, Knepper, Krupp, E. Tengelmann und Winkhaus.

106 Die von Göring bestätigte Liste der Präsidialmitglieder (Dok. NI-4151, Erlaß Görings, 3. März 1941, gedr. in: *Fall 5*, a. a. O., S. 135 f.) enthielt nur Mitglieder der Ruhrgruppe der Montankonzerne (außer Berve), die die Gründung der RVK durchgesetzt hatte. Vertreter der anderen Kohlenreviere wurden erst später zusätzlich in das Präsidium aufgenommen. Im Oberschlesischen belegte man die RVK bezeichnenderweise mit dem Namen „Reichsvereinigung Ruhr“, der überhaupt ein Licht auf die Verhältnisse innerhalb der RVK warf.

107 s. Dok. NI-7990, Aff. Kurt Frhr. v. Schröder, 21. 7. 1947, Fall VI, ADB 3, DZA/FS, IG-Farben-Prozeß, Film Nr. 410.

108 *RGBl.* 1933 I S. 488 f., „Gesetz über Errichtung von Zwangskartellen“, 15. 7. 1933.

109 s. *Faingar, I. M.*, Die Entwicklung des deutschen Monopolkapitals, a. a. O., S. 109; s. a. ebenda, S. 70 f., 77.

Regulierungsgewalt. Diesmal waren es die Montankonzerne, die unter dem Druck der wachsenden Kriegsorderungen an den Kohlenbergbau auf entsprechende staatsmonopolistische Positionen drängten. Nur wer im Besitz solcher Positionen, nämlich der notwendigen Regulierungsvollmachten und Machtmittel war, dessen Produktion und Profite waren gesichert, der verfügte über die erforderlichen Arbeitskräfte, Produktionsmittel – und nicht zuletzt über die Kriegsbeute in Gestalt von Fabriken und Bergwerken, Rohstoffen, Arbeitskräften, Absatzmärkten und Kapitalanlage-sphären.

Diese Positionen errangen sich die Kohlenkonzerne auf recht dramatische Weise, unter den Bedingungen eines zunehmenden Interessenkampfes der hauptsächlichen staatsmonopolistischen Gruppierungen untereinander. Von vielen, nicht immer übereinstimmenden Aussagen und Schilderungen über die Bildung der RVK, über deren nähere Umstände kein Jota in die Öffentlichkeit durchsickerte, stammt die ausführlichste und offensichtlich wahrheitsgetreueste von Paul Pleiger, ihrem Vorsitzender. Sie gibt mancherlei Aufschluß über hintergründige Interessenkonflikte und wichtige Hinweise auf die tatsächlichen, spezifischen Ursachen für diese Gründung. Pleiger holte weit aus:

„1. Ohne den Lohnausschuß der Kohlenindustrie zu befragen, hatte Göring im Frühjahr 1939 eine Lohnordnung für den deutschen Bergbau mit seinem Namen herausgegeben. Die Kohlenindustrie bat um Abänderung der Lohnform. Göring glaubte aber, aus Prestigegründen das nicht verantworten zu können. Die sich hieraus ergebenden Spannungen hatten zur Folge, daß Göring im Sommer 1939 auf einen Vorschlag von Ley Walter zum Reichskohlenkommissar ernannte.

2. . . . Seine Ernennung geschah in der Form, daß Walter nicht dem Fachminister, in diesem Falle dem Wirtschaftsminister, sondern direkt Göring unterstellt wurde.

Nach seinen wiederholt gemachten Äußerungen erstrebte er ein Bergbaumministerium (unterstützt von Ley) und im Endziel eine Verstaatlichung der deutschen Kohlenwirtschaft.

. . . Um die komplizierten Zusammenhänge der deutschen Kohlenwirtschaft und ihrer Verteilerorganisationen beurteilen zu können, muß man über große Sachkenntnis, gestützt auf lange Erfahrungen, verfügen, wenn man nicht auf den Rat des Fachministers hört, wie es bei Göring oft der Fall war. Diese Tatsache wurde von Walter unter Mißbrauch seiner Stellung weitgehend ausgeüzt. So ist es nur erklärlich, daß die Spannungen zwischen Göring und den führenden Männern der deutschen Kohlenwirtschaft immer stärker und größer wurden.

3. . . . Eine Pressenotiz des Reichskohlenkommissars, wonach das Ostelbische Braunkohlensyndikat aufgelöst werden sollte, wozu er sich eine besondere Vollmacht von Göring, ohne Hinzuziehung der Beteiligten, hatte geben lassen, veranlaßte den Leiter der Wirtschaftsgruppe Bergbau, Wisselmann, die leitenden Männer der Kohlenwirtschaft zu einer Besprechung einzuladen. Es sollte gegen das Vorgehen Walters Einspruch erhoben werden.

4. ...Es waren ... etwa 20–30 Kohlenwirtschaftler, die den größten Teil der Kohlenproduktion und -verteilung vertraten, zugegen. Es wurde beschlossen, mit einer Kommission beim Reichswirtschaftsminister Funk gegen die Haltung, Maßnahmen und Beschuldigungen Walters schärfstens Protest einzulegen. Der Vortrag bei Funk ergab jedoch, daß er als Reichswirtschaftsminister und Fachminister keine Möglichkeit hatte, dem Bergbau eine wirkungsvolle Hilfe zuteil werden zu lassen, da Walter direkt Göring unterstehe und nicht ihm. Eine Vorstellung seinerseits und allein bei Göring könnte eventuell eine vorübergehende Erleichterung und Entspannung bringen, Walter würde jedoch bei der ersten sich bietenden Gelegenheit wieder ausbrechen. Bei dieser Feststellung blieb uns nichts anderes übrig, als in einer Sitzung bei Göring den Versuch zu machen, selbst auf die Gefahr hin, es zu einem offenen Bruch mit Göring kommen zu lassen, die Absetzung Walters zu erreichen. Diese Sitzung, von Funk erbeten, mit Unterstützung von Körner herbeigeführt, fand unter Vorsitz von Göring statt.
5. Die Kohlenwirtschaft, unter Führung von Funk, vertrat(en) Ernst Tengelmann, Tobies, Wisselmann, Buskühl, Pleiger und so weiter. Es war eine harte, sehr erregte Sitzung. Walter versuchte, durch unwahre Behauptungen, Vorwürfe und Beschuldigungen die Kohlenwirtschaft für sein Versagen verantwortlich zu machen. Seine Rechtfertigungsversuche konnten jedoch widerlegt und Beweise für sein Versagen weitgehendst erbracht werden. In dieser Sitzung wurde Walter noch nicht abberufen. Dies geschah erst einige Tage später. Auf Grund der ernststen Vorstellungen der Kohlenwirtschaftler und des Reichswirtschaftsministers Funk war Göring sich des Ernstes der Lage bewußt geworden.
6. Er forderte nun von allen Bergbauwirtschaftlern die volle persönliche Verantwortung für ein reibungsloses Funktionieren der gesamten deutschen Kohlenwirtschaft, mit allen sich im Krieg daraus ergebenden Konsequenzen. Den Vorschlag, die Kohlenwirtschaft dem Reichswirtschaftsminister als Fachminister wieder zu unterstellen, akzeptierte er und beauftragte Funk, die notwendigen Maßnahmen zur Sicherung seiner Forderung einzuleiten.
7. ... Der Organisationsplan sowie das Statut (der RVK – D. E.) wurden von Göring genehmigt. Die Männer des Präsidiums wurden unter ausdrücklichem Hinweis auf ihre persönliche Verantwortung bestätigt. So entstand die Reichsvereinigung Kohle.“¹¹⁰

Die Initiative der Monopole und ihr planmäßiges Vorgehen zeitigten vollen Erfolg. Wochen vorher hatten die führenden Konzerne sowohl die grundsätzlichen als auch die organisatorischen und personellen Fragen unter sich ausgehandelt.¹¹¹ Ihre

110 Dok. NI-3498, Aff. Pleiger, 21. Jan. 1947, Fall XI, ADB 111 A, DZA Potsdam, Fall XI, Nr. 396, Bl. 24 ff. Die geschilderte Sitzung bei Göring fand am 27. Febr. 1941 statt. Nach dem Sitzungsprotokoll (Bundesarchiv Koblenz, R 7 II, Nr. 653) nahmen als Konzernvertreter außer Pleiger teil: Tengelmann, Wisselmann, Alfred Krupp, Flick, Steinbrinck, Tobies und Brecht. – In der Quelle stets Walther statt richtig: Walter.

111 s. beispielsweise die Dok. NI-4155 und NI-4156, Aktennotizen aus dem Flickkonzern vom 12. Febr. und vom 26. Febr. 1941, gedr. in: *Fall 5*, a. a. O., S. 130 ff.

Konzeption obsiegte nach heftigen Auseinandersetzungen in einer Angelegenheit, die für die Kriegswirtschaft höchst wichtig, aber auch für die innere Struktur des Regimes überhaupt aufschlußreich war. Selbst wenn man, der apologetischen Grundlinie der bürgerlichen Geschichtsschreibung folgend, eine Konfrontation von „Industrie“ und „Partei“ vornähme, so hätten sich hier völlig unbestreitbar die Monopole gegen die „Partei“ (Göring, Ley, Paul Walter, verschiedene Gauleiter, deren Unterstützung Walter hatte) durchgesetzt. Auf die tatsächlichen Zusammenhänge in diesem Konflikt wird noch einzugehen sein.

Die spezifischen Ursachen für den Kampf der Montankonzerne um die Gründung der RVK zeigt der zitierte Bericht allerdings nur verschwommen und in Ansätzen. Die RVK war am allerwenigsten ein ad-hoc-Komitee zur Abwehr staatskapitalistischer Tendenzen. Sie war vielmehr als ein schlagkräftiges staatsmonopolistisches Instrument der Konzerne zur Verfolgung ihrer langfristigen, auch perspektivischen Ziele seit längerem sorgfältig projektiert. Diese Ziele waren den Kriegsverhältnissen angepaßt, sämtlich aber dem Höchstprofit – als dem hauptsächlichsten Ziel – untergeordnet. Sie hießen in der Konzernsprache Leistungssteigerung, Steigerung des Absatzes, Planung der europäischen Kohlenwirtschaft, Mitarbeit an allen Großprojekten auf Kohlenbasis, Sicherung der Disziplin¹¹² und bedeuteten Auspressung höchster Leistungen aus einer ausreichenden Zahl billiger Arbeitskräfte, totale Verfügung über den Kohlenreichtum im besetzten Europa und über die weitere, noch zu erwartende Beute, straffstes Monopol auf den Märkten und entsprechende Absatzpreise.

Die ersten Maßnahmen der RVK warfen sogleich ein helles Licht auf diese Ziele der Montankonzerne und damit zugleich auf die Beweggründe, die sie zur Bildung der RVK veranlaßt hatten.

Am 29. März 1941 erließ Pleiger als Reichsbeauftragter Kohle „im Einvernehmen mit dem Präsidium der Reichsvereinigung Kohle“ eine eilige, geheime Anordnung, nach der „aus kriegsentscheidenden Gründen“ 15 000 oberschlesische Bergarbeiter „für die Zeit von etwa drei Monaten, ab 1. April 1941 gerechnet“, in den rheinisch-westfälischen Kohlenrevieren angelegt werden sollten. Der erste Transport sollte bis zum 5. April abgefertigt sein.¹¹³ Diese Aufforderung an die oberschlesischen Bergbaukonzerne mußte angesichts ihrer offenbar zögernden Befolgung drei Wochen später wiederholt werden, zumal da, wie es in dem neuen Schreiben Pleigers hieß, die „Wagengestellung im oberschlesischen Bergbau bereits nachläßt und sicherem Vernehmen nach bis Anfang Mai weiter absinkt.“ Die Aktion sollte bis zum 6. Mai abgeschlossen sein.¹¹⁴

Diese erste Maßnahme des neuen Reichsbeauftragten und der RVK war ein Teil der Vorbereitung auf den Krieg gegen die Sowjetunion. Darüber waren sich die

112 vgl. Dok. NI-4156, gedr. ebenda, S. 132; desgl. Dok. NI-4155, gedr. ebenda, S. 130f.

113 Dok. NG-5697, Anordnung Pleigers vom 29. März 1941, Fall XI, ADB 163, DZA Potsdam, Fall XI, Nr. 455, Bl. 64f. Siehe auch WAP Katowice, Oberschlesischer Berg- und Hüttenmännischer Verein, Gleiwitz, Nr. 19.

114 WAP Katowice, a. a. O., Nr. 19, Fernschreiben des Reichsbeauftragten Kohle an die Bezirksgruppe Oberschlesien der Wirtschaftsgruppe Bergbau, 18. April 1941.

führend Beteiligten ohne jeden Zweifel auch völlig im klaren. Damit liegt die Schlußfolgerung nahe, daß die Aussichten auf eine künftige unermeßliche Kriegsbeute im Osten und der Vorsatz, bei der Verteilung des „großen Kuchens“ mit einer starken und einheitlichen staatsmonopolistischen Organisation ausgerüstet zu sein, einer der Leitgedanken der Konzerne schon bei der Gründung der RVK gewesen waren. Immerhin hatte einer ihrer wichtigsten Programmpunkte für diese Gründung „Planung der europäischen Kohlenwirtschaft“ oder auch „Planung der Kohlenverteilung Europas nach Kriegsende“ geheißen.¹¹⁵ Es kann auch als bewiesen gelten, daß die Montankonzerne seit der Gründung der RVK immer fieberhafter und umfassender den bevorstehenden großen Raubzug in der Sowjetunion planten.¹¹⁶

Am 13. Mai setzte Pleiger dem Chef des OKW, Keitel, des längeren eindringlich die Schwierigkeiten auseinander, die dem Kohlenbergbau durch die damals einsetzenden großen Einziehungen entstünden. Am Ende seiner betont pessimistisch gehaltenen Schilderung verlangte er ausländische Arbeitskräfte als Ersatz für die eingezogenen Bergleute; es sollten aber vor allem Fachkräfte sein, aus denen man höhere Leistungen als bisher aus den ausländischen Arbeitern herausholen konnte. Er erklärte sich nicht damit einverstanden, daß auf Görings Geheiß alle künftigen Kriegsgefangenen in die Landwirtschaft gesteckt werden sollten¹¹⁷, und schloß seine dringenden Vorstellungen fordernd: „Unerläßlich scheint (es) mir . . ., dafür Sorge zu tragen, daß die Facharbeiter unter den Kriegsgefangenen sofort dem Bergbau zur Verfügung gestellt werden.“¹¹⁸

Neben der versteckten Polemik gegen Görings Arbeitskräftepolitik enthielt dieses Schreiben den deutlichen Wink für Keitel, die Wünsche des Bergbaus nach kriegsgefangenen Arbeitskräften, besonders Bergleuten, auch in absehbarer Zukunft im Auge zu behalten – und diese Zukunft war, beiden wohlbekannt, der geplante Einfall in die Sowjetunion!

Auch eine verstärkte Auspressung der deutschen Arbeitskräfte und die allgemeine Hebung der Profite durch Preiserhöhungen waren, wenn nicht spezifische Beweggründe für die Gründung der RVK, so doch jedenfalls erklärte Ziele der Monopole und Hauptbetätigungsgebiete des Präsidiums der RVK und ihres Vorsitzers. Am 22. April 1941, dem Tag nach der offiziellen Gründung der RVK, fand eine Besprechung führender Kohlemagnaten bei Pleiger statt. Auf dieser Sitzung „haben die Herren Herrn Pleiger die regelmäßige Einführung von Sonntags- und Feiertagsarbeit empfohlen. Es ist grundsätzlich beschlossen worden, daß am 1. Mai und am Himmelfahrtstag gefördert wird. An den beiden Pfingsttagen soll die Förderung ruhen, jedoch soll für den Ausfall am Pfingstmontag an einem zusätzlichen Sonntag im Monat Mai der Ausgleich geschaffen werden. – Außerdem soll grundsätzlich

115 s. Dok. NI-4156 und NI-4155, Aktennotizen aus dem Flickkonzern, 26. Febr. und 12. Febr. 1941, gedr. in: *Fall 5*, a. a. O., S. 132, 130.

116 s. Kapitel V.

117 vgl. auch Kapitel II.

118 Dok. NI-1246, Pleiger an Keitel, 13. Mai 1941, Fall XI, ADB 111 A, DZA Potsdam, Fall XI, Nr. 396, Bl. 108ff. (117).

in jedem Monat an einem Sonntag gefördert werden.“¹¹⁹ In der Notiz vom 24. April für Flick über die Sitzung heißt es ferner: „Die entsprechende Verordnung über die Pflichtarbeit an Sonn- und Feiertagen im Bergbau wurde bereits gestern im Reichsgesetzblatt durch das Reichsarbeitsministerium veröffentlicht.“¹²⁰

Bald nach Gründung der RVK setzten auch Sondierungen für eine allgemeine Erhöhung der Kohlenpreise ein. Die Reichsgruppe Industrie und insbesondere ihr Leiter Wilhelm Zangen waren schon seit langem für Preiserhöhungen bei der „Urproduktion“ eingetreten; immer wieder hatte Zangen von der „Gefahr der Vernachlässigung des Gewerbezweiges der Urstoffproduktion“ gesprochen und geschrieben.¹²¹ Während aber Zangen generell den § 22 KWVO¹²² bekämpfte, griff Pleiger als Vorsitzender der RVK die Forderung nach höheren Preisen für den Kohlenbergbau auf und verfocht sie in der Folgezeit energisch, bis ihm von Hitler selbst für das Jahr 1943 „eine Neuregelung der Preise in Aussicht gestellt“¹²³ wurde.

Unmittelbarer Anlaß für die Gründung der RVK war der Vorstoß Paul Walters, des damaligen Reichskohlenkommissars, Leiters der Reichsstelle Kohle und „Beauftragten für die Leistungsteigerung im Bergbau“, gegen die Kohlenkonzerne. Walter hatte ambitionöse Pläne, die durchaus dazu angetan waren, die Zechenherren zur Empörung aufzustacheln. Diese Pläne sind im einzelnen nicht bekannt; Walters Entwurf für das „Sozialisierungs“-Gesetz wurde bisher nicht aufgefunden. Immerhin schritt Walter bereits zur Auflösung des Ostelbischen Braunkohlensyndikats und trug sich sogar mit der Absicht, die größte und älteste Zwingburg des deutschen Monopolkapitals, das Rheinisch-Westfälische Kohlensyndikat, zu brechen und die gesamte Kohlenwirtschaft durch ein eigenes Bergbauministerium zu regulieren. Dies war, nach Krupps Aussage¹²⁴, der Kernpunkt seines Gesetzentwurfs, der die Konzernherren in Harnisch brachte. Überdies hatte Walter auch seine eigenen Vorstellungen von der „Neuordnung“ der europäischen Kohlenwirtschaft nach Kriegsende schon fixiert und schriftlich dem OKW (!) übermittelt.¹²⁵

Die Montankonzerne, unter dem Beistand von Funk, operierten dagegen mit ihren stärksten ideologischen Waffen. Die Verstaatlichungspläne, so argumentierten sie,

119 Dok. NI-5663, Fall V, Notiz von Bernhard Weiß für Flick, 24. 4. 1941, zit. nach: *Drobisch, Klaus*, Die Ausbeutung ausländischer Arbeitskräfte im Flick-Konzern während des zweiten Weltkrieges, a. a. O., S. 108.

120 Dok. NI-5663, a. a. O. — Diese Feststellung ist nicht verifizierbar.

121 Beispielsweise in der „*Bergwerks-Zeitung*“, 21./22. Sept. 1940.

122 § 22 (ff.) der Kriegswirtschaftsverordnung vom 4. Sept. 1939 enthielt Preisstoppbestimmungen für die Kriegszeit, *RGBl.* 1939 I S. 1609.

123 Dok. NI-4508 (F), Protokoll (Flicks) über die Sitzung des Präsidiums der Reichsvereinigung Eisen, 21. Aug. 1942, gedr. in: *Fall 5*, a. a. O., S. 168. Im Jahre 1941 war die Diskussion um Preiserhöhungen anscheinend zeitweise angesichts des Erscheinens und der Auswirkungen der Dividendenstoppverordnung in den Hintergrund getreten. Im nächsten Jahr verfolgten dann RVK und RVE das alte Ziel mit vereinten Kräften.

124 Dok. Pleiger-402 a, Aff. Alfred Krupp, 20. Juni 1947 (auch in Fall X, ADB 3 A), Fall XI, VDB Pleiger Nr. 12, DZA Potsdam, Fall XI, Nr. 724, Bl. 85.

125 s. Dok. NI-4155, Aktennotiz von Bernhard Weiß für Flick, 12. Febr. 1941, gedr. in: *Fall 5*, a. a. O., S. 130.

bedeuteten Sozialisierung, wären bolschewistisch.¹²⁶ Ein solcher „Vorwurf“, vorgetragen unter massiven Drohungen und mit der nötigen Vehemenz, hinterließ seine vorausberechnete Wirkung.

Das Gerede der Monopolvertreter von Sozialisierung und Bolschewismus war ein taktisches Manöver; aber im Hintergrund dieser Taktik stand ein von ihnen sehr ernst genommenes und ernst zu nehmendes Problem. Der Konflikt um Walter war keineswegs Episode; es ging um mehr als um den bloßen Anlaß zur Gründung der RVK. Die Wurzeln für diese Auseinandersetzungen lagen tiefer, verborgen im Dikicht der staatsmonopolistischen Konkurrenz der Monopolgruppierungen.

Durch ihren erfolgreichen Vorstoß machten die Montankonzerne zu einem nicht geringen Teil den Boden wett, den seit längerem die Gruppierung Göring/IG-Farben im Kampf um staatsmonopolistische Machtpositionen gewonnen hatte. Die Gruppierung Göring/IG-Farben wiederum scheiterte in ihrem offensichtlichen Bemühen, ihre staatsmonopolistische Diktatur auch auf die Montanindustrie auszudehnen. Ein Erfolg ihrer Pläne hätte mit einem Schlage und radikal der schon historischen Rivalität zwischen den Monopolgruppierungen Chemie/Elektroindustrie und Kohle/Eisen/Stahl zugunsten der erstgenannten ein Ende gemacht. Zum ersten Mal seit Kriegsanfang traten die hauptsächlichen Gegensätze zwischen den beiden größten und wichtigsten Monopolgruppierungen deutlich zutage.¹²⁷

Seit Beginn des Vierjahresplans (1936) war die staatsmonopolistische Machtposition des Chemiekonzerns immer stärker angewachsen und hatte in der Bildung des Reichsamts für Wirtschaftsausbau ihren Gipfelpunkt erreicht.¹²⁸ Die Position der Gruppierung Kohle/Eisen/Stahl war dagegen seit den Auseinandersetzungen um den Vierjahresplan, besonders durch den Konflikt um die Gründung der Hermann-Göring-Werke, geschwächt worden. Die Gruppe um Göring und Krauch hatte diesen Umstand kurz vor Kriegsbeginn dazu ausgenutzt, durch direkte behördliche Eingriffe (Göring-Verordnung, Einsetzung eines Reichskohlenkommissars) den Positionen der Montankonzerne weiteren Abbruch zu tun und wichtigste Regulierungsbefugnisse auf dem Gebiet des Kohlenbergbaus und der Kohlenbewirtschaftung unmittelbar an sich zu ziehen. Eine maßgebliche Beteiligung des IG-Farben-Konzerns an diesen Vorgängen läßt sich aus der scharfen Kritik schließen, mit der Krauch im April 1939 vor dem Generalrat des Vierjahresplans die Kohlenproduzenten und besonders die Kohlensyndikate angriff.¹²⁹

126 s. Dok. NI-4156, Aktennotiz aus dem Flickkonzern, 26. Febr. 1941, gedr. ebenda, S. 133; s. a. Dok. Pleiger-403, Aff. Friedrich Flick, 21. Jan. 1948, Fall XI, VDB Pleiger Nr. 12, DZA Potsdam, Fall XI, Nr. 724, Bl. 91.

127 Über Wesen und Problematik der Monopolgruppierungen s. zuletzt *Schröter, Alfred*, Einige methodologische Fragen der Entstehung und Entwicklung monopolistischer Gruppierungen in Deutschland (im folgenden: Gruppierungen), in: *JWG* 1966, T. 4, S. 126 ff. Vgl. auch Kapitel IV.

128 s. hierzu Kapitel I und III.

129 s. Dok. EC-282, Arbeitsbericht des Generalbevollmächtigten für Sonderfragen der chemischen Erzeugung vor dem Generalrat des Vierjahresplanes, 28. April 1939, Entwurf v. 20./21. Apr., Fall XI, ADB 119, DZA Potsdam, Fall XI, Nr. 408, Bl. 32 ff., 53 ff.

Walter konnte seine Maßnahmen gegen die Montankonzerne, vor allem die Verstaatlichungspläne, schlechterdings nicht konzipieren geschweige denn verwirklichen, ohne daß er sich des nötigen Rückhalts bei Göring und dessen maßgeblichen wirtschaftlichen Beratern versichert hatte. Gerade die Verstaatlichungspläne hatten bereits historische Präzedenzen, deren genauere Untersuchung jedesmal die Gruppierung Chemie/Elektroindustrie als *spiritus rector* erwies.¹³⁰

Die Ruhrmagnaten durchkreuzten mit ihrer energischen Aktion die Politik des Göring-IG-Blocks zu einem Zeitpunkt, als sie sich mit dem gegebenen Kräfteverhältnis nicht mehr abfinden konnten. Sie benutzten die Blößen, die der Reichskohlenkommissar sich und seinen Hintermännern gab, um der allgemeinen Tendenz zu Verstärkung und Zentralisation der staatsmonopolistischen Regulierungsgewalt in einer Richtung zu folgen, die im Interesse sowohl der öffentlichen Regulierung der Kriegswirtschaft als auch der Regelung ihrer eigenen Profitverhältnisse lag. In Gestalt der RVK etablierten sie ein neues, dem Krauchschen Reichsamt in mancher Beziehung ebenbürtiges staatsmonopolistisches Machtinstrument. Noch nie hatte es eine so hochgradige staatsmonopolistische Lenkung in der deutschen Kohlenwirtschaft gegeben, und noch nie hatten die deutschen Kohlenmonopole eine so straffe, einheitliche und starke staatsmonopolistische Organisation besessen wie die RVK.

Nicht zuletzt verdient auch die geschickte Taktik der Zechenherren Beachtung, der sie ein gut Teil ihres durchschlagenden Erfolgs verdanken. Ein besonders wirkungsvoller taktischer Zug war es, Paul Pleiger für den Posten des Vorsitzers der RVK zu gewinnen und ihn Göring vorzuschlagen.¹³¹ Pleiger, damals 41 Jahre alt, war ein skrupelloser, tatkräftiger Manager mit großem Parteinomme. Von Hause aus ein kleinerer kapitalistischer Unternehmer – Inhaber eines Maschinenbaubetriebes im westfälischen Revier, der Bergbauzubehör herstellte – war er schnell zum Gauwirtschaftsberater aufgestiegen (1935). Einige Zeit später geriet er als Bevollmächtigter Görings bei der Verwirklichung des Salzgitterprojekts (später Hermann-Göring-Werke) zeitweise in die Lage eines Gegenspielers führender Ruhrkonzerne. Seit jenen Jahren stand er bei einer Reihe von Montanherren in dem Geruch, ein Gegner der Monopole und besonders der Syndikate zu sein; dafür galt er als ein Beschützer der kleinen und mittleren (Familien-)Betriebe und sogar als Arbeiterfreund.¹³²

Wie schnell und gründlich Pleiger sich von diesem Geruch reinigte, zeigten die Vorgänge um die Gründung der RVK. Seine staatsmonopolistische Tätigkeit während des Krieges zeugte eindringlich davon, daß er, als Generaldirektor des Göring-

130 s. *Gossweiler, Kurt*, Die Rolle des Monopolkapitals, 204 ff.; s. a. ebenda, S. 134 ff.; *Volkland, Gerhard*, Hintergründe und politische Auswirkungen der Gelsenkirchen-Affäre im Jahre 1932, in: *ZfG*, H. 2/1963, S. 289 ff., bsd. S. 297 ff.

131 Dies bemerkt auch *Schweitzer, Arthur*, Business Power under the Nazi Regime, a. a. O., S. 425.

132 vgl. Dok. Pleiger-10, Aff. Heinrich Hanholz, 25. März 1948, Fall XI, VDB Pleiger Nr. 2, DZA Potsdam, Fall XI, Nr. 711, Bl. 18 ff. Siehe auch Dok. Pleiger-6, Pleiger-7 usw., ebenda.

konzerns selbst in die Reihe der Beherrscher von Riesenmonopolen aufgerückt, ein treuer Paladin und kundiger Manager der Ruhrmonopole war. „Pleiger legte größten Wert darauf“, so bezeugte Speer, „seine Arbeit in gutem Einvernehmen mit den Mitgliedern des Präsidiums durchzuführen. . . . Nach dem, was Pleiger mir sagte, hatte er das unbedingte Vertrauen der Kohlenindustrie, besonders des Ruhrgebiets.“¹³³ Auch die Monopolherren stellten ihm in dieser Hinsicht das denkbar beste Zeugnis aus.¹³⁴ Besonders hoch rechneten sie es ihm an, daß er ein scharfer Gegner der Verstaatlichung war. „Pleiger hat sich um die Erhaltung des privatwirtschaftlichen Charakters des Kohlenbergbaus große Verdienste erworben“, bescheinigte ihm Flick in Nürnberg¹³⁵; und Pleiger selbst gab als einen der wichtigsten Gründe, die ihn zur Annahme des Vorsitzepostens bei der RVK bestimmten, zu Protokoll: „Ich wollte mich von dem Vorwurf reinigen, daß ich Staatskapitalismus betriebe.“¹³⁶ Eine bei dem Chef des größten deutschen Staatskonzerns bemerkenswerte Einstellung!

Gerade dem Koloß der Reichswerke war durch die Lancierung Pleigers als Vorsitzter der RVK in bestimmtem Maße sein – für die Ruhrkonzerne unbequemes und nicht ungefährliches – Außenseiterdasein genommen, das er als Staatskonzern führte. Er war nun in das neue staatsmonopolistische Regulierungssystem eingebaut. Weitere wichtige taktische Vorteile boten Pleigers Beziehungen zu Göring, der ihm verpflichtet war, und zu verschiedenen Gauleitern und anderen Dienststellen der Partei. Schließlich konnte Pleiger bei Interessenkonflikten zwischen den großen privaten Kohlenkonzernen eine relativ unparteiische Haltung einnehmen und damit die Momente ihres Zusammenhalts verstärken.

Sicher blieb Pleiger dennoch für die alten Kohlenkönige weiterhin ein Nichtebenbürtiger, eine Mischung von Emporkömmling und Außenseiter; manche von ihnen bauten ihre langjährigen Ressentiments gegen ihn nur langsam ab. Aber seine Managerqualitäten und sein politisches Gewicht machten ihn zu einem sozusagen idealen staatsmonopolistischen Funktionär, so wie sie ihn brauchten: politisch, ökonomisch (seiner Monopolistenfunktion nach) und wirtschaftsorganisatorisch gleichermaßen von großer Durchschlagskraft. Sie gaben ihm zuverlässige Männer an die Seite, und er funktionierte zu ihrer vollsten Zufriedenheit bis zum Kriegsende.

Die Gründung der RVK war, um es zusammenfassend zu formulieren, in mehrfacher Hinsicht von exemplarischer Bedeutung. Erstens war sie ein wichtiger Schritt zu

133 Vernehmung Speer, 8. Okt. 1947, Fall V, Protokoll, S. 8846, 8840, zit. nach Fall XI, ADB 111 B, DZA Potsdam, Fall XI, Nr. 397, Bl. 185, 183. Siehe auch Dok. NI-5555, Pleiger an Flick, 2. Apr. 1941, Fall XI, ADB 111 A, DZA Potsdam, Fall XI, Nr. 396, Bl. 38.

134 s. Fall XI, VDB Pleiger Nr. 12, DZA Potsdam, Fall XI, Nr. 724, verschiedene Aff. Vgl. auch das Loblied auf Pleiger bei *Schwerin v. Krosigk, Lutz Gf.*, Es geschah in Deutschland, a. a. O., S. 291 ff.

135 Dok. Pleiger-403, Aff. Flick, 21. Jan. 1948, Fall XI, VDB Pleiger Nr. 12, DZA Potsdam, Fall XI, Nr. 724, Bl. 93.

136 Dok. NI-3342, Aff. Pleiger, 17. Jan. 1947, Fall XI, ADB 111 A, DZA Potsdam, Fall XI, Nr. 396, Bl. 19.

neuen, extremen Formen der staatsmonopolistischen Regulierung unter kriegswirtschaftlichen Bedingungen. Zweitens übernahmen führende Vertreter der größten Monopole die unmittelbare Leitung des neu entstandenen staatsmonopolistischen Apparates. Schließlich, drittens, legte sie besonders deutlich tiefgehende Gegensätze innerhalb der herrschenden Klasse bloß, die, ausgetragen in oft erbitterten Gruppen- und Cliquenkämpfen, ein konstituierendes Element des staatsmonopolistischen Mechanismus und zugleich Vehikel seiner ständigen Veränderung („Negierung“) waren.

Die erste Phase der Expansion der deutschen Monopole in Europa

1. Wesenszüge der Expansion des deutschen Monopolkapitals

Die wirtschaftliche Beherrschung und Ausbeutung der zu erobernden Länder war – ebenso wie die Zwangsarbeit ausländischer Arbeitskräfte¹ – fester Bestandteil der Kriegspläne der Faschisten schon geraume Zeit vor dem Krieg und war in ihrer Blitzkriegsstrategie einkalkuliert. Sie war ein Mittel des deutschen Finanzkapitals, dazu gedacht, diesen Krieg um die Hegemonie in der Welt führen und gewinnen zu helfen.

Zugleich war sie der wesentliche Zweck, den es mit dem Krieg verfolgte. Es ging schließlich um die Neuverteilung der Reichtümer der Welt zugunsten des deutschen Imperialismus, um „Lebensraum“ für die deutschen Monopole in Form von Bodenschätzen und Ländereien ebenso wie von Patenten und Erfindungen, von Fabriken, Hütten- und Bergwerken und sonstigen Produktionsstätten und -mitteln, von Kapitalanlagesphären und Absatzmärkten, von Rohstoffen und Arbeitskräften.

a) Der zweite Versuch der deutschen Monopole zur gewaltsamen Neuaufteilung der Welt

Die Herrschaft über Europa und schließlich über die Welt war schon im ersten Weltkrieg erklärtes Ziel der deutschen Monopole.² Nach seiner schweren Niederlage wieder zu Kräften gelangt, zeigte sich der deutsche Imperialismus alsbald reaktionärer und aggressiver denn je. Schon seit dem 19. Jh. bei der Verteilung der Reichtümer der Welt zu spät und zu kurz gekommen, sah er sich nun noch mehr zurückgeworfen, „benachteiligt“, wie es in imperialistischer Sprachregelung heißt. Zum überkommenen Drang nach Neuaufteilung der Welt kam das Ziel der Wieder-

1 s. Kapitel II.

2 s. *Gutsche, Willibald*, Erst Europa – und dann die Welt. Probleme der Kriegszielpolitik des deutschen Imperialismus im ersten Weltkrieg, in: *ZfG*, H. 5/1964, S. 745 ff.; *Fischer, Fritz*, Griff nach der Weltmacht. Die Kriegszielpolitik des kaiserlichen Deutschland 1914–1918, Düsseldorf 1961; *Petzold, Joachim*, Zu einigen Kriegszielen des deutschen Monopolkapitals im ersten Weltkrieg, in: *ZfG*, H. 6/1960, S. 1396 ff.

eroberung der durch Versailles entgangenen Profitquellen. Eine neue Qualität gewannen für ihn nach dem ersten Weltkrieg die Expansionsziele im europäischen Osten. Hier ging es ihm nun nicht mehr um imperialistische Eroberung allein, sondern um den Kampf gegen den Sozialismus und für die Restauration des Kapitalismus auf dem Territorium der UdSSR. Antikommunismus und Antisowjetismus traten als wesentliches und verschärfendes Moment zur traditionellen Aggressivität des deutschen Imperialismus hinzu.

Mit der Machtübertragung an die faschistische Regierung im Jahre 1933 begann eine neue Etappe seiner Expansionspolitik. Alle Linien der imperialistischen Aggressivität mündeten und kulminierten in der Herrschaft des Faschismus. Er war es, der dem deutschen Finanzkapital, wie vorgesehen, den Widerstand gegen die Kriegspolitik im Innern, besonders den Widerstand der revolutionären Arbeiterbewegung unter Führung der KPD, in blutigem Terror erstickte und den Krieg nach außen auf wirtschaftlichem, militärischem, politischem und ideologischem Gebiet systematisch vorbereitete.

Nach den raschen und folgenschweren militärischen Erfolgen in der ersten Kriegperiode, besonders seit Sommer 1940, nahmen die deutschen Monopole wie die faschistischen Lebensraumpolitiker und Großraumideologen enthusiastisch die Gelegenheit wahr, ihr in seinen Umrissen schon feststehendes Kriegszielkonzept³ beschleunigt zu detaillierten Plänen auszuarbeiten und an seine Verwirklichung zu gehen. Von diesen Plänen, die vielfach schon im Sommer 1940 die konkretesten Formen annahmen, wird noch ausführlicher die Rede sein. Eine Geschichtsquelle erster Ordnung, sind sie selbst ein höchst wichtiges Stück deutscher Geschichte, eine Grundlage für die Enthüllung des Geheimnisses, in dem der Krieg geboren wurde. Mit ihnen liegen uns die schlagendsten Beweise für die imperialistische Unersättlichkeit der deutschen Monopole vor, die das blutbefleckte Wesen der Monopolherrschaft überhaupt in seltener Eindringlichkeit enthüllen.

Was ihr unmittelbar erstes Kriegsziel, die Liquidierung des Versailler Vertrages, betraf, so war die in den Dokumenten der Konzerne und staatsmonopolistischen Organe vielfach deklarierte Theorie der „Wiedereroberung“ den deutschen Monopolen als völlig selbstverständlich in Fleisch und Blut übergegangen. Sie verstanden darunter die erste Stufe ihrer „Großwirtschaftsraum“-Pläne und begründeten sie damit.

Die Auslegung der erwähnten Begriffe war nun so vielschichtig und umfassend, wie es die Interessenrichtungen der Monopole waren. Die „Wiedereroberung“ der deutschen „Weltgeltung“ bedeutete für den IG-Farben-Konzern beispielsweise die Wiederherstellung des absoluten Farbenmonopols, das er um die Jahrhundertwende in der Welt innehatte. Sie bedeutete für die Kalikonzerne die Wiederaufrichtung ihres früheren Weltkalimonopols, entweder durch Ausschalten der inzwischen entstandenen Weltkonkurrenz oder wenigstens durch den Zwangszusammenschluß der Produzenten unter deutscher Führung. Sie bedeutete für die Elektrokonzerne, für die Stickstoffproduzenten (vor allem IG-Farben) usw., daß die internationalen

Kartelle und Syndikate endgültig, ein für allemal, unter deutsche Führung kämen – nach entsprechender „Quotenvereinbarung“, versteht sich. Sie bedeutete für alle deutschen Monopole den unverzüglichen Besitzwechsel aller „ehemals deutschen“ Unternehmungen in ihre Hände: der elsässischen und lothringischen Montan- und Kaliindustrie, der ostoberschlesischen Industrie. Sie bedeutete die Errichtung eines großen Kolonialreiches und schließlich die „Wiedergutmachung“ aller anderen Nachteile, Gewinneinbußen und Geschäftsbehinderungen, die ihnen aus dem Versailler System erwachsen waren.

Nichtsdestoweniger war das, was die deutschen Monopole unter Wiedereroberung verstanden, für sie nur der erste Schritt zur Weltvorherrschaft. Von allem Anfang an hatten sie die Pläne der Hitlerclique allgemein begrüßt und unterstützt, ihnen „in erster Linie“ im Osten, vor allem durch die Vernichtung der Sowjetunion, Reichtümer zu erobern, „Lebensraum“ zu verschaffen. War es doch auch unmöglich, den Marxismus, wie man plante, endgültig zu liquidieren und sich für „ewig“ vor der revolutionären Arbeiterbewegung zu sichern, wenn man nicht das internationale Zentrum der Revolution zerstörte.

Die These vom „Lebensraum im Osten“ ließ sich zudem außenpolitisch, den anderen imperialistischen Staaten gegenüber, günstig verwerten und blieb bei der nötigen propagandistischen Unverfrorenheit und Lautstärke schließlich nicht ohne massen-demagogischen Effekt.

Die weiteren Schritte zur Weltherrschaft konnten die deutschen Monopole vorerst verständlicherweise ebenso wenig exakt und im einzelnen vorausbestimmen wie ihre Militärs, Politiker und Ideologen. Dessen ungeachtet hielten die entwickeltsten und im Weltmaßstab mächtigsten Monopole auch hierfür ihr Konzept bereit. Eine Gruppe von besonders starken, besonders aggressiven Konzernen legte schon 1940 Planungen vor, in denen der europäische „Großwirtschaftsraum“ als Ausgangsbasis dafür diente, die Auseinandersetzungen um die Welthegegonie des deutschen Imperialismus fortzusetzen. Dabei rechneten sie sowohl mit Perioden „friedlichen“ Konkurrenzkampfes auf der Basis der in dem währenden Krieg errungenen Machtpositionen, als auch mit neuerlichen großen, interkontinentalen bzw. Weltkriegen, in die jener Konkurrenzkampf angesichts ihrer weltweiten imperialistischen Zielsetzung mit Notwendigkeit übergehen mußte.

Dokumente dieser Art sucht man freilich in bürgerlichen Publikationen vergeblich. Es ist kein Zufall, daß bürgerliche Literatur über die „Neuordnungs“-Pläne der deutschen Monopole nicht existiert. Diese Quellen sind dazu angetan, den künstlich erzeugten Nebel vollständig zu zerstreuen, der die hauptsächlichlichen Kriegsinteressenten und Kriegstreiber per definitionem dem Blick und Zugriff der demokratischen Öffentlichkeit entzieht. Alle Spielarten der bürgerlichen Historiographie – wenn man von der offen (neo-)faschistischen absieht – beherrscht die unwissenschaftliche, sterile These von der „mehr oder weniger isolierten Konzeption“ Hitlers (Jacobsen), deren Urheber und Nutznießer ganz offensichtlich auf die Unkenntnis des Publikums spekulieren. In der ambitiösen Arbeit von Gruchmann, der sogar die ideologiegeschichtliche Kontinuität der jahrzehntealten Mitteleuropa- und der faschistischen Großraumkonzeptionen des deutschen

Imperialismus leugnen möchte, spielen die Monopole und ihre Expansionsziele und -linien überhaupt keine Rolle.⁴ Ein anderer Autor spricht von „Imperialismus“, versteht aber darunter nur die extreme Formulierung des deutschen Führungsanspruchs im „Großraum“ durch die Naziideologen. Keines Wortes werden auch hier die realen imperialistischen Klasseninteressen und Expansionsprogramme gewürdigt.⁵

Die neuere bürgerliche Literatur sieht sich bereits genötigt, unter der Wirkung der marxistischen Publikationen einige Zugeständnisse zu machen und ihre Taktik zu ändern. Hillgruber räumt vorsichtig ein, daß – unter anderem – auch die „Wirtschaft“ Kriegsziele verfolgt habe. Er gesteht deren „Einfügung in eine ‚Kontinuität‘ deutscher Expansionstendenzen wie auch in einen epochalen Zusammenhang“ sogar „partielle“ Berechtigung zu, nimmt dieses Eingeständnis aber faktisch wieder zurück, indem er demgegenüber „die qualitative Singularität der Ziele Hitlers“ postuliert.⁶ Mason sieht im deutschen Finanzkapital zwar einen wesentlichen Nutznießer der „Neuordnungs“-Politik des Faschismus, leugnet aber, daß es ihr Inspirator und Initiator war. „Daß die Großunternehmen rege daran teilnahmen, stellt keinen zwingenden Beweis dafür dar, daß ihre Bedürfnisse und Interessen dieser Expansion zugrunde lagen.“⁷

b) Exkurs: Die Hauptgruppierungen des Monopolkapitals und die Unterschiede in ihren Expansionsprogrammen

Bevor im folgenden ein erster Versuch unternommen wird, die Gruppierungen innerhalb des deutschen Monopolkapitals vom Aspekt ihrer Expansionsziele im zweiten Weltkrieg her näher zu bestimmen, müssen einige methodologische Voraussetzungen festgehalten werden.

Die wissenschaftliche Erkenntnis, daß es seit Beginn des Imperialismus bestimmte, relativ feste große Gruppierungen des Monopolkapitals gibt, die nicht identisch sind mit den schon von Lenin erwähnten Finanzgruppen oder finanzkapitalistischen Gruppen bzw. nicht mit ihnen identisch zu sein brauchen, setzt sich in der marxistischen Geschichtswissenschaft immer mehr durch.⁸ Seit einiger Zeit spiegelt sie

⁴ Gruchmann, Lothar, Nationalsozialistische Großraumordnung. Die Konstruktion einer „deutschen Monroe-Doktrin“, Stuttgart 1962; s. a. Kluge, Paul, Nationalsozialistische Europaideologie, in: VfZ, H. 3/1955, S. 240 ff.

⁵ Bay, Achim, Der nationalsozialistische Gedanke der Großraumwirtschaft und seine ideologischen Grundlagen, wirtschaftswiss. Diss. Erlangen/Nürnberg 1962.

⁶ Hillgruber, Andreas, Hitlers Strategie. Politik und Kriegführung 1940–1941, Frankfurt a. M. 1965, S. 19f.

⁷ Mason, Tim, Primat der Industrie? – Eine Erwiderung, a. a. O., S. 197; s. a. derselbe, Der Primat der Politik – Politik und Wirtschaft im Nationalsozialismus, a. a. O.

⁸ s. Kuczynski, Jürgen, Die Barbarei – extremster Ausdruck der Monopolherrschaft in Deutschland, in: ZfG, H. 7/1961, S. 1484 ff., sowie zahlreiche jüngere Arbeiten desselben Autors, bsd. Bd. 4, 5, 6 und 16 seiner „Geschichte der Lage der Arbeiter unter dem Kapi-

sich auch in der politischen Presse der kommunistischen und Arbeiterparteien stärker wider. Es sind Gruppierungen, denen – zusammengenommen – alle ökonomisch und politisch wirklich einflußreichen Monopolunternehmen und monopolisierten Wirtschaftszweige mehr oder weniger fest verbunden oder zugehörig sind und die von den führenden Monopolen der wichtigsten, volkswirtschaftlich entscheidenden Industriezweige angeführt werden. Sie gruppieren sich nach produktionstechnisch-technologischen, ökonomischen und politischen Gesichtspunkten, von denen die technisch-technologischen die allgemeinste Grundlage und Ursache, die ökonomischen die entscheidende spezifische Ursache und die politischen die einzelnen Beweggründe für ihre differierenden Auffassungen und Taktiken, Maßnahmen und Handlungen abgeben.

Diese Unterschiede sind vielfach bedeutend und können höchst erheblich für Strategie und Taktik der revolutionären Arbeiterbewegung sein. Sie sind im Laufe der letzten fünfzig Jahre offensichtlich immer gravierender geworden, besonders im Zusammenhang mit der Entwicklung des staatsmonopolistischen Kapitalismus; und erstrecken sich auf die Wirtschaft ebenso wie auf die Politik, auf die inneren wie auch auf die äußeren Probleme der imperialistischen Länder. Monopolgruppierungen und zunehmender Gruppenkampf bilden geradezu ein charakteristisches, ein Wesensmerkmal des Imperialismus und staatsmonopolistischen Kapitalismus.

Als allgemeine Forschungsgrundlage dient uns die Einteilung in die beiden Gruppen Kohle-Eisen-Stahl und Chemie-Elektroindustrie, die Kuczynski herausgearbeitet und gründlich belegt hat. Zusammengenommen bilden diese beiden Gruppen den Kern des monopolisierten Industriekapitals und stellen, im Verein mit den ihnen aufs engste verbundenen Großbanken, die maßgebliche Gruppe der seit Anbruch der imperialistischen Ära herrschenden monopolistischen Schicht der Bourgeoisie dar. Die übrigen Monopole, besonders die Nichteisenmetallkonzerne, die Maschinenbau-, Flugzeug- und Fahrzeugbaukonzerne, die Kalikonzerne, die Großwerften und Monopolreedereien, schließen sich mehr oder weniger deutlich, mehr oder weniger fest an sie an, wobei sie sich bei verschiedenen wirtschaftlichen und politischen Fragen unterschiedlich eingruppiieren können. Ein allgemeingültiges Schema ihrer Zuordnung zu der einen oder anderen Hauptgruppe wird sich bei der Vielgestalt ihrer Entstehungs- und Entwicklungsbedingungen nicht aufstellen lassen.

Die Unterscheidung beider Hauptgruppen liegt objektiv im Bereich der Produktivkräfte, nämlich in dem Unterschied ihrer Produktionsstruktur begründet. Die objektive Tiefe dieses Unterschieds ist eine Ursache für die Schärfe und Dauerhaftigkeit der Interessengegensätze. Die bisherigen Forschungen über die Ursachen von Gruppeninteressen und Gruppenkampf sind noch dünn gesät gegenüber der wachsenden Literatur, in der die Existenz der Monopolgruppierungen als Faktum hingenommen und auf ihre ökonomischen und politischen Auswirkungen bzw. Erscheinungsformen hin untersucht wird. Und auch in den Arbeiten über ihre Ur-

talismus“; ferner *Faingar, I. M.*, Die Entwicklung des deutschen Monopolkapitals. Grundriß, Berlin 1959, S. 85 ff.; *Gossweiler, Kurt*, Die Rolle des Monopolkapitals, a. a. O.; *Eichholtz, Dietrich*, Probleme, S. 125 f.; *Schröter, Alfred*, Gruppierungen, S. 126 ff.

sachen liegt das Schwergewicht der Untersuchung auf den Unterschieden spezifisch ökonomischer Natur wie Rohstoffgrundlage und -abhängigkeit, Absatzverhältnissen, internationaler Kapitalverflechtung sowie auf technologischen und soziologisch-historischen Unterschieden.⁹

Bisher ist nirgends der Frage nachgegangen worden, ob nicht die Produktivkräfte, die diese Industrien anwenden bzw. erzeugen, in ihrer Unterschiedlichkeit nach Inhalt, Struktur und Niveau eine objektive Grundlage für wesentliche ökonomische Interessenunterschiede bilden. Chemie- und Elektroindustrie sind Umwandler potentiell aller Stoffe und Energien, die Montankonzerne dagegen nur Erzeuger ganz bestimmter, an bestimmte, begrenzte Naturreichtümer (Bodenschätze) gebundener Stoffe und Energien. Dieser grundlegende Unterschied, in Verbindung mit der ökonomischen Struktur des Monopols, erzeugt verschiedene ökonomische Interessenlagen und verschiedenartige Taktiken und teilstrategische Zielsetzungen in der imperialistischen Politik. Die historische Entstehungsweise der Gruppierungen, die Verschiedenheit in ihren ökonomischen (Kapitalstruktur, Art der Monopolbildung usw.) und in ihren soziologischen Merkmalen (verschiedene Herkunft und Zusammensetzung der Gründerfamilien; gesellschaftlich-politische Traditionen)¹⁰ unterstreichen und verstärken den unterschiedlichen Grundcharakter der Produktivkräfte; die ökonomischen Unterscheidungsmerkmale haben in ihm letzten Endes ihre Wurzel.

Aus diesen Thesen folgt, daß eine neue wissenschaftlich-technische Revolution, so wie wir sie heutzutage, seit dem Krieg, zu verzeichnen haben, an den Verhältnissen der beiden Gruppierungen Wesentliches ändern muß und unter Umständen die alte Gruppenstruktur von ihren Existenzbedingungen her in historisch mehr oder weniger kurzer Frist vollständig umwälzen kann. Anfänge einer solchen Entwicklung sind beispielsweise in Westdeutschland zu beobachten.

Das hier abgesteckte Feld der Probleme ist sehr weitläufig. Die ausgedehnte Problematik der Entstehung, Entwicklung und Verwandlung von Monopolgruppen kann an dieser Stelle nur ganz grob formuliert werden. Der Faden, der hier allein aus einem Knäuel theoretischer und historischer Fragen aufgenommen und verfolgt werden soll, führt zur Erklärung bestimmter Verschiedenheiten in den Expansionsrichtungen und Aggressionslinien der Monopolgruppierungen.

Die Chemie- und Elektrokonzerne sind, ihrer oben fixierten produktiven Funktion gemäß, gewissermaßen ex professo Weltmonopole. Jede größere naturwissenschaftliche Entdeckung, die in ihrem Bereich verwertbar ist, muß ihr Tätigkeitsfeld und ihre Expansionsmöglichkeiten vervielfachen. Ihr Expansionsdrang auf dem Weltmarkt ist dementsprechend groß, ungleich größer als derjenige der Montankonzerne, und wächst sprunghaft schnell. Das betrifft vor allem den Warenexport; aber auch im Kapitalexport (Patent- und Produktionslizenzen, Niederlassungen und Läger,

9 s. *Schröter, Alfred*, Gruppierungen, S. 128 ff., bsd. 132 f.; ferner *Radandt, Hans/Zumpe, Lotte/Puchert, Berthold*, Zur Rolle des deutschen Monopolkapitals bei der Okkupation im zweiten Weltkrieg, in: Bulletin des Arbeitskreises „Zweiter Weltkrieg“, H. 3/1963, S. 1 ff.

10 Diese Merkmale sind erstmalig herausgearbeitet bei *Schröter, Alfred*, Gruppierungen, a. a. O.

11 Eichholtz, Kriegswirtschaft I

ganze Industriebetriebe, Waren- und Kapitalkredite) wächst zumindest ihr Anteil schneller als der der Montangruppierung (einschließlich der den Montankonzernen zugehörigen Maschinenbauunternehmen und Rüstungsbetriebe).

Was die Rohstoffabhängigkeit betrifft, so sind Chemie- und Elektroindustrie als verarbeitende Industrien freilich von der Zufuhr einer Vielzahl von Rohstoffen abhängig. Immerhin bilden aber für die Montankonzerne Kohle- und Erzlagerstätten die Existenzgrundlage; jede Erschöpfung dieser Lager wirkt sich bei der relativ niedrigen organischen Zusammensetzung ihres Kapitals verheerend auf die Profitrate aus. Einen ähnlichen Effekt kann starke Auslandsabhängigkeit in Eisenerz (Deutschland) oder in Kohle (Frankreich) sowie in Legierungsmetallen und Schrott haben.

Chemie- und Elektroindustrie haben dagegen selbst in einem Land mit schwachen Rohstoffressourcen, d. h. bei starker Auslandsabhängigkeit, kraft ihrer besonderen produktiven Potenzen außer dem Import noch andere Möglichkeiten, bei der Vielzahl ihrer Produktionen auszuweichen oder Ersatzstoffe selbst zu schaffen. Aus solcher „Not“, d. h. wegen zeitweiliger Profitkalamitäten und meist gleichzeitig zu Rüstungszwecken, sind ganze Industriezweige neu entstanden: die Industrie der künstlichen Farbstoffe, die Produktion von synthetischem Kautschuk und Treibstoff, von synthetischen Fasern und – gerade in Deutschland – bis zu einem gewissen Grade auch die Leichtmetallerzeugung. Die Montanindustrie ist an sich nicht in der Lage, ähnlich vorzugehen.

In Deutschland hatte die Chemieindustrie in der deutschen Kohle den nach Quantität wichtigsten Rohstoff für das gesamte Gebiet der organischen Chemie in reichlichen Mengen zur Verfügung. Die Kohle aber war das hochmonopolisierte Produkt der Montankonzerne. Hierin liegt einer der wichtigsten Gründe dafür, daß der Kampf beider Gruppierungen gerade in Deutschland einen so erbitterten Charakter trug. Das schwierigste Rohstoffproblem der Gruppe Chemie-Elektroindustrie war das Kupferproblem, das denn auch ihren Expansions-, besonders den Kolonialforderungen, einen spezifischen Akzent verlieh.

Allgemein gilt, daß die ökonomischen Interessenlagen der Monopolgruppen wohl im Innern, d. h. auf dem (nationalen) Binnenmarkt, und in der Außenwirtschaft, d. h. in Außenhandel und Kapitalexport, divergieren, daß sie aber in beiden Bereichen nicht in gleichem Maße und in gleicher Richtung zu divergieren brauchen. Schon die Möglichkeit einer solchen Inkongruenz der Gegensätze ist bisher meist übersehen worden.¹¹

Will man die Interessenlagen der Gruppierungen in der Außenwirtschaft und, damit im Zusammenhang, die Hauptrichtungen ihrer ökonomischen Expansion untersuchen, so setzt das die Kenntnis der außenwirtschaftlichen Beziehungen der Konzerne, ihrer internationalen Verflochtenheit besonders in den internationalen Monopolen (Kartellen) voraus. Hier genügt aber keine quantitative Analyse. Dutzende von internationalen Konventionen und Patentpools zwischen Elektro-

¹¹ Eine Ausnahme bildet mit seiner ausführlichen Untersuchung *Gossweiler, Kurt*, Die Rolle des Monopolkapitals, S. 204 ff.

konzernen beispielsweise können für diese von geringerer Bedeutung sein als allein die Rohstahlgemeinschaft oder das Schienenkartell für die Stahlkonzerne. Vor allem sagt eine Feststellung über starke oder schwächere monopolistische Auslandsverflechtung noch nichts über die entscheidenden Machtverhältnisse innerhalb der internationalen Monopole aus, die Verhältnisse verschiedengradiger Über- und Unterordnung oder der Gleichberechtigung sein können, und nichts über Tendenz und Tempo der Veränderung dieser niemals völlig stabilen Verhältnisse.

Die deutschen Chemie- und Elektrokonzerne zählten in dem dichten Netz der internationalen Monopole zu den dicksten und gefräßigsten Spinnen und hatten bis zum zweiten Weltkrieg in der Regel keine anderen Rivalen zu fürchten als zwei oder drei führende USA-Trusts. Einigten sie sich mit diesen, so beherrschten sie gemeinsam die kapitalistische Welt. Die Montankonzerne dagegen trieben schon im eigenen Land untereinander lebhaft Konkurrenz und waren in den internationalen Monopolen bereits im europäischen Maßstab ständig mit gleichstarken und sogar mit überlegenen Konkurrenten konfrontiert. Den USA-Monopolen Paroli zu bieten war nur in äußerst beschränktem Rahmen möglich; der größte deutsche Montankonzern, die Vereinigte Stahlwerke AG, war bezeichnenderweise lange Zeit hoch an das Morgan-Kapital verschuldet.

Ausgehend von diesen methodologischen Überlegungen und Feststellungen über den Charakter der wesentlichen Unterschiede in den Interessenlagen der Monopolgruppen Kohle-Eisen-Stahl und Chemie-Elektroindustrie, sollen die Kriegszielprogramme dieser Gruppierungen in Deutschland für den zweiten Weltkrieg skizziert werden, die ebenfalls bestimmte, nicht unwichtige Unterschiede aufwiesen.

Für die erste Gruppe war das Streben nach Bodenschätzen, nach reichen Rohstoffressourcen, nach entsprechend günstig gelegenen Produktionsstätten und den dazugehörigen, möglichst billigen Arbeitskräften prädominierendes Ziel. Charakteristisch war ihr zügelloser „Drang nach Osten“. Ihr wirtschaftsstrategisches Hauptziel waren die unermeßlichen Reichtümer der Sowjetunion.¹² Polen lag auf dem Wege; die Einverleibung Polens – wie der Tschechoslowakei – verstand sich, wie für alle Teile des deutschen Monopolkapitals, so besonders für diese Gruppierung als „Wiedereroberung“ geradezu von selbst. Die wichtigsten „Wiedereroberungs“-Ziele für beide Gruppen lagen in Frankreich; die Montangruppierung hatte hier besonders unmittelbare „Rückgewinnungs“-Interessen. Ähnlich verhielt es sich mit den kolonialen Interessen in Übersee. In der Forderung nach einem riesigen Kolonialreich, vor allem in Afrika, stießen als vordringlich und direkt interessiert zur Montangruppe die NE-Metallkonzerne, die Monopolreedereien und andere. In Übersee erkannte diese Gruppe indessen bestimmte Grenzen für ihre Expansionsgelüste, vor allem auch wegen der starken Abhängigkeit führender Konzerne der Gruppe von USA-Monopolen. England brauchte nicht, die USA sollten nicht auf der Gegenseite ins Spiel kommen. Hjalmar Schacht, politischer Exponent dieser Gruppe, besonders ihres vom Morgan-Kapital abhängigen Flügels, hatte sich vor dem Krieg seinen

¹² Hierzu ausführlicher s. Kapitel V.

amerikanischen Bekannten gegenüber mehrfach sehr offen in der beschriebenen Richtung geäußert.¹³

Im Kriege raufte sich die deutschen Montankonzerne um die Montanunternehmen und Bodenschätze der eroberten Länder, besonders Polens und Frankreichs, und fielen dann voller Gier über die Reichtümer der Sowjetunion her.

Die zweite Gruppe bestand im Kern aus denjenigen hochentwickelten Monopolen, deren Hauptsorgen Absatz-, besonders Exportsorgen waren, für die das Marktproblem das Hauptproblem darstellte – und zwar im Weltmaßstab. Am festesten und führend gehörten dieser Gruppe anscheinend solche Konzerne an, die, was ihre Hauptproduktionsgebiete betraf, keine sehr ernsthaften Rohstoffschwierigkeiten hatten oder zu befürchten hatten, die hingegen eine zwar mächtige, meist aber bedrohte oder geschmälerte, jedenfalls „ausbaufähige“ Monopolstellung auf dem Weltmarkt bereits innehatten: IG-Farben, Zeiss, nicht ganz so fest wohl Siemens, AEG, Bosch. Diese Konzerne bewegten sich im weltweiten Konkurrenzkampf auf einer höheren Ebene als die Montankonzerne, dort, wo eine besonders raue Konkurrenzluft wehte. Ihre absolute Monopolstellung auf einem großen, aber doch begrenzten Markt verschärfte ihren Kampf um den Weltmarkt gegen eine Handvoll ausländischer Monopole, die auch jene Position ständig gefährdeten.

Das letzte und höchste Ziel dieser Gruppe war die Ausschaltung der Konkurrenz, besonders aller Exportkonkurrenz (Waren- und Kapitalexport), und die Kontrolle des Weltmarktes. Die Etappen auf diesem Weg waren in den Dokumenten der IG-„Friedensplanung“, den „Wunschprogrammen“ des Zeiss-Konzerns usw. deutlich genug vorgezeichnet.¹⁴

Die Hauptstoßrichtung der beschriebenen Gruppe mußte sich also damals richten und richtete sich tatsächlich auf die industriell hochentwickelten Länder als gefährlichste Konkurrenten und auf deren Märkte: auf Westeuropa einschließlich Großbritannien mit seinem immer noch gewaltigen Weltreichmarkt, auf Japan und den voraussichtlich von ihm dominierten ostasiatischen Markt und auf die USA und deren Märkte, vor allem in Lateinamerika. Als einen Hauptposten in ihrer Planung betrachtete sie nicht zuletzt auch die Sowjetunion mit ihren materiellen Reichtümern und potentiellen Absatzmärkten, in der sie ökonomisch zunächst das notwendige – vorwiegend agrarische – Hinterland sahen, einen Teil des „europäischen Großwirtschaftsraums“, dessen Beherrschung ihr früher oder später den Eroberungszug nach anderen Kontinenten und den Griff über Ozeane hinweg ermöglichen sollte.

Die exorbitanten Weltherrschaftspläne dieser Gruppierung nahmen handgreifliche, schriftlich fixierte Form an, sobald im Sommer 1940 ihr altes Nahziel „Mitteleuropa“ in so überwältigender Weise, von Bordeaux bis Sofia, vom Nordkap bis Sizilien, verwirklicht zu sein schien.

Zwischen den Expansionszielen beider Gruppierungen gab es – wie zwischen diesen selbst – keine isolierende Trennmauer. Rohstoffquellen, insbesondere Bodenschätze,

¹³ s. z. B. *Dodd, William E.*, *Diplomat auf heißem Boden*, Berlin 1961, S. 493, 421 ff.; s. a.

Kapitel I.

¹⁴ Hierüber ausführlich i. nächst. Abschnitt.

spielten auch in den Plänen und Zielen der zweiten Gruppierung eine große und im Krieg anscheinend noch zunehmende Rolle – wie diese Gruppe sich überhaupt durch ihre allgemeine und alles erfassende Unersättlichkeit auszeichnete. Immerhin, diese Interessen standen bei den genannten Konzernen nicht so stark, zumindest nicht von vornherein so stark, im Vordergrund ihrer Expansionspläne wie bei der Gruppierung Kohle-Eisen-Stahl.

Auch bei Konzernen aus der letztgenannten Gruppierung fanden sich wiederum verschiedentlich weitausgedehnte, ja weltumspannende Marktinteressen, Interessen besonders an Märkten für Kapitalexport. Ein Beispiel dafür war Krupp als Monopol-lieferant vieler Waffenarten, dessen lebhaftes Interesse an der Beherrschung des ostasiatischen und lateinamerikanischen Marktes aktenkundig ist.

Eine Stellung zwischen den Gruppen nahmen anscheinend die um ihr Syndikat gruppierten großen Konzerne der Kaliindustrie ein. Es waren Bergbaukonzerne, die, soweit sie zugleich Kali verarbeitende Unternehmen umfaßten, einen Zweig der Chemieindustrie bildeten. Inhaber eines früheren Weltmonopols, strebten sie nach einer „Wiedereroberung“ ihrer alten Weltmarktpositionen. Zugleich griffen sie gierig nach den Bodenschätzen anderer Länder, wo immer sie ihrer habhaft werden konnten. Ihre Expansionsstrategie war auf die Inbesitznahme möglichst aller wichtigen Kalilager und -produktionsstätten der Welt gerichtet. Die deutschen Kalikonzerne und ihr Syndikat waren wegen ihrer massiven, allseitigen imperialistischen Interessen in der deutschen Geschichte stets, besonders auch von 1933 bis 1945, in der vordersten Front der reaktionärsten und aggressivsten Elemente des Finanzkapitals zu finden.

Ein besonderes, wichtiges Problem ist die diesbezügliche Interessenlage und Ein-gruppierung der Großbanken. Es liegen noch keine gründlichen Arbeiten über diese Hochburgen des Finanzkapitals vor. Ohne solche Untersuchungen gerade über die großen Banken, das sei ausdrücklich vermerkt, ist eine umfassende Klärung der behandelten Problematik nicht möglich. Hier können nur andeutende Bemerkungen gemacht werden. Die Großbanken waren und sind Zentren von Finanzgruppen, die der Branche nach eine durchaus heterogene Zusammensetzung aufweisen. Sie waren jeweils mit Konzernen und anderen Großunternehmen beider beschriebenen Gruppen verbunden und verwachsen. Darum vertraten sie – hierin dem Kali-syndikat nicht unähnlich – die Interessen beider Monopolgruppierungen. Sie erwiesen sich während der faschistischen Expansion in Europa als die Zentren der Ausbeutung und Unterdrückung fremder Nationen (wie der eigenen), der brutalen imperialistischen Aggressivität und des weltweiten Expansionismus. Sie waren die Initiatoren, Dirigenten und Koordinatoren der kriegerischen Expansion der Monopole (wie der „friedlichen“ Expansion), die Konstrukteure und Beherrscher eines vielfältigen und komplizierten staatsmonopolistischen Instrumentariums für Raub und Ausplünderung.¹⁵

¹⁵ Auch in dieser Beziehung behält zweifellos Gossweiler gegenüber Kuczynski recht, wenn er sich gegen dessen Unterschätzung der zentralen, beherrschenden Rolle der Großbanken innerhalb des deutschen Finanzkapitals wendet (*Gossweiler, Kurt*, Die Vereinigten Stahl-

Eine besondere Akzentuierung bestimmter Expansionsforderungen, -pläne und -wünsche war dabei nicht ausgeschlossen. So vertraten zwar alle Großbanken als Knotenpunkte des Interesses am Kapitalexport die kolonialistischen Bestrebungen des deutschen Imperialismus in konzentrierter Form. Besondere kolonialistische Aktivität legte nichtsdestoweniger außer der Deutschen Bank, die stets führend im Überseegeschäft gewesen war, die Commerzbank als maßgebliche Bankvertretung der Hamburger Überseereedereien und Überseehandelsfirmen, der Telegraphen- und der Kaliindustrie an den Tag.

Die Deutsche Bank war das Zentrum der kolonialistischen Bestrebungen und Planungen des deutschen Imperialismus. Sie dominierte den Gehirntrust des deutschfaschistischen Kolonialismus, die „Deutsche Gruppe kolonialwirtschaftlicher Unternehmungen“ (Deko-Gruppe), von deren Expansionsprogrammen noch die Rede sein wird. Vorstandsmitglied Kurt Weigelt war zugleich die Graue Eminenz des Kolonialpolitischen Amtes der Reichsleitung der NSDAP.¹⁶

Ein höchst wichtiges Problem hinsichtlich der strategischen und politischen Entscheidungen in der ersten Kriegsperiode und besonders seit Sommer 1940 ist die Rolle, die die Sowjetunion in dem Kriegszielprogramm der beiden Monopolgruppen spielte. Die Zerschlagung der UdSSR als des ersten sozialistischen Staates der Welt und die endgültige Liquidierung des Sozialismus in diesem Lande waren das Kernstück des Programms des gesamten deutschen Monopolkapitals. Hierin nahm der deutsche Imperialismus als Abteilung des Weltimperialismus nur die Funktion der Schlagfaust des internationalen Antikommunismus und Antisowjetismus wahr. Dennoch hatte die Sowjetunion in der ökonomischen Strategie der großen Monopolgruppierungen einen unterschiedlichen Platz. Bei den führenden Montankonzernen lag schon in der Vorkriegszeit der Schwerpunkt der Expansionspläne auf dem „Drang nach Osten“. In der Kriegs- wie in der Vorkriegszeit war die Linie besonders derjenigen Konzerne und Finanzkomplexe, die um die Dresdner Bank gruppiert waren – Thyssen, Flick, Krupp, Reichswerke – sowie der oberschlesischen Konzerne unmittelbar gegen die Sowjetunion gerichtet. Dieses aggressive Interesse – je nach Möglichkeiten und Kräften an „friedlicher“ Expansion oder an kriegertischer Eroberung – dominierte bei dieser Gruppierung eindeutig. Im Vorstand des „Rußlandausschusses der deutschen Wirtschaft“ waren die Konzerne der Kohle-Eisen-Stahl-Gruppierung und die Dresdner Bank ausnehmend stark vertreten. Immerhin hatte in ihm auch die Deutsche Bank mit Hermann Josef Abs (seit 1938), mit Otto Wolff und mit Hermann Reyss (Siemens-Konzern), dem Vorsitzenden des Ausschusses und einzigen direkten Vertreter der Chemie-Elektro-Gruppe, starke Stützen. Der Ausschuß unterschied sich in seiner Zusammensetzung ganz deutlich vom Ostasienausschuß der Reichsgruppe Industrie, über den noch zu sprechen ist.

werke und die Großbanken, in: JWG 1965, T. 4, S. 11 ff., 51 ff.). – Vgl. auch das in den folgenden Abschnitten dargebotene Material.

16 vgl. Radandt, Hans, Zu den Beziehungen . . . , a. a. O., S. 24 ff.; derselbe, Zur Geschichte der kolonialistischen Bestrebungen deutscher Finanzgruppen gegenüber den Ländern Afrikas, a. a. O., S. 79 ff.; Groehler, Olaf, Kolonialforderungen als Teil der faschistischen Kriegszielplanung, in: ZMG, H. 5/1965, S. 547 ff.

Die Chemie- und Elektrokonzerne hatten in ihren weltweiten Expansionsplänen mehrere Schwerpunkte und waren offensichtlich auch imstande, ihr unmittelbares Interesse kurzfristig von einem auf den anderen zu verlagern. Ein typisches Beispiel für die „Wendigkeit“ der Gruppierung in dieser Beziehung waren Autarkiestreben und Vierjahresplanpolitik dieser im allgemeinen am Export stärkstens interessierten Konzerne als ihre eindeutige wirtschaftliche Kriegserklärung vornehmlich an die westlichen imperialistischen Großmächte einschließlich der Vereinigten Staaten.¹⁷

Nichtsdestoweniger war es für die führenden Konzerne dieser Gruppe schon vor dem Krieg selbstverständlich, auf dem Wege zur Weltherrschaft, d. h. vor allem zu ihrem Weltmonopol, die UdSSR zu liquidieren. In dem strategischen System, das sie entwickelten, hatte die Sowjetunion seit langem ihren festen Platz. In den Planungen dieser Gruppe, besonders des IG-Farben-Konzerns, fungierte die Sowjetunion – sobald militärisch zerschlagen und erobert – zunächst als wichtige materielle Basis für die Weiterführung des Krieges bzw. spätere „Auseinandersetzungen“ mit Großbritannien und vor allem mit den USA um die Beherrschung der Welt. Hierfür hatte das Land in erster Linie Erdöl und Nahrungsmittel zu liefern. Sodann aber sollte die UdSSR als strategisches Sprungbrett zum Indischen und zum Pazifischen Ozean, als Heerstraße zu den Schätzen des Fernen wie des Nahen Ostens dienen.

Die Einordnung der Sowjetunion in das System der wirtschaftlichen Blitzkriegsstrategie bzw. in die „Neuordnung des europäischen Großwirtschaftsraumes“ als Lieferant von Öl und Lebensmitteln entsprach vollständig den Vorstellungen, die gerade der IG-Farben-Konzern als Kern der Vierjahresplangruppierung und als Haupt der Gruppe Chemie-Elektroindustrie auch von der ferneren ökonomischen Perspektive des Sowjetlandes unter Stiefel und Peitsche faschistischer deutscher „Herrenmenschen“ hegte. Eine Entindustrialisierung und Reagrarisierung größten Stils hätte das Land in einen riesigen, extensiven Absatzmarkt für die Chemie-, die Elektro-, die Leichtindustrie und einige Zweige des Maschinenbaus verwandelt, hätte dagegen jede industrielle Konkurrenz vernichtet. Diese einzigartige Profitquelle und dazu das Erdöl hätten das imperialistische Deutschland nach den Vorstellungen der Konzernherrscher endgültig zum Herrn über ein „Vereinigtes Europa“ und zu einem durchaus ebenbürtigen Konkurrenten des USA-Imperialismus werden lassen.

Die Kette der Beweise für das Dargelegte ist, wenn auch noch dünn, so doch bereits hinreichend fest. Sie reicht von der Vierjahresplandenkschrift der Hitler/Göring/IG-Farben, über Krauchs, Görings, Kepplers und Hitlers intern, aber um so unverhüllter geäußerte expansionistische Ambitionen vor Kriegsbeginn, über Wohlthats Vorkriegsaktivität, über die „Neuordnungs“-Programme der führenden Monopole aus dem Jahre 1940 bis zur konkreten Zielsetzung der „Kontinentale Öl AG“,

17 s. Kapitel I. – Die Auseinandersetzungen um die „Hermann-Göring-Werke“ vor dem Krieg und die Emigration Fritz Thyssens 1939 sind in diesem Zusammenhang noch nicht genügend erforscht, hängen aber offensichtlich auch mit Kämpfen innerhalb des Monopolkapitals um verschiedene aggressive Zielsetzungen zusammen.

zu den detaillierten Richtlinien der faschistischen „Agrarplaner“ im Frühjahr 1941 und schließlich zur „Grünen Mappe“ des Wirtschaftsführungsstabes Ost.¹⁸

Auf das Expansionsstreben der Gruppierung Chemie-Elektroindustrie nach allen Richtungen, über Kontinente und Weltmeere hinweg, deuten die Aktivität solcher Konzerne wie der IG-Farben und Siemens' im Mitteleuropäischen Wirtschaftstag und in der Deutsch-Französischen Handelskammer, Zeiss' und anderer im Deutsch-Amerikanischen Wirtschaftsverband und schließlich ihrer aller führende Position im Ostasienausschuß der Reichsgruppe Industrie.

Der Ostasienausschuß bildete sich im Januar 1941, nachdem spätestens seit Mitte 1940 mit der organisierten Planung einer „Neuordnung im großostasiatischen Raum“ begonnen worden war. Als sein Kern traten diejenigen Kräfte zusammen, die weit vorausschauend schon mit der Auseinandersetzung zwischen drei oder vier wirtschaftlichen Machtblöcken oder „Großräumen“ auf der Welt rechneten, deren einen, den europäischen, sie selbst in den Kampf führen wollten. In Person der etwa 12 Mitglieder des Ausschusses waren folgende Konzerne vertreten: IG-Farben, die den Vorsitzenden stellte (Hermann Waibel, zugleich Leiter des Ostasienausschusses seines Konzerns), Siemens, AEG, Zeiss, Bosch, Metallgesellschaft; von der Montanindustrie nur die Vereinigten Stahlwerke, Krupp und Klöckner; ferner die Didier-Werke (Hermann Fellingner, Vorstandsvorsitzender, leitete den Außenhandelsausschuß der Reichsgruppe Industrie) und die Demag, zwei von der Deutschen Bank maßgeblich beeinflusste kleinere Konzerne. Hier dominierte also eindeutig diejenige Gruppe von Monopolen, die infolge ihrer spezifischen ökonomischen, insbesondere ihrer Weltmarktstellung die weitestgespannten Eroberungsziele und -programme unterstützten bzw. selbst formulierten.¹⁹

18 vgl. hierzu bsd. die in den Kapiteln I und V vorgenommenen Untersuchungen. — Aufschlußreiche Beobachtungen über die expansionistische Zielsetzung der herrschenden Kreise des faschistischen Deutschlands schon nach der Zerstückelung der Tschechoslowakei machte Carl J. Burckhardt, der Völkerbundskommissar für die Freie Stadt Danzig. Burckhardt berichtete am 20. Dez. 1938 über die Atmosphäre in Berlin: „Beiläufig, aber wiederholt, sprach man von der Ukraine, sogar von Baku! was mir vom geographischen Standpunkt aus gesehen ziemlich verwegen erscheint. Polen wurde gewissermaßen mit derartigen Träumen in Verbindung gebracht, natürlich unter der Bedingung, daß Warschau zahlt, daß man sich unterwerfe, daß man ‚vernünftig‘ werde, daß man die Tschechen nachahme.“ (*Burckhardt, Carl J., Meine Danziger Mission 1937–1939*, 2., dgsh. Aufl., München 1960, S. 236). Am 11. August 1939 sprach Burckhardt noch einmal mit Hitler. Aus seinem Bericht über diesen Empfang auf dem Obersalzberg ließ er folgende wichtige Äußerung Hitlers erstmalig abdrucken (ebenda, S. 348): „Alles, was ich unternehme, ist gegen Rußland gerichtet; wenn der Westen zu dumm und zu blind ist, um dies zu begreifen, werde ich gezwungen sein, mich mit den Russen zu verständigen, den Westen zu schlagen, und dann nach seiner Niederlage mich mit meinen versammelten Kräften gegen die Sowjetunion zu wenden. *Ich brauche die Ukraine*, damit man uns nicht wieder wie im letzten Krieg aushungern kann.“ (Meine Hervorh. — D. E.).

19 vgl. *Drechsler, Karl, Deutschland—China—Japan 1933–1939*, Berlin 1964, S. 13 ff.; *Schumann, Wolfgang, Das Kriegsprogramm des Zeiss-Konzerns*, in: ZfG, H. 4/1963, S. 724 ff.; *Hass, Gerhart, Von München bis Pearl Harbour*, Berlin 1965, S. 212 ff.

Schon aus früheren Quellen der faschistischen Zeit ist die Existenz von verschiedenen Linien in der Strategie der äußeren Expansion und eine entsprechende Gruppierung innerhalb des Monopolkapitals deutlich abzulesen.²⁰ Dieses Phänomen bedarf freilich noch ausführlicher Forschung und Bearbeitung sowohl in seiner ursprünglichen Form als Ausdruck von ökonomischen, von Profitinteressen bzw. von Interessengegensätzen innerhalb des Monopolkapitals, als auch in der mehr oder weniger getreuen Abspiegelung, die es in den Auffassungen, Theorien und Plänen der faschistischen Ideologen, Politiker und Militärs erfuhr.

Hitler selbst war sich anscheinend frühzeitig der Tatsache zumindest undeutlich bewußt, daß die Monopole von ihm die Verwirklichung recht verschiedenartiger expansionistischer Zielsetzungen erwarteten, deren Unterschiede über die taktischen Varianten zweifellos hinausgingen. Das sogenannte Liebmann-Protokoll von Hitlers Rede vor den Spitzen der Reichswehr bei Kurt v. Hammerstein-Equord am 3. Februar 1933, dem vierten Tag nach seiner Machteinsetzung, gab folgende Gedanken über die Expansionsziele eines wiederaufgerüsteten Deutschlands wieder: „Wie soll die politische Macht, wenn sie gewonnen ist, gebraucht werden? Jetzt noch nicht zu sagen. Vielleicht Erkämpfung neuer Exportmöglichkeiten, vielleicht – und wohl besser – Eroberung neuen Lebensraums im Osten und dessen rücksichtslose Germanisierung.“²¹

Dies mag als frühe Bestätigung der von uns herausgearbeiteten unterschiedlichen Linien der expansionistischen Monopolpolitik gelten. Hitlers damaliger, einigermaßen unentschlossener Standpunkt, der sicherlich in den folgenden Jahren Wandlungen unterlag, erklärt sich leicht daraus, daß alle großen Interessentengruppen, alle wichtigen Monopolgruppierungen ihm in jenen Wochen und Monaten um die Jahreswende 1932/33, als sie sich auf die faschistische Diktatur einigten, ihre wirtschaftlichen und politischen Forderungen und Pläne nachdrücklich unterbreitet hatten.²²

Die Montankonzerne unterstützten und inthronisierten schließlich *den* Hitler, der Versailles liquidieren, das heißt Frankreichs Vormachtstellung auf dem Kontinent brechen wollte und den „Drang nach Osten“ zur offiziellen außenpolitischen Hauptmaxime auf lange Sicht erklärte. Über weitere Schritte zur Beherrschung ganz Europas und schließlich zur Ausbreitung ihrer Herrschaft über die Welt waren ihre Vorstellungen noch verschwommen und uneinheitlich.

Die andere Gruppierung unterstützte und inthronisierte *den* Hitler, der Versailles liquidieren und ihre durchaus konkreten Vorstellungen von der deutschen Welt-

20 s. *Gossweiler, Kurt*, Die Rolle des Monopolkapitals, S. 539 ff., §101 ff.

21 *Vogelsang, Thilo*, Neue Dokumente zur Geschichte der Reichswehr 1930–1933, in: VfZ, H. 4/1954, S. 435.

22 vgl. vorzüglich *Czichon, Eberhard*, Wer verhalf Hitler zur Macht? Zum Anteil der deutschen Industrie an der Zerstörung der Weimarer Republik, Köln 1967, der allerdings gerade den außenpolitischen Aspekt und die Expansionsstrategie der Monopole und Monopolgruppierungen vernachlässigt. Vgl. auch *Kuczynski, Jürgen*, Darstellung der Lage der Arbeiter in Deutschland von 1917/18 bis 1932/33 (= *derselbe*, Die Geschichte der Lage der Arbeiter unter dem Kapitalismus, Bd. 5), Berlin 1966, S. 120 ff.

herrschaft durchsetzen wollte. Auf dem Wege dorthin spielte die Sowjetunion für sie die Rolle eines zu überwindenden Haupthindernisses unter anderen bzw. eines unter anderen Schwerpunktzielen. Diese Gruppierung war hierin in bestimmter Hinsicht noch blinder als die Montan-Gruppierung. Sie unterschätzte die politische Kraft und das wirtschaftliche Potential der Sowjetunion in womöglich noch katastrophalerem Ausmaß.

Bei den beiden beschriebenen Gruppierungen waren also imperialistische Expansionsprogramme mit verschiedenen Schwerpunkten entstanden. Das Gewicht, das den möglichen Expansionsrichtungen beigelegt wurde, war verschieden groß. Zwei ziemlich scharf umgrenzte, große Monopolgruppen vertraten in der Zeit des Faschismus und besonders klar in den ersten Etappen des Krieges Expansionsprogramme von verschiedener Struktur.

Bei aller Verschiedenheit in der Struktur der Expansionsziele wird jedoch absolut klar, daß auch vom Aspekt dieser Zielsetzung aus beide untersuchten Gruppierungen des deutschen Monopolkapitals – von Anfang an – zu den reaktionärsten, am meisten chauvinistischen, am meisten imperialistischen Elementen des Finanzkapitals gehörten, die Inspiratoren und Träger der faschistischen Diktatur waren. Das ganze deutsche Finanzkapital verfolgte ein im ganzen einheitliches großes Expansionsprogramm der Weltherrschaft, und es verfolgte es mit faschistischen Mitteln.

c) Charakter und Methoden der wirtschaftlichen Expansion und Ausplünderung

So richtig es ist, daß der deutsche Imperialismus deshalb besonders expansionistisch und kriegslüsternd war, weil er faschistisch war, ebenso richtig und für das Verständnis tieferer Ursächlichkeit wichtiger ist es, daß er deshalb faschistisch war, weil er außergewöhnlich expansionistisch und aggressiv war. Der Ausgang des ersten Weltkrieges hatte seine damaligen Kriegsziele durchkreuzt. Seit Versailles war er ein Imperialismus mit gestutzten Flügeln, dem seine Konkurrenten die Kolonien und wichtige Teile des alten Reichsgebiets genommen und dem sie mannigfache, höchst unbequeme politische und wirtschaftliche Beschränkungen und Kontrollen auferlegt hatten. Sein „Maximalprogramm“ bestand darin, eben dies Versailler System zu beseitigen und, an seine Kriegszielpolitik aus der Zeit des ersten Weltkrieges anknüpfend, die Welt nach erneuerten Plänen neu aufzuteilen.

Den Beherrschern der deutschen Wirtschaft war es lange vor 1933 „allgemein bekannt, daß einer der wichtigsten Programmpunkte Hitlers die Abschaffung des Vertrages von Versailles darstellte und die Wiederherstellung eines sowohl in militärischer als auch in wirtschaftlicher Hinsicht starken Deutschlands.“ Hitlers Programm „war der Wirtschaft allgemein bekannt und wurde von ihr begrüßt.“²³ Diejenigen Kreise des Finanzkapitals, die der Naziclique an die Macht verhalfen, stimmten völlig mit diesem Programm überein, besonders mit seinem außen-

23 Dok. NI-7990, Aff. Kurt Frh. v. Schröder, 21. Juli 1947, Fall VI, ADB 3, DZA/FS, IG-Farben-Prozeß, Film Nr. 410. Teilw. gedr. in: *Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung*, Bd. 4, Berlin 1966, S. 606f.

politischen Teil, der ihnen die „Abschaffung“, die „Liquidierung“ von Versailles und neuen „Lebensraum“, in erster Linie im Osten, verhiel.

Die herrschende Clique des Finanzkapitals wollte und plante die Neuverteilung der Reichtümer der Welt, und sie wollte und plante auch die Mittel zur Verwirklichung dieses Zieles. Ihre Macht verwuchs mit derjenigen der faschistischen Führer, die ihr gerade jene Mittel verschafften, welche ihr für die Vorbereitung einer weltweiten Auseinandersetzung um die deutsche Vorherrschaft in der Welt unerlässlich zu sein schienen. Schon vor 1933 hatte sie sich mit Hitler über ihre diesbezüglichen Wünsche geeinigt; beispielsweise forderte sie, „daß die Wirtschaft sich selbst lenken sollte zur Lösung der von der politischen Führung gestellten Probleme. Zur praktischen Durchführung dieses Programmpunktes erwartete man, wie es ja später auch geschah, daß die gesamte Wirtschaft auf einer neuen Basis organisiert werden würde, und zwar in Verbänden, denen sämtliche wirtschaftlichen Unternehmungen, im Gegensatz zu den damals bestehenden Verbänden, beitreten mußten, deren Führung durch Wirtschaftler und Kaufleute selbst erfolgen würde, die selbst für einen Ausgleich der Produktion zu sorgen hätten, so daß notgedrungen diese neuen Verbände mehr Einfluß ausüben könnten als früher.“²⁴

Beim Hitlerfaschismus handelte es sich um die letzte, menscheitsfeindliche Konsequenz in der äußeren wie in der inneren Politik des Finanzkapitals. Der erneute Versuch des deutschen Imperialismus, seine Ausbeuterpolitik mit gewaltsamen, notfalls kriegerischen Mitteln fortzusetzen und die Reichtümer der Welt zu seinen Gunsten neu aufzuteilen, fand unter besonders schwierigen Bedingungen statt. Im Osten existierte die gewaltige Sowjetunion, mit der sich die revolutionäre Arbeiterbewegung und andere progressive Kräfte solidarisch erklärten. Das Kräfteverhältnis selbst im imperialistischen Lager war für den deutschen Imperialismus ungünstiger als vor dem ersten Weltkrieg. Der Versailler Vertrag hatte neue außenpolitische und völkerrechtliche Realitäten, wie den wiedergeschaffenen polnischen und den tschechoslowakischen Nationalstaat, fixiert. Dazu gab es im Innern Deutschlands starke antiimperialistische und antifaschistische Kräfte, allen voran die Kommunisten.

Das Volk kriegsreif, die Kriegsgeger und demokratischen Kräfte mundtot zu machen, den Krieg wirtschaftlich, militärisch und außenpolitisch vorzubereiten, die Kriegsmaschinerie in Gang zu setzen, den Krieg zu führen, die große Beute an sich zu bringen – für diese schmutzigen und blutigen Arbeiten bedurfte es unter solchen Umständen eines faschistischen Regimes. Das war gewissermaßen ein Erfordernis der Zeit oder auch der Knappheit an Zeit und an Ressourcen, geboren aus der Fülle von ökonomischen und politischen Schwierigkeiten und Widersprüchen, die im Wege lagen und die die faschistische Diktatur auf ihre Weise zu erledigen berufen wurde.

Von diesem Gesichtspunkt aus müssen auch die faschistischen Methoden bei der ökonomischen Unterwerfung, Ausbeutung und Ausplünderung des besetzten Europas durch Monopole und Nazistaat untersucht werden.

Wirtschaftliches Gangstertum und Raub im großen sind nichts Neues im Kapitalismus, sondern durchaus „normale“ Begleiterscheinungen dieser Gesellschafts-

ordnung. Vor allem handelt es sich um Formen der Ausbeutung, mit deren Hilfe das Kapital die Werk­tätigen über den Mehrwert hinaus, den es sich aneignet, um Teile ihres Arbeitsertrags schröpft. Doch auch die Ausplünderung und vorsätzliche Ruinierung in- und ausländischer Konkurrenten sind an der kapitalistischen Tagesordnung. Im Zeitalter des entwickelten Kapitalismus und des Imperialismus tragen diese Methoden vielfach die Tünche der Zivilisation, selbst wenn es sich um die Ausbeutung von Kolonien und Halbkolonien handelt.

Ausbeutung und Plünderung der von den Faschisten besetzten Gebiete unterschieden sich indessen von den üblichen Formen wesentlich: durch ihren Umfang, durch die mit Krieg verbundenen brutalen, offen terroristischen Methoden, und durch hohe Intensität, besonders extremen Grad und reaktionären Charakter der staatsmonopolistischen Verfilzung von Monopol- und staatlicher Gewalt (einschließlich Militärapparat), die Begleiterscheinung und Merkmal gerade dieses „Geschäfts“ waren.

Typisch faschistisch waren die barbarische, ins Extrem gesteigerte Menschen- und Völkerverachtung der deutschen Monopole und der Naziclique und ihre Pläne der Versklavung, Umsiedlung, Ausrottung der Völker, besonders der osteuropäischen. Typisch faschistisch waren die allgemeinen Begleitumstände, die mit der Okkupation zusammenhingen; waren besonders die dauernde Niederhaltung der friedlichen Zivilbevölkerung durch brutale, terroristische Gewalt, das Eindringen offenen Terrors in das öffentliche und betriebliche Leben, wie in Deutschland, nur in potenziert Form. Noch 1944 gab Rudolf Stahl, Generaldirektor des Salzdetfurth-Konzerns und stellvertretender Leiter der Reichsgruppe Industrie, der allgemeinen Linie der von ihm vertretenen führenden Rüstungsmonopole für die Okkupationspolitik klaren Ausdruck und warf dem Regime vor, nicht rabiat, nicht faschistisch genug gewesen zu sein. Er schrieb am 27. Juni einem Nazi-Wirtschaftsbeauftragten in Albanien: „Schade nur, daß man bei den Albanern und den sonstigen frei um sich schlagenden Bundesländern auf dem Balkan stets auf feierliche Staatsverhandlungen angewiesen ist, statt einfach befehlen zu können. Wir sind m. E. im Anfang des Krieges nicht gut beraten gewesen, als wir allerlei kleine Staaten dort unten mit Scheinsouveränität ausstatteten und außerdem solche für die zentrale Wirtschaftsführung unbequemen Institutionen wie Protektorat und Generalgouvernement schufen. Man kann sich vorstellen, daß auf Grund der neueren Ereignisse im Westen und Osten, die ja für uns zunächst wenig erfreulich sind, die Opposition und der Widerstandsgeist auf dem Balkan neue Nahrung erhielten . . .“²⁵

Typisch faschistisch waren spezifische Methoden deutscher Monopole, offene Gewalt, physischen Terror gegen die Masse der jüdischen sowie diejenigen ihrer „arischen“ ausländischen Konkurrenten anzuwenden oder anwenden zu lassen, die sich anders nicht mit ihren „Integrations“-Plänen und -Wünschen einverstanden erklären wollten.

25 Stahl an Krone, Beauftragten für den Metallergbergbau in Albanien, 27. Juni 1944, Wirtschaftsfacharchiv der Kaliindustrie, Staßfurt (im folgenden: WFA VVB Kali), A II, Sa, 1 a, Bor, Nr. 11, Bl. 223, zit. nach einem Manusk. v. Kurt Ohlendorf.

Die Methoden der wirtschaftlichen Unterjochung und Ausplünderung waren mannigfacher Art. Ihrem ökonomischen Sinne nach handelte es sich, abgesehen von der Zwangsverschleppung von Arbeitskräften, die ein Phänomen für sich darstellte, im wesentlichen um zweierlei: um plumpe, offene Plünderung zugunsten des deutschen Wirtschafts- und Rüstungspotentials und um gewaltsame Zentralisation internationaler Wirtschaftskapazitäten und Kapitalien zugunsten der deutschen Monopole bzw. des deutschen Wirtschaftspotentials.²⁶

Der ersten Kategorie gehörten die Besatzungskosten an²⁷, der sofortige Abtransport der staatlichen Gold-, Devisen- und Rohstoffvorräte sowie der Beutewaffen, die Währungsverschlechterung (die in späteren Phasen ein für die betroffenen Völker katastrophales Ausmaß annahm), und die Entartung des früheren Außenhandels dieser Länder mit dem Reich auf Clearingbasis zur Zwangskreditierung enormer Überschüsse im Export nach Deutschland.²⁸ Dazu gehörten schließlich der Kunstraub (außerhalb der im engeren Sinne ökonomischen Sphäre) und auch die vielerlei Formen der Plünderung im kleinen durch die einzelnen Besatzungsangehörigen, die, zusammengenommen, einen wahrscheinlich nicht unerheblichen Betrag ausmachte. „Und was bekam des Soldaten Weib . . .?“

Diese Methoden dienten überwiegend unmittelbar der Rüstungsfinanzierung bzw. dazu, die faschistische Militärmaschine mit Waffen, Treibstoffen, Konsumgütern, Lebensmitteln und mit Rohstoffen (Kautschuk, Kupfer u. a.) zu versorgen.

Zur zweiten Kategorie gehörten die Unterwerfung der nationalen Wirtschaften unter das staatsmonopolistische Regulierungssystem der deutschen Kriegswirtschaft²⁹, die Zwangsverwaltungen von Betrieben und Kapitalien durch Kommissare bzw. sogenannte Treuhänder, und die „Integration“ bedeutender Teile der ausländischen Industrie, des Bankwesens, des Handels und des exportierten Kapitals in den Verfügungsbereich bzw. direkt in den Eigentumsbereich der deutschen Monopole.

Im letztgenannten Komplex bestand der Kern der sogenannten Neuordnung des europäischen Großraums. Hiermit begann die endgültige „Ordnung“ Europas

26 Dies ist es, was Kuczynski als barbarische Neuaufgabe der ursprünglichen Akkumulation bezeichnet (*Kuczynski, Jürgen, Lage der Arbeiter 1933–1945*, S. 40 f.).

27 Frankreich beispielsweise hatte vom Tage des Waffenstillstands an täglich 20 Mill. RM – jährlich 7,2 Mrd. RM – an „Abschlagszahlungen“ auf die Besatzungskosten zu leisten. s. Dok. NG-1142, Telegramm Hemmen an Auswärtiges Amt, v. 22. Aug. 1940, Fall XI, ADB 48, DZA Potsdam, Fall XI, Nr. 308.

28 vgl. *Survey of International Affairs 1939–1946. Hitler's Europe*, hsg. v. A. Toynbee u. V. Toynbee, London/New York/Toronto 1954, S. 268 ff.

29 Holland betreffend, hieß es im Oktober 1941 in einem Aktenvermerk des Reichskommissars für die Niederlande: „Die Gleichordnung der Wirtschaftsplanungsmaßnahmen in Form und Inhalt an die Ordnung im Deutschen Reich ist so weitgehend erfolgt, daß von der wirtschaftlichen Seite aus gesehen kein Hindernis bestünde, die Niederlande so zu behandeln, wie die einzelnen Gaue des Reiches.“ Dok. NG-049, Lammers-Protokoll, 18. Okt. 1941, Fall XI, ADB 81, DZA Potsdam, Fall XI, Nr. 363. Allgemein vgl. aber Kapitel V.

Gestalt anzunehmen – so wie das deutsche Finanzkapital sie sich vorstellte. Und in seinen weitgreifenden Plänen für diese Neuordnung entstand bereits, auf eine längere Perspektive berechnet und dennoch bis in Details ausgeformt, das Modell eines unter Stahlhelm, Hakenkreuzbanner und SS-Stiefeln integrierten Europas, als Sprungbrett zur Weltherrschaft des deutschen Finanzkapitals.

2. Die „Neuordnung des europäischen Großwirtschaftsraumes“

Die Herrschaft der Monopole ist die tiefste Wurzel für die imperialistische Expansions- und Eroberungsgier. Auf längere Sicht wirkt folgende Kausalkette zwischen Ökonomie, Politik und Krieg, in dem Verhältnis zwischen Monopolen und Staat: Ökonomische Strategie der finanzkapitalistischen Gruppierungen – politische Strategie – militärische Strategie – rüstungswirtschaftliche Strategie und Planung. Natürlich gibt es hier keine geradlinige Kausalität, sondern komplizierte Wechselwirkungen, mannigfache Übersetzungen und Rückkopplungen. Das erste Glied der Kette ist und bleibt aber das letzten Endes entscheidende, bestimmende Glied. Die Kriegsziele der mächtigsten Monopole, niedergelegt in Protokollen, Denkschriften und Plänen, sind also die aufschlußreichsten und schwerwiegendsten Quellen für die Erforschung der Kriegsursachen, Quellen mit der Kraft der unmittelbarsten und beweisstärksten Aussage über diese Ursachen. In einer möglichst umfassenden Darstellung der Expansionspläne, Aggressions- und Kriegsziele der Monopole besteht die wichtigste Voraussetzung dafür, dem Geheimnis der Entstehung imperialistischer Kriege seinen Schleier zu zerreißen und die wahren Kriegsursachen und eigentlichen Kriegsbrandstifter vor aller Welt bei Namen zu nennen und zu überführen.

Im folgenden wird in erster Linie die Rolle der Monopole bei der faschistischen Variante der europäischen Integration untersucht werden. Das geschieht mit um so größerer Berechtigung, als die deutschen Monopole in der behandelten Etappe des Krieges, besonders im zweiten Kriegsjahr, in der Planung ihrer „Neuordnung“ und in Versuchen zur raschen Verwirklichung ihrer Pläne vorrangig Initiative zeigten und hierauf eine schier unerschöpfliche Energie verwendeten. Demzufolge erhalten wir aus einer solchen Untersuchung unvergleichlich wertvolle Aufschlüsse über Struktur und Mechanismus des staatsmonopolistischen Kapitalismus, im weiteren Sinne über die Grundproblematik des faschistischen Abschnitts der deutschen Geschichte überhaupt.

Hinzu kommt ein methodisch wichtiger Gesichtspunkt. In der ersten Kriegsperiode stand in den besetzten Gebieten die Produktion unmittelbar für den Krieg noch nicht im Vordergrund. Das war das Resultat einer euphorischen Einschätzung der Kriegslage bei den herrschenden Kreisen. Ihr zufolge war es nicht nötig, durch schärfste zentrale Regulierung (die auch später nur unvollkommen durchgesetzt wurde) aus den besetzten Gebieten das Äußerste herauszuholen. Der Blick der Monopole richtete sich bei ihrer „Neuordnung“ und bei der Verteilung der europäischen Beute schon auf Friedenszeiten, wie sie sie nach einem faschistischen Sieg erwarteten.

So bietet sich dem Historiker die Möglichkeit, an dieser Zeit die wirtschaftlichen Kriegsziele der Monopole („Friedensplanungen“, „Friedensregelungen“) in Theorie und Praxis vortrefflich zu studieren und zu demonstrieren, die in dieser Phase der Verblüffung über die eigenen Erfolge und des Siegestaumels³⁰ besonders weitgehend und offenherzig formuliert, teilweise auch schon in die Tat umgesetzt wurden.

a) *Die Kriegsziele des deutschen Imperialismus
in den „Neuordnungs“-Programmen der Monopole*

Zu Beginn des Sommers 1940, als die deutschen Armeen tief nach Frankreich hinein vorgestoßen waren, wiegten sich die deutschen Monopole schon in Träumen vom nahen „Endsieg“ und begannen, sich unter diesem Vorzeichen auf den kommenden Frieden vorzubereiten. Schon Monate vor dem Feldzug gegen Frankreich besprach man in internen Kreisen ein konkrete Planung für den zu erobernden „Großwirtschaftsraum“ und erörterte sie sogar in Zeitschriften.³¹ Ein zuverlässiger Zeuge, der nach dem Krieg in Nürnberg aussagte, befand sich am 18. Mai 1940, unmittelbar nach der Kapitulation der Niederlande, in der Gesellschaft Alfried Krupps und einiger anderer Vertreter bedeutender Konzerne (darunter Henkel & Cie.) und beobachtete, wie sie nach den neuesten Nachrichten von der Besetzung Hollands, vor sich die Landkarte, bereits holländische Werke für sich „verteilten“ und Widerstand leistende Konkurrenten zu verhaften planten, „like vultures gathered around their booty“.³²

Am 27. Mai, dem Tag vor der Kapitulation Belgiens, tagte der Kaufmännische Ausschuß des IG-Farben-Konzerns und beriet über angesichts der militärischen Lage „für das IG-Geschäft augenblicklich aktuelle Gegenstände“.³³ Auf das Angebot des OKW hin, Sachverständige des Konzerns in das Kriegsgebiet einreisen zu lassen, benannte der Ausschuß umgehend eine Reihe von führenden Konzernvertretern für Reisen nach Holland und Belgien.³⁴ Und bereits wenige Tage später kursierte

30 vgl. z. B. den Briefwechsel zwischen Herbert v. Dirksen und Georg und Lilly v. Schnitzler, DZA Potsdam, Nachlaß Herbert v. Dirksen, Nr. 10, Bl. 454 ff.

31 s. Dok. NI-4670, Aff. Hans Kugler, Fall VI, ADB 58, DZA/FS, IG-Farben-Prozeß, Film Nr. 420. Desgl. Dok. NI-6089, Referat Albert Meyer-Küster (stellv. Dir. d. IG Farbenindustrie AG und Mitarbeiter im Reichswirtschaftsministerium) vor der Metall-Unterkommission (Metall-Uko) des IG-Farben-Konzerns, 16. Apr. 1940, Fall VI, ADB 65, DZA/FS, a. a. O.

32 Zit. bei Young, Gordon, *The Fall and Rise of Alfried Krupp*, London 1960, S. 89f. Vgl. auch die Attacken, die Krupps Onkel, v. Wilmowsky, gegen den Zeugen und dessen Aussage über die „Aasgeier“ reitet (v. Wilmowsky, *Tilo Frh.*, *Warum wurde Krupp verurteilt?*, Stuttgart 1950, S. 105 ff., 208).

33 Niederschrift über die 32. Sitzung des Kaufmännischen Ausschusses, 27. Mai 1940, Betriebsarchiv des VEB Filmfabrik Wolfen (im folgenden: BA Wolfen), Nr. A 4964, zit. nach Schmelzer, Janis, *Europa-Patent. Das IG-Farben-Projekt zur Neuordnung Europas*, Wolfen 1967, S. 9.

34 s. ebenda.

unter den Mitgliedern des Ausschusses ein Rundschreiben des Ausschußvorsitzenden Georg v. Schnitzler, in dem sie aufgefordert wurden, „im Sinne des letzten KA-Protokolls etwa bestehende vordringliche Wünsche“ in bezug auf die belgische Wirtschaft umgehend anzumelden; wie nämlich v. Schnitzler schrieb, „erwartet das OKW meinen und des Herrn Dr. Terhaar Besuch in Brüssel schon für die allernächsten Tage.“³⁵

Friedrich Flick, dessen ungeteilte Aufmerksamkeit zu jener Zeit gleichfalls der im Westen erwarteten Beute, insbesondere den französischen Hüttenwerken von Rombach (Rombas), galt, schickte drei Tage vor der Besetzung des Rombacher Gebiets durch deutsche Truppen, am 11. Juni 1940, Odilo Burkart als Generalbevollmächtigten seines Konzerns zu Unterstaatssekretär v. Hanneken. Burkart hatte v. Hanneken noch einmal nachdrücklich zu verstehen zu geben, daß nach Flicks Auffassung, die Hüttenwerke in Lothringen, Luxemburg und Belgien ein Teil der deutschen Volkswirtschaft seien.³⁶

Die Länderberichte der Reichsgruppe Industrie

Vom Juni an, als die französische Niederlage vor der Tür stand, steigerte sich diese Aktivität zu einem fieberhaften Treiben zwischen den ministeriellen Behörden, den zentralen staatsmonopolistischen Organen der Industrie und den einzelnen führenden Konzernen. In der ersten Hälfte des Monats bereiteten sich zwei Ereignisse vor, die den offiziellen Startschuß für die europäische Wirtschaftsplanung gaben. Als Zentralstelle für diese Planung fungierte die Reichsgruppe Industrie, die mit dem Reichswirtschaftsministerium aufs engste zusammenarbeitete.

Am 17. Juni hielt Karl Guth, Hauptgeschäftsführer der Reichsgruppe Industrie, vor den Geschäftsführern der Wirtschaftsgruppen ein ausführliches Referat über die „planmäßige Vorbereitung einer europäischen Industriewirtschaft“, mit der nunmehr den militärischen und erwarteten politischen Veränderungen entsprechend begonnen werden müsse.³⁷ Zwei Tage später tagte der „Große Beirat“ der Reichsgruppe Industrie und besprach „Pläne für den Übergang auf die Friedenszeit“. Als Gäste nahmen an dieser Tagung führende Regierungsvertreter teil; es sprach zum Thema beispielsweise der frischgebackene „Generalreferent für die Demobilisierung“ im Reichswirtschaftsministerium, Ministerialdirigent Schlotterer.³⁸

Das Ergebnis dieser beiden Tagungen schlug sich in Rundschreiben der Wirtschaftsgruppen und der Bezirksgruppen der Wirtschaftsgruppen an einen ausgewählten

35 Rundschreiben v. Schnitzlers, 6. Juni 1940, gedr. in: *Schröder, Rudolf*, Die Ausschußprotokolle der IG-Farben als Quelle zur Betriebsgeschichtsforschung über die Zeit des Kapitalismus, in: *JWG* 1967, T. 1, S. 259.

36 s. *Drobisch, Klaus*, Flick und die Nazis, a. a. O., S. 389.

37 s. *Schumann, Wolfgang*, Das Kriegsprogramm des Zeiss-Konzerns, a. a. O., S. 705.

38 s. Protokoll der Sitzung des Großen Beirats der Reichsgruppe Industrie, vom 3. Okt. 1940, BA Wolfen, Akte Werkleitung Gajewski, Nr. 111, Bl. 43 ff. Das Protokoll der Tagung vom 19. Juni sowie das Referat von Guth am 17. Juni liegen uns im Wortlaut nicht vor.

Kreis von Mitgliedern nieder, der mit den führenden Konzernen der Industriezweige identisch war. Das Rundschreiben der Wirtschaftsgruppe Eisen schaffende Industrie vom 26. Juni 1940 richtete sich beispielsweise an Ernst Poensgen (Vereinigte Stahlwerke AG, zugleich Leiter der Wirtschaftsgruppe), Flick, Röchling, Vögler, Zangen, Klöckner, Reusch und andere³⁹:

„Betr.: Wünsche für den Friedensvertrag und die Neugestaltung der europäischen Wirtschaftsbeziehungen.

Von amtlicher Seite sind wir über die Reichsgruppe Industrie ersucht worden, umgehend festzustellen, welche Wünsche für den kommenden Friedensvertrag und für die Neugestaltung der Wirtschaftsbeziehungen im europäischen Raum bestehen. Dabei sollen vorzugsweise folgende Länder berücksichtigt werden: Norwegen, Dänemark, Schweden, Finnland, Holland, Belgien, Luxemburg, Frankreich, England und auch der Balkan.

Wir halten es für zweckmäßig, daß Sie bei Ihren Wünschen zunächst hinweisen auf die Verluste, die Ihre Gesellschaft infolge des Friedensschlusses von 1919 in fremden Ländern erlitten hat, sei es an Gruben, Hütten, Fabriken der verarbeitenden Industrie, an Verkehrsmitteln und an Einrichtungen des Handels, sei es an Konzessionen auf Bodenschätze, an Lizenzen für die Erzeugung oder Verarbeitung usw. Darüber hinaus bitten wir Sie, auch die Ihres Erachtens in Betracht kommenden Forderungen mitzuteilen, die sich auf die neuere Entwicklung beziehen, sei es, daß es sich um die Zusammenarbeit mit einzelnen europäischen Ländern handelt, sei es, daß es sich um Beseitigung gewisser Hemmnisse, wie z. B. solcher der Handels- und der Verkehrspolitik, oder um andere Maßnahmen handelt, die dem neuen Wirtschaftsaufbau in Europa dienen können.

Diese unsere Bitte, die wir im Einvernehmen mit dem Herrn Wirtschaftsgruppenleiter an Sie richten, zielt nicht auf eine erschöpfende Darstellung hin, sondern auf einen kurzen Vorbericht, der möglichst bis Montag, dem 1. Juli 1940, in unserer Hand sein soll.

Im voraus sagen wir besten Dank.

Heil Hitler!

Der Hauptgeschäftsführer
gez. Reichert“

Die großen Konzerne und ihre staatsmonopolistischen Organisationen hatten nun keineswegs – wie dies fälschlich stets von der bürgerlich-imperialistischen Geschichtsschreibung dargestellt wird, soweit sie sich nicht vollständig über die Thematik ausschweigt – auf einen Anstoß von seiten der staatlichen Behörden gewartet. „Nach der Besetzung Norwegens“, so hieß es in einem eingehenden Tätigkeitsbericht der Fachgruppe Metallerzeugende Industrie⁴⁰, „vor allem nach

Siehe auch verschd. Berichte u. Aktennotizen von Karl Albrecht (Wirtschaftsgruppe Feinmechanik und Optik), BA Carl Zeiss Jena, Nr. 9493 und W22; *Anatomie des Krieges*, a. a. O., Dok. Nr. 121 ff.

³⁹ Dok. NI-3526, Fall V, ADB 11 B, gedr. in: *Fall 5*, a. a. O., S. 220 ff. (42 Adressaten).

⁴⁰ Geschäftsbericht der Fachgruppe Metallerzeugende Industrie der Wirtschaftsgruppe Metallindustrie, Februar 1942, BA Mansfeld, Nr. 1155; s. Dok.-anhang.

der Besiegung Frankreichs trat die Frage des zukünftigen 'Großeuropäischen Wirtschaftsraumes' in den Vordergrund der Betrachtungen . . . Von den beiden Fachgruppen Metallerzbergbau und Metallerzeugende Industrie wurden rasch nacheinander über folgende Länder bzw. Erzvorkommen ausführliche Arbeiten herausgegeben und den amtlichen Stellen sowie einer Reihe von Mitgliedswerken zugeleitet:

- | | |
|---------------------------|---------------------------------------|
| 1) Norwegen | 6) Blei- und Zinkerzvorkommen Trepca |
| 2) Holland | 7) Kupfererzbergbau in Nordrhodesien |
| 3) Belgien | 8) Blei-Zink-Vanadium-Erzvorkommen in |
| 4) Frankreich | Broken Hill, Afrika |
| 5) Kupfererzvorkommen Bor | 9) Schweden“ |

All die Forderungen, Pläne und Programme, die auf diese Weise an die Reichsgruppe gelangten, wurden dort zusammengefaßt und systematisiert. Es entstanden daraus, als streng vertraulich gekennzeichnet, die sogenannten Länderberichte der Reichsgruppe Industrie. Solche Länderberichte sind für Holland, Belgien, Dänemark, Frankreich und Norwegen fertiggestellt worden.

Schon im Juli 1940 war der erste, der Bericht über Holland, gedruckt; bald darauf folgten die anderen.⁴¹ Zuvörderst enthielten diese Berichte das Postulat des uneingeschränkten „deutschen Führungsanspruchs“: „Deutschland als der führenden Macht in diesem Raum (gemeint ist der ganze Kontinent – D. E.) obliegt die Aufgabe, die Funktionen dieses kontinental-europäischen Wirtschaftsapparates zu bestimmen.“ (Belgien-Bericht) Dann folgten eine Fülle von durchaus konkreten, handfesten, brutalen Forderungen, die sich teils auf die deutsche Politik gegenüber der Gesamtwirtschaft des betreffenden Landes, teils auf die Entwicklung der einzelnen Industriezweige bezogen. Diese Forderungen waren – wenn man versuchen wollte, sie in ein gewisses System zu bringen – sowohl auf unmittelbare Bereicherung, d. h. auf direkten, nackten Raub gerichtet, als auch auf möglichst rasche, völlige Unterwerfung und Einverleibung der Wirtschaft dieser Länder auf lange Sicht, und nicht zuletzt auf die brutale Ausschaltung der Konkurrenten durch sofortige und dauernde Stilllegung ganzer Industriezweige, durch Errichtungsverbote usw.

Unmittelbar bereichern wollte man sich besonders unter der Flagge der „Arisierung“: „. . . es muß gefordert werden, daß möglichst umgehend nach deutschem Vorbild grundlegende Arisierungmaßnahmen getroffen werden. . . . Grundsätzlich sollte . . . angeordnet werden, daß deutsche Treuhänder in jüdischen Firmen in Dänemark eingesetzt und Verhandlungen wegen einer endgültigen Übernahme

41 Die Datierungen der übrigen Berichte sind: Dänemark-Bericht = August 1940; Belgien-Bericht = Oktober 1940; Norwegen-Bericht = Februar 1941; Frankreich-Bericht = März 1941. Die Berichte werden im folgenden nach den im Wirtschaftsfacharchiv der Kaliindustrie (WFA VVB Kali) in Staßfurt vorhandenen Exemplaren zitiert. – Auch die Reichsgruppe Handel arbeitete vier „Berichte über Nachkriegsplanung“ aus, die vorwiegend statistische Analysen über Kapazitäten, Umsatz usw. des Handels in den betreffenden Ländern enthielten: Erster Bericht (allgemein) v. August 1940; Belgien und Belgisch-Kongo v. September 1940; Dänemark v. November 1940; Norwegen v. April 1941.

des Unternehmens gleichzeitig eingeleitet werden. Sollte diesen Bestrebungen seitens der Firma Widerstand entgegengesetzt werden, so müßte bestimmt werden, daß die Firma mit Rohstoffen, Maschinen usw. nicht mehr beliefert wird, so daß der Betrieb von selbst eingestellt werden müßte.“ (Dänemark-Bericht)

Die deutsche Bekleidungsindustrie forderte die „Herausgabe amerikanischer Maschinen“ aus holländischen Betrieben. (Holland-Bericht)

Als Hauptweg zur wirtschaftlichen Integrierung der besetzten Länder war in den Länderberichten vorgezeichnet, daß sie wirtschaftspolitisch gleichgeschaltet und zugleich ökonomisch – unter politischem bzw. militärischem Druck – immer stärker abhängig gemacht werden sollten. Die wirtschaftspolitischen Forderungen lauteten auf „Organisation der Industrie nach deutschem Muster“ (B) und überhaupt auf „Übernahme der bewährten deutschen Wirtschaftsmethoden“ und der diesbezüglichen Gesetze und Verordnungen (D), einheitlicher Maße (des metrischen Systems) und fester Währungsrelationen; auf Assimilation von Lebenshaltungskosten und Löhnen, auf Übernahme der deutschen Standards und Typen usw. (B). Ökonomisch sollten die besetzten Länder den deutschen Imperialisten vor allem durch Stärkung des deutschen Kapitaleinflusses botmäßig gemacht werden, durch das, was man verharmlosend „Kapitalverflechtung“ nannte. Da wurde gefordert, „deutsches Kapital in der belgischen Industrie zu verankern“; die deutschen Metallindustriellen beispielsweise verlangten nach der „Wiedergewinnung des deutschen Einflusses in der belgischen Metallhüttenindustrie und dem Metallhandel, der nach dem Weltkrieg verlorengegangen ist“. Die „Verwaltung des Koninklijke-Shell-Konzerns sollte stärker unter deutschen Einfluß gelangen“, hieß es im Holland-Bericht.

Zahlreiche Forderungen zielten darauf ab, die ausländische Konkurrenz auf den Märkten auszuschalten. Die deutsche Industrie wollte sich für alle Zeit sowohl den Markt der besetzten Länder gegen die dortige Industrie und gegenüber Exporteuren aus dritten Ländern als auch die ausländischen Absatzmärkte der besetzten Länder selbst sichern. Unter der angestrebten „gemeinsamen Ordnung der beteiligten Märkte unter deutscher Führung“ (H) verstanden sie dreierlei: erstens ein System von Stilllegungen, Errichtungs- und Erweiterungsverboten; zweitens ein umfassendes Außenhandels- und Zollsystem „vorwiegend im deutschen Interesse“ (H), vor allem die Aufhebung aller Einfuhrbeschränkungen für deutsche Waren, Vorzugszölle für ihre Einfuhr usw., damit „alle Voraussetzungen für eine reibungslose Durchdringung dieses Marktes geschaffen“ würden (D); Aufhebung der Meistbegünstigungsklausel im Handel mit dritten Ländern, „um der teilweise sehr ernsten, insbesondere amerikanischen, Konkurrenz entgentreten zu können“ (D); drittens eine Neuordnung in den Verhältnissen der internationalen Kartelle, wobei z. B. alle „bestehenden internationalen Marktvereinbarungen, an denen holländische Unternehmen beteiligt sind, oder die den holländischen Markt betreffen, auf Grund der neuen Lage, in der Deutschland die Führung beanspruchen kann, zu überprüfen und gegebenenfalls umzugestalten“ wären (H); besonders die deutschen Elektromonopole verlangten in den wichtigsten Kartellverträgen (Phöbus-Vertrag, Verträge mit Philips) neue Quoten nebst Entschädigungsquoten

(„Schädenquoten“), Zwangsanschlüsse von Außenseitern, Verlegung des Sitzes der Kartelle nach Deutschland usw. (B).

Ein scheinbar allseitig ausgearbeitetes und abgestimmtes imperialistisches Programm der deutschen Industrie, vertreten durch ihre zentrale Organisation, die Reichsgruppe Industrie! Nach außen hin manifestierte hier einheitlich und geschlossen die gesamte imperialistische deutsche Bourgeoisie ihre Beutegier und ihren Willen zur Welteroberung. Sie konnte aber nicht einmal in diesem frühen Stadium die scharfen Rivalitäten und Gegensätze verbergen, von denen diese Klasse zerrissen war und die sofort zwischen den stärker und den schwächer organisierten und monopolisierten Unternehmen und Industriezweigen und besonders auch zwischen den rivalisierenden Großkonzernen aufbrachen, als es um die Verteilung der Beute ging. Vergeblich hatte man hier, über die Interessen der konkurrierenden Konzerne und Industriezweige hinweg, ein im großen wie im einzelnen einheitliches staatsmonopolistisches Expansionsprogramm aufstellen wollen. Daß unter kapitalistischen, imperialistischen Verhältnissen ein chaotischer Kampf um die Beute unvermeidlich ist, klang schon in den Berichten der Reichsgruppe selbst an, wenn es beispielsweise im Holland-Bericht hieß, bei den geforderten Errichtungs- und Erweiterungsverboten sei „die Beurteilung und Entscheidung zentraler Stellen (in Deutschland – D. E.) . . . erforderlich. Denn jedes Verbot und jede abgelehnte Ausnahmegenehmigung dient zwar der deutschen Konkurrenzindustrie, trifft andererseits aber auch wieder die deutsche Investitionsgüterindustrie, insbesondere den Maschinenbau.“

Die Kriegszielprogramme der führenden Konzerne

Im Grunde viel bedeutender als die Länderberichte der Reichsgruppe Industrie und auf der Höhe eines grausigen strategischen Scharfsinns, wie nur der Imperialismus ihn aufbringen kann, waren die Sonderprogramme, die die führenden Monopole aufstellten. Die großen Konzerne, besonders diejenigen, die weitreichende auswärtige Kapitalbeziehungen und Außenhandelsbeziehungen sowie komplizierte internationale Kartellverbindungen unterhielten, hatten seit Jahren Material gesammelt über die ausländische Konkurrenz und über die Reichtümer, die ihnen nicht gehörten. Sie hatten diese Tätigkeit etwa seit 1938 noch verstärkt und waren aufs beste gerüstet für das große Planen. Schließlich hatten sie das Material vorzugsweise zum Zweck des Kampfes um Märkte und um Rohstoffquellen gesammelt; und jetzt schien der Augenblick gekommen, mit der imperialistischen Konkurrenz im europäischen, ja im Weltmaßstab und für alle Zeiten aufzuräumen und über die Reichtümer des europäischen „Großwirtschaftsraums“ frei zu verfügen. Wie sollten sie da nicht mit höchstem Eifer an die „Neuformung von Europa“ gehen, eine Aufgabe, die, wie Herbert v. Dirksen seinem IG-Farben-Vetter Georg v. Schnitzler schrieb, „schon des Schweißes der Edlen wert“⁴² war?

42 DZA Potsdam, Nachlaß v. Dirksen, Nr. 10, Bl. 454, Brief v. 23. Juni 1940.

Die Länderberichte der Reichsgruppe Industrie waren nur die letzte Spitze über einem unermesslichen Papierberg von Denkschriften, Plänen, Wunschprogrammen und -materialien zur „Neuordnung des europäischen Großwirtschaftsraumes“, die binnen kürzester Frist, buchstäblich binnen Wochen, in den Büros der Konzerne, der Wirtschaftsgruppen, Fachgruppen usw. entstanden.⁴³ Aus der Unzahl der Neuordnungsprogramme einzelner Konzerne verdienen einige herausgehoben zu werden, weil sie in ihren Forderungen und Planungen weit hinausgingen selbst über das, was die Länderberichte der Reichsgruppe, zusammengenommen, enthielten. Es handelte sich um Programme solcher Konzerne, die infolge besonders starker oder besonders gearteter Monopolstellung einen höchst ausgeprägten internationalen Charakter hatten. Die entwickeltsten und im internationalen Maßstab stärksten Konzerne steckten ihre Ziele am weitesten; an ihren Planungen erwies es sich am deutlichsten, daß die europäische „Neuordnung“ für das deutsche Finanzkapital nur ein erster Schritt, wenn auch ein sehr beachtlicher, auf dem Wege zur Etablierung bzw. Retablierung des Weltmonopols, seiner Weltherrschaft war. Das traf zu auf Zeiss, auf die IG-Farben, auf die Elektrokonzerne, auf die Kalikonzerne, auf Nichteisenmetallkonzerne wie Metallgesellschaft und auf andere. Der Zeiss-Konzern hatte in der optischen Industrie auch vor dem zweiten Weltkrieg noch eine ausgesprochene Monopolstellung auf dem europäischen Markt und sogar auf dem Weltmarkt inne.

Seine Beherrscher trugen sofort besonders weitreichende Pläne bezüglich einer Neuaufteilung der Welteinflußsphären vor. Paul Henrichs, Geschäftsleiter des Konzerns, und sein Mitarbeiter Karl Albrecht verfaßten ein Memorandum (Juli 1940) mit dem Titel „Entwicklungsmöglichkeiten der optischen und feinmechanischen Industrie in Europa und Übersee“.⁴⁴ Danach genügten dem Konzern für Europa durchaus die „gleichen Startbedingungen mit der bodenständigen Industrie der einzelnen Länder“, um für ihn „einen solchen Marktanteil in diesem Raum zu sichern, daß sie (die deutsche feinmechanisch-optische Industrie – D. E.) die Produktionsmöglichkeiten amerikanischen Ausmaßes auch hinsichtlich der mengenmäßigen Fertigung übertreffen“ würde. Damit war vom Standpunkt der Verfasser eine ausreichende Basis für die Verdrängung und Niederwerfung der amerikanischen und der japanischen Konkurrenz und somit für eine deutschen Überlegenheit auf dem gesamten Weltmarkt, eine „natürliche Überlegenheit in der Welt“, gegeben. Ähnlich interessant ist eine Aufstellung des Giesche-Konzerns über „Nichteisen-Metallvorkommen in den Feindstaaten, deren Kolonien und in sonstigen Ländern

43 Nachgewiesenermaßen war es vorzüglich dies Material, „what we called peace planning“, das 1945 vor Einmarsch der alliierten Truppen in Deutschland überall eiligst tonnenweise vernichtet wurde (Fall VI, Protokoll, S. 1606f., Verhör Karl v. Heider, GK; auch *Trials*, a. a. O., Bd. 7, S. 461). Nichtsdestoweniger ist eine Fülle höchst aussagekräftigen Materials erhalten geblieben.

44 Abdruck im Dok.-anhang; s. a. *Schumann, Wolfgang*, Das Kriegsprogramm des Zeiss-Konzerns, a. a. O., S. 706ff. Henrichs und Albrecht bildeten zugleich den Kopf der Wirtschaftsgruppe Feinmechanik und Optik (Leiter = Henrichs, Hauptgeschäftsführer = Albrecht); s. a. *Carl Zeiss Jena*. Einst und jetzt, Berlin 1962, S. 548ff.

mit feindlichem Kapitaleinfluß“ aus den ersten Tagen des Juni 1940. Schon zu diesem sehr frühen Termin, ohne jede ersichtliche Aufforderung von außen, hatte man bei Georg v. Giesche's Erben in Breslau diese Aufstellung⁴⁵ von Hunderten von Metallvorkommen in der ganzen Welt (den amerikanischen Kontinent ausgenommen) erarbeitet, die sich im Besitz oder unter Kontrolle englischer, französischer belgischer oder holländischer Kapitalkreise befanden. Größe und Ergiebigkeit der Erzvorkommen sowie die Dividendenhöhe der ausbeutenden Gesellschaft waren, soweit zu erlangen, jeweils angegeben. Eine relativ „bescheidene“ Auswahl von etwa fünfzig dieser Vorkommen war, als für den Giesche-Konzern interessant, rot angekreuzt. Es handelte sich um Bodenschätze in Europa sowohl als auch in Australien und Ozeanien, im Nahen und Fernen Osten ebenso wie in Afrika.

Aller Wahrscheinlichkeit nach bestand ein enger Zusammenhang zwischen dieser umfassenden „Wunsch“-Liste und den schon erwähnten „Neuordnungs“-Planungen der Fachgruppen Metallerzbergbau und Metallerzeugende Industrie, denen der Gieschekonzern angehörte. Die Aufstellung des Konzerns war anscheinend ein Beitrag zu den Expansionsprogrammen, die die beiden Fachgruppen entwarfen.

Unübertroffen aber blieb die IG Farbenindustrie AG, sowohl was die Spannweite ihrer „Wünsche“ und Forderungen als auch was die Gründlichkeit und Konsequenz betraf, mit der dieser größte deutsche Konzern vorging. Seine „Friedensplanung“ stellt eine der erstaunlichsten, entlarvendsten Dokumentationen aus der Geschichte der deutschen Monopole und der imperialistischen Ära überhaupt dar.⁴⁶ Bereits vor den erwähnten Beratungen der Reichsgruppe Industrie Mitte Juni 1940 setzte in diesem Konzern die Planung einer buchstäblich weltweiten „Neuordnung“ ein, die – optimistisch-wohltönend „Friedensplanung“ genannt – Hunderte, ja Tausende von Seiten spezifizierter Programme für die Chemieindustrie der europäischen Länder, einschließlich Großbritanniens, enthielt. Gustav Schlotterer, Leiter der Sonderabteilung V. O. (Vorbereitung und Ordnung) im Reichswirtschaftsministerium, die gleich nach dem Einmarsch in Frankreich eigens für die wirtschaftliche „Neuordnung“ geschaffen worden war, hatte verschiedentlich Besprechungen mit IG-Vertretern geführt, in größerem und in kleinem Kreise, und hatte den Konzern ersuchen lassen, „eine Übersicht zu geben über die chemische Industrie in den Ländern Frankreich, Schweiz, England, Holland, Belgien, Dänemark und Norwegen, unter besonderer Berücksichtigung der kartellmäßigen Beziehungen . . . auch soweit sie sich unter Ausschluß deutscher Beteiligung gebildet haben“, und

45 WAP Wrocław, Georg v. Giesche's Erben, Nr. 681. Sicher ist, daß die anderen führenden deutschen Nichteisenmetall-Konzerne (besonders Metallgesellschaft, Mansfeld, Degussa) bezüglich ihrer vorbereitenden Siegesplanungen dem Gieschekonzern in nichts nachstanden. Vgl. z. B. *Radandt, Hans*, Kriegsverbrecherkonzern Mansfeld, a. a. O., S. 220 ff.; s. a. *Radandt/Zumpe/Puchert*, a. a. O., S. 18 f.

46 Abdruck der wichtigsten Dokumente im Anhang; s. a. *Eichholtz, Dietrich*, Die IG-Farben-„Friedensplanung“, in: JWG 1966, T. 3, S. 271 ff.

gegebenenfalls „hinsichtlich der künftigen Gestaltung der Farbenfabrikation in den in Frage stehenden Ländern besondere Anregungen zu geben.“⁴⁷

Der erweiterte Kaufmännische Ausschuß des Konzerns faßte dann auf seiner Sitzung am 28./29. Juni die entscheidenden Beschlüsse und bestätigte die Grundsätze und Richtlinien, nach denen bei der „Friedensplanung“ verfahren werden sollte. Der Kreis der einzubeziehenden Länder hatte sich inzwischen erweitert, vermutlich auf Rat und Vorschlag des Konzerns. „Es liegt eine konkrete Anfrage der Reichsregierung vor“, so hieß es in dem Einladungsschreiben Georg v. Schnitzlers, des Leiters des Ausschusses, „in kürzester Frist ein Programm auszuarbeiten, wie sich unsere Firma eine im künftigen Friedensvertrag zu verankernde Ordnung der gesamten europäischen Belange auf dem Chemie-Sektor vorstellt. Hierbei ist nicht nur an das Verhältnis zu den heute noch mit Deutschland im Kriege befindlichen, sondern auch an diejenigen Länder gedacht, die mit Deutschland verbündet, oder die bis jetzt neutral sind. Die Fragestellung erstreckt sich also keineswegs allein auf die künftige Behandlung von England und Frankreich, sondern im gleichen Maße auch auf den Südostrum und Italien.“⁴⁸

Der Kaufmännische Ausschuß beschloß anzustreben, „daß das Material über alle Fragen, die Frankreich betreffen, bis zum 15. Juli 1940 ausgewertet und zusammengestellt ist. Infolgedessen besteht Übereinstimmung, daß sämtliche in Frage kommenden Stellen zum mindesten das Material über Frankreich bis spätestens 10. 7. 1940 den Mitgliedern des K. A. sowie den zur 33. Sitzung des K. A. eingeladenen Herren und der Wipo zustellen.“⁴⁹

Der Konzern kam der behördlichen Bitte in einer Weise nach, daß alle maßgeblichen Stellen in begeistertem Lob ausbrachen und ihm bescheinigten, daß seine Planung unter dem „Wust der sich in Allgemeinheiten verlierenden Eingaben . . . eines der ganz wenigen Dokumente darstellt, das dem Reichswirtschaftsministerium klar formulierte und bis ins letzte durchdachte praktische Vorschläge an die Hand gibt.“⁵⁰

Die IG baute die Planung, an der alle Sparten, Abteilungen, Kommissionen des Konzerns fieberhaft mitarbeiteten, systematisch auf. Die höchst ausführlichen Länderberichte oder sogenannten Wunschmaterialien erwuchsen aus der hohen Flut von Berichten, Stellungnahmen, Forderungen und Plänen der einzelnen Konzernabteilungen und -betriebe. Sie wurden alle nach dem gleichen Muster gearbeitet; zuerst für Frankreich, dann für Belgien und Luxemburg, für Holland, Dänemark

47 Aktennotiz von Kufuß (Assistent des IG-Direktors Kugler), 19. 6. 1940, Dok. NI-6842, Fall VI, ADB 57, DZA/FS, IG-Farben-Prozeß, Film Nr. 419.

48 Rundschreiben v. Schnitzlers, 24. 6. 1940, zit. nach: *Schröder, Rudolf*, Die Ausschußprotokolle der IG-Farben . . . , a. a. O., S. 260.

49 Protokoll der 33. Sitzung des Kaufmännischen Ausschusses, 28./29. 6. 1940, zit. nach: ebenda, S. 262.

50 Rundschreiben von Georg v. Schnitzler an die Mitglieder des Kaufmännischen Ausschusses der IG, 2. 10. 1940, Dok. NI-6955, Fall VI, ADB 51, DZA/FS, IG-Farben-Prozeß, Film Nr. 418.

und Norwegen.⁵¹ Für den England-Bericht (einschließlich Empire) lagen ausführliche Vorarbeiten und Materialien aus den verschiedenen Zweigen und Abteilungen des Konzerns bereits Ende Juni 1940 vor, ebenso wie für die anderen Berichte; er wurde aber angesichts der militärischen Entwicklung nicht mehr endgültig zusammengestellt. „Ausführungen über Polen und das Protektorat sind wegen der zu erwartenden grundsätzlichen Entscheidungen ebenfalls in Vorbereitung. Vorarbeiten für die eigentliche Gestaltung des europäischen Großraums als solchen unter Einbezug des nordischen und südosteuropäischen Raumes sowie der Schweiz sind eingeleitet.“⁵²

Die IG-Länderberichte bestanden nach dem im groben einheitlichen Schema aus einer kurzen allgemeinen Einschätzung der Chemieindustrie des betreffenden Landes als Konkurrentin für die deutsche, aus einem ausführlicheren Überblick über die Entwicklung und den Stand in den einzelnen Branchen und Verkaufsgebieten, sodann aus wirtschaftspolitischen Vorschlägen und Forderungen allgemeiner Natur, und vor allem aus „Wünschen spezieller Art für bestimmte Produktionsgebiete“. Gefordert wurden Mittel und Möglichkeiten, die Chemieindustrie des betreffenden Landes völlig unter Kontrolle und zu großen Teilen in die eigenen Hände zu bekommen, sie zu wesentlichen Teilen auszuschalten oder wenigstens vom Export auszuschließen und jegliche Schranken für den deutschen Export niederzureißen bzw. ihm eine absolute Vorrangstellung gegenüber einer Einfuhr aus dritten Ländern zu verschaffen.

Zeichneten die IG-„Länderberichte“ umfassend und bis ins Detail gewissermaßen die taktische Kampfführung in den einzelnen Ländern Europas vor, so enthielt der berichtigte „Allgemeine Teil“, den die IG-Chefs diesen Berichten voranstellten, ihre weltweite, generalstabsmäßige Strategie. Auf die nüchtern-brutale Formel der „Großraum“-Strategie gebracht, enthüllte er die Weltherrschaftsambitionen der Konzernbeherrscher. Sie forderten bzw. planten darin ausdrücklich, das alte Weltmonopol wieder aufzurichten, das die deutsche Industrie vor 1914 auf führenden Gebieten der Chemie besessen hatte – nunmehr aber in neuer, „modernerer“ Form, auf höherer Stufe, in noch umfassenderem Sinne. Es handelte sich um einen ebenso aberwitzigen wie pedantisch-exakten Generalplan der Konzernchefs für eine Neuaufteilung der Reichtümer der Welt, hier insbesondere der Profitquellen für die chemische Industrie, zugunsten der deutschen Imperialisten, zugunsten der Weltherrschaft des IG-Farben-Konzerns.

Nachdem die Verluste und Abträglichkeiten geschildert und beziffert worden waren, die das frühere Weltmonopol der deutschen chemischen Industrie seit dem ersten Weltkrieg durch Versailles und durch den Aufbau ausländischer Konkurrenzindustrien erlitten hätte, hieß es dort⁵³:

51 Die Daten der Fertigstellung bzw. Versendung der Berichte: Frankreich-Bericht = 3. 8. 1940; Holland-Bericht = 23. 8. 1940; Belgien-Bericht = 9. 10. 1940; Dänemark-Bericht = 11. 12. 1940; Norwegen-Bericht = 8. 5. 1941; mit einer Ergänzung vom. 15. 9. 1941.

52 Schreiben von v. Schnitzler und Krüger an Schlotterer, Dok. NI-11 252 (s. Dok.-anhang) 53 Dok. NI-11 252, „Allgemeiner Teil“ (s. Dok.-anhang).

„Zweifellos wird man nicht an den Verhältnissen, wie sie beim Ausbruch des Weltkrieges bestanden, wieder anknüpfen und nicht die wirtschaftliche Entwicklung, die sich in den einzelnen Ländern bzw. Gebieten in den letzten zwanzig Jahren zu Lasten Deutschlands vollzogen hat, auf den ursprünglichen Zustand zurückführen können. In gewissem Umfang wird nun einmal die Verschlechterung der deutschen Positionen gegenüber 1914 als nicht mehr gutzumachen hingenommen werden müssen. Um so berechtigter mag es erscheinen, bei der Planung einer europäischen Großraumwirtschaft der deutschen Chemie wieder eine führende und eine Stellung zuzudenken, die ihrem technischen, wirtschaftlichen und wissenschaftlichen Rang entspricht. Von entscheidendem Einfluß auf alle Planungen für den europäischen Raum wird aber die Notwendigkeit sein, eine zielbewußte und schlagkräftige Führung der zwangsläufigen Auseinandersetzung mit den sich heute schon abzeichnenden außereuropäischen Großraumwirtschaften zu sichern.

Um eine erfolgreiche Behauptung der großdeutschen bzw. europäisch-kontinentalen Chemie in dieser Auseinandersetzung zu gewährleisten, ist es ein dringendes Erfordernis, die Kräfte klar zu erkennen, die auf dem Weltmarkt nach dem Krieg ausschlaggebend sein werden. Ihre Bedeutung ist im folgenden kurz skizziert:

1. Das Schwergewicht der Auseinandersetzung um eine Neuordnung des Weltmarktes wird im Verhältnis zu den *nordamerikanischen Konzernen* ruhen. . . . Im Vordergrund steht dabei der lateinamerikanische Markt, dessen Bedeutung nicht nur an dem Wertvolumen des Vorkriegsabsatzes gemessen, sondern unter Berücksichtigung der wirtschaftlichen Entwicklungsmöglichkeiten und -tendenzen beurteilt werden muß, die dieser Teil des amerikanischen Kontinents für die Zukunft in sich birgt. . . . Das zweite Hauptfeld der Auseinandersetzung mit den USA werden die Länder des Fernen Ostens, einschließlich des heutigen Britisch-Indien und Niederländisch-Indien, sein.

2. Die Auseinandersetzung mit den Amerikanern im Fernen Osten wird ihre besondere Note dadurch erhalten, daß sich auf gleichem Raum die Entscheidung um die Frage abspielen wird, inwieweit sich die europäische Position im Fernen Osten gegenüber *Japan* aufrechterhalten läßt. . . . Auf längere Sicht hin gesehen muß aber wohl damit gerechnet werden, daß der stärkere Druck auf die europäischen Wirtschaftsinteressen im Fernen Osten von Japan – vielleicht auch in Verbindung mit den Auswirkungen einer neuen Industrialisierungsepoche in China – und weniger von den USA her kommen wird. . . .

3. Zu dem Problem der *italienischen Chemiewirtschaft* kann im Augenblick noch nicht eingehender Stellung genommen werden . . . , muß aber schon heute betont werden, daß bei dem allgemeinen deutsch-italienischen Verhältnis, wie es für die Zeit bei Kriegsende vorausgesetzt werden muß, schwerlich mit Italien auf der Basis des status quo aus der Zeit vor Kriegsausbruch wird verhandelt werden können, es sei denn, daß zunächst einmal an die Stelle von Wünschen nach gesteigertem Export solche auf höheren Anteil an der Versorgung des Inlandmarktes treten.

4. Eine ähnliche Sonderdarstellung ist auch für *Rußland* ins Auge gefaßt, welches in diesem Zusammenhang erwähnt werden muß als ein Faktor, der unter gleichbleibenden politischen Verhältnissen die Auseinandersetzung der euro-

päischen Chemie mit den übrigen Großräumen zu beeinflussen und zu stören geeignet ist.“

Die Bedeutung des „Allgemeinen Teils“ erschließt sich uns erst aus größeren historischen Zusammenhängen. Hier werden Hauptexpansionsrichtungen des deutschen Finanzkapitals sichtbar, deren Genesis und allmähliche Fortentwicklung zu der hier formulierten ausgeprägten Gestalt seit Jahrzehnten zu beobachten waren. Das Dokument ist auch geeignet, Licht auf die Hintergründe der Großraumtheorien und der Europaideologie des deutschen Imperialismus und Faschismus zu werfen. Es fällt schließlich die nahe innere Verwandtschaft und zeitliche Aufeinanderfolge des Dokuments und des Dreimächtepakts vom 27. September 1940 ins Auge, in dem der deutsche, der italienische und der japanische Imperialismus sich offiziell über die Aufteilung der Welt in „Großräume“ und über deren Beherrschung verständigten.⁵⁴

Schließlich standen auch die Montankonzerne, voran die Ruhrkonzerne, nicht in dem planmäßigen Bemühen zurück, sich durch die wirtschaftliche Beherrschung Europas oder zumindest des Kontinents ihre „Weltstellung“ zu sichern. Sie hatten sich seit 1918 unablässig darauf vorbereitet, für die nach ihrer Niederlage erlittenen Verluste und Profiteinbußen Revanche zu nehmen. Im Sommer 1940 arbeiteten sie auch ihre alten Kriegszielenkschriften aus dem ersten Weltkrieg in ihre Vorschläge und Planungen ein.

Am 14. Juni 1940, dem Tage der Besetzung von Paris durch die faschistische Wehrmacht, hielt Jakob Wilhelm Reichert, Hauptgeschäftsführer der Wirtschaftsgruppe Eisen schaffende Industrie, ein Mann, der schon zur Zeit des ersten Weltkriegs im Dienst der Ruhrkonzerne stand, einen programmatischen Vortrag vor den Chefs der Marinerüstung über „Eisen und Kohle im neuen deutschen Machtbereich, die Grundlage für die zukünftige deutsche Eisenindustrie“.^{54a} Reichert formulierte die zentrale Forderung der Montankonzerne: „Die Erzversorgungsbasis muß innerhalb der deutschen Staatsgrenzen liegen, um von der Notwendigkeit der Einfuhr über See – Schweden – im Ernstfalle freizukommen.“ Dann könne man es durch eine entsprechende „Großraum“-Wirtschaftspolitik dahin bringen, „gegenüber dem Stahlblock der USA konkurrenzfähig zu sein“. Mit einer historischen Betrachtung darüber, daß der deutsche Imperialismus sich schon 1871 im Frankfurter Frieden „bis weit über die Stadt Briey hinaus . . . die ganzen Minette-Erzvorkommen Lothringens“ hätte sichern sollen, verknüpfte Reichert am Schluß die These von der „Weltstellung“, die die Herren von Stahl und Kohle schon jetzt sicher innezuhaben wähten: „Nunmehr kann Deutschland durch Vereinigung der Erz- und Kohlebecken den Frieden sichern, ferner Frankreich an der Wiederaufrüstung hindern. Wirtschaftlich kann Deutschland seine Weltstellung dadurch kräftigen, daß es neben der Kohle auch das Eisen in großen Mengen fremden Völkern liefern kann.“

54 s. *RGBl.* 1940 II S. 280; vgl. auch *Hass, Gerhart*, Die USA in der Kriegs- und Großraumplanung des deutschen Faschismus im Jahre 1940, a. a. O., S. 158 ff., 202 ff.

54a Aktennotiz des OKM (M Wa Wi) über den Vortrag Reicherts, 27. 6. 1940, Bundesarchiv Koblenz, R 13 I, Nr. 1004; hiernach auch das Folgende (s. Dok.-anhang).

Vermutlich kurz nach dem deutsch-französischen Waffenstillstand vom 22. Juni 1940 ließ die Bezirksgruppe Steinkohlenbergbau Ruhr der Wirtschaftsgruppe Bergbau, die Nachfolgeorganisation des berüchtigten „Vereins für bergbauliche Interessen“, ihre „Denkschrift zur Neuordnung der europäischen Steinkohlenwirtschaft“ drucken.^{54b} Sie bezog sich darin ausdrücklich auf bereits vorher vom Rheinisch-Westfälischen Kohlensyndikat dem Reichswirtschaftsminister eingereichte Vorschläge, die hier noch einmal ausführlicher wiederholt und nur noch dringlicher begründet wurden. In der Denkschrift ging es um den „Führungsanspruch“ der deutschen Steinkohlensyndikate – insbesondere des Rheinisch-Westfälischen Kohlensyndikats – in Europa: „Im einzelnen wird vorgeschlagen, daß 1. der gesamte westeuropäische Bergbau, soweit er innerhalb der künftigen Reichsgrenzen oder innerhalb der Grenzen einer deutschen Zollunion liegt, dem Rheinisch-Westfälischen Kohlen-Syndikat angeschlossen wird, so daß ein erweitertes, einheitliches westdeutsches Syndikat geschaffen wird; 2. die Bergbau-reviere des gegenwärtig besetzten westlichen Gebietes, soweit sie künftig außerhalb der politischen Grenzen Deutschlands liegen, nationale Syndikate bilden, die den Verkauf ihrer Erzeugnisse in ihrem Landesgebiet selbst regeln. Dagegen erfolgt der Verkauf der Förderung dieser Reviere an Steinkohlen, Steinkohlenbriketts und Koks außerhalb der Grenzen dieser Länder durch das Rheinisch-Westfälische Kohlen-Syndikat. . . . Ein solches westeuropäisches Syndikat würde, zumal in Gemeinschaft mit dem ostdeutschen Syndikat, vor allem der englischen Gruppe in einer deutsch-englischen Kohlenkonvention mit einem ganz anderen Gewicht gegenüberreten und eine solche Konvention überhaupt erst wirksam machen.“

Erste Forschungen bestätigen die Annahme, daß die Großbanken ebenfalls eine hervorragende Rolle in der „Neuordnung“ und „Friedensplanung“ spielten. Sie dirigierten und überwachten nicht nur die Expansionsplanungen der von ihnen beherrschten finanzkapitalistischen Gruppierungen, sondern arbeiteten in ihren Zentralen die Expansionslinien und -schwerpunkte für das ganze deutsche Finanzkapital, für den deutschen Imperialismus insgesamt heraus.

Das traf zunächst vor allem auf die koloniale Expansion zu. Kurt Weigelt, Vorstandsmitglied der Deutschen Bank, war seit 1936 Leiter der „Deutschen Gruppe kolonialwirtschaftlicher Unternehmungen“ (Deko-Gruppe) innerhalb der Reichswirtschaftskammer und gleichzeitig Leiter der Abteilung Wirtschaft im Kolonialpolitischen Amt der NSDAP. Damit vereinigte dieser Kolonialexperte der Deutschen Bank sämtliche Vollmachten für die Kolonialplanung der deutschen Finanzoligarchie in seiner Hand. Die „Kolonialwirtschaftliche Denkschrift“ der Deko-Gruppe vom 30. Mai 1940⁵⁵ war eines der frühestdatierten Dokumente der „Neuordnung“ überhaupt. „Wir müssen uns ja beeilen mit der kolonialen Vorbereitung“, schrieb Weigelt am 24. Mai, während der Fertigstellung der Denkschrift, an einen

54b „Denkschrift . . . Überreicht von der Bezirksgruppe Steinkohlenbergbau Ruhr der Wirtschaftsgruppe Bergbau“, o. D., Bundesarchiv Koblenz, R 7 II, Nr. 652 a.

55 DWI, Nr. 6474, Bd. 6.

Bekanntem aus dem Auswärtigen Amt.⁵⁶ Die in dieser Denkschrift erhobenen territorialen Forderungen stimmten weitgehend mit denen überein, die zur gleichen Zeit das Auswärtige Amt (Clodius/Ritter) und die Seekriegsleitung der faschistischen Kriegsmarine formuliert hatten.⁵⁷

Weigelt war in allen wichtigen staatsmonopolistischen Einrichtungen und in der Reichsleitung der faschistischen Partei der Exponent der Kolonialinteressen seiner Bank und des deutschen Imperialismus als ganzen. Durch Hermann Josef Abs, ebenfalls Vorstandsmitglied der Deutschen Bank, wirkte die Bank auf einer noch höheren Ebene und in womöglich noch maßgeblicherer Funktion an der faschistischen „Neuordnung“ mit. Abs, der in der Zentrale der Bank deren außenwirtschaftliche und außenpolitische Aktivität maßgeblich leitete, beschäftigte sich 1940 und besonders 1941 systematisch mit den von ihm entwickelten Schwerpunkten der künftigen Expansion des deutschen Imperialismus, die seiner Auffassung nach letzten Endes in der Auseinandersetzung mit dem USA-Imperialismus um die Weltvorherrschaft gipfeln würde.

Im Sommer 1940, unmittelbar nach dem deutsch-französischen Waffenstillstand, waren im Konzern der Bank bereits ausführliche Pläne für eine massive wirtschaftliche Offensive des deutschen Finanzkapitals nach Kriegsende in Lateinamerika ausgearbeitet und den Reichsbehörden übermittelt worden.⁵⁸ Die intensive Beschäftigung mit den künftigen Möglichkeiten des deutschen Imperialismus gerade in Lateinamerika dauerte seither an.⁵⁹ Inzwischen vertrat Abs seine Bank spätestens seit Januar 1941 bei den Verhandlungen über Gründung und Finanzierung der Kontinentale Öl AG. Im März wurde die Deutsche Bank Mitgründer und einer der bedeutendsten Finanziere dieser Gesellschaft.⁶⁰ Während schon 1940 ein „Südosteuropaplan“ der Bank zur wirtschaftlichen Durchdringung und Unterwerfung der Donau- und Balkanländer existierte⁶¹, sollte die Kontinentale Öl AG nun noch weiter ausgreifen und vor allem die Erdölschätze der Sowjetunion ausbeuten, sobald man ihrer mittels des geplanten „Barbarossa“-Feldzugs habhaft geworden wäre.

Den Erfolg des Überfalls am 22. Juni 1941 und des geplanten Raubzugs als sicher annehmend, vertiefte sich Abs im Sommer 1941 besonders konzentriert in die Probleme des amerikanischen Kontinents. Die Auseinandersetzung mit dem USA-

56 Weigelt an Dr. Strohm, dt. Generalkonsul in Addis Abeba, 24. 5. 1940, zit. in: *Radandt, Hans*, Zu den Beziehungen . . . , a. a. O., S. 30. Etwa zwei Monate später wurde Weigelt „mit dem Aufbau des Amtes Wirtschaft im zukünftigen Reichskolonialministerium beauftragt“. (Weigelt an den Leiter der Filiale Stuttgart der Deutschen Bank, 7. 8. 1940, zit. in: DWI-Berichte, Nr. 15/1961, S. 294).

57 s. *Groehler, Olaf*, Kolonialforderungen als Teil der faschistischen Kriegszielplanung, a. a. O., S. 555.

58 s. DWI, Nr. 5960, Bd. 20, Denkschriften bzw. Ausarbeitungen der Deutsche Ueberseeische Bank AG für Abs, 8. 7. und 16. 7. 1940.

59 s. DWI, Nr. 6474, Bd. 1, div. Dok. (bsd. Frühj. 1941).

60 s. Kapitel V.

61 s. DWI, Nr. D 011, Bd. 7, Aktennotiz von Abs, 14. 11. 1940.